Evans · Rebellion der Jugend

DAMM

M. STANTON EVANS

REBELLION DER JUGEND

M. STANTON EVANS · REBELLION DER JUGEND

M. STANTON EVANS

REBELLION DER JUGEND

Weg und Ziel des amerikanischen Konservatismus

Geleitwort
von
Senator Barry Goldwater



DAMM VERLAG MÜNCHEN

Titel der amerikanischen Originalausgabe: Revolt on the Campus
Henry Regnery Comp., Chicago
Übersetzt von Ursula Michaelsen

Printed in Germany
Umschlag und Einband: Karl Heinz Schneider, Friedrichshafen
Gesamtherstellung: Buchdruckerei Hans Braun, Hausham/Oberbayern

INHALT

Geleitwort von Barry Goldwater

„Wie das Reis sich biegt, so neigt sich der Baum.“

Dieses Sprichwort besitzt nirgends mehr Gültigkeit als im Bereich politischer und sozialer Weltanschauung. Die Erziehung, die den jungen Menschen einer Generation zuteil wird, bestimmt oftmals die Politik der nächsten. Das Ideengut, das die heute Studierenden in sich aufnehmen, wird in fünfundzwanzig Jahren seinen Niederschlag in den Programmen finden, nach denen Völker regiert werden.

Für alle, die das Ziel verfolgen, eine Gesellschaftsordnung zu ändern, ist dies ein Faktum von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb begannen die Sozialisten und Kollektivisten in den Vereinigten Staaten Anfang dieses Jahrhunderts, ihre Lehren an den Universitäten zu verbreiten. Deshalb wird die Frage, wem die Grund- und Höheren Schulen in den Vereinigten Staaten unterstellt sein sollen – ob die Regierung des Bundes oder die lokalen Gemeinden sie zu unterhalten und ihre Lehrpläne zu bestimmen haben —, im amerikanischen Kongreß noch immer heftig diskutiert. Wer das Denken der jungen Menschen von heute beeinflußt oder lenkt, hält höchstwahrscheinlich ein Pfand auf das Morgen in der Hand.

Vor diesem Hintergrund läßt sich die derzeitige Diskussion über den wachsenden Konservatismus an den amerikanischen Universitäten am besten verstehen. Das Sichtbarwerden eines in den Vereinigten Staaten nie zuvor gekannten Phänomens – eines aktiven, klar geprägten Elementes junger Konservativer – ist ein Kriterium im Kampf um die Zukunft. Die hier erzählte Geschichte dieser jungen Menschen steht in direkter Beziehung zur Zukunft Amerikas. Sie leitet über zu der weiteren Frage, ob

das amerikanische Verfassungssystem, wie es von den Gründern dieser Nation einst geschaffen wurde, weiterleben oder vergehen wird.

Um die „Rebellion der Jugend“ zu verstehen, über die M. Stanton Evans schreibt, muß man zuerst die Bedeutung des Wortes „konservativ“ in jenem Sinne verstehen, in dem es heute in Amerika Verwendung findet. Bestimmt durch die geschichtliche Entwicklung unseres Landes seit 1776, hat dieses Wort heute bei uns einen anderen Sinn als in Europa.

Der Konservative in Amerika glaubt an die Freiheit als das höchste weltliche Gut. Er glaubt, daß es das vordringlichste Ziel allen politischen Strebens sein sollte, dem einzelnen größeren Spielraum für die freie Willensäußerung zu schaffen und die Zwangsanwendung im Bereich der persönlichen Entscheidungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Er glaubt ferner, daß sich dieses Ziel, ein Höchstmaß an Freiheit zu erreichen und die Persönlichkeitsrechte des einzelnen unantastbar zu schützen, am ehesten durch eine Begrenzung der Staatsgewalt erreichen lasse. Weiß er doch, daß Staat gleichbedeutend ist mit Gewalt: Er ist die gesetzlich verankerte Macht, alle Andersdenkenden zum Mittun zu zwingen; er ist in seinem innersten Kern Polizeigewalt.

Der Konservative räumt ein, daß gewisse Ausdrucksformen dieser Polizeigewalt nicht nur für das Fortbestehen der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, sondern auch für das Fortbestehen der Freiheit selbst unerläßlich sind. Es muß Staatsorgane zur Wahrnehmung der nationalen Verteidigung geben, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung durch die Unterdrükkung der Kriminalität, und um Recht zu sprechen in den Gerichten – sonst würde Anarchie herrschen. Anarchie aber ist die Feindin der Freiheit. Schon die alten Griechen wußten, daß Freiheit nur im Rahmen der Ordnung gedeihen kann.

Der Konservative erkennt den Staat daher als notwendige Institution an – im tiefsten Grunde sogar als gottgewollte Institution. Er erkennt jedoch auch folgendes an: Wenn eine Regierung beginnt, über ihre ordnungerhaltenden Funktionen hinauszugehen, wenn sie beginnt, auf Gebiete des bürgerlichen Lebens überzugreifen, die wenig oder nichts mit ihrer ursprünglichen Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuhalten, zu tun haben, wenn sie beginnt, die vielfältigen Kräfte des Volkes auf einen einzigen Mittelpunkt hin auszurichten – wenn all dies geschieht, kann die Regierung zur Gefahr für eben jene Freiheiten werden, die zu schützen sie geschaffen wurde. Durch die grenzenlose Ausdehnung seines Zwang-

vermögens kann es so weit kommen, daß der Staat den Bürger sogar in den Dingen des täglichen Lebens unter Druck setzt. Er kann, wie es in der Geschichte häufig genug der Fall gewesen ist, zum Herrn des Volkes werden, statt sein Diener zu sein.

Da der Staat also in den Augen des Konservativen ein zwar unerläßliches, jedoch gefährliches Instrument ist, sucht er nach einem System, das genügend Autorität verleiht, die erforderlichen Aufgaben der Ordnungswahrung durchzuführen, das diese Autorität indessen gleichzeitig davor bewahrt, zu mächtig und zu konzentriert zu werden. Er sucht nach der begrenzten Staatsgewalt; nach einer verteilten, breit gestreuten und ausgewogenen Staatsgewalt; nach einem Staat, dessen gesetzgebende Organe in einem wohlabgestimmten Gleichgewicht zueinander stehen, das jedes einseitige Machtstreben auf Kosten der anderen im Keime erstickt.

Ich nenne diese Haltung „konservativ" im Sinne der amerikanischen Geschichte, weil es die Haltung ist, die das Handeln jener Männer bestimmte, von denen einst die Vereinigten Staaten gegründet wurden. Es ist die Haltung, die sich in unserer Verfassung, unserer *Bill of Rights* und unserer Unabhängigkeitserklärung ausdrückt. Es ist die Haltung, die aus unseren *Federalist Papers* spricht, aus den Debatten des Bundeskongresses von Philadelphia im Jahre 1787 und aus den Debatten der verschiedenen Staatenkongresse, auf denen die Verfassung ratifiziert wurde.

Der Glaube, daß die Freiheit der oberste weltliche Maßstab einer guten Gesellschaftsordnung sei, daß, um den Fortbestand der Freiheit zu sichern, die Staatsgewalt begrenzt werden müsse – er war die geistige Grundlage, auf der das amerikanische Regierungssystem aufgebaut wurde, und er ist daher die höchste politische Tradition der Vereinigten Staaten. Dieser Glaube ist das große Vermächtnis, das den Amerikanern von ihren Vorfahren hinterlassen wurde; und so versuchen wir, die wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, diese Haltung den Lebensumständen von heute anzupassen, im Grunde nichts anderes, als das uns durch die Geschichte überlieferte Erbe zu wahren. Wir versuchen das zu tun, was seit Jahrhunderten das Ziel aller Konservativen war – überlieferte Werte intakt zu halten.

Die Tatsache, daß die Konservativen sich mit der Freiheit und der begrenzten Staatsgewalt identifizieren, hat in den kürzlichen Diskussionen um dieses Thema zu einer gewissen Verwirrung geführt. Der Grund für diese Verwirrung liegt jedoch nicht, wie einige Kritiker behaupten, in der Natur der konservativen Weltanschauung. Er liegt bei jenen, die nicht

begreifen, daß Amerika von Anfang an die Ehrfurcht des Konservativen vor der Überlieferung mit der Achtung des Unabhängigen vor der Freiheit verbunden hat. Hervorragende Konservative wie James Madison und John Adams waren realistisch konservativ, indem sie die Neigungen der menschlichen Natur respektierten, *und* von Grund auf unabhängig, indem sie Wert und Notwendigkeit der Freiheit des Menschen anerkannten. Die Konservativen Amerikas sind der Freiheit unlösbar verbunden, weil ihre Überlieferung die Freiheit des menschlichen Willens zum Inhalt hat.

Diese Betonung der Freiheit erklärt weitgehend das wiedererwachende Interesse an der konservativen Weltanschauung, das wir heute unter der akademischen Jugend erleben. Die derzeitigen Verhältnisse in Amerika leisten der Neigung der jungen, wißbegierigen Menschen Vorschub, sich (um zu prüfen, wenn aus keinem anderen Grunde) mit den Lehren des amerikanischen Konservatismus zu beschäftigen. Die Jugend — oder zumindest jener Teil, der an Ideen interessiert und selbständig zu denken bestrebt ist – war zu allen Zeiten ideal gesinnt. Ebenso sind die jungen Menschen stets für die Sache der Freiheit eingetreten, denn nur in Freiheit vermögen sie ihren Idealen Ausdruck zu verleihen; und mit der Begeisterung der Jugend sind sie von eh und je geneigt gewesen, aufzubegehren gegen die bestehende Ordnung. Die Jungen sind immer schnell bei der Hand, die Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems zu erkennen. Sie sind empfindlicher für die Gebrechen der Gesellschaft als die ältere Generation. Aus allen diesen Gründen birgt eine jede Generation in sich den Keim, aus dem Rebellion erwächst.

Vor fünfzig Jahren wirkten sich diese Attribute der Jugend zugunsten der Kollektivisten aus – derer, die versprachen, die Gebrechen der Gesellschaft dadurch zu heilen, daß sie die Befugnisse des Bundesstaates erweiterten. Der jugendliche Intellektuelle blickte sich um, sah vieles, mit dem er nicht einverstanden war, und schloß daraus, daß eine erweiterte staatliche Kontrollgewalt die Antwort sein könnte. Er rebellierte gegen den bestehenden, strengen Glauben an den Konservatismus und sein freies Unternehmertum und marschierte in die von den Kollektivisten gewiesene Richtung. Viele, die auf diese Weise begannen, sitzen heute – noch immer von den gleichen Ideen geleitet wie in ihrer Jugend – in einflußreichen Stellungen in Amerika. Ihre Programme, ihre Schriften, ihre öffentlichen Erklärungen üben einen entscheidenden Einfluß auf das politische Leben der Vereinigten Staaten aus.

Aus einer hart kämpfenden Minderheit hat sich der Kollektivismus bis heute zum nunmehr selbst an der Macht befindlichen, orthodoxen System entwickelt. Die amerikanischen Traditionen der Freiheit und der begrenzten Staatsgewalt sind über den Haufen geworfen; jene, die ihre Gebote gering achten, haben heute höchste Staatsämter inne. Nirgends ist diese starre Ausrichtung deutlicher spürbar als an unseren Universitäten. Mr. Evans' Untersuchung zeigt, daß handfestes statistisches Material vorhanden ist, um die Schlußfolgerung zu untermauern, zu der jeder kommen muß, der sich an amerikanischen Universitäten umsieht – daß nämlich diejenigen, die das Hochschulwesen Amerikas in unseren Tagen maßgeblich beeinflussen, in weitaus überwiegender Zahl „liberal" eingestellt sind. Der herrschende „Liberalismus" in der Regierung und auf vielen Gebieten der Massenmedien ist im Bereich der Hochschulen noch intensiver, wird noch weniger durch bestehende Alternativen in die Schranken gefordert.

Ergebnis dieses Wandels ist, daß die der Jugend eigenen Kräfte, die vor fünfzig oder fünfundzwanzig Jahren *gegen* den Konservatismus in Amerika arbeiteten, heute *für* ihn zu wirken anfangen. Der jugendliche Idealismus, einst geweckt durch die Unzulänglichkeiten einer von Konservativen bestimmten Gesellschaftsordnung, beginnt sich daran zu stoßen, daß es in der von den Liberalen gelenkten Gesellschaft überhaupt keine Ideale gibt. Die Achtung vor der Freiheit bei einer Jugend, die einst glaubte, das Individuum könne durch den Sozialismus aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit erlöst werden, hat nun Besorgnis wach werden lassen, weil der kollektivistische Staat die Freiheiten des einzelnen beschneidet. Die Rebellion der Jugend, einst gegen die Orthodoxie des Konservatismus gerichtet, besteht jetzt in der Opposition gegen die Gleichschaltungstendenzen des Kollektivismus.

Mr. Evans erzählt in seinem Buch die Geschichte dieses Wandels. Es ist eine Geschichte, die denjenigen unter uns Amerikanern Mut macht, die glauben, daß sich zwar Verhältnisse ändern können, nicht aber die höchsten Werte. Es ist eine Geschichte, die uns Grund gibt zu glauben, die Sache der Freiheit, um die es überall auf der Welt schlimm bestellt ist, werde in Amerika doch wieder kraftvolle Vorkämpfer finden.

Wie Mr. Evans ganz richtig sagt, ist die starke Neigung zum Konservatismus unter der amerikanischen Hochschuljugend – wenn die veränderten Verhältnisse, auf die ich oben bereits hinwies, auch Hilfestellung geleistet haben – nicht einfach auf diese Verhältnisse zurückzuführen.

Sie ist nicht nur ein mechanisches Phänomen, das Ergebnis des zum Konservatismus zurückschwingenden Pendels, weil der „Liberalismus" zu lange angedauert hat. Der Konservative glaubt nicht daran, daß die Geschichte so handelt; er glaubt auch nicht, daß die Menschen so handeln. Er glaubt, daß Bewegungen dieser Art zu Erfolg oder Mißerfolg führen, je nachdem, wieviel Kraft und Hingabe ihre Träger in sie investieren.

Das junge konservative Element hat bis heute einen gewissen Erfolg zu verzeichnen. Es hat, sagen wir, einen Brückenkopf gebildet, noch keine Festung eingenommen, und zwar nicht deshalb, weil die Geschichte es so wollte oder weil das Pendel den Punkt erreichte, an dem es am weitesten nach links ausschwang; der Erfolg rührt daher, daß viele Menschen, junge und alte, gegen eine erdrückende Übermacht hart für ihn gearbeitet haben. Der zukünftige Erfolg wird davon abhängen, ob dies junge konservative Element weiterhin die gleiche Unterstützung und Hingabe zu finden vermag. Gelingt es ihm – ich persönlich glaube es –, dann verkörpern die jungen Menschen, von denen Mr. Evans hier erzählt, wirklich die Zukunft Amerikas. Eine Aussicht, die jeden Freiheitsliebenden dieser Welt mit froher Erwartung und Hoffnung erfüllen kann.

Barry M. Goldwater
Senator der Vereinigten Staaten von Amerika

Vorwort von E. C. Pulliam

Es ist durchaus möglich, daß Historiker die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts einst als die Ära bezeichnen werden, in der das konservative Element als lebensfähige politische Kraft endlich selbständig wurde. Das mag allzu optimistisch klingen, da der Konservatismus auf der nationalen politischen Bühne seit geraumer Zeit so gut wie stumm geblieben ist. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen jedoch – insbesondere im Kreise der College-Studenten – die Geburt einer Bewegung an, die die Vereinigten Staaten aus der zehrenden Unentschlossenheit und dem erschreckenden Mangel an Zielbewußtsein der letzten Jahrzehnte herauszureißen verspricht.

Vielleicht hat keine andere Generation so viel kritisches Forschen und so viel Sondieren auf sozialem Gebiet erleben müssen wie diese. Schriftsteller, Erzieher, leitende Vertreter der Wirtschaft, Soziologen und Psychologen – sie alle haben den Puls des modernen Amerika gefühlt und ihn schwach gefunden. Doch obwohl diese Diagnostiker – die jeden erdenklichen Punkt im ideologischen und politischen Bereich erfaßten – das Problem im allgemeinen richtig werteten, haben die meisten, auch jene, deren Diagnosen die Bestseller-Listen erreichten, die Ursachen unserer nationalen Krankheit nicht gesehen oder nicht sehen wollen.

Gerade mit diesen Ursachen befaßt sich nun – unter anderem – Evans. Er beurteilt die Dinge von zwei sehr günstigen Punkten aus: einmal als Mitglied der akademischen Welt, die er kürzlich mit glänzendem Abschluß verließ, und zum zweiten als Mitarbeiter der Tagespresse, denn er hat seine Gaben hauptberuflich als Redakteur in die Dienste von *The Indianapolis News* gestellt. Er kommt zu dem Schluß, daß unsere Nation von

den vier apokalyptischen Reitern des derzeitigen Liberalismus bedrängt wird: dem Etatismus mit seiner Anbetung des Kollektivs; der Bindungslosigkeit, die alle absoluten Wertmaßstäbe ableugnet; der Gleichmacherei, die einen jeden auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner herabwürdigt; und der Anpassung – unserem blinden Eifer, Harmonie der Gemeinschaft auf Kosten der Individualität zu erlangen.

Aber Stan Evans ist keineswegs entmutigt. Findet er doch im Urstromgebiet des Liberalismus, im College selbst, überall aufspringende, kleine Quellen eines neuen Konservatismus, der sich die Weisheit unserer Vorfahren zum Leitbild nimmt und die Wahrheiten, die seit eh und je bestanden haben, um den irrenden Menschen auf seiner gefährlichen und oftmals entmutigenden Reise durch die Jahrhunderte zu leiten. „Es ist der Liberale, der alt ist – alt geworden in satter Machtausübung", schreibt Evans, „und es ist der Konservative, der jung ist, zornig und ein Außenseiter der Gesellschaft."

Und das stimmt. Glücklicherweise erhebt diese dynamische neue Kraft selbst in unserem Zeitalter der Anpassung, in dem Treue und Prinzipien allzu häufig beim Schicksal und bei den Menschen in Ungnade zu sein scheinen, ihre Stimme lauter und klarer, als viele von uns es in ihren kühnsten Träumen für möglich hielten. Und im Hintergrunde vernimmt man die Akkorde der Götterdämmerung des Liberalismus, den Schwanengesang einer kraftlos gewordenen Ideologie, die gewogen und um vieles zu leicht befunden wurde.

Eines fehlt jedoch in diesem Buch ganz entschieden, und es ist Autor wie Lesern gegenüber nicht mehr als recht und billig, dies zu erwähnen. Bei der Beschreibung der Intellektuellen, die in den vordersten Reihen der konservativen Bewegung stehen, unterließ es der Autor, einen ihrer brillantesten Vertreter zu nennen — sich selbst. Schon mit siebenundzwanzig Jahren ist Stan Evans heute einer der anerkannt führenden Denker und Schriftsteller der konservativen Richtung, und sein Stern wird ganz gewiß im Laufe der Zeit noch heller leuchten. Er verkörpert wie kein anderer die Intelligenz, die Kraft und die Tiefe der konservativen Auferstehung. Und in der Gewißheit, daß ihm und den vielen anderen jungen Menschen, die in diesem Buche Erwähnung finden, die Zukunft gehört, freue ich mich, die Nation in guten Händen zu wissen.

Eugene C. Pulliam
Herausgeber der *Indianapolis News*

I. TEIL

RÜCKBLICK

„*Der Individualismus in Yale stirbt* – und zwar kampflos." Zu dieser düsteren Schlußfolgerung kam Bill Buckley in seinem Bestseller von 1951, *God and Man in Yale.* Und ich kann bestätigen, daß dieser Ausspruch für jenes Jahr in niederschmetternder Weise zutraf.

Ich war ein noch recht unsicherer Student im ersten Studienjahr, als „Bills Buch" bei einer entgeisterten Studentenschar schlagartig wilde Kontroversen auslöste. Ich hatte wirklich noch kaum Zeit gehabt, mit der Welt von Yale[1] vertraut zu werden, als ich mich bereits hitzigen Diskussionen über Wert oder Unwert dieses Buches teils gegenübersah, teils mich selbst hineinverwickelt fand.

Der Meinungsstreit, der um *God and Man* entbrannte, war Belehrung in sich. Das Yale von 1951 war eine Gemeinschaft, in der bei Professoren wie Studenten unumschränkter Liberalismus herrschte. Ich hatte diese Tatsache schon selber zu begreifen begonnen, aber der Widerhall auf Bills Buch beschleunigte mein Verständnis dafür erheblich. Ließ er doch klar erkennen, daß sich Yales Treue zur „freien Meinungsbildung" in einem seltsamen Auswahlverfahren ausdrückte, das sich keineswegs auf Untersuchungen von konservativer Seite hinsichtlich der politischen Richtung des Lehrplanes in Yale erstreckte.

God and Man bestand aus zwei Teilen: erstens einer Kritik an der geistigen Ausrichtung einer in Yale genossenen Ausbildung. Sie setzte sich mit dem Beeinflussungsdruck innerhalb wie außerhalb des Lehrplanes auseinander. Zweitens einer Theorie „akademischer Freiheit", die dem Zweck

diente, diese Ausrichtung zu korrigieren. Die erste war nicht mehr als eine auf Tatsachen basierende Meinung, und sie war – als aus dem Jahre 1951 stammend – behutsam formuliert und mit größter Genauigkeit dargelegt. Die zweite beruhte auf Wertmaßstäben, die anerkannte Vorstellungen moderner Erziehung in die Schranken forderten, und bildete eine durchaus legitime Basis für hitzige Diskussionen.

Während mir Buckleys beschreibende und analysierende Ausführungen über das, was ich selbst beobachtet hatte, peinlich genau zu sein schienen, riefen sie in der übrigen Welt von Yale eine fast albern erscheinende Verärgerung hervor. Die *Yale Daily News* geißelten ihren früheren Herausgeber mit leidenschaftlicher Inbrunst; die Verwaltung wies in frommem Entsetzen Buckleys Vorwurf kollektivistischer und agnostischer Tendenzen zurück (sehr zur Befriedigung der Alumnen). Buckley wurde rundheraus als zugeknöpfter Torquemada, als ein Fürsprecher der „Gleichschaltung" bezeichnet, dessen Absicht es wäre, die „freie Meinungsäußerung" bei den Studenten Amerikas zu unterdrücken.

Die Ironie in alledem – so, wie ich die Dinge sah – lag allerdings darin, daß Buckley derjenige war, der für „freie Meinungsäußerung" plädierte, während die Masse seiner Kritiker für die „Gleichschaltung" eintrat. Mit einer einzigen Ausnahme kann ich mich nicht erinnern, während meines ersten Studienjahres in Yale einen Studenten oder Professor getroffen oder auch nur von ihm gehört zu haben, der für Buckley auf die Barrikaden gestiegen wäre (in den darauffolgenden Jahren traf ich einige). Was die Welt außerhalb des Campus betraf, so bewies die nicht zu überbietende Trägheit der Studenten, die entweder völlig desinteressiert waren oder sich beeilten, den Zuschnitt in Yale zu verteidigen, überzeugend, wo in unserer bestehenden Gesellschaft von „Gleichschaltung" und wo von „freier Meinungsäußerung" die Rede sein konnte.

Einige meiner eigenen Eindrücke, wahllos herausgegriffen, mögen dazu dienen, einen Begriff vom geistigen Klima jener Zeit zu geben und zu erläutern, warum ich Buckleys Beschreibung der Zustände in Yale um die Mitte unseres Jahrhunderts unterstreiche.

Als ich mich auf dem *Old Campus* etabliert hatte und meine Aufmerksamkeit den *Yale News* zuwandte, stellte ich fest, daß die Leitartikel-Seite von Gefühlsäußerungen nur so strotzte, die – gelinde gesagt – dem Verband der für die demokratischen Rechte eintretenden Amerikaner *(Americans for Democratic Action)* Ehre gemacht hätten. Der Herausgeber, John

Steadman, war ein fähiger und aggressiver Polemiker der Linken. Jim Thomson, Nachfolger von Steadman im zweiten Semester desselben Jahres, gehörte der gleichen Richtung an.

Unter einer solchen Führung verfolgten die *News* eine unerschütterlich liberale Politik, die sich nicht immer auf die Leitartikel-Seite beschränkte. Als ich mich darum bewarb, Mitarbeiter der Zeitung zu werden, wurden den „heelers", wie man uns nannte (was soviel bedeutet wie „Nachmacher"), häufig Vorträge über die Bedeutung der Objektivität gehalten. Bei umstrittenen Themen, so schärfte der Chefredakteur uns ein, sollten wir uns davor hüten, in unseren Artikeln persönlichen Vorurteilen Raum zu geben. Eingedenk dieser Belehrungen ergriff ich bei einer Redaktionsbesprechung die Gelegenheit, gegen eine Überschrift zu protestieren, die mit schwerem Geschütz gegen die bête noire der frühen fünfziger Jahre, Senator McCarthy[2], zu Felde zog. In dieser Überschrift hieß es, McCarthy sei in einen College-Campus „eingedrungen" (das heißt, er hatte einen Vortrag in einem Institut gehalten). „Wir sind angewiesen", sagte ich, „bei der Behandlung umstrittener Themen objektiv vorzugehen. Meiner Ansicht nach prostituiert diese Überschrift die Titelseite durch eine versteckte Hetze gegen McCarthy."

Der Chefredakteur wurde wütend. „Ich prostituiere meine Titelseite mit Freuden, wenn das Joe McCarthy schadet", sagte er.

Diese Erklärung journalistischer Ethik verkörpert meines Erachtens die Auffassung von Liberalismus, wie sie damals in Yale herrschte – und wie sie seinerzeit und auch heute noch bei einem Großteil der Intellektuellen Amerikas zu finden war und ist. Bei dieser Konzeption gebietet die Wahrheitsliebe, sich strikt an die Tatsachen zu halten, jedes Für und Wider anzuhören und die Waagschalen weder zugunsten der einen noch der anderen Seite zu belasten – ausgenommen natürlich, wenn es sich um Joe McCarthy oder Bill Buckley oder sonst ein Ungeheuer aus den Reihen der Konservativen handelt.

Der umstrittene Senator war, wie sich von selbst versteht, beliebtes Ziel für Spötteleien, Angriffe und herablassende Anspielungen. Er lieferte eine hervorragende Probe aufs Exempel dafür, daß man, wie in Yale stets betont wurde, „beide Seiten" anhörte, ehe ein Urteil abgegeben wurde – eine Probe, die Lehrkörper und Studentenschaft wiederholt – und offenbar mit innigem Vergnügen – nicht bestanden.

Ich erinnere mich an die Diskussionsgruppe in einem religionswissen-

schaftlichen Seminar, in dem der Professor, ein gewisser Burton MacLean, folgende Frage stellte: „Angenommen, Sie wären ein Christ im alten Rom, und Senator McCäsar würde Sie vor seinen Ausschuß zitieren und Sie über Ihre Zugehörigkeit zu dieser angeblich umstürzlerischen Gruppe befragen. Was würden Sie tun?“ Durchaus nicht ungewöhnlich für einen Professor in Yale – und ein Beweis sowohl für die Einflußnahme der Professorenschaft als solche als auch für die Zwanglosigkeit, mit der sie bei scheinbar völlig fernliegenden Themen ausgeübt werden konnte.

Das Sachgebiet Religion in Yale war in *God and Man* ganz besonders scharf unter die Lupe genommen worden, und bei einem einzigen kurzen Ausflug in dieses Gebiet fand ich viele Bestätigungen dafür, wie recht Buckley hatte, wenn er es bestenfalls als einen schwachen Stützpfeiler für die Überzeugungen von Haus aus frommer Studenten bezeichnete. Der Studienplan in Yale war, besonders in den Sozialwissenschaften, stark auf den Lehrsatz ausgerichtet, daß der Glaube an Gott vernunftwidrig sei – ein soziologisches Phänomen, basierend auf primitiven Vorstellungen vom Tode. Weit davon entfernt, dieser Theorie entgegenzuwirken, lieh ihr die religionswissenschaftliche Fakultät in Yale zumindest in einem, mir persönlich bekannten Fall, ihre stillschweigende Unterstützung. In dem religionswissenschaftlichen Seminar, an dem ich teilnahm, benutzten wir ein Lehrbuch, in dem die Ansicht vertreten wurde, daß das einzigartige Bekenntnis des Judentums zum Monotheismus nicht auf eine Offenbarung, sondern auf eine „Evolution“ aus einem früheren Polytheismus zurückgehe. Diese Theorie – die im übrigen durch die entsprechenden Stellen in der Bibel offenbar nicht unterstützt wird – führt den Studenten dahin, die Ansicht zu akzeptieren, daß die jüdisch-christliche Religion nichts weiter ist als eine anthropologische Konstruktion.

Im weltlichen Bereich beeinflußten Vorlesungen und Lehrbücher die Studenten für gewöhnlich dahingehend, sich zum Etatismus oder Kollektivismus zu bekennen. Grundlehrbuch für Volkswirtschaft war Paul Samuelsons *Economics, an Introductory Analysis* – eine unverblümte Aufforderung zum Interventionismus à la Keynes. Die Grundvorlesungen in Soziologie endeten mit einer flammenden Rede über Städteplanung. Zu den Grundvorlesungen in Staatswissenschaft gehörte ein ausgezeichnetes Referat des berühmten Cecil Driver, bei dem er den Studenten eindringlich zu verstehen gab, daß der Sozialismus unausweichlich auf dem Vormarsch sei.

Die Studenten nahmen derartige Ansichten in überwiegender Mehrzahl als maßgebliche Urteile zu staatswissenschaftlichen Fragen hin. So bestand beispielsweise wenig Neigung, sich kritisch zu Professor Drivers beredter Darlegung zu äußern, daß die westliche Welt dazu bestimmt sei, im Kollektivismus zu leben. Im Gegenteil, zu meiner Zeit erhoben sich gerade in dieser Vorlesung vierhundert Studenten zu einer begeisterten Ovation.

So sah es in Yale Anfang der fünfziger Jahre aus. Es war eine Welt, in der ein Student mit konservativen Neigungen dringend Hilfe, Rat und Aufklärung brauchte. Durch einen glücklichen Zufall stieß ich schon bald nach Beginn meines Studiums in Yale auf Quellen, die alle drei Bedürfnisse befriedigten.

Gegen Ende meines ersten Studienjahres schlenderte ich eines Tages in Liggetts Drugstore an der Ecke York und Elm Street. Am Zeitungsstand stieß ich auf eine Zeitschrift, *The Freeman*. Ihrem Format nach sah sie aus wie eines der unzähligen „kleinen" Magazine, und ich hielt sie für eines der vielen liberalen Blätter. Zu meinem Erstaunen stellte ich fest, daß sie stark anti-kommunistisch war und sich in überzeugenden Worten für die freie Marktwirtschaft einsetzte. Das war eine Art Markstein – ich sah zum ersten Mal eine wirklich konservative Zeitschrift.

Die zweite Begegnung erlebte ich nach einem Philosophie-Kolleg, in dem ich mich mit Professor Paul Weiß in eine milde Diskussion über Staatsrecht eingelassen hatte. Hinterher kam ein Student auf mich zu und gab mir eine Karte. Darauf standen zwei Namen: *„Intercollegiate Society of Individualists" (ISI)*[3] und *„Foundation for Economic Education" (FEE)*. „In diesen Vereinigungen denkt man ähnlich wie Sie", sagte er. „Vielleicht möchten Sie in die Anschriftenkartei aufgenommen werden."

Aus diesen drei Quellen – *The Freeman*, *ISI* und *FEE* – schöpfte ich dankbar bei meinen tastenden Versuchen, die Ereignisse nach ihrer Bedeutung zu wägen und den auf mich einstürmenden Lehrstoff zu bewältigen. In *The Freeman* erschien eine Reihe von Artikeln über die Gemüter erhitzende nationale Streitfragen, insbesondere über die schwelende Frage der Inneren Sicherheit. Durch *ISI* erhielt ich Bücher von Frederic Bastiat, Frank Chodorov und F. A. Harper, in denen die Prinzipien der freien Marktwirtschaft erläutert wurden, ferner den Washingtoner Informationsbrief *Human Events* und Broschüren von *FEE*. Ich merkte, daß es konservative Verleger gab – Henry Regnery und Devin-Adair. Ohne viel Mühe fand ich Bücher aus beiden Verlagen im „Co-op", der Studenten-

buchhandlung von Yale – Charles Callan Tansills *Back Door to War*[4] und Frank Chodorovs *One is a Crowd.*

Dieser Lesestoff bot mir willkommenes Wissen – jedoch er bedeutete mehr als das. Aus der Perspektive von 1961 gesehen, erscheint die geringe, einem konservativ eingestellten Studenten damals zur Verfügung stehende Stoffmenge vielleicht nicht eben eindrucksvoll. Aber für mich war sie eine unbezahlbare Entdeckung; bedeutete sie doch, daß ich nicht länger allein war. Hier gab es Männer von Rang und Namen – Gelehrte, Journalisten, Verleger –, die das gleiche Unbehagen empfanden wie ich und die die konservative Sache mit Tatsachen ebenso wie mit theoretischen Spitzfindigkeiten unterstützten.

Das waren die Grundlagen, auf denen so etwas ähnliches wie eine konservative Bewegung in Yale entstand. Zu Beginn meines dritten Studienjahres hatten wir eine kleine Zelle konservativ denkender Studenten gebildet. Teilweise hatten wir uns in der „Politischen Union" getroffen, wo wir uns als lautstarke Minderheit in der „Partei der Rechten" behaupteten. Zu der Gruppe gehörte auch Gridley Wright, damals im dritten Studienjahr. Anfang Januar rief Grid mich an und bat mich zu einer Zusammenkunft in seinem Zimmer. Er sei bei Whitlock und im Co-op gewesen, auf der Suche nach einigen konservativen Standardwerken. Den Geschäftsinhabern waren sie völlig unbekannt. Grid fand, wir bräuchten eine eigene Bücherei – um interessierten Studenten konservatives Schrifttum zugänglich zu machen. Der Gedanke fand Anklang, und mit Hilfe von *FEE* und *ISI* wurde die Bibliothek geschaffen. Das war der Anfang des konservativen Gegenangriffes in Yale.

Die „Unabhängige Bücherei", wie sie genannt wurde, löste keine wie von Zauberhand bewirkte Frontwechsel unter den Studenten aus. Als Leihbücherei war sie sogar ein rechter Mißerfolg. Es kamen mehr Studenten, die mit den Bibliothekaren diskutieren, als solche, die lesen wollten. Uns genügte es jedoch, zumindest kundgetan zu haben, daß der Konservatismus in Yale – im Gegensatz zu den allgemeinen Verlautbarungen – am Leben war, und die Bücherei wurde bald Mittelpunkt einer Reihe anderer Betätigungen.

Ende 1954 beschlossen wir, darauf hinzuwirken, daß den Studenten die Augen darüber aufgingen, wie tendenziös gefärbt der Lehrstoff teilweise war. Wir entschieden uns für eine Veröffentlichung, in der wir Vorlesungen und Lehrbücher einer Kritik unterziehen und daran demonstrieren

wollten, daß die Regeln „akademischer Freiheit“ in New Haven nur zum Teil beachtet wurden.

Dieser Schritt erwies sich als unsere aufsehenerregendste Tat – er trug uns die Kritik der *Yale News* und eine Flut bitterböser Briefe ein, ganz abgesehen davon, daß er zum langlebigen Diskussionsthema auf dem ganzen Campus wurde. Er brachte uns jedoch auch, wie ich mich voller Freude erinnere, positive Kommentare von einigen unserer Professoren – bemerkenswerterweise von L. P. Curtis, dem Professor für Geschichte, und Professor Eugene V. Rostow, heute Dekan der juristischen Fakultät der Universität Yale.

The Independent, wie wir unsere Zeitschrift nannten, entsprang der Überlegung, daß wir als Studenten uns nicht anmaßen konnten, gültige Urteile über das Geschehen in der Welt und in unserem eigenen Lande abzugeben. Doch in einem Punkte hielten wir uns für kompetent: Was den uns vorgesetzten Lehrstoff anging. Folglich brachten wir Kritiken an Lehrbüchern, wie Parrington und Rowley, und an speziellen Seminaren, wie Volkswirtschaft und Staatswissenschaft.

Von der schmalen Basis unserer kleinen Gruppe von ungefähr zehn Konservativen in der Unabhängigen Bücherei ausgehend, versuchten wir, nach außen in die Gemeinschaft von Yale zu wirken. Und wenn wir uns auch schmeichelten, durch diesen oder jenen kleinen Sieg ein Stück weiterzukommen, erzielten wir im ganzen gesehen keine eben überwältigende Wirkung. Wir versuchten, die „Partei der Rechten“ aufzupolieren, und starteten einen energischen Feldzug, um die Politische Union in die Hand zu bekommen. So kühn dieser Versuch war, erlitten wir damit Schiffbruch, und die konservativen Bestrebungen in dieser Organisation schliefen allmählich wieder ein.

Wir erweckten auch die *Calliopean Society* zu neuem Leben – diesen berühmten Debattier-Klub aus dem Yale des 19. Jahrhunderts. Im letzten Semester meines letzten Studienjahres hielten wir mehrere Versammlungen ab und fanden diesen Verein ungeheuer erfolgreich. Und doch strich es nur wie eine leichte Brise über die glatte Oberfläche des in Yale herrschenden Liberalismus. Was gezieltere politische Bewegungen anbetraf, hielten wir die Jungen Republikaner in Yale für hoffnungslos. Ihr sogenannter *YR (Young Republicans)*-Klub war durchaus „modern“, und wir kamen nie auf die Idee, daß er sehr viel mehr sein könnte. Im großen und ganzen taten wir unser möglichstes, und wir ließen unsere Umgebung

wissen, daß das konservative Element existierte. Aber wir standen erst am Anfang und konnten nur wenige greifbare Erfolge vorweisen.

Im Februar 1960, genau fünf Jahre nachdem unser *Independent* zum ersten Male erschienen war, wurde ich aufgefordert, in Yale vor der *Calliopean Society* zu sprechen. Und ich stellte fest, daß die Dinge sich gewandelt hatten. Die Gesellschaft war keineswegs träge geworden, wie ich gefürchtet hatte, sondern sie arbeitete zu meinem Erstaunen in einem Tempo und mit einer Begeisterung, wie sie 1955 undenkbar gewesen wären. Unter der Leitung eines jungen Mannes namens David Stuhr kam man wöchentlich einmal zusammen und lud dazu die bekanntesten Redner aus dem konservativen Lager ein – Fulton Lewis, Robert Morris, William Rusher. Die Zahl der Mitglieder hatte sich vergrößert, die Ersuchen um Aufnahme waren drängender geworden.

In dem Unterschied zwischen der *Calliopean* aus dem Jahre 1955 und der im Jahre 1960 spiegelt sich die Geschichte des konservativen studentischen Elementes in Yale. Als ich noch studierte, war diese Gesellschaft unser erfolgreichstes Unternehmen. Heute ist sie das noch weit mehr. Und auf anderen Gebieten, wo wir entweder Schiffbruch erlitten oder nur einen Teilerfolg erzielten, befanden sich die neuen konservativen Elemente von Yale mit fliegenden Fahnen auf dem Vormarsch. Der Klub der Jungen Republikaner war nicht mehr „modern", sondern durch und durch konservativ (ein Wandel, der ein Charakteristikum für die Jungen Republikaner im ganzen Lande ist). In der Politischen Union, wo wir mit unseren Bemühungen gescheitert und dann gänzlich geschlagen worden waren, hatte eine verjüngte Partei der Rechten wieder alle Fäden in der Hand. Der Vorsitzende war – zu meiner Zeit undenkbar – Mitglied dieser Partei und ein erklärter Konservativer. Die konservative Bewegung war in jeder Beziehung stärker, elastischer und aggressiver als bei meinem Weggang im Juni 1955.

Seither sind die Konservativen in Yale, wie ich höre, sogar noch aktiver und noch einflußreicher geworden. Ihre Zahl ist größer, ihre Stellung im Campus einflußreicher. Die *Calliopean Society* hat sogar, wie ich mit Freuden konstatierte, auch außerhalb des Universitätsbereiches von sich reden gemacht. Es sieht fast so aus, als ob der „Individualismus" – oder das Bekenntnis zu Amerikas überlieferter Konzeption eingeschränkter Regierungsbefugnis – in Yale doch noch mit dem Leben davonkommen wird. Und wenn er eines Tages untergeht, dann nicht ohne Kampf.

Diese Geschichte politischer Tätigkeit in Studentenkreisen ist meiner Ansicht nach ein Musterbeispiel für die Entwicklung der jungen konservativen Bewegung im ganzen Land. Was 1951 nur eine leise Andeutung von Meinungsabweichung gewesen war, von einigen wenigen verspürt, und was noch 1953 nur der unbeholfene Versuch war, eine Alternative zur Orthodoxie der Liberalen zu finden, war nun zu einer starken und zielbewußten Bewegung geworden. Es wird allgemein bestätigt, daß der Konservatismus unter den jungen Menschen Amerikas um sich greift. Der plötzliche, totale Umschwung der Jungen ist tatsächlich zum Gesprächsthema Nr. 1 bei jenen geworden, die über die amerikanischen Universitäten und ihre Studenten wachen, und hat zu beträchtlichen Spekulationen und Meinungsverschiedenheiten Anlaß gegeben. Niemand scheint recht zu wissen, was das alles zu bedeuten hat, worauf es zurückzuführen ist oder worauf es hinauslaufen wird.

Dieses Buch wurde geschrieben, um jene Dinge ein wenig zu beleuchten. Ich behaupte nicht, daß es letztgültige Erkenntnisse enthält. Es wird notgedrungen begrenzt durch meine eigenen Grenzen – sowohl was das Tatsachenmaterial angeht als auch meine Fähigkeit, es seiner Bedeutung entsprechend einzuordnen – und es befaßt sich mit einem Phänomen, das von Monat zu Monat einem schnellen Wandel unterworfen ist. Die hier geäußerte Meinung kann daher nur unvollständig sein und die Dinge grob umreißen. Ich habe mich bemüht, einen Begriff von den generellen Umständen zu geben, die den Aufstand der konservativen Elemente auslösten, die Voraussetzungen zu beschreiben, unter denen sie sich entwickelten, und die Menschen und Organisationen zu nennen, die hierbei in erster Linie bahnbrechend wirkten. Ich habe versucht, in großen Zügen Umfang und Wirkungsvermögen dieser Bewegung anzudeuten und die Methoden und verschiedenen Stadien zu beschreiben, durch die sich die Bemühungen einzelner – zu denen unser Programm in Yale gehört – in den größeren Rahmen gleichartiger Bestrebungen einfügten und letztlich in den großen Strom einer nationalen Bewegung einmündeten. Dabei konnte es gar nicht ausbleiben, daß ich viele Menschen nicht erwähnte, die bei diesen Bestrebungen eine Rolle gespielt haben. Insbesondere ist es nicht möglich gewesen, all die vielen verschiedenen Organisationen im Rahmen der Universität und die Persönlichkeiten zu nennen, aus denen sie bestehen und die das Ihre zu der Sache beitrugen und noch beitragen. All jene bitte ich an dieser Stelle um Nachsicht und Verständnis.

In meiner gesamten Abhandlung habe ich die Wörter „konservativ" und „liberal" zur Kennzeichnung der Rebellen und derjenigen, gegen die sie rebellieren, benutzt. Ich gebe zu, daß die treffende Definition dieser Begriffe in der Politiker-Sprache unserer Zeit umstritten ist. Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten möchte ich jedoch darauf verzichten, meine eigene, offizielle Definition dieser Begriffe im voraus zu geben – und zwar aus zwei Gründen. Der erste ist, daß die Fachausdrücke „liberal" und „konservativ" heute in unserer Gesellschaft allgemein gebräuchlich sind und dem Leser daher, so hoffe ich wenigstens, einen allgemeinen Begriff von dem geben werden, was hier gemeint ist. Der zweite Grund ist der, daß der ideologische Gehalt des Liberalismus und die daraus folgende Alternative auf konservativer Seite Hauptthema meines ersten Kapitels sind. Ausgangspunkt war dabei eine Kritik an unserer aus dem Gleichgewicht geratenen Gesellschaft. Die Definition von Liberalismus und Konservatismus, wie ich sie verstehe, mit ihren gegensätzlichen Wertbegriffen und Vorstellungen von menschlicher Freiheit, ergibt sich folgerichtig aus dieser Erörterung und kann ihr nicht vorangestellt werden.

II. TEIL

DIE ENTWICKLUNG

Der neue Konformismus

Wenn wir glauben dürfen, was wir lesen, sind die Vereinigten Staaten heute ein Land, das im Konformismus erstickt. Berufene Kritiker unserer Gesellschaft haben herausgefunden, daß wir an einer Art moralischer und intellektueller Paralyse leiden. Aus dem Volk der auf die eigene Kraft vertrauenden Pioniere, so sagt man uns, seien wir zu einem Volk von Gruppen und Massen geworden. Wir fürchten uns immer mehr davor, selbst zu denken und zu handeln. Ein degeneriertes Bürgertum zieht die Bequemlichkeiten des „Dazugehörens" und des „Beieinander" den köstlichen Härten der Unabhängigkeit vor.

Derartige Kommentare, ihre beliebtesten Variationen zumindest, beschränken sich im allgemeinen auf die Oberfläche der Dinge. Die Nation soll Buße tun für ihre gewandelten Sitten und ihre doppelzüngige Moral, doch bietet man ihr weder eine Alternative bezüglich der Sitten noch einen Grund für die Buße. Die berühmtesten Kritiker dieser Art sind Professor John Kenneth Galbraith von den Universitäten Cambridge und Neu-Delhi und ein Journalist namens Vance Packard. Packard war besonders wortreich, indem er drei düstere Elegien über unseren dahingeschwundenen Individualismus schrieb, sich durch endlose Bände soziologischer Daten ackerte, Tatsache auf Tatsache häufte und darlegte, daß wir eine Nation blutloser Automaten seien.

Die Herren Packard und Galbraith sind nur zwei Stimmen aus einem trübseligen Chor, der uns zur Umkehr aufruft, von dem Mangel an Eigeninitiative kündet und behauptet, daß der Druck der Massen alles den

Durchschnitt Überragende zermalme. Sie kommen zu der Schlußfolgerung, daß wir – um mit Professor Galbraith zu sprechen – eine Nation geworden sind, in der „Der Linde den Linden führt[5]".

Solche Kritiken können heilsam sein, wenn sie uns die Augen für einige echte Fehler öffnen. Ihr eigener Fehler liegt jedoch darin, daß sie uns wenig oder nichts über die *Ursachen* unserer Schwierigkeiten sagen, über den sozialen Wandlungsprozeß, der uns auf dieses Niveau der Konformität gebracht hat. Um sie zu erkennen, muß man die Paraphrase vom „Dazugehören" nicht als ein zufälliges Phänomen ansehen, sondern als Teil einer folgerichtigen Störung im Kern der Gesellschaft und in der menschlichen Seele. Und so weit wollen die Packards und die Galbraiths nicht gehen.

Andere Kritiker sind zwar mit mehr Einsicht, aber mit dem gleichen Zögern an die Sache herangegangen. Es sind dies Männer, für die das bestehende System zwar die Anziehungskraft verloren hat, die indessen anscheinend noch gefühlsmäßigen Bindungen verhaftet sind, zu stark, um über Bord geworfen zu werden. Ich denke dabei an so humane Kenner der Zeitgeschichte wie David Riesman, Lionel Trilling, Jacques Barzun – Männer von größtem Feingefühl und tiefer Einsicht. Als angesehene Mitglieder der akademischen Welt haben sie einen eigenen Stil begrenzter Kritik entwickelt, mit der sie erreichen möchten, daß diese Gemeinschaft treu zu den Richtlinien für Vollkommenheit und Freiheit steht.

Am deutlichsten drückt das vielleicht Riesman aus, der Soziologe von Harvard, der das Gewebe unserer Gesellschaft systematisch untersucht und es für krank befunden hat. Riesman arbeitet dabei, ebenso wie Packard, mit soziologischen Untersuchungen, aus denen er jedoch bestimmte Muster knüpft, anstatt sie endlos aneinanderzureihen. Er will zwar beschreiben, in welcher Situation wir uns befinden, aber noch wichtiger ist es ihm, ihre Ursachen zu entdecken. In diesem Bemühen hat er mehrere Bücher geschrieben, die für unsere vorliegende Untersuchung von Bedeutung sind. Das bemerkenswerteste trägt den Titel „*The Lonely Crowd*[6]". Dieses Werk, eine belletristische Darstellung soziologischer Daten, beweist das Verschwinden des Individualismus aus dem Leben unseres Volkes und schafft eine Terminologie, die zu benutzen ich mir in dieser Abhandlung erlauben werde. Der klassische Amerikaner war nach Riesmans Begriffsbestimmung „innen-geleitet", das heißt, er besaß Selbstvertrauen und eigene Persönlichkeit und steuerte Gedanken und Haltung durch ihm

innewohnende Werte. Die neue Gattung, der Angehörige der einsamen Masse, ist „außen-geleitet", was bedeutet, daß das Verhalten dieses Menschen und seine Gedanken auf die Gruppe ausgerichtet sind. Das führt im Endeffekt zu „einer ungeheuren ideologischen Verschiebung zugunsten der Einordnung in die Gruppe; einer Verschiebung, deren entscheidender Charakter durch das beharrliche Fortbestehen älterer ideologischer Erscheinungsformen verborgen bleibt".

Die Befürchtungen der Ernüchterten und Riesmans spezielle Erkenntnisse erfuhren eine Ergänzung durch H. Whyte, einen Redakteur von *Fortune*. In seinem Buch *„The Organization Man*[7]*"* sagt Whyte, daß Amerika einer Lebensform entgegentreibt, in der „alle eng verstrickt sind in ein gegenseitiges Zusammengehören; in der es kein rastloses Wandern mehr gibt, sondern statt dessen die tiefe, emotionelle Sicherheit, wie sie aus der totalen Verschmelzung mit der Gruppe erwächst".

Riesman und Whyte sind bei ihrer Analyse einen Schritt weiter gegangen als Packard und Galbraith, obgleich auch sie sie nicht bis zum Ende durchgeführt haben. Sie sind sich einig darin, daß unsere Tendenz, in der Gruppe unterzutauchen und uns auf den Staat zu verlassen, von einer Wandlung der fundamentalen Werte herrührt. Der Moralkodex, der einst bestimmend war für die Handlungsweise der Amerikaner, hat keine Gültigkeit mehr. Und Menschen ohne inneren Wertmaßstab müssen sich nach einer anderen Richtschnur umsehen. Wir haben den Verfall der „Protestantischen Ethik" gesehen, sagt Whyte, die harter Arbeit und individueller Verantwortung den höchsten Preis zuerkannte; an ihre Stelle haben wir einen vielgestaltigen Determinismus gesetzt, der die Anpassung an wechselnde Bedingungen ungleich höher bewertet als die Treue zu Persönlichkeitswerten. Die Ideologie der Masse verlangt zuerst und vor allem die Aufgabe der moralischen Willensfreiheit.

Riesman fand, daß der „innen-geleitete" Amerikaner „erheblich durch die Traditionen gebunden ist; sie setzen seinen Zielen Grenzen und hemmen die Wahl seiner Mittel". Diese Traditionen verkörpern einen Moralkodex, der „früh im Leben eingepflanzt und auf verallgemeinerte, aber dennoch unausweichlich festgelegte Ziele gelenkt ist". Der „außen-geleitete" Amerikaner besitzt kein solches inneres Führungssystem. „Das gemeinsame Merkmal der ‚außen-geleiteten' Menschen besteht darin, daß das Verhalten des einzelnen durch seine Zeitgenossen gesteuert wird." Der „außen-geleitete" Konformist, der versucht, sein eigenes Verhalten durch

Posen zu unterstützen, die ihm die Billigung der Gemeinschaft sichern, ist stets emsig bestrebt herauszufinden, was „man“ tut und was nicht. Der Amerikaner alten Stils war ein Moralist, der neuen Stils ist ein „Informationssammler“ (inside dopester).

Das sind meiner Ansicht nach bedeutende Erkenntnisse; richtig ausgelegt, vermögen sie uns viel darüber zu sagen, was an der amerikanischen Gesellschaft von heute nicht stimmt. Insbesondere erfassen sie den wesentlichen Punkt, ohne den unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht zu verstehen sind: daß wir nämlich gleichzeitig weitherzig in Fragen der Ethik und etatistisch in Fragen der Staatspolitik sind; daß wir das zweite wurden, weil wir das erste waren; und daß sich beide in unheilvoller Symbiose gegenseitig nähren. Und doch sind sie nicht in erster Linie wichtig durch ihre Aussage, weder weil sie neu wäre – was sie nicht ist –, noch dadurch, daß sie wahr wäre – was sie ist. Die von Whyte und Riesman durchgeführte Analyse ist deshalb so bemerkenswert, weil sie unsere Gesellschaft auf ihre zärtlichst gehegten Schwächen hinweist – und akzeptiert wird.

Und das war keine kleine Leistung. Denn frühere Bemühungen dieser Art stießen auf Gegenmaßnahmen oder Geringschätzung. Warnungen vor der Kollektivierung der Gesellschaft wurden selbstverständlich kurzerhand zurückgewiesen, wenn sie von Geschäftsleuten kamen oder von anderen, von denen man vermuten konnte, daß sie aus Profitgier dem „rauhen Individualismus“ den Vorzug gaben. Ebenso unerfreulich lagen die Dinge jedoch für Angehörige der intellektuellen Schicht, die die Gefahr der Vermassung ahnten und gegen sie predigten. John Dos Passos und Max Eastman, um nur zwei zu nennen, fanden sich bei Kritikern und Akademikern plötzlich vor verschlossenen Türen, als ihnen das Wachstum des Staatsungeheuers unbehaglich wurde. Dafür, daß er schrieb, „es gibt keine Hauptakteure mehr, nur noch einen Chor“ (das war 1932), nannte man José Ortega y Gasset eine wunderliche und jähzornige Kassandra; der Rest der Intellektuellen fuhr fort, die noch auf der Bühne verbliebenen Hauptdarsteller aufzureiben und zu vernichten. Im Jahre 1950, als Riesman „Die einsame Masse“ schrieb, erklärte der Schriftsteller und Verleger Frank Chodorov, die überraschendste Entwicklung dieser fünfzig Jahre „war die Charakterwandlung des Amerikaners vom Individualisten zum Kollektivisten“. Der Unterschied lag darin, daß Chodorov, ebenso wie sein Lehrer Albert Jay Nock, gerade dies seit Jahren gesagt hatte. Und weil

sie das sagten, war kein Verleger von Rang und keine der großen, maßgebenden Zeitschriften bereit, sie auch nur aus der Ferne anzusehen.

Die Bücher von Whyte und Riesman dagegen wurden nicht nur von namhaften Verlegern angenommen, sie wurden zu durchschlagenden Erfolgen bei Kritikern und Lesern. Das ist eine kaum zu überschätzende Tatsache. Bedeutet sie doch, daß eine konformistisch geprägte Gesellschaft nach verschiedenen, selbstheraufbeschworenen Unannehmlichkeiten endlich beschloß zuzuhören. Ein Volk von „außen-geleiteten" Bürgern war bereit, sich sagen zu lassen, daß sie das und nichts anderes seien.

Ich habe durchaus nicht vor, die Bereitwilligkeit überzubewerten, die aus dem Durchbruch von Whyte und Riesman ersichtlich wird. Teilweise verdankten sie ihre gute Aufnahme der Form, in die sie ihre Erkenntnisse kleideten. Spricht man zu einer in Irrtümern befangenen Gesellschaft, ist das beinahe so, als spräche man zu einem in Irrtümern befangenen König. Man überzeugt nicht durch Frontalangriff; man muß schrittweise vorgehen, hier einen Vorschlag machen, da eine Definition anbringen und das Ganze so bemänteln, daß es aussieht wie Zustimmung und Beifall. Beide, Whyte ebenso wie Riesman, bemühten sich daher bei aller harten Kritik, es mit ihrer Umwelt nicht völlig zu verderben. Und beide waren mächtig darauf bedacht – wie beispielsweise in ihren ähnlichen Abhandlungen über progressive Bildung –, daß man sie ja nicht als „reaktionär" einordnete, als Feinde des Fortschritts an sich, wenn sie auch den „Progressivismus" angriffen. (Diese Art Diagnose sollte, auf der neuen Ebene der Verständigung fußend, bald folgen, jedoch von anderer Seite.) Ihre Abhandlungen, besonders die von Riesman, deuten darauf hin, daß sie, obwohl sie die Kräfte erkennen, die unser Zeitalter wie mit stählernen Fesseln umschließen, selbst Gefesselte sind. Diese Lehre sieht alles, was falsch ist, doch sie ist anscheinend zu sehr durch die Konformität geprägt, die sie beschreibt, um einen Ausweg erdenken zu können. (S. z. B. Riesmans *„Values in Context"* in *Individualism Reconsidered* und den Ausgang von Lionel Trillings Roman *The Middle of the Journey*. Beide versuchen sie, sich von den Irrtümern des „Außen-Gelenktseins" zu distanzieren, ohne die Tatsache als solche abzulehnen oder die Alternative zu befürworten.)

Dieses Fehlen eines grundsätzlichen, richtungweisenden Planes stiftete endlose Verwirrung bei Regierungsausschüssen und bekannten Journalisten, die sich, der natürlichen Ordnung der Dinge folgend, schließlich bewogen sahen, den Riesmans und Trillings, den Barzuns und Whytes nachzueifern.

Die Massenmedien überboten sich mit Abhandlungen über den Verfall des amerikanischen Volkscharakters; die Zeitschrift *Life* brachte eine gewichtige Artikelserie über das „nationale Ziel“. Aufgeschreckt durch die kritische Bemerkung vom Verfall des Nationalcharakters waren sich alle einig, daß etwas geschehen müsse.

Und wohin führten diese Analysen? Die Ziel- und Zwecksucher tadelten uns zwar ob des Verlustes unserer nationalen Stärke, doch sie äußerten sich nicht über die Gründe. Ihre Ratschläge, wie Abhilfe zu schaffen sei, waren vielmehr „wie gehabt“.

Nach den oben angestellten Betrachtungen sieht es so aus, als ob ein enger Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit vom Staate oder vom Kollektivismus und dem Verfall des amerikanischen Volkscharakters bestehe. Die Artikelserie über das „nationale Ziel“ kam jedoch zu der Schlußfolgerung, daß wir diesen Charakter neu erstehen lassen könnten, wenn wir den „Privatismus“ vernichteten und uns mehr auf das Allgemeinwohl konzentrierten. Präsident Eisenhowers Ausschuß für die Verwirklichung nationaler Ziele bekannte sich zum Unternehmertum des einzelnen und schlug eine Erhöhung des Bundeshaushaltes um mehrere Milliarden Dollar zur Verteilung im Rahmen dieser Bestrebungen vor. Laut Professor Galbraith, der sich damit selbst zum wilden Bilderstürmer stempelte, können wir dem „Weichwerden“ dadurch entgehen, daß wir Privatleuten Geld nehmen und es durch die Regierung ausgeben lassen.

Hier so – dort so; selbst im Weißen Haus, wo Präsident Kennedy an einem Tag seine Landsleute ermahnt, zu kämpfen und zu opfern, und sie am nächsten Tag auffordert, sich am Staatsvermögen zu mästen.

Bei einem derartigen Durcheinander ist es kaum verwunderlich, daß alle, die den „Konformismus“ kritisierten, rechte Mühe hatten, die Jugend dagegen auf die Barrikaden zu hetzen und sie so weit zu bringen, daß sie rebellierte. Und eine Rebellion mußte es natürlich sein. Wenn ein Volk zu verkalken droht, kann es mit Recht von seiner Jugend erwarten, daß sie etwas dagegen unternimmt. Und so begann man zu suchen. Die Meinungsspekulanten zweiter Garnitur schauten unter jeden Busch und förderten einige unglaubliche Exemplare zutage. In *The Nation* erklärte Kenneth Rexroth, er sehe ein Aufbranden rebellierender Jugend „in Friedens- und Abrüstungsversammlungen“. Verschiedene Zeitungen waren der Ansicht, daß Studenten, die das *„House Un-American Activities Committee“ (HUAC)* (Parlamentsausschuß gegen unamerikanische Umtriebe. Anm. d.

Übers.) verunglimpften, die „Neue Welle“ seien. *Look* stimmte in den Chor ein, indem sie voller Hochachtung von der „aufbrechenden Generation“ sprach. Der Konformismus, gestand sie, mache sich in den Sitzstreiks in den Südstaaten bemerkbar. Murray Kempton übertrumpfte sie alle mit der Behauptung, daß die „wahre“ Rebellion unserer Zeit „sich in Demonstrationen gegen *HUAC* oder in Protestmärschen gegen die Atombewaffnung oder in Sitzstreiks gegen die Rassentrennungsgesetze der Südstaaten zeigt“.

Aber all das reichte nicht ganz. Was für persönliche Wagnisse junge Menschen bei diesen Unternehmungen auch eingegangen sein mögen, die Ansichten, zu denen sie sich bekannten, hatten ganz gewiß nichts Revolutionäres an sich. Schließlich hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten seit Jahren offiziell gegen die Fortsetzung der Kernversuche ausgesprochen. Der Groll gegenüber dem *HUAC* genießt die nicht geringzuschätzende Rückendeckung der *New York Times* und anderer einflußreicher Blätter, und der Feldzug gegen die Rassentrennung in den Südstaaten trägt alle Züge einer überparteilichen, nationalen Sühnekampagne. Wirklich, wenn wir die wesentlichen Elemente unseres „Konformismus“ genau prüfen, werden wir feststellen, daß übersteigerter Pazifismus, elastische „Toleranz“ gegenüber dem Kommunismus und hitziges Nivellierungsstreben in den größeren Rahmen der herrschenden Moralauffassung hineingehören. Die Gebärden der Studenten, so übertrieben sie sein mochten, waren lediglich ein Fall von *„Plus ça se révolte, plus c'est la même chose.“*

Das gleiche gilt für jenes für die Rebellion der Jugend meistgebrauchte Stichwort von der *„beat generation*[8]*“*. Die *„beats“* sind auf die eine oder andere Weise mit all den obenerwähnten Bewegungen verquickt, obgleich man wohl mit Fug und Recht behaupten kann, daß sie diesen Fragen zumeist herzlich gleichgültig gegenüberstehen. Auf den Durchschnitts-Beatnik paßt die herkömmliche Beschreibung eines „Rebellen“ fraglos. Er lehnt die sichtbaren Symbole des neuen Konformismus ab – Kombiwagen für die Familie und Vorstadtkomfort. Doch da ihm niemand wirklich erklärt hat, welches die Ursachen dieser tödlich starren Gleichförmigkeit sind, wurde sein revolutionärer Impuls irregeleitet und erstickte schließlich. Denn die Philosophie der Beats gemeinhin – die Ablehnung aller Wertmaßstäbe, das Hineinstürzen in subjektive Begriffe – ist im Grunde genommen die vorherrschende Philosophie unseres Zeitalters. Die Grundlehren im Nihilismus der Beatniks sind gleichzeitig die Grundlehren von

Positivismus und Pragmatismus, die – in ihren populären Spielarten – die ausschlaggebenden Elemente für unseren Abstieg in die Masse waren. Vom philosophischen Standpunkt aus sind der Beat-Nihilist und Riesmans außen-gelenkter Mensch kaum auseinanderzuhalten. Beide sind auf der Flucht vor den Wertbegriffen.

Als die Kritiker dergestalt alle in die Bohème führenden Seitenpfade erforscht und kaum etwas Greifbares gefunden hatten, gaben sie es als verlorene Liebesmüh auf. Sie kamen zu dem Schluß: Die Jugend von heute ist hoffnungslos. Manche nannten sie „die stumme Generation". Andere warfen ihr vor, zaghaft zu sein. Auf der Suche nach „Rebellion" hatten diejenigen, die sich damit beschäftigten, statt dessen zu ihrem Schrecken einen wachsenden „Konservatismus" festgestellt. In der *Washington Post* zeterte die Leitartiklerin Malvina Lindsay über die „verschrobenen, jungen Käuze" mit ihrer Neigung zu konservativer Haltung in politischen Fragen. Das *Courier Journal* in Louisville tönte dumpf: „Es gab einmal eine Zeit, da waren die Studienjahre Jahre geistiger Urbarmachung, Jahre der Gärung, der leidenschaftlichen Hingabe an neue Ideen ... Doch, ach, das ist vorbei. Alle Untersuchungen ergeben wachsenden Konservatismus und Konformismus und die Angst vor Debatten auf dem Campus."

Derartige Betrachtungen verraten die gleiche Verworrenheit, die *Life* auf die Suche nach dem Nationalcharakter gehen läßt, von der es mit salbungsvollen Reden vom „Privatismus" zurückkommt. Jene, die auszogen, die Rebellion der Jugend aufzuspüren, begannen ihre Suche, ohne zu wissen, wie der Heilige Gral aussah, den sie zu finden hofften. Sie hatten sich nicht die Mühe gemacht, den Begriff „Konformismus" zu definieren, und besaßen daher keine Vorstellung von echter Rebellion. Statt dessen hielten sie sich an das übliche, allen konformistisch Denkenden geläufige Schema – wonach „Rebellion" stets und notwendigerweise eine Funktion der politischen Linken ist, ähnlich wie beim radikalen Sohn, der die Wertbegriffe seines konservativen Vaters ablehnt. Sie suchten die Rebellion mit den Augen der Orthodoxen, und sie fanden nichts.

Das Durcheinander hätte vermieden werden können, wenn Whyte und Riesman ihre kritischen Untersuchungen bis zum Ende durchgeführt oder aber die Meinungsspekulanten zweiter Garnitur sich auch nur bemüht hätten, die Whyte – Riesmansche Analyse gründlich zu studieren und die darin enthaltenen Lehren zu erkennen. Denn was offenbar fehlte, war eine wirkliche Bestimmung von Wesen und Ursachen des Konformismus. Nur wenn

sie festgelegt sind, können wir definieren, wie die Rebellion aussehen muß; fehlen sie, werden wir immer wieder ins Blaue hinein plötzlich ein aufgeregtes Geschrei anfangen und jedesmal meinen, dies sei nun der Impuls, der uns von der Einförmigkeit befreien werde – und jedesmal werden wir enttäuscht sein.

Ich habe mich kurz mit den Ergebnissen auseinandergesetzt, die Whyte, Riesman und die anderen Kritiker unseres Konformismus erzielten. Ich möchte sie noch ein wenig länger untersuchen, um eines besseren Verständnisses für unsere Schwierigkeiten sicher zu sein.

Bindungslosigkeit. Als Volk in seiner Gesamtheit haben wir unsere Bindung an die Wertbegriffe „Protestantischer Ethik" verloren. Wir glauben nicht mehr an die absoluten, uns überlieferten Verhaltensgrundsätze. Wir sind zu Deterministen, zu Pragmatikern, zu wetterwendischen Geschöpfen geworden. Uns geht es nicht mehr darum, zu tun, was „recht" ist, wir wollen „weiterkommen", uns anpassen.

Als Folge des Absinkens unserer Wertmaßstäbe neigen wir unausbleiblich zu einer falschen „Toleranz" in Dingen, die früher als Unrecht angesehen worden wären. Wir verlieren unser Gefühl für Moral.

Etatismus. Wir haben uns bestrebt, die Bestimmung über unser Leben der Gruppe oder dem Staat zu überlassen. Wir glauben nicht mehr an das Selbstvertrauen des einzelnen, sondern ziehen es vor, im Schatten der Masse unterzutauchen.

In dem Drang, uns „anzupassen", in Einklang mit der Masse zu leben, haben wir unsere Vorstellungen von persönlicher und technischer Vollkommenheit über Bord geworfen; in atemraubender Geschwindigkeit reduzieren wir unsere Gesellschaft, was die Intelligenz ebenso wie die Fertigkeit angeht, auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner.

Das sind die Komponenten des Konformismus heute. Bleibt nur noch zu sagen, mit was dieser Konformismus in seiner Beziehung zur modernen Gesellschaft die meiste Ähnlichkeit hat. Und gibt es wohl einen einzigen Beobachter unserer Politik, der die oben skizzierten Ideen nicht zu identifizieren vermöchte?

Vom Gesichtspunkt der Wertmaßstäbe aus gesehen: Was ist das für eine Philosophie, die uns lehrt, daß es keine festen Verhaltensregeln gibt? Die predigt, daß alle Dinge relativ sind, und daß wir nie das Gute vom Bösen zu unterscheiden vermögen? Welche Philosophie lehrt uns, daß der einzelne nicht Herr seiner eigenen Entschlüsse ist, sondern eine Marionette, die

zwangsläufig nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten handelt? Daß beispielsweise ein jugendlicher Verbrecher – besonders wenn er aus zerrütteten und dürftigen häuslichen Verhältnissen stammt – für sein Verhalten nicht verantwortlich gemacht werden kann?

Welche Philosophie ist es, die in der Staatspolitik predigte, der „rauhe Individualismus“ sei bestenfalls veraltet, schlimmstenfalls ein Erzübel? Daß wir die Forderungen der Gesellschaft über die des einzelnen stellen müssen? Daß wir die Zwangsunterstützung für Bauern, Geschäftsleute, Arbeitslose oder sogar ganze Städte einführen sollten?

Welche Philosophie ist es, die uns lehrt, daß es nur ein einziges Absolutum in unserer Gesellschaft gibt, nämlich den Willen der Mehrheit? Daß die „Demokratie“ – womit der Wille von 51 Prozent einer gegebenen Wählerschaft gemeint ist – auf alle Fälle ausschlaggebend sein müsse? Daß die Schulen zu Nutz und Frommen der Zurückgebliebensten geführt werden und in einem ihnen angemessenen Tempo vorangehen sollten?

Ich glaube, es liegt auf der Hand. Der Konformismus, den wir heute erleben, ist bis ins kleinste nichts weiter als eine Summe von Überzeugungen, die unter dem Namen „Liberalismus“ bekannt sind. Seine Grundelemente – Bindungslosigkeit in ethischen Fragen, Etatismus in der Politik – können sogar als die genaue Definition der zeitgenössischen liberalen Weltanschauung angesehen werden, und so werden sie auch in dieser ganzen Abhandlung betrachtet. Jene, die ernsthaft nach einer „Rebellion“ in den Reihen der Jugend Ausschau halten, vermochten daher natürlich in den Randbezirken der Linken nichts Derartiges zu finden. Dort mußten sie lediglich auf eine Fortsetzung der Vorstellungen von bindungsloser Ethik, von oben gelenkter Wirtschaft und demokratistischer Politik stoßen, die das wahre Wesen unseres Konformismus bilden.

Nirgends sucht man vergeblicher nach einer linksgerichteten Rebellion als unter den angehenden Akademikern. Ist doch der liberale Beeinflussungsdruck in akademischen Kreisen noch sehr viel stärker als in der Gesellschaft im allgemeinen. Die Professorenschaft ist allen Schätzungen zufolge in ihrer überwältigenden Mehrzahl liberal eingestellt. In einer Studie, betitelt *The Academic Mind,* befragten die Soziologen Paul Lazarsfeld und Wagner Thielens über 2400 Universitätsprofessoren und stellten fest, daß mehr als siebzig Prozent von ihnen als Liberale anzusprechen sind. Auf die Frage, ob sie sich für „liberaler oder konservativer“ hielten als ihre Kollegen, antworteten neununddreißig Prozent mit „liberaler“ und nur

zwölf mit „konservativer". „Logischerweise sollte man erwarten", schreiben die Autoren, „daß sich im Durchschnitt die gleiche Anzahl Lehrer als liberaler oder konservativer bezeichnen würde. Und doch begegneten wir der Selbstbezeichnung liberaler mehr als dreimal so oft. In diesem Teil der Professorenschaft ist man offenbar sehr darauf bedacht, politisch fortschrittlich zu sein."

„Mir ist Sekt nun einmal wesentlich lieber als Spülwasser", sagte der Richter Oliver Wendell Holmes, „aber es wäre verfehlt, deshalb anzunehmen, daß es der ganzen Welt ebenso geht." Dieser tolerante Ausspruch ist das Motto der Akademiker Amerikas und die Grabschrift des westlichen Denkens. Verschiedene Verhaltensteste zeigen, daß Universitätsprofessoren viel häufiger dazu neigen, Relativisten, Agnostiker oder Atheisten zu sein als wir übrigen Zeitgenossen. Und ihre Einstellung teilt sich den Studenten wirkungsvoll mit. „Das Leben in dieser Atmosphäre", schrieb ein katholischer Student der Universität Princeton, „ist der religiösen Bindung eines Menschen kaum förderlich. Meine eigene jedenfalls wurde erschreckend stark angeschlagen."

Was den Etatismus angeht, stehen die Dinge um nichts besser, nimmt der Durchschnittsprofessor ihn doch für gewöhnlich recht bereitwillig hin. Wie es in einer von Studenten der Universität Wisconsin herausgegebenen Schrift heißt: „Der Lehrplan ist mit Rechtfertigungen für die vom Staat gelenkte Wirtschaftsführung gespickt." Ein gutunterrichteter Beobachter ist der Ansicht, daß in den Vereinigten Staaten nicht weniger als neunzig Prozent der Volkswirtschaftler unter den Professoren zu den Anhängern Lord Keynes' gehören und folglich lehren, daß die Wirtschaft des Landes von der Regierung gelenkt werden müsse, um „Vollbeschäftigung" zu garantieren. Diese Meinung findet ihre Unterstützung durch die Tatsache, daß Samuelsons *Economics, an Introductory Analysis*[9], das bei uns meistbenutzte volkswirtschaftliche Lehrbuch ist. Nach neuesten Schätzungen wird es an nicht weniger als 515 amerikanischen Colleges benutzt, während ein von der Sache her ebensogutes Werk, Van Sickle und Rogges *Introduction to Economics,* das jedoch nicht der Keynesschen Richtung angehört, an weniger als einem halben Dutzend Colleges in Gebrauch ist.

Keynes' Volkswirtschaftslehre unterweist den Studenten, das Wirtschaftsleben nicht aus der Perspektive des Individuums, sondern aus der des „Volkseinkommens" zu betrachten. Er soll nicht in Begriffen von „Anreiz" und „Möglichkeiten" denken, sondern in Begriffen von Ballungszentren,

die zu handhaben Aufgabe des Staates ist. Wie ein Student in Yale es im Jahre 1957 ausdrückte:

„Wir wurden durch den Unterricht zu dem Glauben gebracht, daß die wirtschaftlichen Kräfte staatlich gelenkt werden können und sollten. Ein Lehrbuch, Adams' *Structure of American Industry*, vertrat die Ansicht, daß in bezug auf fast jeden Industriezweig irgendeine bundesstaatliche Maßnahme ergriffen werden sollte. Ein voller Abschnitt unseres Seminars war dem Sozialismus gewidmet; während des ganzen Jahres wurde von uns nur die Lektüre zweier konservativer Artikel verlangt. Die Goldwährung sei ein Übel, sagte man uns, die Einkommensteuer sollte ihrer Natur nach ständig der Entwicklung der Wirtschaft angepaßt werden, und es sei dem *New Deal*[10] nur deshalb nicht gelungen, die Depression zu überwinden, weil seine Richtlinien nicht bis zu Ende durchgeführt wurden."

Derartige Gedanken finden sich im gesamten Lehrplan. In einer Abhandlung über allgemein in Gebrauch befindliche Soziologie-Lehrbücher kam A. H. Hobbs von der Universität von Pennsylvanien zu der Schlußfolgerung: „Die Soziologie-Lehrbücher sind im Ton merkbar kritisch gegenüber dem freien, privaten Unternehmertum und der kapitalistischen Wirtschaft."

Die Vorliebe für den „Gruppismus" wurde mit Erfolg auf die Mehrzahl der Studenten übertragen. Professor Philip E. Jacob stellt in seiner Studie *Changing Values in College* fest, daß der heutige College-Student der Inbegriff des „außen-gelenkten" Menschen ist, wie Riesman ihn sah: „In munterer Selbstverständlichkeit passen sich die Studenten dem wirtschaftlichen Status quo an und erwarten, für pflichttreues und produktives Bemühen reichlich belohnt zu werden. Ebenso pflichttreu reagieren die amerikanischen Studenten auf den Staat und seine Maßnahmen. Es ist ihnen selbstverständlich, seinen Gesetzen zu gehorchen, seine Steuern zu zahlen, in seiner Armee zu dienen – sie tun es klaglos, aber auch ohne eine Spur von Begeisterung."

Daß die Einstellung der Studenten aus dem resultiert, was man sie lehrt, läßt sich wohl kaum bezweifeln. Aus einer Untersuchung der in Harvard erscheinenden Zeitschrift *Crimson* geht hervor, wie „Vorlesungen und Pflichtlektüre" einen sehr beträchtlichen Teil der Studenten beeinflußt hatten, „liberaler" zu werden, das heißt, geneigter, das Eingreifen des Staates in das Leben des einzelnen hinzunehmen.

Manchmal werden diese Fakten erbost abgestritten – so zum Beispiel

damals, als sie Bill Buckleys Behauptung nach für Yale zutrafen. Gelegentlich kann es ein frohlockender Liberaler jedoch nicht lassen, den Sieg jener auf Bindungslosigkeit und Etatismus ausgerichteten Erziehung zu bemerken und das zu bestätigen, was auf der Hand liegt. So freute sich beispielsweise vor einigen Jahren Joseph Clark, heute demokratischer Senator für Pennsylvanien, daß „Adlai Stevenson mehr Anhänger unter Lehrern und Professoren habe als Tom Dewey". Und, so fügte Clark hinzu, „es ist bezeichnend, daß das, was früher Geschichte hieß, heute Sozialkunde heißt. Die Jugend ist geistig und wirtschaftlich so beschaffen, daß sie auf ein liberales Programm methodischer Ausrichtung unserer Gesellschaft durch den Staat nach dem Willen der Allgemeinheit im Interesse sozialer Gerechtigkeit ansprechen wird."

Ist es angesichts dieses entwaffnenden Bekenntnisses noch ein Rätsel, daß unsere Gesellschaft vom Vertrauen in die eigene Persönlichkeit fort- und auf die Verschmelzung mit der Gruppe hingesteuert wurde? Und ist es ein Rätsel, wieso die Suche nach der Rebellion der Jugend in den Reihen des Liberalismus zu einem Fehlschlag wurde? Unsere liberalen Akademiker haben seit dreißig Jahren emsig daran gearbeitet, den Glauben an das Individuum in unserem Lande zu zerstören, und dann sind sie fassungslos, daß wir unser Selbstvertrauen verloren haben! „Wir erziehen uns schmalbrüstige Männer", bemerkte C. S. Lewis, „und erwarten von ihnen Tüchtigkeit und Unternehmungsgeist. Wir verlachen die moralischen Werte und sind entsetzt, wenn wir Verräter in unseren Reihen finden. Wir kastrieren die Hengste und erwarten von den Wallachen Fruchtbarkeit."

Kein Zweifel, der Konformismus, unter dem Gesellschaft und akademische Welt unseres Landes leiden, heißt Liberalismus. Und die Anzeichen einer konservativen Strömung, die Malvina Lindsay und das *Courier Journal* in Louisville so tiefbetrübt konstatierten, waren der Beginn der Rebellion.

Das Gesicht der Rebellion

„... Laskell sah, daß dies vom Idealismus geprägte System seine geistige und viel von seiner dramatischen Kraft eingebüßt hatte. Die Zeit wurde reif für ein System, das sich mit ihm messe. Und dies würde aus dem Schwingen des Pendels und nicht aus einem Wachstumstrieb geboren werden."

Lionel Trilling

Für den Liberalismus in Amerika konnten die Zeiten nicht schlimmer sein. Das Jahrzehnt hatte so gut angefangen. Eine auf die liberale Richtung festgelegte und von den *Americans for Democratic Action* gutgeheißene Obrigkeit hatte die Führung der Nation übernommen. Die Professorenschaft der Universität Harvard war geschlossen nach Washington abgewandert. Programme, Berichte, Studien und Manifeste verbreiteten sich in alle Himmelsrichtungen. Seit 1933 hatte es so etwas eigentlich nicht mehr gegeben, und es war – des dürfen wir sicher sein – ungeheuer befriedigend.

Doch über der Stunde großer Taten lag der Schatten böser Vorahnungen. Denn tief in seinem Innern war Amerika dabei, sich zu wandeln. Im Reiche der Ideen, wo unsere politischen Richtlinien letztlich ihre Gestalt erhalten, war der Liberalismus nicht nur nicht mehr auf dem Vormarsch, er schien sogar auf dem Rückzug zu sein. Als Kennedys Verwaltungsapparat versuchte, den New Deal wieder aufleben zu lassen, wurde sichtbar, daß die liberale Lehre wenig Neues zu bieten hatte. Die Feinfühli-

geren unter den Liberalen waren schon seit geraumer Zeit selbstkritisch und mißvergnügt geworden. Die Nation in ihrer Gesamtheit war unsicher und suchte tastend nach festen Grundsätzen und Entschlossenheit. Und was das Schlimmste war: Es lief ein ideologischer Gegenangriff. Selbstkritik und Unzufriedenheit hatten ein Schrifttum abweichender Meinungen gezeugt. Die Erkenntnisse der Riesmans und Whytes konnten nicht ungesagt gemacht werden, und ihnen gesellten sich täglich sogar noch leidenschaftlichere Verleugnungen etatistischer Moralauffassung zu.

So geschah es, daß der Liberalismus in seiner Stunde höchsten Triumphes zu spüren begann, wie ihm der Boden unter den Füßen wegglitt. Das Element, in das er seine größten Hoffnungen gesetzt hatte, eben jenes Element, das angeblich durch den üppig wuchernden Kennedy-Clan verkörpert wurde („Wir sind die Jungen", hatte der zukünftige Justizminister Robert Kennedy im Sommer davor gesagt, „und wir übernehmen jetzt das Ruder"), war irgendwie und gänzlich unvorhergesehen in die falsche Richtung geschwenkt. Die Jugend der Nation begann, sich konservativ auszurichten, stellten alle gleichzeitig fest. Statt zu wünschen, der Staat möge sich noch mehr als bisher in ihr Privatleben einschalten, wünschte sich die Jugend Amerikas, daß er sich mehr zurückhalten möge; statt „Verständigung" mit den Kommunisten wollte sie Festigkeit; statt unser Programm innerer Sicherheit „abzuschaffen", wollte sie es verstärkt sehen; statt andauernder Bewegung und Unbeständigkeit verlangte sie nach festen Wertmaßstäben, nach Tradition, den Prädikaten der Freiheit und den Grundregeln der Ehre.

Wenn es ein einziges Blatt gibt, das uns die Zeitströmungen ermessen läßt, so ist es sicher *The New Yorker.* Keine andere Zeitung verbindet so elegant die Freuden der Macht mit dem Zauber, anderer Meinung zu sein – diese Mischung aus Chic und Bilderstürmertum, die in unserer Gesellschaft heute die Merkmale der Anerkannten, der Hervorragenden und des, ach so wundervollen, gehobenen Mittelstandes sind. Es war daher recht bedeutsam, in einer Ausgabe dieser Zeitschrift eine Zeichnung zweier Herren zu finden, die mitten im höllischen Komfort ihres Klubs beim Cocktail sitzen. Der eine sagt: „Und dann haben wir noch einen Sohn – einen Radikalen – der ist Barry Goldwaters Konservativen beigetreten."

Es gibt noch mehr symbolhafte Anzeichen. Ich erinnere mich an eine New Yorker Fernsehsendung vor einigen Monaten, eine Diskussion von Fachleuten über die politische Stimmung der amerikanischen Jugend. Die

Teilnehmer waren Max Lerner, ein ehrwürdiger, doch immer noch streitbarer Liberaler, Douglas Caddy, führendes Mitglied einer konservativen Jugendgruppe, der *„Young Americans for Freedom"*, und William A. Rusher, der junge Herausgeber der konservativen Zeitschrift *National Review.* Alles, was die Diskussionsteilnehmer sagten, lief letztlich darauf hinaus, daß das konservative Element unter der Jugend seine Auferstehung feiere; doch ihre Wesensgleichheit und ihre äußere Erscheinung drückten dies noch viel beredter aus. Lerner mit seinem verwitterten Gesicht, das Jahre zermürbenden Kampfes widerspiegelte, und neben ihm die klaren, glatten Gesichter der Jugend, die leidenschaftlich für die Sache des Konservatismus eintrat. Unwillkürlich verspürte ich etwas wie Mitgefühl. Welche Gedanken mögen Lerner bewegt haben, als er mit diesen starrköpfigen Jungen rang? Wie konnte er dieses seltsame Treffen seinem Katalog liberaler Imperative einordnen? Was er auch gedacht haben mag, er war die Verkörperung des Mannes von der Alten Garde, fassungslos stammelnd und voller Unbehagen angesichts der ketzerischen Neuheiten.

Derartige Episoden zeigen, wie widersinnig unser Zeitalter ist. Denn es sind wahrhaftig die Liberalen, die heute alt sind – alt geworden in behaglicher Machtausübung –, und die Konservativen sind jung, zornig und Außenseiter der Gesellschaft. Die Beweise für die Rebellion im konservativen Lager sind überall greifbar vorhanden.

In Washington D. C. überwiegt eine Gruppe junger, konservativer Vorkämpfer, die für *HUAC* demonstrieren, zahlenmäßig die Leftisten, die gegen eben dieses Komitee marschieren; die Mitgliederzahlen konservativer Jugendorganisationen wie der *„Intercollegiate Society of Individualists"* und der *„Young Americans for Freedom"* gehen in die Tausende; an der Universität Villanova stimmt der Studentenrat mit 38 gegen 11 für die Beibehaltung der Treueverordnung im *National Defense Education Act;* eine Gruppe junger, 1960 gewählter republikanischer Kongreßabgeordneter bezeichnet sich als *„Goldwater Republicans";* in New York verstopft eine Versammlung konservativer Jugendlicher das Manhattan Center; Tausende müssen wieder umkehren; an der Universität des Staates Michigan erhält der konservative Studentenklub einen Nationalpreis wegen seines patriotischen Eifers und hält eine Versammlung für Senator Barry Goldwater ab, der 3500 Menschen beiwohnen; überall in unseren Universitätsbuchhandlungen ist Goldwaters Buch *The Conscience of a Conservative* der Bestseller.

Das Phänomen, das Malvina Lindsay verärgerte und den *Louisville Courier* deprimierte, wollte einfach nicht weichen. Statt dessen wurde es mit jedem Monat geräuschvoller, peinlicher und schwerer zu ignorieren. Langsam und schrittweise drang die Geschichte in die Öffentlichkeit. Blätter wie *National Review* und *Human Events* hatten schon seit einigen Monaten darauf hingewiesen. Dann entdeckten das *Wall Street Journal* und die Zeitschrift *Time*, was vorging; *Newsweek* griff das Thema auf, wie die Blätter des Scripps-Howard-Konzerns und die *Chicago Tribune;* Zeitungen wie *Richmond Times Dispatch, Houston Chronicle, Los Angeles Times* – sie alle befaßten sich mit diesen Dingen. Die Blätter der Linken zogen murrend nach. „Studentischer Sturm und Drang", sagte *Commonweal;* „zwecklos", erklärte der *Progressive;* „pöbelhaft", meinte *The National Guardian.* Und der *Worker* war der Meinung, daß es offenen Kampf bedeute.

Um die Ursachen all dieser Besorgnis zu verstehen, braucht man nur über ein Universitätsgelände zu schlendern. Höchstwahrscheinlich wird man dann einen Handzettel oder ein Schild oder eine Zeitungsankündigung zu Gesicht bekommen, die das nächste Treffen des dortigen konservativen Klubs ankündigen. Man würde auch sehr wahrscheinlich in der Universitätszeitung einen Bericht über eine im Gange befindliche Kontroverse zwischen Liberalen und Konservativen finden – um *HUAC*, um die Atomversuche, um den nationalen Studentenverband *(National Student Association)* oder um irgendein anderes von einem Dutzend ähnlicher Themen. Das Aufleben der konservativen Klubs hat dem politischen Denken an unseren Universitäten neuen Schwung verliehen, einst müde Diskussionen über strittige Fragen neu belebt und in den Stätten geistiger Bildung die erste Welle unabhängigen Denkens seit den dreißiger Jahren anrollen lassen.

Die Reihe der Beispiele für die konservative Erneuerung ließe sich tatsächlich beliebig fortsetzen. Am Antioch College, das lange Zeit eine Hochburg extremen Liberalismus war, leiten heute junge Konservative, J. David Coldren und Frank Resnik, ein „Konservatives Forum", das prächtig gedeiht; in Yale ist die „Partei der Rechten" zur aktivsten Partei der Politischen Union geworden; in Cambridge haben die Konservativen den Vorsitz des Studentenrates und des Rates für Internationale Beziehungen übernommen; an der Universität des Staates Iowa brandete eine konservative Welle unter Führung einer jungen Dame namens Sarah Sla-

vin auf; an der Universität von Wisconsin beherrschen die jungen Konservativen das Diskussionsfeld; an der Universität Williams in Massachusetts und am Queens College in New York bestehen rege Organisationen, die als „Junge Konservative" bekannt sind. In Tulane gibt es eine Zeitschrift *Liberator*, die Artikel von nationalen Größen wie Barry Goldwater und Interviews mit konservativen Intellektuellen wie Frank S. Meyer bringt. An der Universität von Richmond ist ein „Studentenforum für konservative Regierungsform" entstanden.

Wohin man blickt, fast überall gibt es konservative Klubs. Sie sind so schnell in die Höhe geschossen, daß jede Hochschule ohne eine derartige Vereinigung sich in der nächsten Kongreßperiode womöglich der Reihe der unterstützungsbedürftigen „Notstandsgebiete" anschließen kann. Die Bewegung hat sich sogar auf die Höheren Schulen ausgedehnt. Anfang 1961 beispielsweise rief ein Student namens Robert Edwards an der New Yorker Militärakademie einen konservativen Klub ins Leben. In Shreveport, Louisiana, hat der Oberschüler Tommie Welch eine „Zweigstelle" der *Young Americans for Freedom* geschaffen. An der Oberschule von Shortridge in Indianapolis gibt es eine „Konservative Schülervereinigung", von einem jungen Mann namens Janis Starcs gegründet.

Irgendwie hat es alle überrascht und sprachlos gemacht – diese noch nie dagewesene Wende der Ereignisse in der politischen Strömung Amerikas. Doch sie hätte eigentlich keine Überraschung sein dürfen. Denn nicht nur das Übergewicht der liberalen Orthodoxie deutete auf die Möglichkeit einer konservativen Rebellion hin; bereits vorher hatte es wiederholt Anzeichen einer konservativen Demarche gegeben. Doch wie das bei derartigen Anfangsregungen immer zu sein pflegt, wurden sie auf mannigfaltige Weise mißdeutet oder ignoriert, bis die Bewegung, die sie angekündigt hatten, schon fast voll ausgewachsen war.

Ein lebhafter Zug in die konservative Richtung machte sich unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg bemerkbar – der sich größtenteils auf dem Gebiet direkter politischer Tätigkeit auswirkte. Die berühmte „Klasse von 1946" – jene Gruppe konservativer Republikaner, die in den ersten amerikanischen Nachkriegskongreß gewirbelt wurde – war Nutznießer wie Ausdruck dieser Richtung. Die Triebkraft dieser Bestrebungen zersplitterte sich jedoch nach Ansicht einiger ihnen Nahestehender dadurch, daß sie sich zu eng an die Republikanische Partei anschlossen. „Sicher waren wir Konservative", äußerte einer der Beteiligten, „aber wir meinten,

politische Tätigkeit sei das A und O. Wir gerieten derart ins Kielwasser der Republikaner, daß wir, als die Partei nach links abzugleiten begann, mitschwammen. Unsere konservativen Instinkte erstickten im ‚Modernismus' der *GOP*[11]."

Ein zweiter Ruck nach rechts machte sich vier oder fünf Jahre später bemerkbar, und zwar ging er diesmal von einer Gruppe aus, die sich *„Student for America" (SFA)* nannte. *SFA* war stark nationalistisch eingestellt und trat mit einem weitgefaßten, klaren Programm für die Wiedergeburt des „Amerikanismus" hervor. Doch anscheinend war weder der Zeitpunkt noch die Art sehr glücklich, in der *SFA* die Sache anfaßte. Die Bewegung lebte nicht lange, wenngleich eine Anzahl der in ihr tätigen Studenten weiter für die Durchsetzung konservativer Prinzipien arbeitete und einen bedeutenden Beitrag für die Wiederauferstehung des Konservatismus leistete, die wir heute erleben.

Ein besonderes Merkmal für die Rebellion der Jugend war die bereits erwähnte „beat generation". Man hat das Aufbegehren der „beats" als linksgerichtete Bewegung interpretiert, und viele beats sind auch tatsächlich mehr oder minder per Zufall in Unternehmungen der Linken hineingeraten und haben die Bindungslosigkeit modernen Konformismus bis zur reductio ad absurdum verfolgt. Aber obwohl die beats den Zusammenhang zwischen ethischem Relativismus und der immer stärker um sich greifenden Tendenz zum „Beieinander" nicht begriffen haben, ließen sie doch zumindest keinen Zweifel daran, daß sie für dies „Beieinander" nichts übrig haben. Die Welt, gegen die der beatnik revoltiert, ist nicht die Welt des Konservatismus mit seiner Betonung auf Willenskraft und Elastizität, sondern die des Liberalismus mit seinem Bestehen auf äußerer Gleichförmigkeit. Wen die konservative Rebellion überrascht, der sollte an das Urbild des beat denken, wie Jack Kerouac ihn beschrieb: „Sein größter Haß galt der Bürokratie in Washington, an zweiter Stelle kamen die Liberalen, dann die ‚Polypen'." Und weiter heißt es, daß er stundenlang herumsitzen und über die Zwangsforderungen der Gewerkschaften fluchen konnte.

Es hat also in dem Jahrzehnt nach dem Kriege mindestens drei Ausbrüche rebellierender Elemente gegen den doktrinären Liberalismus gegegeben: einer mündete in die Republikanische Partei, einer in den verfrühten Versuch, eine neue, nationale Organisation zu schaffen, und einer in die fremdartigen Tiefen der Bohème. Keiner schaffte es; jeder einzelne

ließ jedoch die in den Reihen der amerikanischen Jugend wachsende Unzufriedenheit mit der Gleichförmigkeit des Liberalismus erkennen.

Inzwischen gab es tastende Versuche konservativer Tätigkeit an verschiedenen Universitäten: In Yale, in Harvard und am Queens College in New York. Sie alle florierten auf ihre Weise vielleicht ein Jahr lang und schliefen dann ein. Die Weisen unserer Gesellschaft waren darob um nichts klüger. Es hätte aber klar sein müssen, daß die Dinge damit nicht zu Ende sein würden. Es handelte sich dabei um ein erstes Donnergrollen, das zwar wieder vergeht, jedoch das heraufziehende Unwetter ankündigt.

Ende 1960 war das Unwetter dann da. Die Abstimmungsergebnisse an den amerikanischen Universitäten bei der Präsidentschaftswahl zeigten eine stark republikanische Tendenz unter den Studenten. Bei den Großen Zehn (den zehn größten amerikanischen Universitäten. Anm. d. Übers.) sah es vielfach so aus, daß die Stimmenanzahl für Vizepräsident Nixon doppelt so hoch war wie die für Senator Kennedy. Selbst in Michigan, einem Pro-Kennedy-Staat, hatte Nixon bei den Studenten die Mehrheit. In Virginia konnte Nixon die Stimmen fast aller Studenten auf sich vereinigen; an der Universität Hampden-Sydney lag das Stimmenverhältnis bei 259 : 28. Im Lehrkörper sei man „überrascht" gewesen, sagt der *Richmond Times Dispatch.*

Von da an begann man dem konservativen Element unter den angehenden Akademikern allgemein mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Und als Präsident Kennedy Anfang 1961 sein Amt übernahm, hatte man die unangenehme Tatsache begriffen: Man stand vor einer konservativen Revolution.

Einige liberal eingestellte Kommentatoren, die das Vorhandensein dieser Faktoren schließlich anerkannten, haben versucht, die junge konservative Bewegung abzuwerten. Es handele sich keineswegs um eine starke Bewegung, behaupten sie, und sie werde auch nicht von Dauer sein. Sie vertreten die Meinung, daß der Konservatismus deshalb wiederauflebt, weil die Studenten *aller* Richtungen heute aktiver und hitzköpfiger sind als früher. Zahlenmäßig, so erklären diese Kritiker, machen die Konservativen unter der gesamten Studentenschaft nur eine verschwindend geringe Minderheit aus.

Meiner Beobachtung nach trifft diese Beurteilung – obwohl sie sich auf durchaus richtiges Quellenmaterial stützt – nicht zu. Sie mißdeutet den Charakter einer Rebellion im allgemeinen und dieser im besonderen.

Erstens scheint es nicht zu stimmen, daß alle Formen politischer Tätigkeit unter jungen Menschen sich verschärft haben. Natürlich gibt es heute aktive radikale Gruppen an den Universitäten; doch vor fünf oder zehn Jahren waren die Radikalen noch viel aktiver, und die Konservativen waren fast gänzlich stumm. Ein spürbarer Wandel ist lediglich auf konservativer Seite eingetreten.

Mehr Gültigkeit besitzt die Behauptung hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke, da die junge konservative Bewegung *zahlenmäßig* nicht so groß ist, wie ihre Wirkung auf das Bewußtsein der Öffentlichkeit es vermuten lassen würde. Wenn man jedoch sagt, daß der Konservatismus an den Universitäten auf dem Vormarsch ist, so ist das nicht gleichbedeutend damit, daß alle Studenten – oder auch nur ihre Mehrzahl – konservativ eingestellt sind. Der weitaus überwiegende Teil der Studenten ist wahrscheinlich weder „liberal" noch „konservativ" im Sinne tiefverwurzelter Ansichten in Dingen politischer Weltanschauung; die große Masse kann man wohl mit „liberal" bezeichnen, weil die für sie gültigen Quellen – Professorenschaft, Lehrbücher und die Massenmedien – liberal sind. Sie sind selbst Teil des Konformismus.

Wo auf solche Unterlagen wie Nixons Stimmenmehrheit gestützt von einem Umschwung der *Massen* zum Konservatismus gesprochen wird, irrt man sich. Die Abkehr der Studenten von den Demokraten bedeutet nicht so sehr eine Hundertachtzig-Grad-Wendung in der Ideologie als einen veränderten Ton, eine veränderte Stimmung. Die Faktoren, die einige Studenten veranlaßt haben, sich dem Konservatismus zuzuwenden – verwässert bis zu nicht näher definierten Befürchtungen wegen „zu hoher Ausgaben" –, haben zu diesem Massenphänomen beigetragen. Wichtiger ist, daß auch die der Wiedergeburt des Konservatismus innewohnende, eigene Kraft die „außen-geleitete" Mehrheit bewogen hat, einige Schritte nach rechts abzuschwenken. Und es ist eben diese Fähigkeit, auf die Massen einzuwirken und sie zu bewegen, die die konservative Bewegung zu einem solchen Schreckgespenst macht.

Das Aufbegehren gegen eine festverankerte Lehre erfordert persönliche Initiative und eine gehörige Portion Mut. Wenn er diese Fähigkeiten besitzt, strebt der Rebell danach, gewisse Führerattribute zu haben – und das ist der kritische Punkt bei der konservativen Erhebung. Die Bewegung umfaßt die vorwärtsdrängenden, einfallsreichen und ausgeprägten Persönlichkeiten unter den Studenten. Und, wie William H. Whyte es aus-

drückte: „Es ist durchaus möglich, daß die Majorität weniger bedeutend ist als die Minorität – das heißt, die Unternehmenderen unter uns können sehr wohl einfach durch ihre Abneigung, sich der gleichförmig ausgerichteten Masse anzuschließen, zu den beherrschenden Persönlichkeiten unserer Gesellschaft werden."

Viele junge Konservative haben es, der liberalen Opposition zum Trotz, zu verantwortlichen Stellungen an Universitätszeitungen, in der studentischen Selbstverwaltung oder auf anderen, außerhalb des Lehrplans liegenden Betätigungsgebieten gebracht.

Diese jungen Leute zögern nicht, sich bei politischen Kontroversen ins Gefecht zu stürzen. An der Universität von Wisconsin richtete der Konservative Klub mit dem ihm eigenen Schwung eine „McCarthy-Evjue"-Vortragsreihe ein, die den Zweck verfolgte, den verstorbenen Senator Joseph R. McCarthy zu rechtfertigen und seinem erbittertsten Gegner, dem Zeitungsverleger William Evjue aus Madison, eins auf die Nase zu geben. An der Universität Pittsburgh legte sich Woody Turner, der Führer der Konservativen, unverblümt mit der Universitätsverwaltung an, indem er drohend von Nikita Chruschtschows bevorstehendem Besuch auf dem Campus sprach. Viele dieser Studenten sind sehr wohl in der Lage, ihren Professoren gegenüber eine eigene Meinung zu vertreten, und oft zeigt es sich, daß sie schriftstellerisch und rednerisch begabt und durchaus ernst zu nehmen sind. Wie ich an anderer Stelle darzulegen versuche, zeichnet sich die junge konservative Bewegung ebenso durch die aus ihr hervorgegangene Anzahl begabter Autoren wie durch die politisch Aktiven und die führenden Persönlichkeiten bei außerhalb des Studienplanes liegenden Betätigungen aus. Sie sind keine Schwämme, die die ideologischen Säfte rund um sich herum aufsaugen; sie sind Meinungsbildner – sind die Menschen, die in zehn, fünfzehn und fünfundzwanzig Jahren anfangen werden, die Machtpositionen in unserem Lande zu besetzen. Sie sind genau das Element, das Arnold Toynbee mit „schöpferischer Minderheit" bezeichnet. Brian Whalen von der Universität Loyola, Präsident der studentischen *Young Republicans* von Illinois, vermerkt das Bestreben der jungen Konservativen, einflußreiche Stellungen zu besetzen. „Meiner Meinung nach gehen die Berufsinteressen der Studenten in die Richtungen Politik, Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich sehe hier den gleichen Siegeshunger, der die Liberalen so ungeheuer erfolgreich machte."

Und während die jungen Konservativen diesen Hunger stillen, werden

wir meiner Ansicht nach feststellen, daß sich die Mehrheit der Studenten noch weiter dem Konservatismus zuneigen wird. Denn die Menschen, für die das Wort „Autorität" unantastbar ist und die jetzt die liberale Autorität als gegeben hinnehmen, werden in den kommenden Jahren ebenso selbstverständlich die konservative Autorität hinnehmen.

Was hat den Anstoß gegeben für die Rebellion der Studenten? Und was hoffen sie zu erreichen? Wenn man mit ihnen spricht, ihr Schrifttum liest und ihre verschiedenen Erklärungen über Zweck und Ziel ihrer Bestrebungen hört, gewinnt man den Eindruck, daß sie in allererster Linie das alte Vorrecht der Jugend ausüben, gegen die bestehende Gleichförmigkeit auf die Barrikaden zu steigen. Wie *Life* es ausdrückte: „Sie haben genug von dem langweiligen, strenggläubigen Liberalismus im akademischen Leben." Gegensätze zwischen der Einstellung des Lehrkörpers auf der einen und der Studentenschaft auf der anderen Seite gibt es an den meisten Universitäten reichlich. In Princeton, wo sich die berühmte Klio-Partei kürzlich in einen ausgewachsenen konservativen Klub umwandelte, schätzt ein Beobachter die Studentenschaft als zwischen sechzig und siebzig Prozent konservativ ein. Bei umgekehrtem Vorzeichen, so sagt er, könne man daran auch gleich ablesen, wie liberal die Professorenschaft eingestellt sein müsse.

Fast jeder, der dieser Bewegung angehört hat, spricht von seiner heftigen Reaktion auf die von der Professorenschaft verkörperte Haltung. Dr. Daniel K. Stewart, selbst Dozent an der Universität des Staates Michigan und Schirmherr des Konservativen Klubs dieser Universität, sagt: „So unglaublich es klingen mag, wir erleben, wie Lehrer unseren Kindern sagen, daß sie (die Lehrer) Sozialisten seien, nicht an Gott glauben, nicht an Treueide ... wie sie unseren Kindern sagen, daß sie (die Kinder) die moralische Verpflichtung haben, ihre Eltern abzuschreiben."

Nach irgendeinem politischen Pendelgesetz neigen junge Menschen zur Rebellion gegen die bestehende Ordnung – oder zumindest die aggressiveren und geistig beweglichen unter ihnen. Wo die „Mitläufer" an den Universitäten womöglich einfach das nachsprechen, was ihnen von ihren Professoren vorgesetzt wird, sind diejenigen, die sich gern ihre eigenen Gedanken über die Probleme von Mensch und Gesellschaft machen, eher geneigt, nach Alternativen zu suchen. Wenn ein Professor eine Wirtschaftskonzeption als Evangelium verkündet, wird sich ein unabhängig denkender Student fragen, ob man die Dinge nicht auch noch von einer

anderen Seite betrachten kann. Und wenn ihm eine Reihe von „Autoritäten" zu Problemen der Moralauffassung genannt wird, so wird sich derselbe Student überlegen, ob es nicht andere Autoritäten gibt, die etwas anderes sagen.

Das Thema kommt häufig genug in den Äußerungen der jungen Konservativen selbst vor. Bei einer inoffiziellen Umfrage, die ich unter ungefähr 250 Studenten durchführte, nannten achtzig Prozent der Befragten die Professorenschaft ihrer Studienanstalten vorwiegend „liberal". „Die Zahl der Harvard-Studenten mit konservativen Neigungen", sagt J. Allan McKay, Jurist in Harvard, „ist erstaunlich groß, insbesondere angesichts der Einstellung der Professorenschaft." Allan Brownfeld, Herausgeber der Zeitschrift *The Flat Hat* an der Universität William and Mary, bezeichnet den neuen Konservatismus als „einen spontanen Aufstand gegen den selbstzufriedenen Konformismus des liberalen Pseudo-Intellektualismus". Eine ähnliche Meinung vertrat *Analysis*, die konservative Studentenzeitschrift an der Universität von Pennsylvanien: „Es ist langsam kein Geheimnis mehr, daß unsere Professoren mit ganz wenigen Ausnahmen alles eher schaffen als den vielzitierten ‚offenen Markt der Gedanken'."

Die Professorenschaft hat im allgemeinen dazu beigetragen, den Argwohn der Studenten zu bestätigen, daß sie es mit einer bleiernen unbeweglichen Doktrin zu tun haben. „Eine der interessantesten Seiten der neuen konservativen Strömung unter den Studenten", schreibt Bill Williams von der Universität Villanova, „ist die Reaktion derjenigen unter den Professoren, die seit Jahren ein Monopol darauf besaßen, Ideen zu haben. Sie sind samt und sonders Söhne des New Deal und scheinen wie vor den Kopf geschlagen, wenn sie sehen, wie Studenten zu Konservativen werden." Cathleen Hosey vom Rosary College erklärt: „Bei der Organisation eines konservativen Klubs an unserer Universität erlebte ich die heftigsten Reaktionen bei unserer überwiegend liberalen Professorenschaft." Einige Reaktionen des im Schützengraben kämpfenden Liberalismus sind über das nur stumme Staunen hinausgegangen. Daniel Harden, Minnesota, erinnert sich an die Ergebnisse eines Schülerfeldzuges gegen die Vereinten Nationen. Er sagte: „Der Direktor ließ meine Eltern kommen und fragte sie, ob sie schon einmal erwogen hätten, mich in psychiatrische Behandlung zu geben." Allan Ryskind vom Pomona College zog sich den Zorn des Lehrkörpers zu, als er die Linkstendenz einiger seiner Lehrbücher kriti-

sierte. Vier Jahre nach seinem Schlußexamen sagte er: „Professoren in Pomona, die mich nie gekannt haben, verunglimpfen mich teilweise gegenüber ihren Studenten." Und Kampagnen mit derart verstohlenen Druckmethoden scheinen durchaus nichts Ungewöhnliches zu sein. Eine davon war gegen den Verfechter der freien Marktwirtschaft, den Volkswirtschaftler Milton Friedman, gerichtet, der ein Kolleg an der Universität Purdue hielt. Professoren, Anhänger der Keynesschen Lehre, die sich zum Teil unter den Hörern befunden hatten, weigerten sich nach Friedmans glänzender Vorlesung, sich mit ihm in eine Diskussion einzulassen. Doch in den folgenden Wochen, so berichtet Bob DeMaria, ein Konservativer aus Purdue, „nahm sich der Dozent in fast jedem volkswirtschaftlichen Seminar eigens die Zeit, aufzuzeigen, wo Friedman Unrecht gehabt habe..."

Im allgemeinen ließ ein solcher Widerstand die jungen Konservativen nicht erlahmen, sondern machte sie erst recht kampfbegierig. Wäre der Widerspruchsgeist der Jugend ihnen nicht so fremd gewesen, hätten die überraschten und bestürzten Professoren seit langem etwas Derartiges erwarten müssen. Doch befangen in der Vorstellung, daß ihre eigene, festumrissene Lehre das Elixier des Individualismus sei, erschien ihnen eine Rebellion gegen sie selber völlig unvorstellbar.

Der Aufstand entspringt durchaus nicht jugendlicher Hitzköpfigkeit. Ihm liegen tiefere Ursachen zugrunde. Eine davon scheint zu sein, daß diese Jugend durchaus begründete Besorgnis hegt wegen der Art und Weise, in der sich die Dinge unter liberaler Führung entwickelt haben. Der konservative Student bewegt sich schließlich nicht in einem luftleeren Raum. Er sieht rund um sich herum die Arbeitsergebnisse des Liberalismus, und sie gefallen ihm nicht. Im Ausland kann er den drohenden Vormarsch der Sowjetunion verfolgen, dem mit Entschlossenheit zu begegnen die Liberalen offenbar nicht in der Lage sind. Im eigenen Lande sieht er das Fortschreiten des Wohlfahrtsstaates mit seinen erdrückenden Steuern und seinen latenten Möglichkeiten, Zwang auszuüben. Er erkennt, daß die Rechnungen für riesige Programme von Staatsausgaben von irgendjemandem einmal bezahlt werden müssen – und es ist klar, daß *er* dieser Jemand sein wird.

Die jungen Konservativen haben, wie Raymond Moley es ausdrückt, „den schlechten Scherz begriffen, daß die Philosophie vom Geldausgeben um des Geldausgebens willen auf ihre Kosten geht. Denn es ist ihre Generation, die die bitteren Früchte des heutigen Leichtsinns in Form von

Steuern und Inflation ernten wird. Und so werden sie, wie einer von ihnen es ausgedrückt hat, ‚zornig'." John Chamberlain gibt einen ähnlichen Kommentar: „Wenn man mit den jungen Leuten der Rechten auf einer ihrer Veranstaltungen spricht, so ist das ein eindrucksvolles Erlebnis. Ihre Reaktion auf die neuere Geschichte ist durchaus unkompliziert. Ihnen behagt der Gedanke gar nicht, ein Leben vor sich zu haben, in dem ihre Netto-Gehälter durch wachsende Belastungen für ‚soziale Sicherstellung' geschmälert werden, die einst – des sind sie sicher – nach vielleicht 45 Jahren in schauderhaft entwerteter Währung ausbezahlt wird."

Die Sorge, die in dieser Analyse steckt – Sorge darum, daß der Vormarsch des Wohlfahrtsstaates eingedämmt werden müsse –, klingt in den Bemerkungen dieser jungen Menschen häufig an. Sie beschränkt sich jedoch nicht auf den egoistischen Widerwillen dagegen, die „Rechnung bezahlen zu müssen". Viel häufiger ist von der moralischen Notwendigkeit des Vertrauens in die eigene Kraft und von der Bedeutung individueller Freiheit für eine gesunde Gesellschaftsordnung die Rede. „Unser Konservatismus", sagt Tom Huston aus Indiana, „ist kein Konservatismus fester Anrechte, sondern eher ein intellektueller." Der Student konservativer Prägung, erklärt Robert Lucock vom Grove City College, weiß, daß man nur bekommt – und bekommen soll –, was man sich erarbeitet hat, und er bemüht sich daher, mit irrealen Systemen aufzuräumen, die versprechen, etwas umsonst zu geben. Die nämliche Einstellung wiederholt John Greenagel, ein konservativer Jugendführer in Minnesota. „Meine politische Weltanschauung läßt sich in dem Lieblingsausspruch meines Naturwissenschaftlehrers an der höheren Schule zusammenfassen: ‚Ihr bekommt nichts geschenkt.'" Und der Jurastudent Ulysses Joyner von der Universität Richmond sagt, er bekehre sich zum Konservatismus, „weil er die einzige Regierungskonzeption darstellt, die die Atmosphäre freier Entfaltungsmöglichkeit schafft, welche zur vollen Entwicklung individueller Fähigkeiten erforderlich ist".

Die Sorge um die individuelle Freiheit als solche hat tiefere Ursachen – sie ist mehr als wirtschaftliches Kalkül oder auch der Wunsch nach einer wohlgeordneten Gesellschaft. Die Studenten werden letzten Endes durch abstrakte Begriffe getrieben. Patriotismus, Ehre, Pflicht ebenso wie Freiheit und Verantwortungsgefühl – das sind die Worte, die sich am häufigsten im Schrifttum konservativer angehender Akademiker finden. Sie kämpfen nicht nur mit Hartnäckigkeit, sondern ebenso mit Überzeugung.

Meinen Beobachtungen nach kommt die Bewegung der Analyse sehr nahe, die Professor Richard Weaver im Herbst 1960 vor einer konservativen Zuhörerschaft gab. „Sie müssen jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich für ein lohnendes Ziel einzusetzen. Sie können mehr Begeisterung, Loyalität und Entschlossenheit erwecken, wenn Sie diese Basis wählen, als wenn Sie in die Tonart der materialistischen Liberalen einstimmen, die unsere natürlichen Feinde sind."

Und gibt es einen ärgeren Gegner des Idealismus als den heutigen Monolithen der „Bindungslosigkeit"? Was auch sonst zugunsten der vielgerühmten Toleranz des Liberalismus gesagt werden mag, vom ethischen Gesichtspunkt gesehen ist sie nicht sehr befriedigend. Dadurch, daß sie sich nie für schwarz oder weiß, sondern immer für grau entscheidet, daß jedes Urteil über Recht oder Unrecht in der Schwebe gehalten werden soll, verleugnet sie von vornherein jeden Idealismus. Ein Ideal läßt sich kaum am Leben erhalten, wenn das Abrücken von allen Wertmaßstäben als Weisheit, und die heftige Meinungsäußerung in moralischen Dingen als Unreife klassifiziert werden. Es ist diese Welt ohne Wertmaßstäbe, die den idealistisch denkenden Studenten abstößt und ihn Rat und Trost bei den großen Lehren zivilisierter Überlieferung suchen läßt.

Carol Bauman, führendes Mitglied der konservativen Gruppe *Young Americans for Freedom,* drückt es folgendermaßen aus:

„Es sind nicht nur die negierende Furcht vor drückender Besteuerung, vor dem Wohlfahrtsstaat und dem ihm eigenen Verlust der Freiheiten, und der geringer gewordene materielle Wohlstand unter dem sozialistischen Regime, die die Jugend Amerikas zu einer konservativen Einstellung getrieben haben ... der Sinn der Menschen für ‚Recht', der von modernen Theoretikern lange ignoriert wurde, offenbart sich in der Jugend von heute mehr denn je dadurch, daß sie sich so stark mit dem Grundsätzlichen beschäftigt. Sie hat sich voller Inbrunst eine Weltanschauung und einen einenden Glauben gewünscht, für die es sich in diesem lang andauernden Konflikt mit dem Kommunismus zu kämpfen lohne, und sie fand sie in Männern wie John Adams, Alexander Hamilton und Edmund Burke. Was sie am meisten zu diesen Männern hinzieht, ist ihre große Hingabe an die Pflicht und die eigene Verantwortung."

Charles Wessels, ein studentischer Führer am Wittenberg College, vertritt die Meinung, daß die konservative Bewegung „ihre Wurzeln in dem Wunsche hat, daß die Jugend Amerikas die Ideale wiedergewinnen

möchte, auf denen diese Nation einst aufgebaut wurde. Sie möchte sich nicht länger den Luxus der Gleichgültigkeit leisten."

Schließlich und endlich sind diese jungen Menschen von dem Bewußtsein durchdrungen, daß der Konservatismus in dem, was sie tun, den Charakter einer avantgardistischen Bewegung angenommen hat. Sie schwelgen im scheinbar Widersinnigen. „Ich bin davon überzeugt, daß es wirklich ‚im rechten Flügel gewittert'", sagte John Price vom Wabash College, „und daß sich dies Gewitter mit Windeseile über die Universitäten unseres Landes ausbreiten wird. Vielleicht wird die Geschichte diese wachsende studentische Bewegung eines Tages als den Wendepunkt im nationalen und internationalen Abstieg Amerikas bezeichnen."

„Viele unserer jungen Menschen", schreibt Redakteur Gale Pfund von der konservativen Zeitschrift *Insight and Outlook*, „denen die Resignation der älteren Generation fehlt, sehen den Liberalismus als den Betrug, der er ist ... Die Konservativen sind in der ideellen Auseinandersetzung jetzt zur Offensive übergegangen und stoßen tief in die gegnerischen Linien hinein." „Die konservative Bewegung an den Universitäten", sagt Robert Richards von der Universität Washington, „wird mit jedem Tage stärker." Ich besitze einen ganzen Stapel ähnlicher Beobachtungen von anderen jungen konservativen Führern. Ein junger Konservativer, Lon Woodbury aus Idaho, bemerkt, daß „die konservative Bewegung nicht auf unser Land beschränkt, sondern sehr viel weiter verbreitet ist. Soweit ich unterrichtet bin, sind die Studenten in Norwegen beispielsweise meist Mitglieder der Konservativen Partei, obwohl sie schon lange nicht mehr an der Macht ist und eine verhältnismäßig geringe Minderheit zählt."

Ein anderer, Scott Stanley, Student der Rechtswissenschaften an der Universität Kansas, umreißt und bekräftigt sie folgendermaßen: „Die ganze buchstabentreue Beschränktheit, die unseren Eltern so gut gefiel, wird von frischen, jungen Geistern als der höllische Wirrwarr von Trug und Unlogik erkannt, der er immer gewesen ist. Wir haben uns ein hohes Ziel gesetzt. Wir werden es erreichen."

Das ist die Stimme der Revolution – kampfesfreudig, voller Vertrauen in die Sache und sicher, daß die Geschichte auf ihrer Seite steht. Und das Vertrauen wird durch eindrucksvolle Ergebnisse an verschiedenen Universitäten unterstützt. So sagt der junge Konservative Tony Cadden beispielsweise über die Universität Wisconsin, daß „die Schlacht zwar noch

bei weitem nicht gewonnen ist, der Konservatismus unter den Studenten sich jedoch entschieden mit neuer Kraft regt und die Professorenschaft dies mit schlotternden Gliedern wahrnimmt". An der Universität Holy Cross war der Wandel, wie der dortige konservative Führer Bill Madden sagt, gründlich und dramatisch. „Die Konservativen sind hier jetzt tonangebend, und sie üben diese Funktion zielbewußt und wohlorganisiert aus; die Zeitung, die ‚Honorige Gesellschaft', der Debattier-Klub, sie alle haben ihre politische Einstellung in den letzten Jahren geändert."

George Decas, der die mageren wie die fetten Jahre der konservativen Bewegung erst in Yale und dann in Pennsylvanien miterlebt hat, erfaßt den Stimmungswechsel. Im Jahre 1959, erinnert er sich, rührten sie für eine wichtige Versammlung in Yale bis zur Erschöpfung die Werbetrommel und brachten fünfundsechzig Teilnehmer zusammen. Wogegen „wir vergangenen Dezember an der Universität Pennsylvanien nach Plakatankündigung nur drei Tage im voraus den Film ‚*Operation Abolition*' [soviel wie „Unternehmen weg damit"] (ohne angekündigten Redner) vor ungefähr dreihundert Teilnehmern zeigen konnten. Und im April zog ein Vortrag von William F. Buckley achthundert Hörer an."

Die gleiche Beobachtung kommt von Edwin McDowell, einem Absolventen der Universität Temple, der heute Leitartikler bei *The Arizona Republic* ist. „Während meiner drei Studienjahre an der Universität Temple", schreibt McDowell, „kannte ich dort keinen anderen Konservativen, und die beiden einzigen, die ich in ganz Philadelphia kannte, waren Vic Milione von *ISI* und Fred Nelson, ein Redakteur der *Saturday Evening Post*. Jetzt, so wird mir berichtet, besitzt die Universität von Pennsylvanien, die fast so liberal war wie Temple, zwei vielversprechende, konservative Organisationen. Und das ist nur *ein* Anzeichen. Noch nirgends habe ich Menschen getroffen, die mit soviel echter Besorgnis den Mißerfolg der liberalen Maßnahmen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verfolgten. Jeder Tag bringt erfreuliche Nachrichten über neue konservative Organisationen unter den Studenten."

Das sind also die Ausgangspunkte für die Rebellion: die natürliche Reaktion der Jugend gegen die bestehende Ordnung, Befürchtungen, erwachsend aus den erwiesenen Mißerfolgen des Liberalismus, der Funke des Idealismus, das Bewußtsein einer Mission und die Überzeugung, daß der Sieg kommen wird. Ihnen möchte ich noch einen weiteren hinzufügen: Junge Menschen interessieren sich für alles, was strahlend, lebhaft und

abwechslungsreich ist. Und die salbungsvollen, ewigen Wiederholungen des Liberalismus sind nichts von alledem. Jede Lehre, die zu lange allein, ohne Konkurrenz, das Feld beherrscht, verliert ihre Elastizität. Sie wird geistig schwerfällig, sie verliert die Fähigkeit zu parieren, wenn an ihr Kritik geübt wird. Sie ist ein wandelnder Leichnam. Das scheint beim Liberalismus heute in vieler Beziehung der Fall zu sein. Man muß es der Jugend daher verzeihen, wenn sie – ganz abgesehen von allen anderen Gesichtspunkten – zu dem Schluß gekommen ist, daß der Liberalismus nichts taugt, weil er sterbenslangweilig ist.

Gehen wir also davon aus, daß eine „schöpferische Minderheit" sich in Rebellion befindet – aus was für Studenten besteht diese Minderheit? Aus was für Familien stammen sie? Inwieweit prägt ihr Herkommen ihre geistige Haltung – besonders im Hinblick auf ihr Zusammentreffen mit dem an den Universitäten herrschenden Liberalismus?

Bei der Beantwortung dieser Fragen wird manchmal behauptet, daß der konservativ eingestellte Student durchweg aus recht wohlhabendem Hause stammt. Wenn er aus einer Familie mit gehobenem gesellschaftlichem Niveau kommt, heißt es, neigt er natürlich zu einer konservativen Haltung. Kommt er aus bescheideneren Verhältnissen, wird er eher zum Liberalismus neigen. So wird – getreu den deterministischen Ansichten, von denen die akademische Gesellschaft so durchdrungen ist – manchmal behauptet, der an den Universitäten spürbare Zug zum Konservatismus werde durch die *„fraternity boys"* (hier soviel wie „Clique", Anm. d. Übers.) bestimmt.

Ich versuchte festzustellen, inwieweit dies zutrifft, und führte deshalb eine inoffizielle Befragung einer Reihe junger Konservativer durch, sowohl „studentischer Führer" als „Gemeiner". Diese Arbeit, die mit freundlicher Unterstützung von Miss Shirley Bullard von der *Intercollegiate Society of Individualists* durchgeführt wurde, war keineswegs dazu gedacht, gewichtige Verallgemeinerungen über amerikanische Studenten oder auch nur über die Konservativen unter den Studenten zu schaffen. Sie verfolgte lediglich den bescheidenen Zweck, eine wahllos herausgegriffene Anzahl junger Konservativer zu befragen und herauszufinden, wer sie sind und woher sie kommen. Die Ergebnisse sind keine schlüssigen, statistischen Unterlagen; ich glaube jedoch, daß sie einen recht überraschenden Einblick in das gewähren, was sich heute an einer Anzahl amerikanischer Universitäten tut.

Es wurden zwei Fragebogen verschickt. Der eine enthielt die üblichen Fragen zur Person und forderte die Studenten auf, ein Urteil über das politische Klima an ihrer Universität abzugeben. Der andere Fragebogen – anonym, um den Studenten nicht das Gefühl zu geben, daß wir unsere Nase neugierig in ihre Familienverhältnisse stecken wollten – versuchte, „die wirtschaftlichen Hintergründe des Konservatismus unter den Studenten“ zu beleuchten. Diese Bogen wurden an 265 Studenten verschickt – 93 „Studentenführer“ und 172 „Gemeine“.

Die Hauptfragen auf dem wirtschaftlichen Fragebogen bezogen sich auf die politische Bindung des Studenten, auf den Beruf des Vaters und sein Jahreseinkommen, ob der Student ein Stipendium habe, ob er nebenbei arbeite, um das Studium finanzieren zu helfen, die politische Einstellung der Eltern, ob seine Eltern „konservativ“, „liberal“ oder „neutral“ wären und ob er sich selbst für „liberaler“ oder „weniger liberal“ halte als seine Eltern. Am Schluß wurde der Student gefragt, ob seine Eltern seine politischen Überzeugungen beeinflußten.

Die Quote der ausgefüllt zurückgeschickten Fragebogen, die nach wahllos herausgegriffenen Adressen der *ISI*-Liste versandt worden waren, lag recht hoch. Von den 265 Fragebogen kamen 122 zurück. Die überwältigende Mehrzahl der Befragten (85) waren Republikaner; nur sieben waren Demokraten; dreißig bezeichneten sich als „Unabhängige“.

Die Antworten auf die Fragen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen überraschten mich. Von den 122 Eingängen bezifferten 62, das sind über die Hälfte, ihre Familieneinkommen auf 5000 Dollar jährliches Einkommen oder darunter. Weitere 39 gaben das Einkommen als zwischen 5000 und 10 000 Dollar liegend an. Höher lagen nur wenige. Bei elf Studenten waren es zwischen 10 000 und 20 000; bei fünf zwischen 20 000 und 30 000, und dann kamen noch einmal fünf, die 50 000 oder mehr angaben. Mit anderen Worten, rund 51 Prozent der Studenten stammen aus Familien mit Jahreseinkommen von 5000 Dollar oder weniger. Und 101 der 122, das sind rund 80 Prozent, haben Familieneinkommen von 10 000 Dollar oder weniger.

Eine beträchtliche Anzahl der Studenten, nämlich 51, hatten Stipendien für ihr Studium, und noch mehr, nämlich 87, arbeiteten nebenbei, um ihr Studium zu finanzieren. Keine dieser Zahlen kann natürlich als Absolutum für bestehende Notwendigkeit genommen werden, da manche Stipendien lediglich nach Leistung vergeben werden und auch manche Studenten

arbeiten, die wohl ohne diesen Nebenverdienst auskommen könnten. 33 Stipendiaten kommen jedoch aus Familien der 5000-Dollar-Einkommensklasse und weitere 15 aus der 10 000-Dollar-Klasse; nur drei stammen aus Familien, in denen 20 000 Dollar oder mehr verdient werden. Die Verteilung der Werkstudenten lag ähnlich: 47 von den 87 kamen aus 5000-Dollar-Familien, weitere 30 aus der 10 000-Dollar-Gruppe. Nur 10 dieser Studenten stammten aus Familien mit einem Einkommen von 20 000 Dollar oder mehr.

Hier ergibt sich ein Bild, das mit dem vom „reichen, jungen Fant", wie es in den Diskussionen um das neue Phänomen manchmal gezeichnet wird, nicht die geringste Ähnlichkeit hat. Diesen Unterlagen nach stammt der typische junge Konservative aus einer Familie mit einem Jahreseinkommen um 5000 Dollar, arbeitet neben seinem Studium und hat oftmals ein Stipendium als Studienbeihilfe. Diese Ergebnisse bieten so gut wie keine Handhabe für das Argument, daß der Konservatismus unter den Studenten durch wirtschaftliche Gegebenheiten bedingt sei. Sie lassen nicht darauf schließen, daß das Wiederaufleben des Konservatismus dem Wunsche entsprang, an ererbtem Wohlstand festzuhalten oder auf einer hohen Stufe der gesellschaftlichen Leiter zu bleiben.

Die Untersuchung läßt jedoch darauf schließen, daß die Eltern die Haltung des Studenten erheblich beeinflussen. Von 121 Antworten auf die Frage: „Sind Sie der Meinung, daß Ihre Eltern Ihre politischen Überzeugungen beeinflußt haben?" lauteten 78 bejahend; 43 sagten „nein". Diese Antworten werden durch die Tatsache unterstützt, daß die Mehrheit der Studenten ihre Eltern als Republikaner (76 den Vater, 78 die Mutter) und als Konservative (81) bezeichneten. Das scheint darauf hinzudeuten, daß sich die konservative Einstellung der Eltern tatsächlich auf die Studenten übertragen hat. Doch ergibt sich eine interessante Abweichung. Es finden sich mehr Republikaner (85) unter den Studenten als unter den Eltern. Darüber hinaus sagten ebensoviele auf die Frage, ob sie sich für „liberaler" oder „weniger liberal" hielten als ihre Eltern, daß sie sich für *weniger* liberal und für *konservativer* hielten als ihre Eltern.

Die Studenten waren gebeten worden, kurz anzugeben, inwiefern ihre Eltern ihre politische Überzeugung beeinflußten, wenn sie der Meinung seien, daß ein solcher Einfluß bestanden habe. Mehrere, besonders aus den Reihen der „Gemeinen", sagten, sie stammten aus republikanisch eingestellten Familien und hätten sich daher stets als Republikaner betrachtet.

Andere sagten, ihre Eltern hätten sie gelehrt, die Dinge „durchzudenken", und auf diese Weise seien sie zu Konservativen geworden; eine kleinere Anzahl war der Auffassung, daß sie in Opposition zum Liberalismus ihrer Eltern stünde.

Die häufigste Antwort, die regelmäßig bei den führenden Persönlichkeiten unter den Studenten wiederkehrt, bezog sich auf die elterliche Erziehung hinsichtlich gewisser Verhaltensgrundsätze und der Einstellung zu Fragen wie Moral, Vertrauen in die eigene Persönlichkeit und Patriotismus.

Hier einige Beispiele:

Sie erzogen mich dazu, an das Individuum zu glauben und in ihm, nicht im Staat, den Kern der Gesellschaft zu sehen. (Vater Drucker, Jahreseinkommen 7000 Dollar[12])

Sie lehrten mich die Bedeutung der eigenen Verantwortung im Leben. (Vater Landwirt, verstorben, 4000 Dollar)

Sie haben mich dazu erzogen, für mein eigenes Tun die Verantwortung zu tragen, auf mich selbst zu vertrauen, etwas lernen zu wollen, an einen absoluten Gott zu glauben, mich nicht nur von materiellen Erwägungen leiten zu lassen; sie lehrten mich, stolz zu sein auf meinen Namen, meine Staatsangehörigkeit, mein Land, meine Religion und die Grundsätze von Freiheit und Ehre. (Vater Werkzeugmacher, 6500 Dollar)

Weil ich nach dem Grundsatz erzogen wurde, daß jeder Mensch verantwortlich ist für das Fortbestehen der Unabhängigkeit sowie für sich selbst und seine Angehörigen. (Vater Händler, 5000 Dollar)

Ich wurde als Republikaner im Sinne Senator Tafts erzogen und nach den alten Moralbegriffen von Genügsamkeit, Ehre usw. (Vater Patentanwalt, 25 000 – 30 000 Dollar)

Sie erzogen mich dazu, selbständig zu handeln, und lehrten mich die Achtung vor dem Individuum als erstrebenswerte Grundlage für jede Gesellschaftsordnung. (Eltern Schriftsteller, gemeinsam 11 000 Dollar)

Vorherrschend unter den Wertbegriffen, die sie mir mitgaben: Vertrauen in die eigene Kraft, viktorianische Moral, strikte Aufrichtigkeit und Ehrgefühl. (Vater Verkaufsleiter einer Werbefirma, 10 000 Dollar)

Ganz gewiß haben sie mir ein ausgeprägtes Gefühl für Unabhängigkeit mitgegeben und mir immer gesagt, wenn ich etwas nicht selbst tue, werde es überhaupt nicht getan; dazu gehört eine tiefe Hochachtung vor dem, was ein Mensch selbst zuwegebringt. Selbst in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten hat mein Vater sich energisch gegen jede staatliche Unterstützung gewehrt, obwohl sie die Lage wahrscheinlich vorübergehend erleichtert hätte. (Vater Viehzüchter, 10 000 Dollar)

Ich wurde zu der Vorstellung erzogen, daß ich hart arbeiten müsse, um im Leben voranzukommen, und daß der Erfolg von meinen eigenen Leistungen abhängen werde. (Vater Arzt, 10 000 – 15 000 Dollar)

Mutter stammt aus Irland, und sie lehrte mich von frühester Jugend an, wie die Iren für die Erhaltung ihrer „angestammten Rechte“ gegen die neuen oder fremden Rechte Englands kämpften. Ich hielt meine Eltern immer für Vertreter der guten, altmodischen Schule, bis ich erwachsen wurde und herausfand, daß sie einfach von Grund auf konservativ sind. (Vater Eisenbahnangestellter, 5500 Dollar)

Jeder dieser Studenten, der ein paar eilige Bemerkungen darüber zu Papier brachte, welche Einflüsse auf diese oder jene Weise auf ihn eingewirkt hatten, wählte zweifellos nur einen von vielen möglichen Faktoren. Die gleichen Familien, die hier als „selbstvertrauend“ bezeichnet wurden, waren wahrscheinlich ebenfalls Republikaner oder ganz ausgesprochen „konservativ“ in ihrer Einstellung. Doch die Häufigkeit der oben angeführten Art von Antwort läßt wohl darauf schließen, daß dies in erster Linie der Grund war, warum die Konservativen unter den Studenten (und zwar insbesondere die Führenden unter ihnen) die Einstellung zu den Dingen wählten, die sie heute vertreten. Was mir an diesen Antworten besonders auffällt, ist, daß sie so sehr viel Ähnlichkeit mit den Wertmaßstäben des „innen-geleiteten“ Menschen aufweisen, wie David Riesman ihn beschrieb: Der Ton stolzen Vertrauens in die eigene Kraft und die inneren Moralmaßstäbe sind ja gerade die Kennzeichen der Bürger, die, wie man meinte, im Verschwinden begriffen seien.

Während die Studenten den Einfluß ihrer „innen-geleiteten" Eltern anerkennen, nehmen sie eine im allgemeinen feindliche Haltung gegenüber ihren „außen-geleiteten" Professoren ein. Auf dem Begleitfragebogen wurden sie auch gebeten, sich darüber zu äußern, ob sie das Klima an ihrer Schule für „liberal", „konservativ" oder „neutral" hielten. 99 sagten liberal, 16 konservativ und 6 neutral. Darüber hinaus kamen fünf der 16 „konservativ"-Urteile von einer einzigen Schule (Grove City College) und bezogen sich in erster Linie auf die Arbeit der volkswirtschaftlichen Fakultät. Die Waagschale senkt sich schwer zugunsten der Liberalen. Die Atmosphäre an der Universität, so wird es allgemein ausgedrückt, steht im Gegensatz zu den Wertbegriffen, die den Studenten zu Hause eingeprägt wurden.

In einigen typischen Kommentaren heißt es:

Die Ungereimtheit der sogenannten Liberalen und ihre salbungsvollen Platitüden haben mich nur noch tiefer ins konservative Lager getrieben. (Universität Indiana)

Die weit überwiegende Mehrzahl der Professoren an Colleges und Universitäten ist meiner Ansicht nach liberal eingestellt. Mein Professor für Staatswissenschaften schien einer der letzten Konservativen auf weiter Flur zu sein; er beleuchtete sehr fair stets beide Seiten einer Sache. (Ripon)

Am Rockford College herrscht ein äußerst „liberales" Klima. Das ist einer der Gründe, warum wir kürzlich einen Debattier-Klub gegründet haben. Ich finde, daß die Professoren sich in zu vielen Fällen mit theoretischen, wissenschaftlich klingenden Meinungsäußerungen aufhalten, anstatt objektive Tatsachen zu bringen.

Das Klima an meinen beiden Universitäten ist sehr liberal, und ich fand, daß ich gewöhnlich einer der sehr wenigen war, die einen konservativen Standpunkt vertraten. So oft wie möglich versuche ich, andere zur Lektüre konservativer Bücher anzuregen und ihnen nahezulegen, über die Auswirkungen des Liberalismus auf lange Sicht nachzudenken. (Von einem Absolventen von Western Reserve – Bachelor of Arts – und Wayne State University – Magister of Arts)

Antioch College ist natürlich wegen seiner liberalen Einstellung bekannt. Meiner Erfahrung nach trifft das für fast alle Vorlesungen, Versammlungen und die Haltung der Universitätsverwaltung zu. Besonders die staatswissenschaftlichen Seminare sind sehr auf New Deal und Zentralismus ausgerichtet (vielleicht haben die betreffenden Professoren in den vierziger Jahren mit Lernen aufgehört).

Das Klima an der Universität Minnesota ist außerordentlich liberal. Der einzige Republikaner in der staatswissenschaftlichen Fakultät gibt zu, liberaler zu sein als Gouverneur Rockefeller und die Hälfte der Demokraten. Die Lehrerschaft bemüht sich bewußt, das Denken ihrer Studenten zu liberalisieren.

Meiner Grundeinstellung nach war ich schon konservativ, ehe ich aufs College kam, doch die ungeheuer liberale Atmosphäre hier hat mich veranlaßt, mir durch unabhängiges Lesen eine Meinung zu bilden und ein noch überzeugterer Konservativer zu werden. (Rosary College)

Ich belegte zufällig Staatswissenschaften in Notre Dame, das eine konservative Fakultät besitzt. Der Rest dieser Schule der schönen Künste ist typisch und überwältigend liberal. In den anderen, nicht von Staatswissenschaftlern gehaltenen Seminaren wurde ich meist recht ärgerlich.

Am UCR trifft man in den Fakultäten für Staatswissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft alles – von gemäßigten Liberalen bis zu Sozialisten marxistischer Prägung. Mir macht es Spaß, an einer liberalen Universität zu studieren. Ich habe das Gefühl, daß diese harte Umgebung mich schult und stärker macht. (Universität von Kalifornien, Riverside)

Die Universität von Maryland ist säkularistisch und relativistisch und sehr liberal. Es gibt jedoch viele unter uns, die konservative ebenso wie liberale Ansichten aussprechen.

Liberal-neutral, anti-konservativ. Nicht heftig liberal, aber ganz entschieden allgemein anti-konservativ. Es gibt natürlich Ausnahmen. (Marquette College)

Diese Meinungen drücken übrigens nicht etwa die Einstellung von Studenten aus, die ein Hühnchen mit ihren Professoren zu rupfen haben. Sie stammen sämtlich aus Äußerungen von Studenten, die akademische Würden erworben haben.

In ihrer Auseinandersetzung mit der liberalen Umgebung nehmen die jungen Konservativen häufig Zuflucht zu konservativer Literatur. Auf die Frage, was sie in ihrem Denken am *stärksten* beeinflußt habe, nennen viele ihre Eltern und das unabhängige Lernen. Doch das „unabhängige Lernen" wird durchweg sehr viel öfter angeführt (92 Antworten) als der elterliche Einfluß (53 Antworten). Hält man sich vor Augen, daß die meisten dieser Studenten angeben, aus konservativ eingestellten Häusern zu kommen, mag das Überwiegen des „unabhängigen Lernens" zum Teil auf den natürlichen Wunsch zurückzuführen sein, intellektuelle Selbständigkeit zu dokumentieren. Doch die Quellen, die diese Studenten angeben, lassen darauf schließen, daß sie sich tatsächlich selbst unterrichten, und zwar in recht weitgehendem Maße.

Auf die Frage nach Persönlichkeiten oder Veröffentlichungen, die bei der Bildung ihrer Ansichten den größten Einfluß auf sie ausgeübt haben, geben die Studenten besonders zwei Einflüsse an – Senator Barry Goldwater und sein Buch *The Conscience of a Conservative* (24 Antworten) und William F. Buckley jr. sowie die Zeitschrift *National Review* (20 Antworten). Buckley und Goldwater, der Polemiker und der Politiker, sind unzweifelhaft die beiden größten Helden dieser Studenten.

Nach diesen Äußerungen möchte ich glauben, daß die junge konservative Bewegung ihrer Grundhaltung nach den herkömmlichen Vorstellungen von Rebellion keineswegs entspricht – „hitzköpfiger Sohn rebelliert gegen behäbig trägen Vater". Der typische junge Konservative, wie er sich bei dieser Untersuchung herausschält, hält durchaus getreulich an den Wertmaßstäben seiner Eltern fest und scheint sie sogar offener und heftiger zu verfechten, als sie es taten. Der Aufstand der jungen Konservativen scheint also nicht so sehr die Revolte einer Generation gegen die andere als das Wirken einer „innen-geleiteten Untergrundbewegung" zu sein – einer Elterngeneration, die in einem Zeitalter des „Außen-Gelenktseins" an überlieferten Werten festhielt und sie in ihre Kinder hineinschmuggelte. Und diese Kinder trugen jene Wertbegriffe hinaus in die Gemeinschaft, kämpften für sie und wurden im Verlaufe dieses Kampfes noch gefestigter in ihren konservativen Anschauungen.

Im Ganzen gesehen, könnte der Aufstand einfach ein Rückwärtsschlagen des Pendels sein, wie Lionel Trilling glaubt; es ist aber in Wirklichkeit die Umkehrung dieser sich gleichmäßig wiederholenden Bewegung. Nach dem alten Vorbild würde ein junger Mensch in einem traditiongebundenen Heim aufwachsen, dann fortgehen an eine Schule oder Universität und dort von den zungenfertigen Verallgemeinerungen der Professoren eingewickelt werden. Das neue Bild sieht so aus, daß der junge Mensch gewisse Wertmaßstäbe von seinen Eltern mitbekommt und gegen den Liberalismus seiner Professoren zu Felde zieht.

Der entscheidende Unterschied, der den Pendelvergleich teilweise rechtfertigt, ist die Tatsache, daß die Eltern der Studenten anfangs mit der Tendenz der Gesellschaft, in der sie lebten, einverstanden waren, während ihre Professoren in Opposition standen; heute predigen die Professoren den Konformismus, und der Student findet die Wertbegriffe, die seine Eltern ihn lehrten, stark in der Minderheit. Er kann also gleichzeitig die überlieferten Werte der „innen-geleiteten" Menschen verteidigen und die übliche Freude der Jugend an dem Aufbegehren gegen die bestehende Ordnung genießen.

Die große Anzahl Studenten, die ihre Eltern als „konservativ" oder als „von der alten Schule" bezeichnen, läßt vermuten, daß es, wenn unsere Gesellschaft wirklich so völlig „außen-geleitet" geworden wäre, wie manche Kollektivisten es wünschen, heute keinen konservativen Aufstand geben würde. Doch es verblieben – wie Riesman bemerkt – gewisse „innen-geleitete" Gefilde. Ohne die Unterweisung durch ihre Eltern besäßen diese Studenten weder eine Alternativ-Position, die sie verteidigen könnten, noch das eherne Vertrauen in die eigene Stärke, das erforderlich ist, um den Kampf mit Professoren, der Mehrheit der übrigen Studenten und den Einflüssen der Massenmedien aufzunehmen.

Der konservative Aufstand heute, das geht aus den Ergebnissen dieser Untersuchung klar hervor, ist einer Gruppe „innen-geleiteter" Amerikaner zu tiefem Dank verpflichtet, die es irgendwie fertigbrachten, an den alten Wertmaßstäben festzuhalten, während die übrige Gesellschaft dem Zustand entgegentrieb, den wir hier mit „außen-geleitet" bezeichnen. Die gegenwärtige Bewegung an den Universitäten ist nicht nur das Werk des Prozesses „eine Generation gegen die andere", sondern das Werk „innen-geleiteter" Generationen, die sich gegen eine feindliche Gesellschaft gestemmt haben.

ISI

„Sind nicht alle Volkswirtschaftler Anhänger von Keynes?"
McGeorge Bundy, ehemals Dekan der Fakultät von Harvard, zitiert von Chesly Manly.

Trotz des ganzen Geredes von der Reaktion gegen den Konformismus ist eine Rebellion gar nicht so leicht. Eben jene Züge, die den Konformismus so drückend erscheinen lassen, machen es auch so schwierig, ihn aus dem Sattel zu heben. Die an der Macht Befindlichen sind durchaus nicht darauf erpicht, ihren Widersachern Platz zu machen, und sie neigen dazu, die Ansicht zu fördern, daß der Status quo Teil der naturgegebenen Ordnung im Leben ist – daß Alternativen dazu, um Professor Richard Weavers Worte zu gebrauchen, „nicht auf der Liste der Dinge stehen, die man erörtern kann".

Deshalb ist das Bedrückendste für jeden konservativen Studenten das Gefühl – das von der Gegenseite geschickt verstärkt wird –, so schrecklich allein zu sein. Auf der anderen Seite stehen all die „Autoritäten": die Einstellung der Regierung, die erdrückende Sachkenntnis der Fakultät, die meisten studentischen Veröffentlichungen, die Lehrbücher, der Apparat der Intelligentsia, Zeitschriften, Zeitungen, die geschickten Kommentare der elektronischen Medien. Alledem zum Trotz wuchs in dem konservativen Studenten schon seit Jahren eine Vorahnung, daß etwas nicht stimme. Er hatte den Mut zur Rebellion, doch der in den unterschiedlichsten Varianten auf ihn einwirkende Beeinflussungsdruck verhinderte, daß es

so weit kam. Dank einer Herrschaft psychologischer Einschüchterung – die sogar so weit ging, zu behaupten, Menschen mit konservativen Neigungen seien geistesgestört (z. B. *The Authoritarian Personality* von T. W. Adorno; *The New American Right* von Daniel Bell; *Revolt of the Moderates* von Samuel Lubell) – behält der potentielle Rebell seine Ansichten wahrscheinlich für sich, sofern er nicht von irgendeiner Seite kräftige Unterstützung erfährt. Und das auslösende Moment für die Revolution kommt nur dann, wenn der Drang, sich auszudrücken und zu protestieren, stärker wird als der Drang nach Sicherheit und Anerkennung durch die Umwelt.

Das vorhergehende Kapitel hat dargelegt, wie wichtig in der Rebellion des Konservatismus das Vorhandensein alternativer Wertmaßstäbe ist. Ohne die Rückenstärkung durch elterliche Erziehung und konservatives Schrifttum würde der konservative Impuls kaum vollen Ausdruck finden. Wenn aufzüngelnde Zweifel unter den Studenten zum Feuer einer Revolution werden und nicht in Unsicherheit und Zaghaftigkeit verlöschen sollen, muß sich jemand finden, der den Trotz schürt. Der Schlüssel für den Aufstand der Konservativen war daher die Schaffung einer intellektuellen Gemeinschaft, um Alternativen zur liberalen Doktrin zu schaffen, und eine Verbindungsstelle zwischen dieser rebellierenden Gemeinschaft und denjenigen, die womöglich zu ihr stoßen wollten.

Die „außen-geleiteten" Kräfte haben zum Glück nicht alle Festungen unserer Gesellschaft besetzt, wenngleich sie entschieden die bedeutendsten Machtzentren erobert haben. Obwohl sich die meisten „Intellektuellen" in Amerika mit Haut und Haaren den heute geltenden ethischen Maßstäben verschrieben haben, gibt es doch noch einige Widerstandsnester. Wie die Dinge zur Zeit liegen, sind dies vornehmlich drei: alte, eingeschworene Gegner des Etatismus, die während des ganzen liberalen Aufstieges an den Grundsätzen westlicher Tradition festhielten; Männer wie Ludwig von Mises und F. A. Hayek in der Volkswirtschaft, Eric Voegelin und Leo Strauss auf den Gebieten politischer und moralischer Weltanschauung. Dann die Abtrünnigen – jene, die Ideen der Leftisten akzeptierten, die „unrecht hatten aus den rechten Gründen" –, die jedoch von der radikalen Doktrin enttäuscht wurden; Männer wie Eugene Lyons und James Burnham, Max Eastman und Whittaker Chambers. Dann die neue Welle, diejenigen, die ihre Erziehung zwar während der liberalen Herrschaft erhielten, bei denen die Impfung aber aus irgendeinem Grunde er-

folglos war. Dazu gehören Männer wie Russell Kirk und Stanley Parry, Hans Sennholz und Ben Rogge, Bill Buckley und Brent Bozell.

Diese Gelehrten und Journalisten unterschieden sich auch noch auf andere Weise: ideologisch, chronologisch und geographisch; jeder von ihnen arbeitete auf seinem eigenen Gebiet, suchte sich tastend seinen Weg durch das Labyrinth liberaler Irrtümer, forschte nach alten Wahrheiten und ihren modernen Auslegungen. Die gegenseitigen Kontakte waren kümmerlich, publizistische Möglichkeiten selten. Doch nach und nach begannen sie ein neues Schrifttum freiheitlicher Prägung zu schaffen, das die überlieferten Wertbegriffe der westlichen Welt verteidigte, die vergessenen Gesetze freier Marktwirtschaft wiederauferstehen ließ und die strategischen Dummheiten unserer Fehler im Umgang mit dem Kommunismus bloßlegte. Und sie fingen an, die großen Werke überlieferten konservativen Schrifttums wieder aufzuspüren und sie erneut ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken: Burke, Acton, Tocqueville, Madison, Adams, Calhoun, Burckhardt, Babbitt, More.

Durch die Bemühungen konservativer Verleger wie Henry Regnery, Devin-Adair und Caxton Printers begannen diese Autoren sich einen eigenen Markt zu schaffen. Bis 1960 hatten sie es zu einer echten Blüte konservativer Literatur gebracht: John Chamberlain, Russell Kirk, Bill Buckley, Thomas Molnar, Felix Morley, Henry Hazlitt, Richard LaPiere, Richard Weaver, William Henry Chamberlin, Ralph de Toledano, Frank Meyer – sie alle und noch andere veröffentlichten Bücher von größter Bedeutung.

Mittlerweile hatte eine Anzahl Organisationen Broschüren und Studien zur Unterstützung der konservativen Haltung herausgebracht – die *Foundation for Economic Education*, die *American Economic Foundation*, die *American Enterprise Association.*

Das Vorhandensein eines solchen Schrifttums diente dazu, diese verschiedenen Gelehrten zu einer „Gemeinschaft“ zu vereinigen. Und gleichzeitig mit ihr entwickelte sich ein eigener, konservativer Journalismus, der das Werden einer neuen gelehrten Welt konservativer Prägung ankündigte und förderte.

Die zuverlässige Stütze der Konservativen ist seit Jahren und durch viele Verwandlungen hindurch *The Freeman* gewesen. In den zwanziger Jahren von Albert Jay Nock gegründet, wurde die Zeitschrift Anfang der fünfziger Jahre durch eine Gruppe freiheitlicher Geister, Konservativer und Anti-Kommunisten, zu neuem Leben erweckt. John Chamberlain,

Henry Hazlitt, Forrest Davis, Suzanne LaFollete, James Burnham und Max Eastman – sie alle traten während dieser Phase als „Redakteure“ auf. 1954 wurde die Zeitschrift an die *Foundation for Economic Education* übergeben. Frank Chodorov, ein alter Freund von Nock, wurde als neuer Chefredakteur eingesetzt und übte diese Funktion bis Ende 1955 aus. Heute wird *The Freeman* noch immer von *FEE* herausgegeben und konzentriert sich vorwiegend auf staatskritische, wirtschaftliche und freiheitliche Themen.

Bevor Chodorov zu *The Freeman* kam, war er bei der Wochenzeitschrift *Human Events*, jahrelang die einzige Publikation mit konservativer Linie. *Human Events* war im Jahre 1944 von Frank Hanighen gegründet worden (einem ehemaligen Korrespondenten der alten *New York Post)*, zusammen mit Henry Regnery und Felix Morley. Aus einem Blatt mit bescheidener Auflage entwickelte sich *Human Events* zur meistgelesenen konservativen Zeitung mit ungefähr fünfzigtausend Lesern. Der amtierende Redakteur, der das mit viel Geschick, durch direkte Postzustellung und andere verkaufsfördernde Methoden erreichte, ist James L. Wicks, der seit 1953 für *Human Events* arbeitet.

Im Jahre 1955, als *The Freeman* anfing, wirtschaftlichen Themen größeren Raum zu geben, schufen die Konservativen ein weiteres, wirkungsvolles Gegengewicht gegen intellektuelle Waffen wie *The Nation* und die *New Republic*. Nach einem Jahr mühsamer Geldbeschaffung gründete Bill Buckley seine *National Review*, die 1960 vor einer mehr als tausend Köpfe zählenden, illustren Gesellschaft einen unerwarteten fünften Geburtstag feiern konnte. *National Review* wurde zum häufigen Sprachrohr konservativer Autoren, machte sie gegenseitig mit ihrer Arbeit vertraut und förderte neue Talente. *National Review* wurde zu einem intellektuellen Blatt, das den Liberalen durchaus gewachsen ist.

Im Gegensatz zu der Auffassung, daß Konservative Analphabeten und Pfennigfuchser seien, stellte sich bei einer Untersuchung der Leserschaft heraus, daß sich unter ihr mehr College-Absolventen befinden als unter den Lesern des *New Yorker* (76 zu 75,3 Prozent) und daß mehr eine höhere Schulbildung haben (35 Prozent), als dies für den höchst exklusiven Leserkreis der *Business Week* zutrifft (21 Prozent).

Im Jahre 1956 kam eine vierte Zeitschrift heraus, die sogar noch nachdrücklicher auf das Niveau der intellektuellen Schicht zugeschnitten und ebenso entschlossen war, jene weltanschaulichen Grundlagen zu schaffen,

die für die politische und weltanschauliche Verhaltensweise Voraussetzung sein sollten. *Modern Age,* wie diese Zeitschrift genannt wurde, nähert sich in ihrer Auflagenziffer jetzt der Zehntausender-Grenze – erstaunlich für ein Magazin, das sich ausschließlich mit Fragen aus den Bereichen der Philosophie, Geschichte und Kunst befaßt.

Während dieses wachsende Schrifttum eine „Gemeinde" im intellektuellen Sinne bildete, waren seine tatsächlichen Komponenten – besonders in den ersten Jahren dieser Entwicklung – weit verstreut. Anfang der fünfziger Jahre waren oder wurden die Antworten auf die liberale Doktrin formuliert und zu Papier gebracht. Größtenteils schlummerten sie jedoch in wenigen Büchern oder Abhandlungen. Hier und da hatte ein Professor eine Bresche in die Spitzfindigkeiten positivistischer Soziologie und Keynesscher Wirtschaftslehre geschlagen und die Rechtsgelehrten herausgefordert. Mises dozierte an der Universität New York, Parry in Notre Dame, Vivas in Northwestern, Hayek und Friedman lasen in Chikago; ihre Arbeiten bildeten eine kleine, weit verstreute Sammlung von Lehrstoff, wie er in den meisten College-Bibliotheken nicht leicht zu finden ist. Welches staatswissenschaftliche Seminar befaßte sich mit den Lehren Eric Voegelins? Wie viele volkswirtschaftliche Fakultäten nahmen Notiz von dem Vorhandensein, geschweige denn den Meriten der Österreichischen Schule[13]? Wie viele Soziologie-Studenten gab es, denen die vernichtende Kritik von Köpfen wie Pitirim Sorokin und Richard Weaver an den Unverschämtheiten auf soziologischem Gebiet bekannt war?

Die Studenten brauchten Zugang zu diesem wohlfundierten, konservativen Schrifttum, sie brauchten das Rüstzeug für ein intellektuelles Unterscheidungsvermögen, das Material für wirksame Argumentation – sie brauchten Tatsachen, Analysen, Gutachten.

Bald sollte der geeignete Vermittler erscheinen, der diese Bedürfnisse befriedigte.

Das Jahr 1953 kann in mehr als einer Beziehung als das entscheidende Jahr für den Aufbruch des Konservatismus unter den Studenten Amerikas angesehen werden. Es war das Jahr, in dem Russell Kirk *The Conservative Mind* herauszugeben begann, diese Zeitschrift, die auf die Intelligenzschicht des Landes wie eine bestürzende und peinliche Herausforderung wirkte. Den Behauptungen der Liberalen, daß die Konservativen veraltet und in ihren Äußerungen verworren seien, schleuderte Kirk eine mächtige Verteidigung der konservativen Weltanschauung entgegen. Er

war jung – damals fünfunddreißig –, er war offenbar sehr belesen; und er schrieb mit einer überzeugenden Kraft, die weder ins Lächerliche gezogen noch ignoriert werden konnte.

Im selben Jahr wurde in einem kleinen Büro im Nordwesten von Washington eine Gruppe gebildet, die aus den vorhandenen revolutionären Elementen eine ernsthafte und wirkungsvolle Bewegung schaffen sollte. Die Organisation wurde *„The Intercollegiate Society of Individualists"* *(ISI)* genannt. Ihre Aufgabe bestand darin, Studenten mit bestimmtem Lesestoff zu versorgen – ihnen die Theorien und die Informationen der neuen intellektuellen Gemeinde zugänglich zu machen.

Begründer und Vorsitzender der *ISI* ist Frank Chodorov, ein alterfahrener Journalist und unermüdlicher Streiter für die Sache der Freiheit. Chodorov, damals um die Sechzig, erinnerte sich noch an die ersten Jahre nach neunzehnhundert, als die Sozialisten in Amerika ihr geduldiges Verführungsmanöver des Geistes begannen. Er hatte die radikale Bewegung aus nächster Nähe verfolgt, und er wußte, wie sehr es ihr darum zu tun war, die Sympathien der Jugend für sich zu gewinnen. Dabei dachte er besonders an eine Gruppe, die sich *„Intercollegiate Socialist Society"* nannte, eine Organisation, die, obwohl die meisten Amerikaner noch nie von ihr gehört haben, einen nachhaltigen Einfluß auf unser nationales Schicksal ausübte.

Diese *ISS* begann ihre Tätigkeit als rein internes Universitätsunternehmen im Jahre 1905. Ihr erster Vorsitzender war der Romanschriftsteller Jack London. Ihr Zweck war, „unter den gebildeten Männern und Frauen des Landes das Interesse für den Sozialismus zu wecken". Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. *ISS* verbreitete ihre Lehren so nachhaltig unter den „Gebildeten", daß sie sich heute rühmen kann, einige der mächtigsten Meinungsbildner der Vereinigten Staaten zu ihren ehemaligen Schülern zu zählen. Dazu gehören die Arbeiterführer David Dubinsky, Al Hayes, Andrew Biemiller, Jay Lovestone, Walter und Victor Reuther, die Akademiker Leonhard Doob, Talcott Parsons, Harold Faulkner und Sidney Hook; die Journalisten Murray Kempton, May Lerner, James Wechsler und Joe Lash (alle von der *New York Post),* Freda Kirchwey, Bruce Bliven, Walter Lippmann; und die Regierungsbeamten Ralph Bunche und Paul Porter.

Lippmann umriß die Ziele seiner Gruppe in Harvard folgendermaßen: „Allgemein ausgedrückt verfolgten wir das Ziel, Reaktionäre zu ‚stand-

patters[14]‘ zu machen; ‚standpatters‘ zu konservativen Liberalen; konservative Liberale und Liberale zu Radikalen; und Radikale zu Sozialisten. Mit anderen Worten, wir versuchten, jeden eine Stufe höher zu rücken... Wir zogen es vor, die Masse in ihrer Gesamtheit ein wenig voranzuschieben, anstatt einige daraus gänzlich aus den Augen zu verlieren.“ Nach der gegenwärtigen Situation in Harvard zu urteilen, kann man Lippmanns Bemühungen nur durchschlagenden Erfolg bescheinigen. Und seither haben er und seine Kollegen dem übrigen Land den gleichen Dienst erwiesen. Sie haben sich daran gemacht, die Meinungen und politischen Thesen unserer Welt zu formen – und diese Meinungen und politischen Thesen sind im Laufe der Jahre der von *ISS* vertretenen Einstellung immer ähnlicher geworden.

Die Wurzel des Übels liegt nach Chodorovs Überzeugung darin, daß „vor ungefähr vierzig Jahren die Saat des Kollektivismus... in den aufnahmebereiten und fruchtbaren Boden des studentischen Geistes gesät wurde“. Er, der die Arbeit der Sozialisten aus der Perspektive eines halben Jahrhunderts betrachtete, erklärte, daß „das besondere Geschehen der vergangenen fünfzig Jahre die Verwandlung des amerikanischen Volkscharakters vom Individualisten zum Kollektivisten“ gewesen sei. Doch Angelerntes läßt sich auch wieder verlernen; oder, genauer gesagt, die alten Wertbegriffe der Freiheit lassen sich von neuen Generationen als etwas „Neues“ erlernen.

„Wir werden nicht mit Ideen geboren“, schrieb Chodorov in *Human Events*, „sondern wir lernen sie. Wenn der Sozialismus nach Amerika kam, weil er vergangenen Generationen in die Köpfe gesetzt wurde, läßt sich doch mit ebensoviel Berechtigung annehmen, daß eine neue Generation das Gegenteil lernen wird. Wenn der Wille vorhanden ist, läßt sich beseitigen, was die Sozialisten angerichtet haben. Es läßt sich jedoch nicht dadurch beseitigen, daß man versucht, festverankerte sozialistische Institutionen zu vernichten. Dies Werk kann nur gelingen, wenn der Geist angesprochen wird, und zwar nicht der Geist derjenigen, die bereits im Eise sozialistischer Ideen erstarrt sind.“

Dieser Artikel war der Beginn der *ISI*. Ein Geschäftsmann las ihn. Er schickte Chodorov einen Scheck über 1000 Dollar, um „Freiheits-Klubs“ oder etwas Derartiges an amerikanischen Universitäten ins Leben zu rufen. Dann, erinnert sich Chodorov, „besuchte ich zufällig die ‚*Foundation for Economic Education*‘ und erwähnte... den Scheck. Ivan Vierley, der

Geschäftsführer ... sagte, wenn ich die Namen von Studenten hätte, die freiheitliches Schrifttum läsen, würde die Foundation ihnen gern ihre Broschüren zusenden. Das schien mir eine vernünftige Idee zu sein. Ich hatte schon vorgehabt, einen Organisator herumzuschicken, doch die Idee mit dem gedruckten Material hatte den Vorteil, daß die Studenten auf diese Weise selbst wählen konnten. Also fuhr ich zurück nach Washington und gründete die ‚*Intercollegiate Society of Individualists*'. Ich schrieb an die Leser von *Human Events* und bat um Namen von Studenten, die an derartiger Literatur interessiert sein könnten, und es kamen ungefähr sechshundert." *ISI* wurde als Druckschriftenversand bei *Human Events* aufgezogen und begann damit, *FEE*-Publikationen zu verschicken.

Das waren die bescheidenen Anfänge des Jahres 1953. In den seither vergangenen acht Jahren haben sie sich ausgedehnt, und zwar nicht durch feurige Werbefeldzüge, sondern durch das langsame Wachstum des Erfolges. Wenn dies – wie Chodorov es auffaßte – ein Krieg der unabhängigen Geister war, so konnte er nur durch eine netzartig sich verästelnde Bewegung der Ideen gewonnen werden – eine Bewegung, die sich nur so schnell vollzieht, wie der Wille des einzelnen es ihr gestattet. Der *ISI*-Student muß in erster Linie den Wunsch nach etwas haben, das anders ist; etwas, das im Gegensatz steht zur kollektivistischen Orthodoxie; er muß eine spontane Sympathie für die freiheitliche Weltanschauung und jenen Intellekt besitzen, der einfältige Täuschungsmanöver verabscheut und aufnahmebereit ist für die tiefere Vernunft freier Menschen und freier Institutionen.

Aus diesen Gründen betont *ISI* stark ihr Prinzip der Freiwilligkeit; sie hat keinen Finger gerührt, widerstrebende Studenten dazu zu veranlassen, ihre Schriften zu lesen. Wer sie bezieht, tut dies aus eigenem Antrieb, und die Veröffentlichungen werden den Empfängern nur auf Anforderung zugesandt. Zusammen mit den Schriften erhalten die Studenten eine Karte, die entweder von interessierten Kommilitonen ausgefüllt und eingeschickt werden kann, oder auf der *ISI* mitgeteilt wird, wenn jemand von der Bezieherliste gestrichen zu werden wünscht.

Mit diesen behutsamen Methoden hat *ISI* innerhalb von acht Jahren die Zahl ihrer Bezieher von sechshundert auf mehr als dreizehntausend erhöht. Schätzungsweise vierzigtausend Studenten haben von den Bemühungen der Organisation profitiert, als Mittler zwischen konservativen Gelehrten und aufbegehrenden Studenten zu dienen.

ISI hat außerdem ein anspruchsvolles eigenes Publikationsprogramm, zu dem ein Informationsbrief, *The Individualist*, gehört, eine Anzahl philosophischer Abhandlungen, Broschüren und zahlreiche Nachdrucke.

Auch die zunehmende Bedeutung der Paperbacks hat man nicht übersehen. Die Tatsache, daß wertvolle Literatur in wachsendem Maße in dieser Form zu haben ist – und zwar sowohl zeitgenössische Werke wie konservative Klassiker –, hat die Paperbacks zu einem bedeutenden Instrument in der Unterrichtung der Studenten gemacht. Deshalb hat *ISI* ein sogenanntes Paperback-Bücherbord geschaffen, das in diesen billigen Ausgaben ausgewählte Werke enthält, die in großen Zügen einen Überblick über die wichtigsten Aspekte konservativer Weltanschauung geben.

Die Studenten haben auf dieses Angebot begeistert reagiert. „*ISI* war für mich unendlich wertvoll", schreibt ein Student der Universität Michigan. „Hier an der Universität werden wir mit liberaler Propaganda eingedeckt, von Keynesscher Wirtschaftslehre bis zu einer Staatswissenschaft, die der ‚Allmacht Staat' gewidmet ist. Die Lehrbücher sind mehr oder weniger tendenziös gefärbt." Ein anderer Student schreibt: „Unser Diskussionsthema dieses Jahr war die Wirtschaftshilfe, und Ihre Publikationen haben mir sowohl in den Diskussionen wie auch in Stegreif-Vorträgen gute Dienste geleistet." Ein Student der höheren Semester an der Universität Rice sagte, daß die Literatur ihm geholfen habe, die ihm in den Kollegs verabreichten Doktrinen kritisch zu untersuchen. Ein Student der Colorado School of Mines schreibt: „Es ist ein ausgezeichnetes Programm. Es ermutigt mich gerade in dem Augenblick, als ich dachte, daß hierzulande nicht die geringste Hoffnung auf individualistische Opposition bestehe."

Mit der Vergrößerung ihres Aufgabengebietes zog *ISI* aus den geborgten Räumen – erst bei *Human Events* und später bei *FEE* – in eigene Büros in Philadelphia um. Es wurde eine aktive Zweigniederlassung in Indianapolis gegründet – es wurden Vortragsreisen konservativer Redner wie Frank Meyer, L. Brent Bozell, William F. Buckley jr. und Russell Kirk arrangiert. Außerdem fanden Seminare mit bekannten konservativen Gelehrten statt.

Im Jahre 1960 richtete *ISI* erstmalig eine „Sommerschule" ein, die den Zweck hatte, junge Konservative zusammenzubringen und sich systematisch mit gewissen Kernproblemen politischer Weltanschauung zu beschäftigen. Hier die Reaktion einer Teilnehmerin, der Studentin Annette

Courtemanche, die erkennen läßt, welch starke Wirkung dieses Unternehmen hatte. In ihrer Schulzeitung schrieb sie darüber: „Hier fanden sich aufgeschlossene Studenten zusammen, in denen das Feuer der Begeisterung für die Erhaltung unserer Freiheit glühte und die voller Eifer ihre Überzeugungen vertraten. Was jedem Beobachter auffallen mußte, war, wie gut unterrichtet diese Studenten über die entscheidenden Probleme der Gegenwart waren. Erstaunlich, dieses ‚Bescheidwissen' in unserem trägen Zeitalter."

Der Veranstalter dieser verschiedenartigen Unternehmungen ist ein ehemaliger verantwortlicher Mitarbeiter der *„Americans for the Competitive Enterprise System"*, E. Victor Milione. Fast die Hälfte seines Lebens kämpft Vic Milione schon für die konservative Sache. Wohlüberlegt und philosophisch veranlagt, hat er *ISI* durch finanziell harte Jahre gesteuert und ihr die Stärke seiner eigenen tiefen Überzeugungen verliehen. Chodorov erinnert sich: „Ich stellte Vic Milione ein. Er sollte den Laden in die Hand nehmen und Schulen im Osten des Landes besuchen ... Ich sagte zu ihm: ‚Vic, ich habe dieses Geld, und solange es reicht, bekommst du 75 Dollar die Woche und deine Auslagen. Das Zukunftsrisiko mußt du in Kauf nehmen.' Als die 6000 Dollar zu gegebener Zeit aufgebraucht waren, arbeitete Vic ohne Gehalt und ohne Auslagenerstattung weiter, bis er wieder irgendwo Geld auftrieb."

Milione vertritt ebenso wie Chodorov die Ansicht, daß es in diesem Kampf in erster Linie um Ideen geht. Er glaubt, daß die Philosophie der Freiheit geklärt, vertieft und geläutert werden muß, ehe es zu einer erfolgreichen Bewegung kommen kann. Er hat dafür gearbeitet, *ISI* eine philosophische Note zu geben, die bei Organisationen, die sich an die Jugend wenden, sonst kaum zu finden ist. Die konservative Einstellung der *ISI* drückt er folgendermaßen aus:

„Ein Konservativer ist in erster Linie jemand, der die Verbindung erhalten möchte zwischen den langerprobten und folglich erwiesenen Werten und Institutionen der Vergangenheit, dem Streben der Gegenwart und den moralisch vertretbaren Forderungen an die Zukunft. Er glaubt, daß wir nur durch ein Aufbauen auf der Erfahrung und Weisheit der Vergangenheit – zusammen mit den Einsichten und Erfahrungen unserer eigenen Generation – bessere Möglichkeiten für die Freiheit des einzelnen, den wahren Fortschritt und das Glück unserer eigenen und zukünftigen Generationen zu sichern vermögen ...

Ein Konservativer versucht nicht, die Vergangenheit uneingeschränkt zu erhalten. Obwohl vorsichtig gegenüber jeder Veränderung, besonders gegenüber jedem radikalen Wechsel, der oft ein völliger Bruch mit der Vergangenheit ist, begrüßt und unterstützt er Abwandlungen und Verbesserungen früherer Überlegungen und Institutionen, sofern sie einen positiven Beitrag zur Schaffung einer zivilisierten Gesellschaft freier Menschen darstellen.

Zu den Grundvoraussetzungen des Konservatismus gehört meiner Meinung nach die Überzeugung, daß wir in einem gottgeschaffenen Universum leben; daß der Mensch Teil dieser Schöpfung ist; daß der Mensch einen freien Willen und Vernunft besitzt. Daraus folgt der Glaube des konservativ Denkenden, daß jeder Mensch in allem, was sein eigenes Leben angeht, frei entscheiden können sollte."

Seit Ende 1959 genießt Milione bei seinen organisatorischen Bemühungen die Unterstützung seines energischen Direktors im Mittelwesten, Don Lipsett. Lipsett, jetzt dreißig Jahre alt, hat sein Hauptquartier in einem kleinen, mit Büchern vollgestopften Büro in Indianapolis. Die ganze Woche über rollt er über die Autostraßen des Mittelwestens von einem College zum anderen, berät Studenten beim Aufbau neuer Vereinigungen, bei ihrem Kampf gegen die Herrschaft der Liberalen an den Universitäten, sorgt für Literatur und arrangiert Vorträge konservativer Redner. Ungefähr zwei Dutzend neue konservative Klubs unter den Studenten sind seinen Bemühungen zu verdanken.

„Unser großes Problem besteht jetzt darin", sagt er, „der starken Nachfrage nach Literatur und Rednern gerecht zu werden. Als wir das Büro im Mittelwesten im November 1959 einrichteten, verbrachte ich oft zwei oder drei Tage an einer einzigen Schule auf der Suche nach einem Studenten, der interessiert und fähig war, eine konservative Gruppe aufzuziehen – einem, der sowohl Führungseigenschaften wie konservative Überzeugung besaß. Jetzt schießen diese Klubs derart geschwind aus dem Boden, und die neuen Führer entwickeln sich so schnell, daß ein Mensch damit ausgelastet ist, mit ihnen allen zu korrespondieren. Ich bekomme jetzt wöchentlich mehr Berichte über konservative Betätigung als früher in einem Monat."

Eine ständige Schwierigkeit, fügt Lipsett hinzu, ist die Unterstützung durch die Fakultäten. Einige Anstalten sind so durch und durch liberal, daß sich keiner der Professoren bereit findet, Kurator eines konservativen

Klubs zu werden. „College-Treuhändern und Absolventen wird oft erzählt, wie konservativ die Professorenschaft ihrer Anstalt sei", sagt er. „Doch an einer ganzen Reihe von Colleges haben Studenten, die einen Berater suchen – wie es an den Schulen meist gefordert wird –, es schwer, auch nur einen zu finden, der bereit ist, sich als Konservativen bezeichnen zu lassen."

Während der Eifer ihrer studentischen Mitglieder *ISI* zwar in steigendem Maße zu einer regelrechten, organisatorischen Tätigkeit getrieben hat, ist sie ihrem Bildungsprogramm auf freiwilliger Basis durchaus nicht untreu geworden. Sie macht keinen Versuch, die ihr angeschlossenen studentischen Gruppen zu gängeln oder zu kontrollieren – ganz im Gegensatz zu einigen liberalen Jugendorganisationen. Sie versucht lediglich, Literatur, Rat und Unterstützung bereitzuhalten; und sie überläßt es der studentischen Initiative, darauf weiter aufzubauen. Wie es in einer Ausgabe von *The Individualist* hieß: „*ISI* gibt keine ‚Charta' heraus und versucht nicht, die Tätigkeit der ihr nahestehenden Verbände zu kontrollieren, obwohl sie ihnen gern behilflich sein will. Was unternommen wird, um den Konservatismus an den verschiedenen Instituten zu fördern, bleibt der Initiative und dem Urteilsvermögen der jeweils an Ort und Stelle befindlichen Studenten überlassen."

Wie viele andere junge Organisationen – darunter auch die sozialistische Gruppe, deren Einfluß sie auszuschalten sucht – hat auch *ISI* ihre Schwierigkeiten gehabt. Eine der größten war die Finanzierung: Für ein Programm mit auf lange Sicht berechneter Wirkung ist es nicht leicht, Gelder aufzutreiben. Während es zahlreiche große Stiftungen liberaler Richtung gibt, die Jugendorganisationen der Linken ganz gewiß und jederzeit erhalten und finanziell unterstützen, gibt es nur wenige, die bereit sind, den Konservativen den gleichen Dienst zu erweisen. *ISIs* bescheidenes Budget (1960 waren es 100 000 Dollar) setzte sich großenteils aus kleinen Einzelbeträgen zusammen. Jetzt, mit dem wachsenden Interesse am Konservatismus unter jungen Menschen, beginnt mehr potenten Spendern klar zu werden, daß es von Wert sein könnte, die Bildungsarbeit in der Jugend zu fördern. Doch obwohl *ISI* als gemeinnützige Organisation anerkannt ist und alle Spenden daher steuerlich absetzbar sind, ist es immer noch nicht leicht, wie Vic Milione aus tiefstem Herzen bestätigt.

Eine weitere Schwierigkeit bildete die Bezeichnung der *ISI* als solche. Da die Vereinigung sich, wie es im Briefkopf heißt, „die Förderung des

konservativen Gedankens an den Universitäten" zur Aufgabe gemacht hat, gab es erhebliche Diskussionen unter den Förderern der *ISI*, ob man nicht den Namen ändern sollte. Eine „Gesellschaft von Individualisten" so sagt man, sei doch nicht ganz dasselbe wie eine konservative Weltanschauung. „Individualismus" wird eben im philosophischen Sinne mit den Lehren Mills und Spencers assoziiert und mit den klassischen Liberalen des neunzehnten Jahrhunderts. Seine Wurzeln sind positivistisch, säkular und utilitarisch.

Der philosophische Charakter der *ISI* ist das alles nicht. Ihr Vorsitzender, Frank Chodorov, ist wirklich ein Individualist von der „rauhen" Sorte, ein Anhänger Lockes und Adam Smiths. Seine Einstellung zu sozialen Fragen bezeichnet er manchmal selbst als an „philosophische Anarchie" grenzend – prinzipielle Ablehnung der Staatsautorität, ein Vorurteil zugunsten des freien Menschen.

Bei genauerem Hinsehen vertritt Chodorov jedoch nicht den säkularen Humanismus des neunzehnten Jahrhunderts. Sein Glaube stützt sich nicht auf das utilitarische Kalkül, sondern auf religiöse Überzeugung, die Achtung vor der Unantastbarkeit der Persönlichkeit und das Mißtrauen gegenüber Machtanhäufung in jeder Form. Seine Philosophie – und die der *ISI* – betont gleichermaßen die schwerwiegende Bedeutung der Wertmaßstäbe und die sich daraus ergebende Autonomie des Individuums.

Was von der *ISI* veröffentlicht wird, läßt diese Betonung deutlich erkennen – sei es A. H. Hobbs Abhandlung *The Integrity of the Person*, Frank Meyers *Freedom, Tradition, Conservatism*, Richard Weavers *Conservatism and Libertarianism: The Common Ground*, oder Miliones Versicherung, daß wir in einem „gottgeschaffenen" Universum leben, in dem es dem Menschen gegeben ist, frei zu wählen zwischen Gut und Böse. Die Verteidigung der persönlichen Freiheit ist das säkulare Ergebnis der von der *ISI* betriebenen Bildungsarbeit; durch diese Definition befaßt sie sich tatsächlich mit „Individualismus". Doch ihre intellektuellen Wurzeln sind nicht „individualistisch" im herkömmlich philosophischen Sinne.

Die Erörterung deutet darauf hin, daß im „konservativen" Lager Ideen vieler verschiedener Nuancierungen zu finden sind – von Nock, Mill und Spencer auf der einen bis zu Eric Voegelin, Russell Kirk und Stanley Parry auf der anderen Seite. Das Vorhandensein solcher Varianten sollte, im großen gesehen, niemanden beunruhigen; vom philosophischen Standpunkt aus lassen sich die Gebote moralischer Autorität und säkularer Frei-

heit zu einem runden Ganzen vereinen, ebenso wie moralische Zersetzung und staatliche Zwangsmaßnahmen. Und es besteht jedenfalls kein Zweifel, daß eine der Hauptaufgaben aller Konservativen darin besteht, sich dem Vordringen des kollektivistischen Staates in den Weg zu stellen. Das Wort „Individualist" in der Bezeichnung der *ISI* betont das primäre Ziel der konservativen Bewegung im politischen und wirtschaftlichen, wenn nicht im Bereich moralischer Weltanschauung.

Loyalität - eine Studie

„Warum bringt das Land, das führend ist in der „freien Welt“, Bürger hervor, die anscheinend weder um die Bedeutung des Begriffes Freiheit noch um die bedingungslose Loyalität wissen, welche die Freiheit erfordert?“

Raymond English

Ein Hauptmerkmal der liberalen Konformität besteht darin, daß ihre Vertreter sich von den Institutionen und Traditionen unseres Landes distanzieren. Wie die Studie von Lazarsfeld - Thielens zeigt, tendiert die Professorenschaft in ihrem laissez faire dahin, alle jene Bindungen und Sympathien zu verleugnen, die für gewöhnlich unter dem Begriff „Patriotismus“ zusammengefaßt werden. „Fahnenschwenken“ oder „Chauvinismus“ gilt als unter der Würde von Akademikern, die dazu neigen, die Bräuche und Wunschbilder anderer Kulturen höher zu werten als die des eigenen Volkes.

Dieser charakteristische Relativismus bedingt die beispielsweise beim akademischen Lehrkörper typische Vorliebe für internationale Methoden in der Behandlung unserer nationalen Fragen. Wo die amerikanische Souveränität von Sonderbehörden verteidigt oder wo gegen Personenkreise vorgegangen wird, die sie zu untergraben drohen, reagieren sie voller Abscheu; sie sind stets bereit, fremde Glaubensbekenntnisse und „Häresie“ zu unterstützen; und sie opponieren heftig gegen jedes förmliche Loyalitätsbekenntnis zu den Vereinigten Staaten.

Es überraschte daher nicht, daß die akademische Welt im Herbst 1959

zum Angriff gegen die „Treueid-Bestimmung" des *National Defense Education Act* (Gesetz zur Nachwuchsförderung im Rahmen der Nationalen Verteidigung) blies. Die Präsidenten der Universitäten Yale und Harvard sowie verschiedener anderer Universitäten verkündeten, daß sie die Vergünstigungen dieses Gesetzes nicht in Anspruch nehmen würden, da sie seine Bestimmungen, die von den Begünstigten verlangten, ihre Loyalität zu den Vereinigten Staaten zu bekennen und sich jeder Beteiligung an Untergrundorganisationen zu enthalten, als unvereinbar mit ihren Vorstellungen von „akademischer Freiheit" empfänden.

Der National Defense Education Act wurde 1958 erlassen, und zwar aus dem Schrecken heraus, den die Ankündigung der ersten russischen „Sputniks" bewirkt hatte. *N. D. E. A.*, wie er genannt wurde, sah ein Programm von Studiendarlehen für einzelne Studenten vor, angeblich um Amerikas Entwicklung auf gewissen technischen Gebieten zu beschleunigen; deshalb die Worte *„national defense"* in der Bezeichnung. Im Zusammenhang mit dem Teil, der sich auf nationale Verteidigung bezog, wurde ein Treueid auf die Vereinigten Staaten verlangt sowie eine vom Empfänger der Gelder unterzeichnete eidesstattliche Erklärung des Inhalts, daß er keine Beziehungen zu kommunistischen oder ähnlichen Untergrundorganisationen unterhalte[15].

Harvard und Yale distanzierten sich gleichzeitig von diesem Programm, doch Yale konnte allein die Ehre für sich in Anspruch nehmen, dieser Haltung öffentlich Ausdruck verliehen zu haben. In einem Artikel in *New York Times Magazine* eröffnete der Präsident von Yale, A. Whitney Griswold, den Publicity-Feldzug gegen die geforderte Treue-Erklärung. Er nannte sie „diskriminierend": „Colleges und Universitäten" sähen nicht ein, „warum ihre Studenten und Professoren anders behandelt werden sollten als andere Personen, Gruppen, Berufssparten oder Gewerbe, die staatliche Unterstützung oder Kredite erhalten." Außerdem seien diese Bestimmungen ihrem Charakter nach diskriminierend für einzelne Studenten, da „nur solche, die finanzieller Unterstützung bedürfen, diese eidesstattlichen Versicherungen abgeben müssen". Griswolds Argumente wurden unverzüglich von anderen Pädagogen und von einigen Gesetzgebern im Kongreß aufgegriffen. Senator John Kennedy hatte in der vorhergehenden Sitzungsperiode eine Vorlage unter der Nummer 2929 eingebracht mit dem Ziel, die anstoßerregende Klausel außer Kraft zu setzen. Ganze Versammlungen liberal eingestellter Pädagogen liefen Sturm ge-

gen die Loyalitätsbestimmungen, und eine Flut von Briefen begann sich über den 86. Kongreß zu ergießen, in denen die Annahme der Kennedyschen Vorlage gefordert wurde. In der Presse häuften sich die empörten Stimmen gegen die Eidesleistung. Bei Beginn der neuen Sitzungsperiode standen die Wetten in Washington erheblich zugunsten einer Außerkraftsetzung der Klausel.

Einige amerikanische Studenten dachten jedoch anders. Mitte Dezember 1959, als die Anti-Eid-Kampagne ihrem Höhepunkt zustrebte, saßen zwei Studenten in einem Restaurant an der Wisconsin Avenue in Washington und unterhielten sich über eben diesen Punkt. Ihre Ansicht war – um David Riesmans Terminologie zu gebrauchen – ganz und gar „innen-geleitet". Sie waren durchaus nicht damit einverstanden, wie die akademische Welt von den Institutionen unseres Landes abrückte. Sie bekannten sich vielmehr recht unumwunden zu jenen Prinzipien, auf denen die Nation einst aufgebaut wurde, und für sie war die Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten kein peinlicher Kirchturmpatriotismus, sondern ein Gefühl, dem stolz Ausdruck zu verleihen man sich nicht schämen sollte.

Auf dem Tisch vor den beiden Studenten lag eine Ausgabe der *Washington Post* mit den letzten Nachrichten über die Außerkraftsetzungsbestrebungen. Sie fanden, daß diese Kampagne wie geölt lief.

„Was wir brauchen", sagte einer der Studenten ärgerlich, „ist ein Studentenausschuß, der sich *für* den Treueid einsetzt."

Sein Begleiter blickte von der Zeitung auf. „Warum gründen wir dann keinen?"

Und mit diesem halb scherzhaften Gespräch tat die konservative Bewegung unter der Jugend Amerikas einen riesigen Schritt vorwärts. Die beiden Studenten machten sich am nächsten Tage daran, ein „Nationales Studentenkomitee für den Treueid" zu gründen, ein Unternehmen, das eine Wende in der amerikanischen Politik zur Folge haben sollte.

Die beiden Studenten waren Douglas Caddy, damals an der Georgetown-Universität, und David Franke von der Universität George Washington. Zum Glück für ihr Unternehmen waren sie beide junge Leute von Initiative und Ausdauer und, da sie beide in Washington gelebt und gearbeitet hatten, kannten sie die besonderen Sitten und Spielregeln der Hauptstadt.

Die „Treueid"-Bestimmungen ließen sich nur retten, wenn es gelang,

in der breiten Masse dafür Widerhall zu finden. Das wußten sie sehr wohl. Bislang war so gut wie nichts zugunsten der Aufrechterhaltung dieser Klausel geschehen. Irgend jemand mußte den Kongreß davon überzeugen, daß Stimmen – und auch Prinzipien – verlorengehen würden, wenn man den Eid und die eidesstattliche Erklärung außer Kraft setzte. Sie wußten auch, daß nichts wirkungsvoller sein konnte, als wenn Studenten selbst sich für die Loyalitätsklausel einsetzten; schließlich waren sie diejenigen, die sie unterschreiben sollten.

Caddy und Franke begannen also, sich mit anderen, gleichgesinnten jungen Leuten in Verbindung zu setzen. Bei ihren ersten Kontaktaufnahmen wandten sie sich vornehmlich an Menschen, die sie über *ISI* kannten, der sie beide angehörten, oder über die Jungen Republikaner. (Caddy war zu dieser Zeit Vorsitzender der Jungen Republikaner des District of Columbia College; Franke war Redakteur sowohl für *The Individualist*, das *ISI*-Informationsblatt, als für *The Campus Republican*, das offizielle Blatt der Jungen Republikaner des Staats-College.) Sie ermunterten ihre Freunde, an den jeweiligen Universitäten und möglichst auch auf Staatsebene Zellen zu bilden, die für den Treueid eintraten. Ende Januar 1960 waren die Bemühungen des Ausschusses weit genug gediehen, daß er seine Absichten offiziell bekanntgeben konnte. In seiner ersten Pressemeldung zählte das Nationale Studentenkomitee für den Treueid nicht weniger als dreißig Colleges auf, die durch Studenten in seinem Verwaltungsrat vertreten waren, von Yale und Harvard im Osten bis Antioch und Wisconsin im Mittelwesten und zur Universität von New Mexico im Westen.

Die Nachrichtenagenturen griffen die Meldung auf. Es war nicht ganz die Geschichte „Mann beißt Hund“, doch man konnte es wohl mit „Student beißt Liberalismus“ bezeichnen. Die Meldung von diesem Kuriosum ging durch das ganze Land. Und plötzlich, als die Angelegenheit so in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses gerückt war, kamen von überall in hellen Scharen die Studenten, um mitzutun im großen Tumult. Der Studentenkongreß der Universität Holy Cross sprach sich für die Treue-Bestimmungen aus. Eine Versammlung von führenden Persönlichkeiten der Jungen Republikaner in Madison, Wisconsin, erklärte: „Die Verantwortlichen an den amerikanischen Universitäten könnten ihre Zeit besser darauf verwenden, gegen den Kommunismus zu kämpfen, als diejenigen anzugreifen, die seinen Vormarsch aufzuhalten versuchen.“ Ein Student der Rechtswissenschaften des Colleges von Detroit gründete ein

Komitee für den Staat Michigan, das für die Beibehaltung der Eidbestimmung eintrat. In Texas erklärte das *„House of Representatives“* der Universität Houston: „Jeder Student oder Bürger, der sich um ein derartiges Darlehen bewirbt, sollte einen Eid ablegen müssen, daß er weder Kommunist ist noch den Sturz der Regierung betreibt.“

Den Stimmen aus Studentenkreisen für den Treueid folgten ähnliche aus den Reihen konservativer Professoren.

Dr. Kevin McCann, Präsident des Defiance College, kommentierte die Haltung von Studenten an seinem Institut folgendermaßen:

„Dr. A. Whitney Griswold hat eine Richtung gewiesen, der viele freudig folgen werden. Ich kann das nicht. Meiner Ansicht nach verletzt er mit eben jener Weisung die Freiheiten, für die er eintritt. An meinem eigenen College gibt es fraglos Studenten von aufrichtiger – wenn auch vielleicht altmodischer – Loyalität, die durchaus bereit sind, sich dazu zu bekennen, und die lieber von ihrer Regierung borgen, als ein privates Darlehen aufzunehmen. Wollte ich ihnen die Möglichkeit verweigern oder das College bestimmen, ihnen zu verweigern, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, wäre das in meinen Augen ein Willkürakt oder unangebrachte Gönnerhaftigkeit. Das eine ist so schlimm wie das andere.“ Präsident Ernest L. Wilkinson von der Brigham Young Universität schrieb in einem Brief an das Studentenkomitee: „Die Universität und, so glaube ich, auch alle hier Studierenden werden mit Stolz einen Eid darauf ablegen, die Verfassung der Vereinigten Staaten wahren zu helfen.“

Das Studentenkomitee ermunterte Studenten, die für den Eid waren, ihre Ansichten an die Öffentlichkeit und vor den Kongreß zu bringen. Anfang Februar gab es die folgenden Richtlinien heraus, die einen guten Einblick in die Methoden wirkungsvoller politischer Tätigkeit bieten:

Schickt uns die Namen von anderen Studenten, Professoren oder Verwaltungsbeamten an Colleges und Universitäten, die für die Beibehaltung der Treueid-Klausel im National Defense Education Act sind! Sprecht mit diesen Leuten und bildet an eurer Universität ein Studentenkomitee für den Treueid!

Uns liegt besonders an den Namen von Seminarleitern, Vorsitzenden studentischer Vereinigungen, Herausgebern von Universitätszeitungen,

aktiven Mitgliedern politischer Klubs *und Empfängern von Darlehen im Rahmen des National Defense Education Act, die unserer Bewegung positiv gegenüberstehen!*

Nehmt in Klubs und Studentenorganisationen an eurer Universität Resolutionen für den Treueid an und schickt dem Nationalen Studentenkomitee eine Kopie solcher Resolutionen!

Setzt Diskussionen über den Treueid an und veranlaßt Studenten, die für die Sache sind, vor Bürgervereinen, Gewerkschaften, Berufsverbänden usw. zu sprechen!

Legt bei studentischen Versammlungen und Zusammenkünften an eurer Universität Schriften des Nationalen Studentenkomitees aus!

Schreibt Briefe an eure Studentenzeitung, an Lokalblätter und an eure Senatoren und Kongreßmänner! Erkundigt euch bei eurer staatswissenschaftlichen Fakultät oder der lokalen Geschäftsstelle der Demokraten oder Republikaner nach den Namen eurer Senatoren und Kongreßmänner! Individuell geschriebene Briefe sind wirkungsvoller als Schema-Briefe, doch sind Eingaben von Studenten als zusätzliche Unterstützung für Einzelbriefe nützlich.

Diese gesteuerte Meinungsäußerung traf in Washington nicht auf taube Ohren. Ein ständiger Strom von Eingaben und Briefen begann sich über die Gesetzgeber zu ergießen. Studenten – Kontaktleute aus der Geschäftsstelle des Komitees in Washington – stießen mit persönlichen Besuchen nach. Der Kongreß merkte auf.

Amüsant war in diesem Zusammenhang das Experiment, das einer der für den Eid Eintretenden mit Vizepräsident (damals Senator) Lyndon Johnson anstellte: Er schrieb Johnson zwei verschiedene Briefe mit zwei verschiedenen Unterschriften, einen für den Eid, einen dagegen. Auf den „pro“-Brief antwortete Johnson: „Wie Sie vielleicht wissen, wurde diese Frage dem Kongreß in seiner letzten Sitzung vorgelegt, und ich stimmte für die Beibehaltung dieser Klausel als Vorbedingung einer Studienbeihilfe nach diesem Gesetz.“ Auf den „anti“-Brief antwortete er: „Meiner Auffassung nach trägt die eidesstattliche Erklärung in keiner Weise dazu bei, den nach dem Gesetz geforderten Treueid noch zu verstärken.“

„Ich schöpfe Mut und Hoffnung aus der Tatsache", sagte der republikanische Senator Styles Bridges aus New Hampshire, „daß die Studenten selbst eine Organisation gebildet haben, die für den Eid und für die Erklärung, daß sie keiner Untergrundbewegung angehören, eintritt. Es ist besonders erfreulich, daß auch Colleges zu der Bewegung gehören, die ihren Studenten das Recht der freien Entscheidung verweigern."

Kongreßmann Edgar Hiestand sprach sich vor versammeltem Hause anerkennend über die Vereinigung aus. „Heute treten Tausende junger Leute, von denen die Unterzeichnung der Eideserklärung verlangt wird, einer Organisation bei, welche die Verfügung in der Form unterstützt, wie sie gegeben wurde und durchgeführt wird ... Diese Bewegung hat ihren Ursprung in den Reihen der Studenten und wurde nicht von oben gelenkt." Kongreßmann Clarence Brown zollte der neuen Vereinigung in einem Rundschreiben an seine Wähler Beifall. Senator Spessard Holland gab ebenfalls seiner Befriedigung Ausdruck.

Es war für diese Gesetzgeber etwas völlig Neues, daß kritische Stimmen junger Menschen zugunsten des Konservatismus laut wurden. Etwas Derartiges hatten sie noch nie erlebt.

Das Studentenkomitee beschränkte sich nicht darauf, Eingaben loszulassen. Seine führenden Köpfe machten sich an die ungeheure Aufgabe, den intellektuellen Kampf mit den Griswolds und Puseys aufzunehmen – und sie erzielten dabei beträchtliche Erfolge. Sie wurden aufgefordert, vor Bürgervereinen zu sprechen und Artikel für verschiedene Veröffentlichungen der älteren Jahrgänge zu schreiben; sie nutzten diese Gelegenheiten, um den Vorwurf zu erheben, daß die von Griswold und Kennedy vertretene Haltung das „Recht der freien Entscheidung" (wie Senator Bridges es nannte) verweigere.

In seiner Erklärung hatte das Treueid-Komitee die folgenden Fragen aufgeworfen: 1. Ziemt es sich für die Verantwortlichen jener Colleges und Universitäten, die ihre Beteiligung verweigerten, sozusagen als Superlegislatur aufzutreten und qualifizierten Studenten die Möglichkeit zu verweigern, in den Genuß einer staatlichen Verfügung zu kommen, die den Zweck hat, ihnen persönlich behilflich zu sein? 2. Enthalten diese Verantwortlichen den Studenten nicht durch administrative Druckmittel eben jene Freiheit vor, die sie zu erhalten trachten?

Diejenigen, die eine Außerkraftsetzung des Gesetzes befürworteten, befanden sich in einer peinlichen Lage; sie hatten eine Stellung bezogen,

mit der sie, wie sie sagten, die verfolgten Studenten schützen wollten; doch verweigerten sie in eben dieser Stellung den Studenten das Recht der freien Entscheidung, und die Studenten protestierten laut dagegen. „Kein einziger Student in den Vereinigten Staaten“, sagte Doug Caddy vor einer Versammlung in New York, „wird gezwungen, sich an diesem Defense-Education-Programm zu beteiligen. Das Recht des Studenten, frei zu entscheiden, ob er den uneingeschränkten Treueid ablegen und in den Genuß des Programms kommen will oder nicht, ist sein heiliges Geburtsrecht als Amerikaner. Wenn sein Gewissen oder seine Überzeugungen es ihm verbieten, kann er dagegen entscheiden.“

Was den Vorwurf der Diskriminierung betraf, bemerkte das Studentenkomitee, so würden die Begünstigungen der *N. D. E. A.*-Darlehen nicht anders behandelt als die Empfänger anderer staatlicher Zuwendungen in Fällen, in denen Subventionen als von Bedeutung für die „nationale Verteidigung“ angesehen würden.

In einer Denkschrift Ende Februar 1960 wies Caddy darauf hin, daß die Studenten des *ROTC (Reserve Officers Training Corps*[16]*)* und Studenten, die in den Genuß des *National Science Foundation Act* von 1950 (Nationale Stiftung für die Förderung der Wissenschaften) zu kommen wünschten, ähnliche Eideserklärungen abzugeben hätten:

Nach den letzten Aufstellungen des Verteidigungsministeriums sind für das laufende Studienjahr 155 871 Studenten als zu *ROTC*-Einheiten gehörend registriert. Die Anzahl der *ROTC*-Studenten ist mehr als doppelt so hoch wie die derjenigen Studenten, die nach dem Stand vom 1. November 1959 das staatliche Beihilfeprogramm in Anspruch nahmen. Demnach sieht es so aus, als ob *ROTC*-Studenten seit Jahren „diskriminiert“ wurden, ohne es überhaupt zu wissen – da diese Tatsache dem Kongreß nie zur Kenntnis gebracht wurde. Noch treffender darf bemerkt werden, daß das Verteidigungsministerium jährlich Hunderte von *ROTC*-Stipendien an Studenten vergibt, um ihnen ihr vierjähriges Studium finanzieren zu helfen, in dem Bemühen, tüchtigen Nachwuchs heranzubilden (so wie *N. D. E. A.* versucht, Führungsnachwuchs auf gewissen Gebieten zu schaffen).

In einem Artikel, der zuerst in *The Individualist* erschien und anschließend in vielen anderen Schriften veröffentlicht wurde, kommentiert Dave Franke: „Was wollen diese Kritiker denn vom Kongreß? Daß er von der gesamten Bevölkerung des Landes einen Treueid verlangt, damit niemand diskriminiert wird? Das käme einer Hexenjagd ganz gewiß noch wesent-

lich näher als das augenblickliche System. Das Argument entbehrt jeder Logik ... Wer in die Dienste der Regierung tritt, muß einen Treueid ablegen. Sollte man von allen Bürgern nun einen solchen Eid verlangen, nur um zu vermeiden, daß Staatsbedienstete als Untertanen gebrandmarkt werden, die besonderes Mißtrauen verdienen? Die Antwort liegt auf der Hand."

Außerdem erwies es sich, daß Präsident Griswold, der angeblich für „die Colleges und Universitäten" sprach, in diesen Kreisen eine zwar lautstarke, doch im übrigen geringe Unterstützung fand. Wo immer Griswold in seinem Artikel ein Argument gegen den Treueid vorbrachte, betonte er, daß dies die Einstellung „der Colleges und Universitäten" sei. Soweit ich sehen kann, erscheint diese Formulierung in seiner Abhandlung auf die eine oder andere Weise nicht weniger als dreiundzwanzigmal. Diese Tatsache wäre schon eigenartig genug einfach deswegen, weil durch nichts bewiesen ist, daß Griswold wirklich, wie er behauptete, für „die Colleges und Universitäten" Amerikas sprach. Sie wird noch weit eigenartiger, wenn wir uns vor Augen halten, daß die „überwältigende Mehrzahl" der Colleges und Universitäten sich der negativen Haltung von Yale und Harvard gegenüber dem *N. D. E. A.*-Programm keineswegs anschloß, sondern das Gesetz ohne Widerspruch hinnahm.

Am 25. November 1959, eine Woche nachdem Yale sich von dem Programm distanzierte, gab es nicht weniger als 1365 „Colleges und Universitäten", die eben dieses Programm akzeptierten. Siebzehn Institute hatten sich entweder zurückgezogen oder sich von Anfang an dagegen ausgesprochen; zwölf weitere hatten sich ihm unter Protest angeschlossen. Ziehen wir diese zwölf von den mitwirkenden Lehrstätten ab und zählen sie zu den nichtmitwirkenden, so ergibt das 1353 zustimmende „Colleges und Universitäten" und 29 ablehnende – das ist ein Verhältnis von 46:1 – *für* die Eidesleistung. Das Studentenkomitee sorgte dafür, daß das wahre Zahlenverhältnis der Öffentlichkeit nicht entging.

Als die Unvernunft schließlich noch einmal wilde Blüten trieb – und dabei ersichtlich wurde, auf wie tönernen Füßen der ganze Feldzug gegen die Eidesleistung stand –, erregte dies den Zorn des Treueid-Komitees. Das Gesetz wurde – wie die Studenten betonten – als „nationale Verteidigungsmaßnahme" verabschiedet. Wenn die Gelder, die unter diesem Gesetz zur Verteilung gelangten, aus dem „Verteidigungshaushalt" kamen, wie konnte man dann verlangen, daß keine Schritte unternommen

würden, um sich der Loyalität der nach diesem Gesetz Begünstigten zu versichern? „Welcher ernsthaft und logisch denkende Mensch kann verlangen“, fragte David Franke, „daß loyale Bürger Steuern zahlen, um einem unloyalen Studenten das Studium finanzieren zu helfen, und das Ganze dann Verteidigungsmaßnahme genannt wird?“

Indem die Liberalen gegen den Eid und die eidesstattliche Erklärung Sturm liefen, lösten sie Zweifel an der Aufrichtigkeit ihres Eintretens für das National-Defense-Education-Gesetz überhaupt aus. Das Gesetz war als „Verteidigungsmaßnahme“ bezeichnet worden, um sich die allgemeine Bestürzung über Moskaus angebliche Fortschritte in der Erforschung des Weltraums zunutze zu machen. Waren der Eid und die eidesstattliche Erklärung jedoch ohne Bedeutung, dann konnte das Gesetz seinem Charakter nach keine wirkliche Verteidigungsmaßnahme sein und wurde demnach unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erlassen; und in diesem Falle konnte die Antwort nur Ablehnung heißen – nicht des Treueides, sondern des Gesetzes überhaupt. Jedes Argument, welches das Gesetz gutheißt, heißt auch die Eidesklausel gut; jedes Argument, das die Eidesklausel ablehnt, lehnt damit auch das Gesetz ab.

Wie zweigleisig das Denken der Liberalen ist, wurde an dem Standpunkt des Präsidenten der Universität Princeton, Robert F. Goheen, deutlich: „Wir sind prinzipiell gegen den geforderten Eid und die eidesstattliche Erklärung, und weil wir die schädlichen Wirkungen vorhersehen. Gleichzeitig glauben wir, daß bundesstaatliche Hilfe für höhere Ausbildung auf öffentlichen wie auf privaten Anstalten erforderlich ist, und wir halten das neue National Defense Education Act in seiner Gesamtheit für einen Schritt auf dem richtigen Wege. Das zwingt uns zu einer elastischen Haltung. Nichts erscheint uns schlimmer als das Heraufbeschwören einer emotionellen Krise um den Treueid, da sie leicht die weitere Bereitstellung von Mitteln für *N. D. E. A.* verhindern könnte, die wir für so sehr notwendig halten.“ Damit gibt er sehr wortreich praktisch zu, daß die Befürworter dieses Gesetzes aus Gründen dafür stimmen, die mit „nationaler Verteidigung“ nichts zu tun haben, daß sie vielmehr die Einmischung des Staates in das Erziehungswesen gutheißen.

Langsam hatte sich in Washington die Stimmung bezüglich des „Treueides“ zu wandeln begonnen. Die Gesetzgeber waren sich inzwischen voller Unbehagen der Tatsache bewußt geworden, daß ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung – wie groß dieser Prozentsatz tatsächlich

war, wußte man nicht, jedoch reichte er aus, um zum Nachdenken anzuregen – gegen die Außerkraftsetzung der Klausel war. Den Fürsprechern der Vorlage Nr. 2929, so bemerkte Leitartikler Holmes Alexander, „steht eine gleiche, wenn nicht größere Zahl Personen und Institutionen gegenüber, die anderer Ansicht sind. Ein Nationales Komitee für den Treueid... hat in Washington seine Zelte aufgeschlagen und greift aktiv in die Diskussion ein. Die Wetten stehen 1:1, daß der 86. Kongreß (wenn er nicht gerade eine schwache Minute hat) das Gesetz in der Form beibehalten wird, wie es vor nur zwei Jahren gefaßt wurde."

Es gelang den Gegnern der Eidesklausel, die Vorlage Nr. 2929 durch den Senat zu schleusen – wenn auch die Gesetzgeber vorsichtig genug waren, das Abstimmungsergebnis nicht bekanntzugeben. Doch damit hauchte die Opposition ihr Leben aus, und im Kongreß verendete Vorlage Nr. 2929 im zuständigen Ausschuß. Die Klausel würde zwar später wieder angegriffen werden, doch den ersten, großen Ansturm hatte sie überstanden.

„Eine Zeitlang", erklärte der republikanische Abgeordnete Frank Bow aus Ohio, „sah es für viele von uns so aus, als ob die Verfügung abgeschafft werden würde. Senator Kennedy und andere brachten Vorlagen ein, den anstoßerregenden Absatz des Gesetzes zu streichen... Doch irgend etwas hat die Atmosphäre gereinigt, und die Anti-Bewegung hat an Schwung verloren. Dieses Etwas ist die Vernunft und der Patriotismus von Studenten, die entschieden, daß es durchaus keine Beleidigung darstelle, den Vereinigten Staaten von Amerika die Treue zu schwören."

Ausschlaggebend war nach Bows Meinung hierbei das Nationale Studentenkomitee für den Treueid. „Es beglückt mich, festzustellen, daß Vernunft und Patriotismus zu neuem Leben erwacht sind", schloß er, „und ich hoffe, daß sie Wurzel schlagen und weiterwachsen werden."

Nicht alle Beobachter teilten Bows Begeisterung. Der streitsüchtige Mr. Gerald Johnson veranstaltete einen mächtigen Spektakel in der *New Republic*. *So* dürften Studenten sich ganz entschieden *nicht* aufführen, schäumte er. Die Bereitwilligkeit junger Menschen, der Treue zu ihrem Lande Ausdruck zu verleihen, nannte Johnson „einen Anfall von Kriechertum". Es sei dies lediglich ein Beweis dafür, daß diese Studenten Einfaltspinsel seien, die nicht denken könnten (trotz ihrer Intelligenzquotienten), da sie überhaupt „keine Vorstellung von geistiger Freiheit haben" – wie Gerald Johnson sie definiert. Diese wütende Attacke, die

nicht den geringsten Versuch enthielt, sich mit den Argumenten des Studentenkomitees auseinanderzusetzen, sondern sie lediglich mit Gift und Galle überschüttete, verriet deutlich, was dahintersteckte. Dr. Johnson, ein bejahrter Liberaler, war fassungslos. Er hatte das Gesicht von morgen erblickt, sein Verstand jedoch sträubte sich, dem Augenschein zu glauben.

Bei Licht besehen, erschienen Dr. Johnsons donnernde Reden immer abwegiger und die hoffnungsvolle Prognose des Abgeordneten Bow immer begründeter. Das Studentenkomitee beschränkte sich nicht darauf, die allgemeine Aufmerksamkeit auf das unmittelbar zur Debatte stehende Problem zu lenken, sondern wies darüber hinaus auf ein noch nicht dagewesenes Phänomen hin: daß Studenten eine ausgesprochen konservative Haltung in nationalen Fragen einnahmen – und damit gegen den Liberalismus der älteren Generation opponierten. Das war ein politischer Richtungswechsel, der in den folgenden Monaten recht offenkundig werden sollte. Und die Gruppe junger Konservativer, diese erste Keimzelle einer nationalen Bewegung, blieb intakt. Sie sollte noch mehr gute Dienste in weiteren Kämpfen leisten.

Chikago 1960

„Seine Aufrichtigkeit und sein Elan haben Senator Goldwater in Arizona einen großen Sieg errungen ... Wenn es ihm gelingt, seine Prinzipien und seine Stärke auf die Republikaner in ihrer Gesamtheit zu übertragen, könnte diese Partei zu einem Leben erwachen, wie sie es seit den Tagen Theodore Roosevelts nicht mehr gekannt hat."

Russell Kirk

Der Krieg um den Treueid war in vieler Beziehung von Bedeutung. Er gab den jungen Konservativen einen Begriff davon, was es heißt, sich politisch zu betätigen, und auch, wie köstlich das Gefühl ist, gesiegt zu haben. Darüber hinaus schuf er ein ganzes Netz von Kontakten, wodurch bislang individuelle Bemühungen zu einem einzigen, nationalen Streben wurden. Studenten an einzelnen Universitäten merkten nun, daß andere Kommilitonen an anderen Orten ähnlich arbeiteten wie sie; persönliche Begegnungen, Telefongespräche, häufiger Briefwechsel verbanden sie zu etwas, das einer „Bewegung" mit gemeinsamem Wortschatz und gemeinsamen Zielen sehr nahe kam. Sie hatten ihren ersten wirklichen Schritt von philosophischer Betrachtung zu politischer Tätigkeit getan.

Kein Zweifel, daß viele von ihnen nach aktiver Betätigung verlangte. Nach Art der ungestümen Jugend sahen sie die Welt mit Windeseile der Katastrophe entgegentreiben. Nun ihre Überzeugungen ausgereifter waren – mehr positiver Glaube als Auflehnung gegen Bestehendes – ver-

tiefte sich ihre Besorgnis. Und dieses Gefühl der Dringlichkeit übersetzte sich natürlich in die politische Arena.

Die konservative Tendenz der Studenten ließ sich, wie ich schon erwähnte, aus Meinungsumfragen während des Wahlfeldzuges 1960 erkennen, die große Mehrheiten für Vizepräsident Nixon ergaben. Noch schärfer profilierte sie sich in der Person des Senators Barry Goldwater, des freimütigen Republikaners aus Arizona. Denn Goldwater ist derjenige unter den Persönlichkeiten des politischen Lebens, der die klare, für den Konservatismus der Jugend bezeichnende Sprache spricht – eine Tatsache, die zuerst auf dem Parteitag der Republikanischen Partei 1960 deutlich wurde. Klarheit der ideologischen Formulierung, dazu Goldwaters persönlicher Schwung und seine Energie haben die rebellierenden jungen Menschen zu ihm hingezogen.

Es ist schwierig, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die jungen Menschen anfingen, sich für Goldwater zu begeistern. Diese Begeisterung wuchs im Verhältnis mit der Verbreitung des konservativen Ideengutes in unserem Lande, und sie flammte an vielen Stellen gleichzeitig auf. Die Umstände, unter denen dieses Gefühl sich herauskristallisierte und manifestierte, lassen sich aber bestimmen, hatte die Kette der Ereignisse, die zu der eindrucksvollen Demonstration in Chikago führte, doch einen klar erkennbaren Anfang.

Die Bewegung begann im April 1960 in Des Moines, Iowa. Dort kam die *Midwest Federation of College Young Republicans Clubs* (Vereinigung der Klubs Junger Republikaner an Universitäten des Mittelwestens) zu einer Tagung zusammen, die zu einem erbitterten Kampf zwischen den Kräften liberalen und konservativen Republikanertums wurde. Die Tagung hatte kein klares Ergebnis. Der liberale Kandidat für das Amt des Vorsitzenden kam knapp mit fünf Stimmen Mehrheit durch, doch die Konservativen legten überraschend eine Resolution für Goldwater vor – und empfahlen ihn darin als Vizepräsidenten. In der Resolution wurde Goldwater wegen „hervorragender Verdienste um Definition und Präzisierung der markanten Unterschiede zwischen der Republikanischen und Demokratischen Partei“ gepriesen.

Unter den Delegierten jener Tagung befand sich ein Student von der Northwestern-Universität mit Namen Robert Croll, der kurz darauf Vorsitzender der College-Clubs der Jungen Republikaner für den Staat Illinois werden sollte. Überrascht von dem begeisterten Echo, das Gold-

water fand, kam Croll zu der Überzeugung, daß die Unterströmung konservativen Denkens in den Reihen der Jugend wesentlich stärker sein müsse, als manche Leute, Croll selbst nicht ausgenommen, gedacht hatten. Organisierte Bemühungen, junge Menschen unter Goldwaters konservativer Flagge zu sammeln, würden der Nation vielleicht die Augen dafür öffnen, daß Amerikas Jugend (wie Croll es ausdrückte) „die Nase voll hatte von der Einmischung des Staates, von der dickwanstigen Bürokratie und den vielen verschiedenen Spielarten von ‚Internationalismus', der behauptet, daß Amerika immer unrecht hat und seine Feinde stets recht haben . . ."

Der knapp drei Monate später stattfindende Parteitag der Republikaner bot eine glänzende Gelegenheit, so etwas wie einen Propagandafeldzug zu unternehmen mit dem Ziel, Goldwater auf die Liste der Republikaner zu setzen.

Croll wußte ebenso wie andere Junge Republikaner, daß Nixon mit Sicherheit als Präsidentschaftskandidat der Republikaner nominiert werden würde, und er hatte auch gar nicht die Absicht, daran zu rütteln. Gelänge es jedoch, Goldwater auf die Liste zu setzen, so würde das seiner Ansicht nach so etwas wie einen Sammelpunkt für die Konservativen schaffen und die Sache der Republikaner ganz allgemein unterstützen. Er entschloß sich zu einer Kampagne für Goldwaters Nominierung als Vizepräsident durch die Republikanische Partei.

Croll setzte sich mit einer Reihe anderer konservativer Studenten in Verbindung, darunter Doug Caddy und Dave Franke vom Treueid-Komitee, Robert Harley (Präsident der Jungen Republikaner im *District of Columbia College)*, Richard Noble (Schatzmeister der Jungen Republikaner in Kalifornien) und John Weicher, einem früheren Mitarbeiter von *Human Events*, Student der Universität Chikago. Diese fünf bildeten den Exekutivausschuß des Verbandes „Jugend für Goldwater als Vizepräsidenten", der am 12. Mai 1960 seinen ersten Auftritt vor der Öffentlichkeit hatte – gerade vier Wochen nach der Tagung von Des Moines.

In seiner Eröffnungsansprache sagte Croll: „Wenn man Senator Goldwater anböte, ihn als Vizepräsidenten der Republikaner aufzustellen, würde er meiner Ansicht nach zustimmen. Zweifellos hat man sich von republikanischer Seite überall im Lande wesentlich häufiger und nachdrücklicher für Senator Goldwater als für irgendeinen anderen möglichen Kandidaten ausgesprochen. Der Senator ist ein bewährter Stimmen-

fänger, und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Republikanischen Senatoren-Wahlkampfkomitees hat er sich in der Partei im ganzen Lande viele Freunde erworben, die bereit sind, hart für ihn zu arbeiten."

Der Aufruf der „Jugend für Goldwater" löste zuerst keine nennenswerte Reaktion aus. Offenbar nahmen die Nachrichtenagenturen und Zeitungen die Idee nicht ernst – daß junge Leute, wie immer ihre Gefühle hinsichtlich des Treueids auch sein mochten, sich tatsächlich um eine so durch und durch konservative Persönlichkeit wie Barry Goldwater scharen würden. Doch die wenigen Monate zwischen der Bildung der Vereinigung und dem Abschluß des Republikanischen Parteitages genügten, um zu bewirken, daß die Idee bitterernst genommen wurde.

In den folgenden Wochen erfuhr die Goldwater-Bewegung mannigfache Unterstützung von vielen verschiedenen Seiten, und dadurch angefeuert, beschleunigte „Jugend für Goldwater" ihre organisatorische Tätigkeit. Croll wurde überschwemmt mit Anträgen zur Aufnahme in den Verband – der den Antragstellern für einen Dollar ein Exemplar von Goldwaters Buch „*Conscience of a Conservative*", eine Wagenplakette, Goldwater-Knöpfe, Broschüren und Schriften mit Aussprüchen von und Lobreden auf Goldwater zugehen ließ. Es hagelte Anträge auf Genehmigungen für die Bildung von Zellen an einzelnen Colleges und in ganzen Staaten des amerikanischen Kontinentes. Beginnend mit über zwölf Staaten verstreuten Organisationen konnte der Verein im Juli aktive „Jugend-für-Goldwater"-Gruppen in 32 Staaten und im *District of Columbia* melden, mit Zellen in 64 Colleges und Universitäten.

Republikanische und konservative Parteigruppen forderten die führenden Persönlichkeiten auf, über Fragen des Konservatismus im allgemeinen und die Fortschritte des Werbefeldzuges im besonderen zu sprechen. Doug Caddy sprach vor einer Versammlung des Republikanischen Frauenklubs in Maryland über Goldwaters Buch *The Conscience of a Conservative.* Goldwater, so sagte er, „bietet dem amerikanischen Volk ein Programm, mit dem es viele der verlorengegangenen konstitutionellen Freiheiten wiederherstellen kann". Er fügte hinzu: „Meiner Ansicht nach wird der Konservatismus in Kürze *die* Sache sein."

Als der Gouverneur von New York, Rockefeller, seine berühmte Rede hielt, in der er die Regierung Eisenhower heruntermachte, fiel „Jugend für Goldwater" wie ein Ungewitter über ihn her. Der Vorsitzende Croll wandte sich scharf gegen Rockefellers Behauptung, daß der kalte Krieg

sich durch erhöhte Regierungsausgaben fortsetzen lasse. Er beschuldigte den Neuyorker, daß er die „Probleme vernebele ... und eben jene schwachen und konfusen Kräfte unterstütze und stärke, denen wir großenteils unsere Rückzieher vor dem um sich greifenden kommunistischen Weltreich zu verdanken haben".

Der Goldwater-Ausschuß ließ eine Anzeige im *Wall Street Journal* und in *National Review* erscheinen, in der er seine Fortschritte verkündete und um finanzielle Unterstützung bat. Die Ziele seien, so hieß es, „1. Senator Barry Goldwater von seiten der Republikaner zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten zu nominieren; 2. im Rahmen der Nationalen Vereinigung Junger Republikaner im Sinne der politischen und wirtschaftlichen Weltanschauung zu wirken, wie sie in Senator Goldwaters Buch *The Conscience of a Conservative* zum Ausdruck kommt". Und die Anzeige schloß wiederum im Ton der konservativen Rebellion: „Jahrelang haben die Konservativen in schwerer Sorge den Radikalismus an unseren Universitäten beobachtet und auf eine Neubelebung des konservativen Gedankengutes unter der Jugend gehofft. Jetzt sind wir so weit – aber wir brauchen Ihre Unterstützung."

Das Umsichgreifen des Konservatismus an den akademischen Bildungsstätten wurde täglich deutlicher sichtbar. „Die Jugend Amerikas", erklärte Cross in einer Rede am 21. Juli, „schwenkt nach rechts hinüber – und zwar mit zunehmender Geschwindigkeit. Noch vor zehn Jahren gab es so gut wie keine konservative Arbeit, 1955 war sie noch recht schwach, doch jetzt läuft sie auf vollen Touren. Die nächsten zehn Jahre werden meiner Ansicht nach den Sieg der konservativen Ideen in den geistig bestimmenden Kreisen der Universitäten bringen."

Ausführlicher erläuterte Croll diese Ansicht in einer halb philosophisch gehaltenen Ansprache vor einer „Jugend-für-Goldwater"-Kundgebung im LaSalle-Hotel in Chikago: „Die jungen Konservativen Amerikas, wie ich sie erlebt habe, sind heute vereint durch ihre Begeisterung im gemeinsamen Kampf und durch ihren tiefinnerlichen Glauben an die Tradition und die Werte unseres Volkes. Und so, während seine Zeit näherkommt, während er in den Feuern der Prüfungen gehärtet und geläutert wird, nimmt der Konservatismus ständig an Kraft zu und muß unausweichlich triumphieren."

Inzwischen schossen überall in Amerika Gruppen aus dem Boden, die die Parole „Jugend für Goldwater" auf ihre Fahnen geschrieben hatten:

in Ohio, in Texas, in Washington, in New York, in Missouri, in Vermont, in Neu Mexiko, in Illinois, in Minnesota, in Georgia – ja selbst in Alaska.

Als der Parteitag heranrückte, war das Phänomen der Goldwater-Flut nicht mehr zu übersehen. „In einem wirklich offenen Parteitag würden die Republikaner Goldwater wahrscheinlich zum Vizepräsidenten nominieren“, schrieb *Newsweek*. In Chikago rissen sich die Menschen eine Sendung von zehntausend Goldwater-Knöpfen buchstäblich gegenseitig aus den Fingern, ehe die Veranstaltungen überhaupt begonnen hatten. Selbst dieses warnende Grollen ließ jedoch weder die Öffentlichkeit noch eine Anzahl liberaler Alleswisser hellhörig werden dafür, wie groß und echt das Gefühl war, das diesen Goldwater-Feldzug trug – noch begriffen sie, daß er aus den Reihen der Jugend kam. Einige liberale Leitartikler taten den ganzen „Rummel“ als „die letzten Züge“ der Alten Garde ab – als das Todesröcheln eines Elementes, von dem nach kurzer Zeit kein Mensch mehr etwas hören würde. Erst der Kongreß selbst mußte ihnen diesen Star stechen.

In Chikago waren die Goldwater-Aktionen sporadisch, unorganisiert und völlig spontan. Es gab dort nicht weniger als vier verschiedene Goldwater-Ausschüsse: „Amerikaner für Goldwater“, „Der Präsidentschaftskandidat heißt Goldwater“, „Jugend für Goldwater“ und einen „Goldwater-Koordinierungsausschuß“; und sie alle unterhielten Geschäftsstellen in verschiedenen Gebäuden.

Die meisten Mitglieder waren aus eigenem Antrieb dazu gestoßen, ohne zu ahnen, daß viele andere im Lande die gleiche Idee ausgeheckt hatten und dasselbe Ziel verfolgten: für Barry Goldwater die Werbetrommel zu rühren und ihn nach Möglichkeit auf die Kandidatenliste der Republikaner zu bringen. Seine Gefolgsleute aus Arizona erschienen in voller Stärke, komplett mit einer vornewegmarschierenden Indianer-Kapelle. Eine Gruppe Konservativer kam per Autobus den langen Weg aus Houston in Texas angerollt. Am Wochenende vor Beginn des Kongresses am 23. und 24. Juli strömten die Goldwaterianer in hellen Scharen nach Chikago. Und als die Wahlbeobachter und Alleswisser das sahen, wurden einige alte Schätzungen eilends revidiert.

„Im Ausland herrscht der Eindruck“, schrieb John Wyngaard im *Post Crescent* in Appleton, Wisconsin, „daß die Neigung zum Konservatismus in republikanischen politischen Kreisen sich auf die älteren Politiker beschränkt, die Wackeren aus der Ära vor dem New Deal. Es ist jedoch

augenfällig, daß es meist junge Menschen sind, die in der Demonstration für Goldwater marschieren und Fähnchen schwenken."

Diese Tatsache war wirklich „augenfällig" – wenn das die rechte Bezeichnung dafür ist – in der Geschäftsstelle von „Jugend für Goldwater" im Columbia-Zimmer der Pick-Kongreßhalle. Dort herrschte ein ständiges Gedränge junger Leute, die Druckschriften, Spruchbänder, Knöpfe oder einen der gelben „Goldwater"-Luftballons verlangten, die in dichten Trauben zu Hunderten unter der Decke hingen. Die führenden „Goldwater"-Leute hatten das Gefühl, im Kern eines politischen Wirbelsturmes zu sitzen – so gaben sie am laufenden Band Erklärungen heraus, hielten notdürftig Verbindung mit den anderen Goldwater-Gruppen und mit Goldwater selbst, beantworteten Fragen und Hilfeersuchen von den Studenten, die sich gegenseitig die Klinke des Büros in die Hand gaben. Telefone schrillten, neugierige Parteimitglieder der Republikaner kamen scharenweise, Reporter und Photographen ergossen sich aus den Fahrstühlen, um einen Blick auf diese neue Wunderblüte zu werfen.

Diese Jungen würden natürlich wenig oder so gut wie keinen Einfluß auf den normalen Ablauf des politischen Kuhhandels ausüben; sie konnten jedoch laut und deutlich nach einem politischen Prinzip verlangen und für ihren Favoriten spektakeln – und beides taten sie. Überall in Chikago, auf den Straßen und in den Hotels, schwebten Goldwater-Spruchbänder über der Menge; junge Menschen mit Goldwater-Knöpfen auf den Aufschlägen drängten sich auf den Gehsteigen; und wo der Senator selbst erschien oder ein Redner ihn erwähnte, brach lauter Jubel los.

Die Presse nahm in wachsendem Maße Notiz von alledem und sorgte dafür, daß die Ereignisse überall im Lande bekannt wurden. „Auf diesem Parteikongreß", schrieb Vermont Royster im *Wall Street Journal*, „wimmelt es von jungen Delegierten und noch jüngeren Gefolgsleuten, die sich auf den Korridoren drängen – und sie alle haben die Illusionen der vorhergehenden Generation über die Wunder des Wohlfahrtsstaates abgelegt ... Die jungen Rebellen der dreißiger Jahre spielten mit dem Sozialismus, die heutigen rebellieren gegen die Werke eben jenes Sozialismus."

Der *Post-Time Star* in Cincinnati kommentierte die „laute, geschäftige, ernsthafte und vorwiegend jugendliche Garde der Gefolgsleute".

Im *Philadelphia Bulletin* schrieb Philip Schaefer: „Wenn es der Schwung der Anhänger wäre, der für einen Kandidaten letztlich den Ausschlag gäbe, statt der Stimmen der Wahlmänner, so würde Senator Barry

Goldwater aus Arizona im Handumdrehen zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner oder zu sonst irgend etwas nominiert werden. Der einundfünfzigjährige, robust attraktive Held des konservativen Flügels der Republikanischen Partei hat besonders unter den jungen Leuten begeisterte Anhänger gefunden . . ."

„Die Goldwater-Ernte", schrieb der *Post Standard* in Syracuse, „ist seit einigen Jahren auf den Weinstöcken einer wachsenden, konservativen Haltung herangereift, und sie ähnelt der liberalen Welle, die in den dreißiger Jahren alle Universitäten erfaßte. Durch den Parteitag der Republikaner wird diese Entwicklung zur Zeit in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt."

Am Sonntagabend, dem 24. Juli, wurde im Morrison-Hotel eine riesige Goldwater-Kundgebung veranstaltet. Veranstalter waren Kent und Phoebe Courtney, Verleger und Konservative aus New Orleans. Der Ausschuß „Goldwater als Präsidentschaftskandidat" prunkte mit einem Stapel Eingaben, die nicht weniger als fünfzigtausend Unterschriften enthielten und in denen Goldwater nachdrücklich zum Präsidenten vorgeschlagen wurde. Tausend jubelnde Goldwaterianer drängten sich im Saal, großenteils junge Leute. Der ehemalige Senator von Indiana, William E. Jenner, begann mit seiner Ansprache, ließ die Augen über den Saal schweifen und meinte dann, daß die Jugendlichen heutzutage doch „verdammt viel vernünftiger sind als seinerzeit ihre Mamas und Papas". „Diese Kundgebung", so äußerte er später einem Reporter gegenüber, „war das Lebendigste, was ich bisher erlebt habe. Ich war sehr beeindruckt, wie viele junge Leute für Goldwater sind. Sie werden zu Konservativen heranreifen – wenn unsere Ideen ihnen auf die rechte Weise nahegebracht werden."

Und am nächsten Tage hörte ich einen noch maßgeblicheren Kommentar – von einem Chikagoer Taxichauffeur. Als er mich vom Palmer House zum Blackstone fuhr, bemerkte der Mann meine Schreibmaschine.

„Auch zum Kongreß hier?"

„Ja", sagte ich.

„Wollen Sie wissen, wen die Leute bei diesem Kongreß *wirklich* mögen?"

„Na, wen denn?"

„Diesen Burschen Goldwater", versetzte er. „Wohin man geht, sieht man diese großen Bilder von ihm – sehen Sie, da drüben sind auch ein

paar. Und ich fahre dauernd Leute, die mir was über Goldwater zu lesen geben." Er hielt Broschüren in die Höhe. „Wollen Sie welche?"

„Nein, vielen Dank", antwortete ich, „ich habe selbst genügend; aber nun sagen Sie mir doch mal, was halten Sie von Goldwater?"

„Ich versteh' nicht viel von Politik", sagte er. „Aber ich habe den Burschen gestern abend im Fernsehen gesehen, und ich glaube, er hat irgendwas an sich. Ich meine, er *glaubt*, was er sagt, wenn Sie kapieren, was ich meine."

Ich „kapierte", was der Taxifahrer meinte, ganz gewiß – und als die Goldwater-Flut weiterrollte, kapierten es noch mehr Leute.

Die Liberalen waren fassungslos. Sie suchten verzweifelt nach analogen Fällen in der Vergangenheit, nach irgendeiner Formel, die diesen Ausbruch von Konservatismus erklären würde. Nichts schien zu passen. Eine Zeitung verglich den Goldwater-Wirbel mit „dem, der Adlai Stevenson zum Idol einiger Demokraten machte". Doch, wie der Leitartikler Ralph de Toledano bemerkte, die Kampagne für Stevenson verlief diszipliniert, der Goldwater-Wirbel brach spontan los. Und darum ging es im Grunde. Denn hinter der Spontaneität stand die tiefe Überzeugung junger Menschen, die die geistige Botschaft des Konservatismus erfaßt hatten und die sie laut und vernehmlich weitertrugen. Das schien das erstaunlichste Moment an der ganzen Goldwater-Bewegung zu sein. Das Hauptquartier von „Jugend für Goldwater", so berichtete Russell Banker in der *New York Times*, war „mit lauter jungen akademischen Intellektuellen besetzt". Richard Stout von der *Chicago Daily News* zitierte Bob Croll, der gesagt haben sollte, Goldwater besitze „charismatische Anziehungskraft", und er erklärte ungerührt, daß „charismatisch ein Intellektuellen-Ausdruck für jemanden ist, der – nach dem ungekürzten Webster-Lexikon – eine besondere, göttliche oder übersinnliche Gabe besitzt, die ihn für ein Amt befähigt, zu dem er berufen ist". Schaefer vom *Bulletin* schrieb, daß sich „die Goldwater-Garde vorwiegend aus überzeugt rechtsstehenden, wortgewandten Jungakademikern zusammensetzt, die lieber über konstitutionellen Republikanismus diskutieren als einem einen ihrer gelb-blauen Luftballons geben wollen".

Als die Brandung des Kongresses hin und her wogte, machten die wortgewandten jungen Konservativen die Öffentlichkeit recht nachdrücklich darauf aufmerksam, daß a) in der *GOP*, der guten alten Republikaner-Partei, eine starke Strömung vorhanden sei, die für die Beibehaltung der

konservativen Grundsätze eintrete, und daß b) die Abgeordneten, wenn es nach ihnen gegangen wäre, Goldwater auf die Kandidatenliste gesetzt hätten. Beide Tatsachen waren sichtbar geworden, als Goldwater vor dem Führungsgremium der Partei erschien, um seine Ansichten über die republikanische Weltanschauung darzulegen. Im Gegensatz zu Nelson Rockefeller, der mit frostiger Höflichkeit empfangen wurde, bereitete man Goldwater eine begeisterte Ovation. Eine weitere wurde ihm am Eröffnungsabend des Kongresses zuteil, als man ihn bat, für die Senatskandidaten 1960 zu sprechen. Sein Erscheinen löste einen Begeisterungssturm aus, den die Glocke des Vorsitzenden erst nach acht Minuten politischen Deliriums zum Verstummen bringen konnte.

„Die Demonstration für Mr. Goldwater von seiten der Kongreßmitglieder und die Tatsache, daß der Nationalausschuß der Republikaner ihm gestattet hatte, in der Kundgebung zu sprechen, stärkte den jungen Konservativen den Rücken" kommentierte de Toledano. „Ursprünglich war Senator Goldwater mitgeteilt worden, daß er nicht unter den Rednern sein werde. Eine Flut von mehreren tausend Telegrammen, die in bitteren Worten gegen diese ‚Diskriminierung' protestierten, führte zu einer Änderung dieser Pläne."

Am gleichen Abend hatte man die Hebel angesetzt, um das Parteiprogramm zu „liberalisieren". Zum Entsetzen der konservativen Väter des Parteitages legten Nixon und Rockefeller sich gemeinsam ins Zeug, einen Programmpunkt „Bürgerrechte" durchzupauken. Außerdem sickerte es bei den Kongreßteilnehmern durch, daß Nixon sich Henry Cabot Lodge, UN-Botschafter und eingeschworenen liberalen Hinterbänkler, als Weggenossen gesichert habe. Dick Noble aus Stanford, der aus dem Westen stammende stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, gab eine ätzende Erklärung ab: „Die große und unbeantwortete Frage bei diesem Parteitag ist, ob der Kampf um die Nominierung zum Vizepräsidenten in aller Öffentlichkeit ausgetragen oder ob er hinter den Kulissen entschieden wird." Nach den vor dem Parteitag festgelegten Standpunkten und dem überall in Chikago vernehmlichen, unzufriedenen Grollen, behauptete Noble, habe Goldwater 325 Abgeordnete in der Tasche, die für ihn als zweiten Mann stimmen würden. „Nach dem zu urteilen, was man in den Hotelhallen hört", fügte er hinzu, „... scheint es noch viel mehr Abgeordnete zu geben, die nur auf die Gelegenheit warten, für Goldwater zu stimmen."

Nobles Behauptungen waren mehr als nur zweckbestimmte, schöne Worte. Mit dem zunehmenden Beeinflussungsdruck in Richtung auf die „Liberalisierung" waren Parteimitglieder der Republikaner offenbar von der Begeisterung der Jungen angesteckt worden. Verärgert durch den gemeinsamen Vorstoß von Nixon und Rockefeller, begannen einige Delegationen sich für Goldwater zu erwärmen – und zwar nicht als Vizepräsidenten, sondern als Präsidenten der Vereinigten Staaten. Goldwater selbst hatte sich gegen die Idee gewehrt, seinen Namen für das Amt des Vizepräsidenten aufstellen zu lassen. „Ich habe Angst, daß ich es werden könnte", sagte er zu einer Gruppe seiner jungen Anhänger im Pick-Kongreß.

Als der Kampf um die „Bürgerrechte" tobte, murrten und fluchten die Abgeordneten über den „Druck von oben". In den vollgestopften Gängen und überfüllten Fahrstühlen von Palmer House wurde der Bewunderung für Goldwater frei und häufig Ausdruck verliehen. In mehr als einer Wahlversammlung standen verärgerte Männer auf, um gegen den liberalen Trend des Parteitages zu protestieren.

Am Dienstag, dem 26. Juli, morgens, war die Goldwater-Flut stark genug, daß die Reporter anfingen, Stimmen zu zählen. Der Senator aus Arizona war mit der gesicherten Unterstützung seines Heimatstaates und South Carolinas für die Präsidentschaft in Chikago angekommen. Wyoming, Mississippi und Texas standen hinter ihm für die Vize-Präsidentschaft, und die beiden letzteren waren auf dem besten Wege, ihre Wahlkampagne darauf abzustellen, noch eins höher zu rücken. Am lautesten tönte es aus dem unzufriedenen Süden des Landes. Louisiana benannte Goldwater für das Amt des Präsidenten. In Virginia und Georgia wurde von Apostasie gemunkelt. Abgesehen vom Süden, verlautete gerüchtweise, bestehe auch in South Dakota und Nevada eine Strömung, Goldwater für das Amt des Präsidenten zu nominieren.

Nichts von alledem berechtigte natürlich auch nur im geringsten zu der Annahme, daß es Goldwater gelingen könnte, Nixons sicheren Mehrheitsblock auch nur leise anzukratzen. Es reichte jedoch, um zu zeigen, daß eine Nominierung Goldwaters ein Symbol für das tatsächliche Vorhandensein einer konservativen Geistesrichtung sein würde, und um die Goldwaterianer anzufeuern, zumindest den Versuch zu unternehmen. Die Goldwater-Strategen beschlossen, die Kampagne auf eine Nominierung des Senators zum Präsidenten abzustellen. Die brennende Frage dabei

war: Wie wirkungsvoll oder wie wirkungslos würde die Bestätigung durch die Wählerschaft ausfallen?

Als bekannt wurde, daß der Senator aufgestellt werde, machten die jungen Konservativen sich daran, eine Demonstration für ihn aufzuziehen. Plakate wurden an Stangen genagelt. Zwei Leute wurden losgeschickt, alles Konfetti und alle Fähnchen aufzukaufen, deren sie habhaft werden konnten. Zu Tausenden wurden „Goldwater"-Ballons aufgeblasen. Die Indianer-Marschkapelle wurde auf die Beine gebracht. Beifallsschreier wurden genau angewiesen, wo und wann sie zu schreien hätten.

Dann, am Mittwochabend, dem 27. Juli, wurde Nixons Name dem Parteitag vorgelegt. Eine massive Demonstration, ausgezeichnet inszeniert, rauschte durch den Saal und dauerte ungefähr zwanzig Minuten. Die jungen Goldwater-Anhänger wurden unruhig. Ich stand im Saal neben zweien, die sich nervös unterhielten. „Besser, wir blasen es ab", sagte der eine. „Dagegen kommen wir nicht an. Unsere Demonstration wird nur kümmerlich wirken". „Wir können es jetzt nicht mehr abblasen", erwiderte der andere. „Los, bring deine Leute auf die Beine!"

Die Kundgebung für Nixon verebbte, und in dem glühendheißen, überfüllten Saal ging Gouverneur Paul Fannin aus Arizona mit langen Schritten zum Rednerpodium. Er würde Goldwater für das höchste Ehrenamt benennen, das die Vereinigten Staaten zu vergeben haben.

Die Goldwater-Leute standen in gespannter Erwartung. Hatten sie womöglich seit Monaten geschuftet und sich in der hektischen Zeit dieses Parteitages keine Sekunde Ruhe gegönnt, nur um am Ende zu erleben, wie all ihre Bemühungen hier in Demütigung und Mißerfolg zusammenbrachen? Überall im Saal waren sie am Werk und ermahnten ihre Freunde, sich bereit zu halten. So kläglich die Demonstration auch ausfallen mochte, sie würden ihr Bestes tun.

Fannins blumenreiche Rede rollte ab. An den beiden, zu den Viehhallen führenden Hinterausgängen dieses riesigen Viehauktionssaales versuchte eine Horde von Goldwater-Anhängern mit Spruchbändern, Plakaten, Trompeten und anderem Zubehör einer Demonstration sich Einlaß zu verschaffen. Ein Beobachter schätzte ihre Zahl auf insgesamt dreitausend.

Fannin schloß seine Rede mit den Worten: „... zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Senator Barry Goldwater aus dem Staate Arizona." Die Worte waren kaum gesprochen, als sie buchstäblich aufgesogen wur-

den von einem wilden Tumult. In den hochgewölbten Räumen der Viehhallen brach ein Höllenlärm los. Die Demonstranten drängten durch die Hintereingänge in den Saal. Abgeordnete sprangen auf. In den Gängen schwankten Plakate einzelner Bundesstaaten über der Menge: Louisiana, Georgia, South Dakota, Wyoming, Texas, Indiana, Colorado, ja sogar Massachusetts. Die Indianerkapelle marschierte, Abgeordnete drängten sich in die Gänge, weitere Demonstranten versuchten in das Amphitheater zu gelangen.

Ich war mit angehaltenem Atem in einem der Gänge gestanden. Umgeben von einem wilden Getümmel schreiender Menschen, konnte ich nichts sehen. Ich kämpfte mich zurück zur Presseloge, kletterte auf einen Tisch und blickte über die wogende Menschenmasse.

Im Hintergrund des Podiums erschien Goldwater. Er trat auf den Abgeordneten Halleck zu, den Vorsitzenden des Parteitages, und fragte: „Darf ich ein paar Worte sagen?“ Ein Brausen ging durch den Saal, als alles geschlossen aufstand. Der Lärm wurde lauter und lauter. Die Ovation für den Senator, für seine Aufrichtigkeit, die Unerschrockenheit, mit der er seine Ansichten vertrat, war echt und tief – es war überwältigend. Sie brauste durch die Viehhöfe und entfesselte Gefühle, die fünf Tage lang einem intensiven Druck von links ausgesetzt und unterdrückt worden waren. Und dann hielt Goldwater, vor den Augen der ganzen Nation, seine berühmte Rede, mit der er seinen Namen aus dem Wahlfeldzug zurückzog.

Die Demonstration war nach allen Maßstäben ein überwältigender Erfolg. Die jungen Goldwaterianer waren jedoch der Meinung, daß er noch größer gewesen wäre, wenn die für die Durchführung des Parteitages Verantwortlichen es zugelassen hätten. Einer der führenden Köpfe von „Jugend für Goldwater“, James T. Kolbe aus Patagonia in Arizona, führte heftig Klage über die Art und Weise, wie die Demonstration gehandhabt wurde. In einem offenen Brief an alle möglichen Zeitungen schrieb er:

„Als einer der Beteiligten an den kürzlichen Bemühungen, Senator Barry Goldwater auf die Kandidatenliste der Republikaner zu bringen, kann ich nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf gewisse Ungerechtigkeiten in der Handhabung der Demonstrationen für die Kandidaten auf dem Republikanischen Parteitag zu lenken.

Ungezählte junge Menschen und andere Freiwillige arbeiteten lange

und angestrengt für Senator Goldwaters Kandidatur, viele reisten Hunderte, ja sogar Tausende von Kilometern und setzten ihre Zeit und ihre Kräfte für die Sache ein.

Auf dem Höhepunkt ihrer Anstrengungen mußten sie, was die politischen Methoden einiger Vertreter der älteren Generation angeht, eine schreckliche Ernüchterung erleben. Diese jungen Freiwilligen sahen sich dem deutlichen Versuch gegenüber, ihnen nicht die gleichen Möglichkeiten wie anderen zu gewähren, ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Den Gegebenheiten des Parteitages entsprechend sollte der Höhepunkt der Aktivität für Goldwater eine Demonstration für den Senator am Mittwochabend, dem 27. Juli, sein. Erst am gleichen Tage wurde bekannt, daß Gouverneur Paul Fannin aus Arizona Senator Goldwater als Präsidentschaftskandidaten benennen würde. Die freiwilligen Mitarbeiter und Goldwater-Anhänger versuchten daraufhin, eine geeignete Demonstration zu organisieren, und Tausende treuer Goldwater-Gefolgsleute erschienen im Amphitheater von Chikago.

Was an jenem Abend geschah, läßt sich nur als offener Affront gegen die Grundvoraussetzungen des fair play bezeichnen. Für Vizepräsident Nixon gab man eine angemessen mächtige Demonstration, die achtzehn Minuten dauerte, in denen ungefähr 2500 Demonstranten von draußen in den Saal gescheucht wurden, die Kongreßkapelle fortwährend in voller Lautstärke spielte und die beifallrufenden Abgeordneten über die Mittelgänge der Arena laufen durften. All das war ein dem Vizepräsidenten durchaus zustehender Tribut, mit dem wir völlig einverstanden sind. Nicht einverstanden sind wir jedoch mit der ungleichen Behandlung zu Ungunsten jener, die für Senator Goldwater demonstrieren wollten:

1. Die Mehrzahl seiner Gefolgsleute, die zum großen Teil auf eigene, erhebliche Kosten aus entlegenen Winkeln Amerikas angereist gekommen waren, durfte die Kongreßhalle nicht betreten. Bewaffnete Wachen versperrten ihnen die Eingänge und wurden dabei zum Teil tätlich. Nach glaubwürdigen Schätzungen wurde weniger als die Hälfte der 250 Menschen, die Goldwater-Demonstrationspässe besaßen, eingelassen, während die Nixon-Demonstranten sich ungehindert in den Saal ergießen durften, einerlei, ob sie im Besitz von Pässen waren oder nicht.

2. Die Demonstranten, die hereingelassen wurden, mußten direkt die Seitenschiffe heruntermarschieren und dann das Gebäude wieder verlassen. Da sie auf diese Weise zum großen Teil hinter den Reihen auf-

gestandener Abgeordneter verborgen blieben, erscheint es weitgehend zweifelhaft, ob sie überhaupt gesehen wurden.

3. Selbst im Kongreß-Saal befindliche Abgeordnete durften nicht in den Seitenschiffen demonstrieren, die im Blickfeld der Fernsehkameras lagen. Die Gänge vor und hinter dem Auditorium waren für alle gesperrt, die ein Goldwater-Abzeichen trugen – ob Abgeordnete oder nicht. Da diese Gänge zu der Zeit verhältnismäßig leer und da sie in die Demonstration für Nixon mit einbezogen worden waren, liegt auf der Hand, daß die Verantwortlichen die Goldwater-Demonstration den Augen der Fernsehzuschauer so weit wie möglich zu entziehen suchten.

4. Die Parteikapelle, die während der ganzen Nixon-Demonstration mit ohrenbetäubender Lautstärke spielte, war während der Demonstration für Senator Goldwater kaum zu hören.

Es dürfte klar sein, was das alles bedeutet. Es ist ein überwältigender Erfolg für Senator Goldwater und für sein entschiedenes Eintreten für ein traditionsgebundenes Republikanertum, daß die Kundgebung für ihn dennoch so langanhaltend und begeistert war. Dieser Brief hat den Zweck, Ihren Lesern mitzuteilen, daß ohne das Eingreifen der Parteitagsfunktionäre auf den Fernsehschirmen eine noch wesentlich gewaltigere Treuekundgebung für Goldwater und seine konservativen Prinzipien zu sehen gewesen wäre".

Der Endeffekt des Parteikongresses war, daß sich das Spektrum der republikanischen Politik in seiner Gesamtheit nach rechts verschob. Vor dem Parteitag in Chikago waren die Pole der republikanischen Ideologie nach allgemeiner Auffassung Nixon auf dem rechten und Rockefeller auf dem linken Flügel. Goldwater hielt man für ein Kuriosum, das abseits für sich stand. Als der Qualm sich verzog, erwies es sich, daß Rockefeller das Kuriosum war und Goldwater die „Alternative" zu Nixon.

Vor dem Parteitag häuften sich in der Presse die Spekulationen über Rockefeller, seine Absichten und seine angeblich magnetische Anziehungskraft. Als die Dinge wirklich ins Rollen kamen, zeigte sich mit peinlicher Deutlichkeit, daß die „Wählt-Rockefeller"-Bewegung etwas Künstliches war, ein geldgefüllter Ballon. Wiederholt bemerkten Journalisten, wie großzügig die Rockefeller-Leute mit Geld um sich warfen, und sie erwähnten den jugendlichen Schwung des materiell karg ausgestatteten Goldwater-Lagers. In seinem Kommentar zu einem republikanischen Demonstrationsmarsch bemerkte der *Star* in Washington: „Die ‚Jugend-

für-Goldwater'-Bewegung bestimmte beinahe den ganzen Zug durch ihre hupenden Autos und die beifallschreienden jungen Leute. Was reinen Aufwand angeht, gebührt der Preis allerdings dem farbenfreudigen Prunkwagen voller Wahlreklame-Mädchen für Rockefeller." Peter Edson nannte die „Jugend für Goldwater" das „Unternehmen Windmacher".

Detroit News erklärte, die Mehrheit der Kongreßteilnehmer – die Nixon als Präsidentschaftskandidaten unterstützten – blickte mit Mißtrauen auf die Rockefeller-Gruppe, ein Gefühl, das sie bezüglich der Goldwaterianer keineswegs hegte. „Häufig genug", schrieb J. F. Ter Horst, „findet man im Hauptquartier des Parteitages im Conrad-Hilton-Hotel jemanden mit dem auffallenden, blaugoldenen ‚Amerikaner-für-Goldwater'-Abzeichen, der sich freundschaftlich und angeregt mit einem Republikaner unterhält, der die ‚Für-Nixon'-Plakette trägt. Die Nixon-Anhänger treten jedoch im allgemeinen unbehaglich von einem Fuß auf den anderen, wenn einer von Gouverneur Nelson A. Rockefellers plakettentragenden Anhängern sie anspricht."

William V. Shannon von der *New York Post* (ein nicht gerade für seine Liebenswürdigkeit bekannter Beobachter) faßte die Situation in den Worten zusammen: „Goldwater war zweifellos der Held des Kongresses." Shannon fügte hinzu:

„Er erschien vor dem Programmausschuß, und als er seine Empfehlungen erläuterte, wurde er immer wieder von donnerndem Applaus unterbrochen. Zweimal sprach er vor dem Parteikongreß, und beide Male wurden ihm aus ehrlichem Herzen mächtige Ovationen zuteil. Auf seinen Pressekonferenzen drängten sich die Reporter. Gehsteige und Hotelhallen waren wiederholt von Gruppen demonstrierender ‚Jugend-für-Goldwater'-Anhänger blockiert.

In seiner Rede am Donnerstagabend, in der Nixon die Kandidatur annahm, nannte er die Namen Goldwater und Rockefeller in einem Atemzuge und stellte sie damit als im Rahmen der Partei gleichwertige Persönlichkeiten hin. Es war allen sonnenklar, daß Nixon es nicht gewagt hätte, eine nach außen hin ‚offene Entscheidung des Kongresses' über die Person des Vizepräsidentschaftskandidaten zu gestatten, bei der die Delegierten nach einer offiziellen Kandidatenliste hätten wählen können. Wäre den Abgeordneten diese auch nur begrenzte Freiheit gewährt worden, hätte es durchaus sein können, daß sie mit fliegenden Rockschößen zu Goldwater übergelaufen wären.

Es war in jeder Beziehung ein bemerkenswerter Erfolg für Goldwater. Durch sein geschicktes persönliches Verhalten in den letzten zehn Tagen hat er sich den Platz als Nachfolger des verstorbenen Senators Taft als Führer und Volksidol der konservativen alten Garde der Republikanischen Partei gesichert. Er hat mit Erfolg den schwierigen Sprung vom regionalen oder auf seinen Staat beschränkten Politiker zur ausgeprägten nationalen Persönlichkeit getan."

Dieser Parteitag und diese Demonstration machten Barry Goldwater in Amerika zum berühmten Mann. Millionen Menschen, die von ihm bislang nur vage oder überhaupt nicht gehört hatten, kamen nun in Berührung mit seinen weltanschaulichen Ideen, sie sahen echte Gefühle für ihn aufflammen und hörten ihn in beredten Worten über Konservatismus und die Zukunft der Republikanischen Partei sprechen.

Ebenso wie die Demonstration Goldwater ins Blickfeld rückte, so rückte sie auch den Konservatismus der Jugend ins Blickfeld. Reporter, Kommentatoren und Alleswisser waren sich von nun an durchaus darüber im klaren, daß unter der Jugend die Flut konservativen Denkens und Fühlens im Steigen begriffen war.

Seit jener Zeit ist Goldwater zu einem Verkünder der frohen Botschaft vom Konservatismus im Lager der Jungen geworden; und seine Anhängerschar unter den Studenten hat sich zu einem nationalen Phänomen ungeheuren Ausmaßes ausgewachsen.

„Einer der Gründe dafür, daß der Pendel zurückschwingt zum Konservatismus", sagte er einmal, „muß wohl in der aufbegehrenden Natur der Jugend liegen. Ich erinnere mich aus meiner eigenen Studienzeit Ende der zwanziger Jahre, daß man damals anfing, gegen den Konservatismus zu rebellieren, der seinerzeit die politische Gegenwart beherrschte. Junge Menschen argumentieren zu Recht, daß, wenn der Liberalismus oder Radikalismus – wie sie ihn in zunehmendem Maße nennen – im Verlaufe der letzten dreißig Jahre nicht die Antwort für die Probleme hat geben können, die bereits bestanden, als Roosevelt sein Amt übernahm, dann muß es eben andere Mittel und Wege geben, mit ihnen fertig zu werden; und vielleicht ist der Konservatismus der rechte Weg."

Goldwater sagte auch: „Die konservative politische Weltanschauung ist ein alter Glaube, doch er spricht noch immer eine lebendige Sprache zu den gegenwärtigen Problemen, und die nicht abzuleugnende Aufrichtigkeit der Konservativen zieht heute Tausende begeisterter junger Anhän-

ger an ... Bei meinen Besuchen an Universitäten, ja auch an Volks- und höheren Schulen habe ich stets ein Verständnis und eine Begeisterung unter den Schülern gefunden, die mich in meiner Überzeugung bestärkten, daß dem Konservatismus sehr wahrscheinlich die Zukunft gehören wird."

Während des Schuljahres 1960/61 sprach Goldwater vor 55 Studentengruppen. Für das Jahr 1961/62 hatte er 65 Rednerverpflichtungen auf dem Programm. Charles Lucey von Scripps-Howard gibt ein Beispiel, wie unermüdlich Goldwater darum bemüht ist, die Botschaft des Konservatismus unter die Studierenden des Landes zu tragen. „Dieser ‚Taft mit Charme'", schrieb Lucey im vergangenen Frühjahr, „kam vor kurzem bei uns angeschwirrt nach einer Tour durch Arizona, Kalifornien und nach verschiedenen Zwischenstationen unterwegs. Er flog wieder nach dem Westen, um auf einer Tagung der Gesetzgebenden Versammlung von Iowa zu sprechen, und dann weiter nach Los Angeles, wo er wieder vor Studenten sprechen sollte. Nach Ostern ging es im gleichen Tempo weiter: Rose Polytechnikum in Indiana, Grinnell College in Iowa, Holy Cross in Worcester, Massachusetts, zwei Versammlungen in Harvard, eine am Boston College, Princeton, Vassar, Hunter College in New York. Vier Ansprachen zu Semesterbeginn stehen bereits auf seinem Programm – an der Universität Brigham Young in Utah, am Hamilton College in New York, an der Universität des Staates Arizona und an der Asheville Schule in Asheville, N. C." Und so geht es weiter.

Die Bemühungen der „Jugend für Goldwater" trugen goldene Früchte. Was als plötzliche Eingebung bei einer Universitätstagung in Des Moines begann, war zu einer wirklichen Bewegung und schließlich zu einer der augenfälligsten Tatsachen des politischen Lebens in Amerika geworden – einer Tatsache, die nur wenige Prognostiker der Präsidentschaftswahlen im Jahre 1964 außer acht lassen dürften.

Die „Young Americans for Freedom"

„Beim amerikanischen Volke, insbesondere bei der Jugend, herrscht vorwiegend die Meinung, daß die radikale oder liberale Methode nicht die richtige war und ist. Man sehnt sich danach, zu den Grundsätzen des Konservatismus zurückzukehren."

Senator Barry Goldwater

Es war ein glühendheißer Nachmittag Ende Juli in Chikago. Straßenfeger kehrten den Müll am Michigan Boulevard zusammen, und Hotelangestellte machten sich daran, die im Kielwasser der abschwimmenden Delegierten hinterbliebene Unordnung zu beseitigen. Der Republikanische Parteitag war vorüber. Einige der Teilnehmer jedoch blieben.

Im Columbia-Zimmer des Pick-Congress saßen der Exekutivausschuß von „Jugend für Goldwater" und ein halbes Dutzend anderer junger Konservativer beisammen. Die Durchführung der Goldwater-Aktion hatte eine starke Kraft frei werden lassen. Niemand war jedoch sicher, was als nächstes passieren würde. Würden die Elemente, die sich in der Feuerprobe von Chikago miteinander verschmolzen hatten, sich nun wieder trennen und einzeln zurückfluten an ihre Universitäten und in ihre Heimatorte? Oder würde es möglich sein, die Energien dieser Kampagne zu erhalten und in eine weitere, organisierte Tätigkeit zu lenken? Fest entschlossen, den Schwung im konservativen Lager nicht erlahmen zu lassen, einigten sich die jungen Konservativen darauf, eine neue Organisation zu schaffen. Ende des Sommers würden sie eine nationale Versammlung junger

Konservativer einberufen, um die Einzelheiten auszuarbeiten. Ein Interim-Ausschuß unter Doug Caddy wurde gebildet, um die Jugendführer anzusprechen und die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

So versammelten sich dann am Wochenende 9./11. September 1960 über hundert junge Konservative von vierundvierzig Universitäten in Sharon, Connecticut, im Elternhaus von William F. Buckley jr. Innerhalb von zwei Tagen hatte die Konferenz nach den üblichen parlamentarischen Wortgeplänkeln eine neue Organisation gebildet, die *„Young Americans for Freedom"* (Anschrift: 79, Madison Avenue, New York City). Erster Vorsitzender war Robert Schuchman von der rechtswissenschaftlichen Fakultät Yale – Mitglied der konservativen Gruppe, die aus der Wissenschaftlichen Hochschule Bronx hervorgegangen war; zum Geschäftsführer wurde Caddy gewählt.

Zweck der *YAF* war es, wie es in der ersten Presseveröffentlichung hieß, „unter der Jugend Amerikas um Unterstützung für konservative politische Kandidaten und eine ebensolche Legislatur zu werben und Sprachrohr zu sein für konservative Meinungsäußerung in junge Menschen angehenden Grundsatzfragen."

Vorsitzender Schuchman erklärte, daß „die sich ständig verstärkende konservative Neigung unter der Jugend ihren Höhepunkt vergangenes Wochenende in der Tagung in Sharon fand. Wir glauben, daß eine organisierte und der Sache ergebene konservative Jugend den politischen Kurs maßgeblich beeinflussen und Amerika helfen kann, jene freie Gesellschaftsordnung zu erlangen, die seinen Gründern einst vorschwebte."

Zur Definition jener freien Gesellschaftsordnung, wie sie ihrer Ansicht nach die Vorväter ersehnten, hatten die Delegierten folgende Erklärung angenommen:

In dieser kritischen Zeit der moralischen und politischen Entscheidung hat die Jugend Amerikas die Verpflichtung, gewisse ewige Wahrheiten aufs neue zu bestätigen.

Wir, als junge Konservative, glauben:

daß an erster Stelle unter den transzendenten Werten die Möglichkeit des Individuums steht, seinen eigenen, von Gott verliehenen freien Willen einzusetzen, woraus sich sein Recht ableitet, frei zu sein von den Beschränkungen willkürlicher Macht;

daß die Freiheit unteilbar ist und die politische Freiheit nicht lange zu bestehen vermag ohne wirtschaftliche Freiheit;

daß es Zweck und Aufgabe des Staates ist, diese Freiheiten durch die Wahrung der inneren Ordnung, den Aufbau einer nationalen Verteidigung und die Rechtspflege zu erhalten;

daß der Staat, wenn er über die Grenzen dieser rechtmäßigen Funktionen hinausgeht, eine Macht in sich vereinigt, die Ordnung und Freiheit einzuengen droht;

daß die Verfassung der Vereinigten Staaten das bisher beste System ist, den Staat die ihm zustehende Aufgabe erfüllen zu lassen, während sie ihm gleichzeitig die Beschränkungen auferlegt, die Machtanhäufung und -mißbrauch verhindern;

daß der Geist der Verfassung – die Verteilung der Kräfte – Ausdruck findet in der Klausel, die den einzelnen Staaten oder dem Volke eine Vorrangstellung in jenen Bereichen einräumt, die der Regierungsgewalt des Bundes nicht ausdrücklich unterstellt sind;

daß die Marktwirtschaft, die das freie Spiel von Angebot und Nachfrage erlaubt, das einzige Wirtschaftssystem darstellt, das mit den Erfordernissen persönlicher Freiheit und konstitutioneller Regierung vereinbar und gleichzeitig die ergiebigste Quelle für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist;

daß, wenn der Staat sich in die Funktionen der Marktwirtschaft einschaltet, er damit die moralische und physische Stärke der Nation zu untergraben droht; daß, wenn er dem einen etwas nimmt, um dem anderen etwas zu geben, er damit die Initiative des ersten, die Integrität des zweiten und die moralische Freiheit beider beschneidet;

daß wir nur so lange frei sein werden, als die nationale Souveränität der Vereinigten Staaten gesichert ist; daß die Geschichte lehrt, wie rar die Zeiten wahrer Freiheit sind, und daß sie nur Bestand zu haben vermag, wenn freie Bürger ihre Rechte gemeinsam gegen alle Feinde verteidigen;

daß der internationale Kommunismus zur Zeit die größte faßbare Gefahr für diese Freiheiten darstellt;

daß die Vereinigten Staaten sich bemühen sollten, dieser Bedrohung Herr zu werden, statt die Ko-Existenz anzustreben; und

daß die amerikanische Außenpolitik nach dem Kriterium beurteilt werden sollte: dient sie den berechtigten Interessen der Vereinigten Staaten?

Dieses Manifest wurde als die „Erklärung von Sharon" bekannt – als eine Grundsatzerklärung, nach der sich politische Fragen beurteilen und politische Tätigkeit ausrichten lassen sollten. Wie diese Prinzipien in der Praxis bestehen würden, blieb abzuwarten. Ein Prüfstein sollte sich bald finden – schon wenige Wochen nach der Gründungskonferenz. Einige der Gründer gehörten den Jungen Republikanern an; die Kampagne für die Präsidentschaftswahlen war in vollem Gange, und sie arbeiteten hart für den republikanischen Kandidaten Richard Nixon. Es erhob sich die Frage: Sollte die *YAF* sich mit einer öffentlichen Erklärung für Nixon einsetzen, oder sollte sie sich aus dem Wahlfeldzug heraushalten? Nach gründlicher Überlegung entschieden die führenden Persönlichkeiten gegen eine derartige Erklärung.

Dieser Entschluß rief bei *YAFs* liberaler Opposition einige bissige Kommentare hervor. Er sei, so wurde behauptet, ein machiavellistischer Schachzug, mit dem die *YAF*-Führer bei der Niederlage Nixons dem „Mitgefangen – mitgehangen" entgehen wollten. Eine liberale Jugendschrift namens *Advance* behauptete, „die *YAF* kann jetzt laut schreien ‚wir haben es gleich gesagt' und 1964 für Goldwater stimmen". *Advance,* möchte ich betonen, ist ein unverhohlener Fürsprecher für die Rockefellersche Neuerungssucht; seine Redakteure sind deshalb vielleicht zu schnell bei der Hand, sich in den Fernspekulationen zu verlieren, die ihrem eigenen Anführer oft zugeschrieben werden, der in seinem Heimatstaat bei den Wahlen 1960 gegenüber Nixon mit gewaltigen Mehrheiten abschnitt. Die Behauptung dieser Zeitschrift ließ jedenfalls außer acht, daß zu den *YAF*-Führern nicht nur der Sekretär des Nationalkomitees der „Studentenjugend für Nixon", sondern außerdem die Vorsitzenden zweier Staaten des Verbandes „Jugend für Nixon" zählten sowie nicht weniger als acht weitere Leute, die in der einen oder anderen Eigenschaft für die

Jungen Republikaner tätig waren; und daß sie ausnahmslos in ihren verschiedenen Ämtern alles taten, die Wahl für Nixon gewinnnen zu helfen.

Advance schrieb selbst, Goldwater sei der erste gewesen, der öffentlich erklärte „ich habe es gleich gesagt“, als Nixon die Wahl verlor; doch Goldwater *hatte* Nixon unterstützt, war im übrigen durch das ganze Land gereist und hatte Wahlreden für ihn gehalten. Offenbar kann man einen Kandidaten vor der Wahl unterstützen oder nicht, am Tage danach bekommt man es in jedem Falle ins Genick. Und die Pro-Nixon-Erklärung hätte der *YAF,* wäre Nixon Präsident geworden, sicher einen festen Stand im Weißen Haus verschafft. Warum also gab man sie nicht?

Die Antwort darauf ist, daß der Entschluß der *YAF* sehr wenig mit der unmittelbaren Krise in der Situation der Republikanischen Politik und sehr viel mit der Zukunft der *YAF* zu tun hatte. Ihre Führer hatten sich in ihrem Entschluß, grob gesagt, von folgenden Erwägungen leiten lassen: Die Treue-Erklärung einer noch in den Kinderschuhen steckenden Organisation würde Nixon sehr wenig helfen; die ihn zum Präsidenten gewählt sehen wollten, konnten dies am besten dadurch erreichen, daß sie nach Hause gingen und in ihren eigenen Bereichen wirkten – nicht dadurch, daß sie Erklärungen im Namen einer knapp eine Woche alten Organisation veröffentlichten; die meisten *YAF*-Leute verfuhren nach diesem Rezept.

Während eine Erklärung für Nixon ihm somit nicht sonderlich hätte helfen, hätte sie der *YAF* dagegen schweren Schaden zufügen können; grundsätzlich wäre die Organisation damit zu einem Anhängsel der Republikanischen Partei gestempelt worden. Da die *YAF* jedoch nicht geschaffen wurde, um die Republikanische Partei per se, sondern um den Konservatismus zu fördern, hätte eine Pro-Nixon-Erklärung ihre Grundfunktion gleich von Anbeginn verändert. Schließlich gab es bereits eine Jugendgruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, der Sache der Republikaner in ihrer Gesamtheit zu dienen – die Nationale Vereinigung der Jungen Republikaner mit ihren verschiedenen Wahlorganisationen. Warum also, so argumentieren die konservativen Führer, noch eine neue Organisation schaffen, die nur den Bestrebungen der Jungen Republikaner parallellaufende Funktionen ausüben würde?

Die gleichen Überlegungen galten für ein weiteres Argument: Da Nixon der konservativere der beiden Kandidaten sei, würde *YAF* die Sache der Konservativen fördern, wenn sie sich für ihn ausspräche. Würde der republikanische Kandidat jedoch nicht in fast jeder Wahl im Norden

des Landes relativ konservativer sein als der demokratische? Und müßte die *YAF* daher nicht zwangsläufig *jeden* Republikaner unterstützen – auch Rockefeller, oder Case, oder Javits? Und würde dies die Gruppe nicht wiederum auf das Niveau einer zweitrangigen Jungrepublikaner-Organisation herabdrücken?

Die einzige andere Möglichkeit, so wurde beschlossen, bestehe darin, nur solche Kandidaten zu unterstützen, deren Ansichten ausdrücklich den Grundsätzen der Erklärung von Sharon entsprachen und die nicht nur einfach „konservativer" erschienen als die der Gegenseite. Es wurde also entschieden, daß die *YAF*, trotz ihrer zahlreichen Vertreter aus den Reihen der Jungen Republikaner, nicht als „republikanische" Gruppe in Erscheinung treten sollte. Dieser erste Beschluß in der Nixon-Angelegenheit war entscheidend; stellte er doch ein für allemal fest, daß die Organisation wahrhaft parteilich ungebunden war und ohne Ansehen des Parteiabzeichens für den Konservatismus eintrat.

Nach dieser Grundsatzentscheidung begann die *YAF* mit einem weitgefaßten Organisationsplan. Die Bezirksvorsitzenden machten sich an die Mitgliederwerbung, und das Hauptbüro befaßte sich nachdrücklich mit den ideologischen Krisen des Augenblicks. Eine heftige Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen Ende 1960 betraf den Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe *(HUAC)*. Die Linke hatte einen mächtigen Feldzug gestartet, den Ausschuß entweder aufzulösen oder seinen Tätigkeitsbereich einzuschränken. Die Kampagne erreichte ihren Höhepunkt am 2. Januar 1961 – an dem Tage, als der 87. Kongreß zusammentrat. Beachtenswerte Aktivität entfaltete dabei auf dem äußersten linken Flügel die Jugendgruppe der Kommunistischen Partei. Angeführt von zwei Jugendagitatoren, die sich unter Eid selbst als Kommunisten bezeichnet hatten, sollte sich eine Gruppe von Anti-*HUAC*-Demonstranten am Tage der Kongreßeröffnung in Washington versammeln. Ihre Aufgabe: Sich an Kongreßabgeordnete heranzumachen, Posten vor dem Weißen Haus aufzustellen und eine Massenkundgebung in der Allerseelen-Kirche der Unitarier in Washington zu inszenieren. Die Hintermänner hofften, damit den Eindruck zu erwecken, als sei „die Jugend" gegen den Ausschuß, und sie wollten so einen emotionellen Hintergrund für die Auflösung des Ausschusses schaffen.

Die *Young Americans for Freedom* hörten von diesem Plan und beschlossen eine Gegendemonstration. Ihre Führer sorgten dafür, daß meh-

rere Omnibusse voll junger Antikommunisten von New York nach Washington gebracht wurden. Ähnliche Delegationen, von anderen Staaten und anderen patriotischen Vereinen auf die Beine gebracht, rollten auf die Hauptstadt zu. Insgesamt kamen über vierhundert Pro-*HUAC*-Demonstranten zusammen, um gegen die „Auflösungsbestrebungen" zu Felde zu ziehen.

Die rivalisierenden Gruppen erschienen am 2. Januar zu einer Demonstration im Lafayette-Park, gegenüber dem Weißen Haus. Ein Reporter berichtete über das Ergebnis:

„Ein von der Linken inszenierter Marsch auf Washington, als Studentendemonstration gegen den Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe etikettiert, traf heute vor dem Weißen Haus auf eine zahlenmäßig überlegene Gruppe, die *für* die Beibehaltung des Ausschusses demonstrierte ... *Zum ersten Mal in der Erinnerung alterfahrener Beobachter derartiger Aktionen war die Zahl der Antikommunisten doppelt so groß wie die Zahl derer, die für die Abschaffung des Ausschusses demonstrierten ...*"

„Die größte Gruppe bildeten die *Young Americans for Freedom,* 150 an der Zahl, alle im Studentenalter, unter Führung eines älteren Semesters der Universität Manhattan, Dennis Brennen. Sie waren ebenfalls per Bus aus New York City gekommen, nachdem sie von den geplanten Demonstrationen gelesen hatten."

Der Endeffekt war, daß sich das Blatt gegen die radikale Linke wendete. Methoden wie Wachtposten-Ketten, um der Sache dramatischen Akzent zu verleihen, die Sympathie der Öffentlichkeit zu wecken und die Presse zu interessieren, waren sonst immer fast ausschließlich das Vorrecht der Liberalen gewesen. Postenstehen paßte nicht zum Temperament der Konservativen; selbst der einsatzfreudigste Konservative zog stets die Rolle des Betrachters vor, der die Dinge aus der Entfernung wägt und analysiert. In der Demonstration und Gegendemonstration vom 2. Januar war das alles ganz anders. Die Konservativen hatten endlich erfaßt, von welch entscheidender Bedeutung derartige Schauveranstaltungen sind – wie sehr sie die Öffentlichkeit beeinflussen; denn wenn ein Fußgänger an einer Postenkette vorübergeht oder ein Zeitungsleser ein Bild davon sieht, wird er für gewöhnlich zu dem Schluß kommen, daß, wenn es einige Menschen gibt, die sich so für eine Sache einsetzen, es noch viele geben muß, die der gleichen Überzeugung sind.

Es war zum Teil dieser Aktion zu verdanken, daß die „Auflösungs-

bestrebungen“ an Schwung verloren. Kongreßabgeordneter James Roosevelt, Vorkämpfer der Anti-Ausschuß-Bewegung im Kongreß, hatte das sinkende Schiff bereits verlassen. Den *HUAC*-Gegnern war gründlich die Luft ausgegangen; die Pro-Ausschuß-Welle regierte. Als die *HUAC*-Frage schließlich zur Abstimmung kam, endete diese mit 412 zu 6 Stimmen für den Ausschuß.

Die Linke hatte feststellen müssen, daß sie mit ihrer eigenen Lieblingswaffe geschlagen worden war – eine zutiefst demoralisierende Erfahrung. Nur 212 Anti-*HUAC*-Posten ließen sich sehen, obwohl die Schätzungen und Vorhersagen sich zwischen 500 und 2000 bewegt hatten. „Ihre Versammlung am Abend“, sagte ein Pro-*HUAC*-Demonstrant, „machte eher den Eindruck eines Begräbnisses als den einer Kundgebung. Einige hörten apathisch zu, andere schliefen, während Burton White, Aubrey Williams und Dr. Willard Uphaus ihre gewohnten Texte verlasen. Die Abendveranstaltung endete damit, daß die Demonstranten sich still in ihre Busse verkrümelten. Nichts von den radikalen Arbeiterliedern, die sie für gewöhnlich singen – die Luft war erfüllt vom dröhnenden Gesang der anti-kommunistischen Wachtposten, die ihre Autobusse umringten.“

Der junge Konservative fügt noch hinzu: „Wichtig dabei ist, daß die *Young Americans for Freedom* hier zum ersten Mal eine Wachtpostenkette organisierten; und daß sie nur zwei Wochen Zeit gehabt hatten, während die radikale Linke die Demonstrationen seit Monaten geplant und jahrelange Erfahrungen auf diesem Gebiet hatte. Ein Polizist sagte: ‚Das haben wir zum ersten Mal erlebt – daß die Anti-Kommunisten in der Überzahl sind.‘ Die Polizisten waren unter den ersten, die den sich im Lande leise vollziehenden Wandel bemerkten – daß die Initiative in der politischen Propaganda von der Jugend der Linken auf die Jugend der Rechten überging.“

Durch diese Erfahrung war die *YAF* auf den Geschmack gekommen und setzte den Kampf für *HUAC* fort. Mit typischer Unverfrorenheit organisierte der Verband eine Vorführung des *HUAC*-Dokumentarfilmes „*Operation Abolition*“ in Greenwich Village – der seit jeher anerkannten Hochburg des amerikanischen Radikalismus.

Das *YAF*-Komitee von Groß-Neuyork unter Führung von Dave Franke, Rosemary McGrath, Clendenin Ryan und Marna Bain organisierte ferner seine erste lokale Zelle in Greenwich Village. Der Klub wurde absichtlich gerade dort eingerichtet, sagt Franke „um die Liberalen und

die noch weiter links Stehenden wissen zu lassen, daß sie in keiner ihrer Festungen mehr sicher sind". Nach dem Erfolg der *YAF*-Filmvorführung dort zu urteilen, die im *Village Voice* sehr respektvoll kommentiert wurde, mußte man verstanden haben, woher der Wind wehte. Und wenn Greenwich Village zu erschüttern ist, in welcher Festung kann sich der amerikanische Liberalismus dann noch sicher fühlen?

Aus der hektischen Betriebsamkeit des Komitees New York läßt sich ermessen, was die Organisation im ganzen Lande zu erreichen hofft. Die New Yorker Gruppe gibt ihr eigenes, vierzehntägig erscheinendes Bulletin heraus, für das Doris Sukop verantwortlich zeichnet und das den Zweck hat, die Mitglieder über die jeweiligen Unternehmungen der Konservativen zu unterrichten. Zum Zeitpunkt dieser Aufzeichnung wird die Schrift an eintausend Leser verschickt; der Empfängerkreis dürfte im Verhältnis zur Ausbreitung der *YAF*-Organisation wachsen.

Eine typische Ausgabe (vom 23. Januar 1961) enthält die folgenden Ankündigungen: Ein „Freiheitsforum" unter der Schirmherrschaft des anti-kommunistischen Bürgerausschusses von Bridgeport, Connecticut, mit Reden von Fulton Lewis III, Howard Kershner (Redakteur von *Christian Economics)* und C. H. Lowe, Kanzler an der Botschaft der Republik China; eine Fernsehdiskussion zwischen dem Republikanischen Kongreßmann Walter Judd aus Minnesota und Hugh Gaitskell, dem Führer der britischen Labour Party; eine Gedächtnisfeier für den Freiheitstag (an dem 22 000 Chinesen und Nordkoreaner sich weigerten, in ihre kommunistischen Heimatländer zurückzukehren) unter der Schirmherrschaft der Vereinigung der in Unfreiheit lebenden europäischen Völker; Ansprache eines führenden *YAF*-Mitgliedes vor der Amerikanischen Legion; Vorführung des Filmes *„Operation Abolition"* im Sarah Lawrence College mit einem Kommentar von Fulton Lewis III; Rundfunkansprache des Verlegers und Schriftstellers Frank Meyer; Reden von Walter Judd und Senator Barry Goldwater; eine Diskussion zwischen William F. Buckley jr. und Charles Taft; ein *National-Review*-Forum mit George Sokolsky, Eugene Lyons und Henry Hazlitt; eine Rede des demokratischen Senators Thomas Dodd aus Connecticut anläßlich der monatlichen Versammlung der New Yorker *YAF;* eine Rede Goldwaters in Perth Amboy; Angaben über Rundfunksendungen mit Fulton Lewis jr. und Clarence Manion.

Die Bemühungen, Unterorganisationen zu schaffen, beweisen die ernsthaften politischen Absichten der *YAF*. Die New Yorker Gruppe befaßt

sich in erster Linie mit „politischer Tätigkeit auf Nachbarschaftsebene ... Diese Klubs wollen Redner in der Nachbarschaft anwerben, wollen sich mit sozialen Fragen, Vorträgen und Diskussionen befassen. Ihre Mitglieder sollen in die Anfangsgründe lokaler politischer Tätigkeit eingeführt werden – Unterschriftensammlungen für Eingaben, Rednerduelle, Wahlgesetze und -verordnungen, Verteilung von Propagandamaterial, Haus-zu-Haus-Werbung."

Das Endziel ist, Männer im Amt zu sehen, die den Zielen der „Erklärung von Sharon" gewogen sind. „Manchmal finden unsere *YAF*-Zellen ihre eigenen Amtsanwärter", sagte Franke. „Häufiger jedoch unterstützen sie Männer, die bereits im Amt oder als Kandidaten benannt sind und von denen man weiß, daß sie konservative und anti-kommunistische Ansichten vertreten."

Außer ihren Bemühungen, Breitenwirkung zu erzielen, hat die *YAF* mit Erfolg die Meinung der Konservativen auf nationaler Ebene zu Gehör gebracht. Eine der letzten und eindrucksvollsten Taten ist die Veröffentlichung einer Zeitschrift, *The New Guard*. Sie brachte in ihrer ersten Ausgabe einen Artikel über *HUAC*, eine Skizze des konservativen jungen republikanischen Abgeordneten John Rousselot aus Kalifornien, eine Kritik an der liberalen Presse, eine Spalte Washingtoner Kommentare und viele lebhafte Film- und Buchbesprechungen.

In ihrem ersten Leitartikel ließ *The New Guard* den inzwischen bekannten Grundton der neuen Konservativen vernehmen:

„Vor zehn Jahren wäre diese Zeitschrift unmöglich gewesen. Vor zwanzig Jahren wäre es niemandem im Traume eingefallen, sie erscheinen zu lassen. Vor fünfunddreißig Jahren wäre sie nicht nötig gewesen. Heute ist *The New Guard* möglich, ist Wirklichkeit, und die Jugend Amerikas hat sie nötig, um laut und deutlich zu verkünden: Wir haben sie alle restlos satt, den Kollektivismus, den Sozialismus, den Etatismus und all die anderen utopischen Ismen, die seit mehr als dreißig Jahren die Gedanken der Amerikaner vergiften, ihren Willen schwächen und ihren lebendigen Geist ersticken."

Die Ausdrucksform ist vielleicht ein wenig aggressiv – aber sie entspricht durchaus dem Geiste der Organisation. Zeichnet sich die *YAF* doch, wie Bill Buckley es nannte, durch ihren „Machthunger" aus und durch ihren Tatendrang. Sie hat ganz offenbar vor, sich nicht zurückzuhalten, bis die letzten Spuren des Liberalismus aus unserem Staate verschwunden

sind. Und wer will behaupten, daß die Lösung dieser Aufgabe so unmöglich ist, wie es einst schien?

Wie die Versammlung in Greenwich Village erkennen läßt, ging es der *YAF* in erster Linie mit darum, den Film *„Operation Abolition“* vorzuführen, der die von Kommunisten inspirierten Unruhen in San Franzisko im Mai 1960 zeigte, und Redner zur Verfügung zu stellen, die es verstanden, den verschiedenen von liberaler Seite dagegen vorgebrachten Behauptungen entgegenzutreten. Der Film seinerseits war ein hervorragendes Mittel, jungen Menschen die Gefahren des Kommunismus aufzuzeigen. Fulton Lewis III, der fünfundzwanzigjährige Kommentator des Films, der *„Operation Abolition“* verschiedentlich bei Veranstaltungen der *YAF* vorführte, berichtet, wie dieser Film bei jungen Menschen beispielsweise an den Universitäten Smith, New Rochelle, Sarah Lawrence und Williams eine Sinnesänderung bewirkte. Da ich selbst auch im Zusammenhang mit der Vorführung dieses Films gesprochen habe, kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen, wie sehr er dazu beigetragen hat, Studenten den wahren Charakter des Kommunismus deutlich zu machen. Außerdem hat die Kontroverse über *„Operation Abolition“* die ganze Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Ein typisches Erlebnis berichtet Joseph McNally vom Konservativen Klub der Universität Seton Hall, einer der *YAF* angeschlossenen Vereinigung. „Im Februar wurden wir einige Male aufgefordert, den Film zu zeigen, und das brachte uns die erste Publicity. März, April und Mai waren dann geradezu hektisch – wir zeigten den Film drei- und viermal in der Woche. Die sich an den Film anschließenden Diskussionen machten uns zwangsläufig zu ‚Fachleuten‘, was den Film, die *HUAC*-Frage und die konservative Weltanschauung angeht. Die uns zuteil werdende Publicity veranlaßte Studenten anderer Colleges in der Gegend, sich um Beratung bei der Gründung eigener konservativer Klubs an uns zu wenden.“ In einem bedeutungsvollen Nachsatz fügte McNally hinzu: „Diese Studenten waren alle jünger als die Mitglieder unserer Gruppe. Für uns bedeutete das einen ersten Lichtblick, denn diese jungen Burschen waren wirklich erstaunlich. Keine Spur von den jungen Schwärmern, die wir erwartet hatten. Es waren begeisterte, intelligente, klardenkende junge Leute, die genau wußten, woran sie glaubten und warum sie das taten. An zwei erinnere ich mich besonders: Jay McNeill von St. Peter's College, Jersey City, und John Patten vom Seton Hall College.

Beides erste Semester von neunzehn Jahren, die es in einer Diskussion über ‚*Operation Abolition*' oder *HUAC* mit jedem Amerikaner aufnehmen und ihn mit Glanz an die Wand spielen könnten."

Abgesehen von ihrer Aktivität bezüglich „*Operation Abolition*" haben die *YAF* und ihre führenden Leute vieles zur Unterstützung des inneren Sicherheitsprogramms unserer Nation unternommen. Zwei ihrer Führer, John und James Kolbe von der Northwestern Universität, haben eine Gruppe gebildet, die sich „*The Student Committee for Congressional Autonomy*" nennt (Studentenausschuß für die Autonomie des Kongresses). *SCCA* tritt für das altüberlieferte Recht des Kongresses ein, Untersuchungen durchzuführen und sich selbst und die Öffentlichkeit über für die Nation bedeutsame Fragen zu informieren. Als erstes mischte sich *SCCA* in den *HUAC*-Kampf ein, bombardierte den Kongreß mit Briefen, die für die Beibehaltung des Ausschusses eintraten, arrangierte Vorführungen von „*Operation Abolition*" und verteilte Berichte des Ausschusses und des Senatsunterausschusses für innere Sicherheit. „Die Hauptfrage ist jetzt", sagte John Kolbe, „ob der Kongreß weiterhin gewisse Dinge untersuchen wird – ohne die willkürlichen Beschränkungen, die seine Gegner ihm aufzuerlegen versuchen. Es handelt sich nicht mehr um einen Angriff auf einen oder zwei Ausschüsse. Sie haben beidem den Krieg erklärt, dem Vorrecht des Kongresses, sich zu informieren, und dem Recht des Volkes, Bescheid zu wissen."

Die *YAF* hat sich auch lebhaft für die Nationale Studentenvereinigung *(NSA)* interessiert, eine zum liberalen Lager tendierende Gruppe, die behauptet, für die amerikanische Jugend zu sprechen. Ein *YAF*-Mitglied, Howard Phillips von der Universität Harvard, ist der Führer des von der *YAF* unterstützten Studentenausschusses für eine verantwortungsvolle nationale Studentenorganisation. Die *YAF*-Leute haben sich bei mehreren Gelegenheiten mit den Liberalen der *NSA* angelegt. Am deutlichsten wurde das 1961 bei einer Kundgebung für das Friedenskorps. Die jungen Konservativen wollten dieses geplante Organ zu einer Waffe gegen den Kommunismus gemacht sehen und ließen zu diesem Zweck eine Großaktion im ganzen Land anlaufen. Eine andere konservative Organisation, der „Ausschuß für ein wirksames Friedenskorps", hatte sich unter Führung von Phillips und Tom Huston von der Universität Indiana ähnlich bemüht. Die *YAF* nahm sich Präsident Kennedy zum Vorbild, indem sie eine unentwegte, rege Betriebsamkeit entfaltete, mit neuen Program-

men hervortrat, Manifeste veröffentlichte und die Presse mit Erklärungen über die Öffentlichkeit bewegende Fragen überschwemmte. Sie hat so mit viel Erfolg ein „Leitbild entworfen“, wie und was das neue Amerika ist und immer mehr zu sein verspricht: ein dynamisches Energiezentrum, von dem Impulse in alle Richtungen ausstrahlen.

Das bisher erfolgreichste Unternehmen der Organisation, das ihr im ganzen Lande viel Aufmerksamkeit eintrug, war eine Riesenkundgebung im New Yorker Manhattan Center im März 1961. Zweck dieser Kundgebung war, elf Persönlichkeiten und Institutionen wegen ihres „Beitrages zum amerikanischen Konservatismus und ihres Wirkens für die Jugend der Nation“ auszuzeichnen. Die so Geehrten waren James Abstine, der Vorsitzende der Jungen Republikaner am Indiana College, Bill Buckley, der Schriftsteller Taylor Caldwell, Professor Russell Kirk, der Industrielle Herbert Kohler, der Verleger Eugene Pulliam, der Leitartikler George Sokolsky, der frühere *AEC*-Vorsitzende Lewis Strauss, der Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe, die McGraw-Edison-Gesellschaft und die Republik China (National-China. Anm. d. Übers.).

Hauptredner des Abends: Barry Goldwater.

Zu Ehren dieser glänzenden Gesellschaft Konservativer hatten sich mehr als dreitausend Menschen im Manhattan Center versammelt. Weitere sechstausend, wurde bekanntgegeben, hatten wieder heimgeschickt werden müssen. Draußen protestierten erboste Demonstranten gegen die Auszeichnung des Ausschusses gegen unamerikanische Umtriebe. Höhepunkt des Abends war Goldwaters Auftritt. „Senator Goldwaters Erscheinen“, berichtete die *New York Times,* „löste eine turbulente Ovation der 3200 im Saal zusammengedrängten Menschen aus . . . Beim Anblick des Senators sprang alles von den Plätzen. Hunderte gelber, rosa und blauer Luftballons mit seinem aufgedruckten Namen stiegen auf, farbenfrohe Tupfen im Licht der über die Menge hinstreichenden Scheinwerfer. ‚Wir wollen Barry! Wir wollen Barry!‘ schrie die Menge, und eine Marschkapelle vor der Rednertribüne nahm den Rhythmus auf. Riesige Plakate mit dem Bild des Senators schwankten über den Köpfen der Zuschauer. Andere Gruppen, anscheinend vorwiegend Studenten, reckten Schilder mit den Namen ihrer Schulen oder Organisationen in die Höhe: ‚*YAF* Bay Ridge‘, ‚Newton College‘, ‚Radcliffe‘, ‚The Bronx‘ konnte man lesen.“

Die Kundgebung beeindruckte auf die eine oder andere Weise alle Teilnehmer aufs stärkste. Wie ein Konservativer fröhlich bemerkte, war

es die Kühnheit dieses Unternehmens, die es zu einem solchen Vergnügen machte. Es war tatsächlich ein kühnes Unternehmen – und eben diesem Umstand verdankte es die große Aufmerksamkeit der New Yorker Presse, des Rundfunks und der Zeitschrift *Time*. Aber nicht alle, die beeindruckt waren, fühlten sich auch glücklich über das, was sie sahen.

Sehr bald setzte Kritik von seiten liberaler Zeitschriften, wie *The Commonweal* und *The Progressive*, ein – und von kommunistisch angehauchten Zeitschriften, wie *The National Guardian*. „Die ganze Kundgebung stand im Zeichen des Krieges“, rief Mike Newberry im kommunistischen *Worker* aus. „Tschiangkaischeks Abgesandter G. K. C. Yeh bestimmte den Ton mit seiner Erklärung, daß ‚friedliche Koexistenz ein alter kommunistischer Trick‘ sei und ‚Sieg, nicht Frieden die einzige Hoffnung biete, zu überleben‘. Die *Young Americans for Freedom* verliehen Mr. Yeh eine ‚Friedensauszeichnung‘ für ‚Weltpolitische Belange‘ und ehrten so seine Kriegstreiberei.“

Murray Kempton von der *New York Post*, der für Phänomene bei den Konservativen sonst meist eine heitere Bonhomie aufbringt, wurde diesmal ebenfalls säuerlich und ausfallend. „Die *Young Americans for Freedom* sind erst fünf Monate alt, doch es gelang ihnen, am Freitag viertausend Kinder im Manhattan Center zu einem ‚Barry-Goldwater-Ehrenabend‘ zusammenzutrommeln. Ich kann mich nicht erinnern, im Manhattan Center seit der Kundgebung der Pelzarbeiter in den vierziger Jahren eine so gute – das heißt, so trostlose – Massendemonstration erlebt zu haben. Daraus müssen wir wohl schließen, daß die Wiederbelebung des Konservatismus *die* Jugendbewegung der sechziger Jahre ist und für ihre Epoche wahrscheinlich ebenso bedeutungsvoll werden wird, wie es die Junge Kommunistische Liga für die dreißiger Jahre war – nämlich nicht sonderlich.“

Kempton tadelte den *YAF*-Vorsitzenden, weil er von Mrs. Franklin D. Roosevelt als von „Eleanor“ gesprochen hatte. „Zuerst war es nicht ganz einfach, vor einem jungen Mann zu sitzen, der eine ihm persönlich nicht bekannte Urgroßmutter einfach beim Vornamen nannte. Aber man paßt sich an. Ich bin bereit zu bezeugen, daß die Manieren des jungen Caddy nicht schlechter sind als die Jack Kerouacs.“

Der Leitartikler der *Post* hatte anscheinend Mühe, genügend Worte zu finden, um seinem Abscheu Ausdruck zu verleihen. „Für einen Mann mittleren Alters“, fügte er abschließend hinzu, „war das nicht nur Zeitver-

geudung; in einer Gesellschaft, die das Kind zur Persona grata erhoben hat, ist es ein herrliches Gefühl, Kinder einmal hassen zu dürfen." Gleich darauf nannte er seine Gastgeber „Bälger", schalt sie ob ihrer „Arroganz", bezeichnete sie als humorlos, nannte ihre Haltung unglaublich, ihre Ausdrucksweise jammervoll. Kemptons innerer Widerwille war offenbar nicht ohne Wirkung auf die Qualität seines eigenen Vokabulariums geblieben, und so kam es zu nicht ganz klaren Sätzen wie: „Ihre Prosodie erinnert und tröstet mich, daß mein Geschmack besser ist als mein Prosa-Stil." (Das Wort Prosodie könnte zu der Schlußfolgerung führen, daß die *Young Americans for Freedom* ihre Reden in Versform vortrugen, doch das war, wie mir aus gutunterrichteter Quelle bestätigt wurde, nicht der Fall.) „Morgan Moulder, der amtierende Vorsitzende des Ausschusses gegen unamerikanische Umtriebe, war sofort als Patriot erkennbar, als er nach einem zwar in weiser Voraussicht eingenommenen, jedoch zu üppig geratenen Abendessen auf der Rednertribüne erschien." (Und das von jemandem, der über politische Manieren urteilen will.)

Alles in allem kein Prunkstück für einen sonst meist unterhaltsamen und manchmal toleranten Leitartikler. Man macht sich Gedanken, warum er einen so starren Haß an den Tag legte und stellenweise sogar wirres Zeug zusammenschrieb. Das Seelenleben der Gegenseite zu untersuchen ist natürlich ein Spiel, das alle mitspielen können, doch ich möchte mich unterfangen, einen Grund für Mr. Kemptons konfuses Geschreibe zu nennen: Er reagiert genauso, wie jedes Ancien régime auf ein neues und unverständliches Element reagieren muß. Jedes orthodoxe System neigt dazu, das Universum in gewisse, scharf umrissene Felder aufzuteilen, in denen alle Dinge ihren festen Platz haben, auf dem sie auch hübsch bleiben sollen. Nach dem Schema der Liberalen gehört die Jugend auf den linken Flügel. Konservatismus ist die Domäne willensschwacher Tröpfe, die jedem Wechsel abhold sind. Das ist die typische Ansicht der Liberalen, und es war Kemptons deutlich ausgesprochene ganz persönliche Meinung (der die konservative Bewegung einst als „reichlich welke Pflanze" bezeichnet hatte).

Wenn das Schema nicht mehr paßt, gerät das Universum aus den Fugen. Unsicherheit erzeugt Furcht, Furcht erzeugt Inkonsequenz. Mr. Kemptons Haß auf die „Kinder" im Manhattan Center ist meiner Ansicht nach die Reflexreaktion eines Verstandes, der es nicht fassen kann, daß das Gesicht der Wirklichkeit sich gewandelt hat.

Die Jungen Republikaner

„Ich bin durchaus bereit, die furchtsamen, Bridge spielenden Damen aus guten Familien in Boise, Idaho, abzuschreiben; aber die zukünftigen jungen Führer, die an Lehranstalten wie der Universität von Indiana heranwachsen, werde ich freiwillig weder Nixon noch Goldwater überlassen.“

James A. Michener

Es ist weder Absicht noch Zufall, daß so viele der führenden jungen Köpfe unter den *Young Americans for Freedom* gleichzeitig bei den Jungen Republikanern eine führende Rolle spielen. Die „*YRs*“ sind in den vergangenen zehn Jahren, und insbesondere in den letzten fünf Jahren, zu einer stark konservativ ausgerichteten Organisation geworden. Man kann sogar sagen, daß sich bei der „Jung-*GOP*“ (den Jungrepublikanern) schon gewisse konservative Neigungen zeigten, als andernorts noch nichts davon zu spüren war. Als die Zeit reif war für die *YAF*, schlossen sich mehrere dieser konservativen jungen Republikaner dem Programm an, weil sie sahen, daß dies mit ihrer Arbeit bei den *YRs* parallellief.

Die Jungen Republikaner haben nicht immer einen so unabhängigen noch einen so konservativen Geist an den Tag gelegt. Während der ersten Jahre neigten sie mehr dazu, einfach ein Abklatsch der jeweiligen Politik der Republikanischen Partei zu sein – teils weil sie nicht als selbständiges Element innerhalb der Partei angesehen wurden, teils deshalb, weil „Ideologie“ zu jener Zeit nicht so wichtig schien. Als die *YRs* jedoch zu

einer aktiven, geordneten Kraft heranwuchsen und die jungen Menschen feinfühliger wurden für die jeweils anstehenden Probleme, begannen die Dinge sich zu wandeln. Heute sind die *YRs* ein autonomes und konservatives Element im politischen Leben der Republikaner und der Nation.

Die Neigungen der *YRs* und die Tatsache, daß man in der Republikanischen Partei sehr empfindlich auf sie reagierte, lassen sich daraus erkennen, daß der Gouverneur von New York, Nelson Rockefeller, beim letzten Kongreß der Jungen Republikaner nicht erschien. *Time* drückte es so aus: „Rockefeller hatte es klugerweise abgelehnt, gemeinsam mit Nixon und Goldwater bei einer Tagung der Jungen Republikaner in diesem Sommer auf einem Podium zu sitzen – bei einer Kundgebung, auf der jedes halblaute Beifallsgemurmel genauestens registriert werden wird." Und auch die Momente nur halblauten Beifallsgemurmels für Rockefeller sind bei nationalen Tagungen der Jungen Republikaner dünn gesät.

Diese kraftvolle Bewegung, die jetzt über eine halbe Million Mitglieder zählt, kann auf eine bewegte Vergangenheit von nur ungefähr fünfzehn Jahren zurückblicken, die überwiegend konservativ geprägt waren. Die offiziellen Anfänge liegen im Juni 1931, als sich Junge Republikaner im Willard-Hotel in Washington zu einer „Nationalen Konferenz" zusammenfanden. Ungefähr dreihundert junge Leute aus allen Teilen des Landes, darunter auch der verstorbene Senator Robert A. Taft, nahmen daran teil. Auf diesen Kongreß folgten die Organisationen der „Nationalen Jungen Republikaner für Hoover", die *YR*-Zellen in fünfundvierzig Staaten einrichteten und zur Bildung eines Nationalkomitees der Jungen Republikaner führten. Aus dieser Gruppe ging Ende 1935 das hervor, was uns heute als Nationalverband Junger Republikaner bekannt ist. J. Kenneth Bradley aus Connecticut wurde zum ständigen Vorsitzenden gewählt – der erste aus einer beträchtlichen Anzahl von Männern, die, aus den Reihen der Jungen Republikaner hervorgegangen, später eine wichtige Rolle in der Republikanischen Partei selbst spielten.

Der Nationalverband der Jungen Republikaner *(YRNF)* hielt im Juni 1936 seinen ersten Kongreß ab. Redner war ein Junger Republikaner namens Styles Bridges, der außerdem das Amt des Gouverneurs im Staat New Hampshire innehatte und später US-Senator wurde. Bradley wurde zum Vorsitzenden gewählt; er überrundete damit einen *YR* aus Minnesota, Harold Stassen, den Walter J. Mahoney – der heute die Mehrheit im US-Senat führt – nominiert hatte. Stassen selbst hatte Gordon Allott

aus Colorado vorgeschlagen, zur Zeit Senior-US-Senator dieses Staates. Damals zog Allott seinen Namen zurück; später, 1941, wurde er zum Vorsitzenden gewählt.

Die Tätigkeit des Verbandes war kaum angelaufen, als der zweite Weltkrieg ausbrach, der alle innenpolitische Tätigkeit praktisch lahmlegte. Erst im Jahre 1946, mit dem ersten Nachkriegskongreß in Charleston, begann die Funktion der *YRNF* im politischen Leben Amerikas und damit die tatsächliche Geschichte ihres konservativen Wirkens, wie wir es heute erleben. Es war das Jahr, in dem der Nationalausschuß der Republikanischen Partei die Gruppe offiziell als ihr Bindeglied zur Jugend anerkannte und ihr Büroräume in der Hauptgeschäftsstelle der Republikaner zur Verfügung stellte. Auf einer Sondersitzung im Mai 1946 wurde Ralph Becker aus New York zum Vorsitzenden gewählt und ein Jahr darauf für eine volle, zweijährige Amtsperiode bestätigt. Auf ihn folgte im Juni 1949 John Tope aus Michigan. Beide sollten zu markanten Persönlichkeiten in jenen Geplänkeln werden, die sich dann zu einem regelrechten ideologischen Streit innerhalb der Organisation auswuchsen.

Deweys Niederlage 1948 und der Kampf Taft – Eisenhower 1952 führten in den Reihen der *YRs* zu einem Gesinnungsriß zwischen liberalen und konservativen Elementen, der noch heute nicht wieder ganz gekittet ist. Als der *YR*-Kongreß 1951 heranrückte, war die Gruppe in Taft- und Dewey-Anhänger gespalten. In Vorbereitung des Republikanischen Parteitages 1952 hatten Deweys Gefolgsleute begonnen, sich um General Eisenhower zu scharen. Die *YR*-Tagung war eine Kraftprobe zwischen den beiden Gruppen – die, wie sich herausstellte, eine treffende Prognose für den folgenden Parteitag der Republikaner ermöglichte.

John Tope, der insgeheim mit dem Dewey-Eisenhower-Flügel sympathisierte, führte den Vorsitz bei einer Tagung im Hotel Statler in Boston im Juni 1951, die von der Presse und von Parteimitgliedern der Republikaner scharf beobachtet wurde, um daraus Schlußfolgerungen auf die Strömung innerhalb der Partei ziehen zu können. Die Hauptkandidaten waren Merrill Davis aus Utah als Vertreter der Taft-Gruppe und Herbert Warburton, Vorsitzender der Jungen Republikaner in Delaware als Vertreter der Eisenhower-Gruppe. (Davis bekleidete seinererzeit ein führendes Amt in der Regierung von Utah, Warburton wurde später Kongreßabgeordneter für Delaware.) Ideologisch war dieser Kampf, wenn überhaupt, nicht sehr klar umrissen, wogegen die organisatorischen Be-

zirke genau abgegrenzt waren. Davis wurde unterstützt von Ralph Becker, der dem verstorbenen Kongreßmann und früheren nationalen Vorsitzenden der Republikaner, Carroll Reece, nahestand. Reece, ein treuer Taft-Anhänger, setzte alle Hebel für Davis in Bewegung. Auf der anderen Seite arbeitete Hugh Scott, damals Kongreßmann und heute Senator für Pennsylvanien, in den Reihen derjenigen, die Warburtons Kandidatur unterstützten.

Außerdem stand hinter Warburton eine einflußreiche Gruppe führender Junger Republikaner aus dem New York Thomas E. Deweys: Clifton White, William A. Rusher und Charles K. McWhorter.

Mit dergestalt abgesteckten Fronten quälte sich der Kongreß durch fünf Wahlgänge und wählte schließlich Warburton mit 246 zu 215 Stimmen zum Vorsitzenden. Der Dewey-Eisenhower-Flügel lag in Führung, und die *YRs* nahmen eine gelinde „modernistische" Färbung an. Dieselbe Gruppe blieb auch auf den Kongressen 1953 und 1955 ausschlaggebend, auf denen erst Sullivan Barnes aus South Dakota und nach ihm Charles McWhorter aus New York zu Vorsitzenden gewählt wurden.

Es muß an dieser Stelle ausdrücklich gesagt werden, daß im Verlaufe dieser internen Kämpfe eine Reihe konservativer *YRs* bei den Dewey-Eisenhower-Anhängern landete. Viele waren in dem Glauben befangen, daß „Taft ja doch nicht gewinnen kann", und sie teilten die Entschlossenheit der Älteren ihrer Partei, der seit zwanzig Jahren andauernden Durststrecke der Republikaner ein Ende zu machen. Sie glaubten, Eisenhower werde sich im Amt als Konservativer erweisen.

Als der neue Regierungsapparat dann aber die Arbeit aufnahm, sahen diese jungen Konservativen bald, wie sehr sie sich geirrt hatten. Die Regierung Eisenhower mit Sherman Adams und Herbert Brownell steuerte die Partei und das ganze Land eifrig nach links. Die bundesstaatlichen Behörden trieben immer mehr dem „Modernismus" entgegen, segelten im Kielwasser von Arthur Larson und Harold Stassen und unterbreiteten Vorschläge für bundesstaatliche und Auslands-Hilfe. Die Staatsausgaben wurden größer und die innere Resistenz gegen den Kommunismus geringer. Das ließ eine Reihe konservativer *YRs* hellhörig werden. Ihre pragmatische Option für Eisenhower hatte Unheil angerichtet.

Mit dem Aufdämmern dieser Erkenntnis begann sich ein konservativer Aufstand abzuzeichnen. Ein erster Wendepunkt wurde auf dem Kongreß 1955 in Detroit sichtbar, als man McWhorter zum Vorsitzenden

wählte. Zum zweiten Vorsitzenden wurde – mit Billigung New Yorks – Joyce Bovik aus Colorado bestimmt, der gute Beziehungen zu Taft unterhielt und bei Carroll Reece in hohem Ansehen stand. Diese Wahl bereitete den Weg für eine Wiederannäherung zwischen den alten Taft-Elementen und einer Anzahl konservativer Junger Republikaner, die zum Kreis um Dewey gehört hatten. Joyce Boviks Wahl war das Anzeichen für einen ersten Ruck zum Konservatismus bei der herrschenden Gruppe innerhalb der *YRNF* und für eine Entente zwischen Reece und verschiedenen *YR*-Führern in New York.

Beim Kongreß 1957 stieß diese neue Koalition zum ersten Mal gemeinsam vor – und der Aufprall war so heftig, daß er sich bis zur Pennsylvania Avenue Nr. 1600[17] fortpflanzte. Hauptbewerber um das Amt des Vorsitzenden waren John Ashbrook aus Ohio und John Rousselot aus Kalifornien – beide heute im Kongreß und bei den meisten namentlichen Abstimmungen als ausgesprochene Konservative Seite an Seite in der Arena. Rousselot zog sich schon vor dem Wahlgang zurück, und der wahre Kampf auf diesem Kongreß wurde um die Wahl des zweiten Vorsitzenden ausgetragen. Die beiden Kandidaten waren Roseann Biwer aus Wisconsin und Jerrie Kent aus Tennessee, letzterer Verwaltungsassistent von Kongreßmann Reece. Zufällig waren beide Kandidaten Konservative; doch Jerrie Kents Entschluß, sich aufstellen zu lassen, stellte die *YR*-Führer vor die klare Entscheidung, wie eng sie mit dem Taft-Reece-Flügel der Partei zusammenzuarbeiten bereit waren. Die Mehrheit entschied sich für Kent, der darauf im ersten Wahlgang einen leichten Sieg errang. Die *YR*-Mannschaft war damit klar auf die konservative Bahn eingeschwenkt.

Das auffallendste Merkmal des Kongresses von 1959 war der mißlungene Versuch einer dem liberalen republikanischen Gouverneur von New York, Nelson Rockefeller, nahestehenden Gruppe, sich in der Organisation mehr in den Vordergrund zu spielen. Die pro-Rockefeller-Bemühungen kamen jedoch gar nicht erst zum Zuge, und Vorsitzender wurde ein eingefleischter Nixon-Anhänger und Konservativer, Ned Cushing aus Kansas. Wenn es um Nixon oder Rockefeller ging, ließ sich kaum übersehen, wo die Sympathien der *YRs* lagen. Deutlich wurde das durch die Tatsache, daß die New Yorker Abordnung, für gewöhnlich die Kerntruppe des siegreichen Kandidaten, diesmal beim Auszählen der Stimmen weit hinterherhinkte. Cushing wurde von einem festen Stimmenblock aus

dem Süden, dem Mittelwesten und dem Äußersten Westen getragen und gewann die Wahl recht auffallend ohne die Stimmen New Yorks und einer Anzahl liberaler Delegationen, die mit dem Empire State[18] am gleichen Strang gezogen hatten.

Die neue Strömung bei den Jungen Republikanern wird durch ihre immer mehr konservativ geprägten Programme deutlich. Auf dem Kongreß 1955 spiegelten sie die politischen Richtlinien, die zu dieser Zeit für die Republikanische Partei Gültigkeit besaßen. Im Programm von 1955 hieß es beispielsweise nicht weniger als zweiundzwanzigmal „Wir empfehlen die Eisenhower-Regierung“ oder so ähnlich. In den Grundsatzformulierungen findet sich an einer Stelle der Satz: „Wir begrüßen die Einstellung der Regierung Eisenhower, jenen Gebieten Hilfsmittel zum Bau von Schulen zur Verfügung zu stellen, die wegen zu geringer Eigenaufkommen nicht in der Lage sind, die dafür erforderlichen Mittel selbst aufzubringen.“ Man billigte Programme ärztlicher Altersfürsorge, trat für ein Arbeitsrecht ein, dessen Hauptmerkmale die laue Haltung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaftsführer und das verdächtige Schweigen zu den wüsten Schimpfkanonaden waren, die bei Gewerkschaften wie der des Transportarbeitergewerbes und der *UAW*[19] schon damals nicht zu überhören waren. Das Programm war, kurz gesagt, das brave Echo des Großen Bruders, das zu allem ja und amen sagte. Wenn das „moderne“ Republikanertum ein Aufguß des New Deal war, so waren die *YRs* der zweite Aufguß.

Der Kongreß von 1957 änderte das alles grundlegend. Die *YRs* schlugen zum ersten Mal ihre eigene Klinge und führten dem gesamten amerikanischen Volk den wachsenden Konservatismus unter der Jugend vor Augen. Es kam zur offenen Revolte gegen das ewige, farblose „wir empfehlen“, das für die bisherigen Programme kennzeichnend gewesen war. In einer Reihe temperamentvoller Redeschlachten nahmen die Jungen Republikaner kernige, konservative Grundsatzerklärungen zu den Punkten Erziehungswesen, Arbeitsrecht, Auslandshilfe, Kulturaustauschabkommen und kommunistisches China an.

Was die staatliche Erziehungsbeihilfe anging, wurde der Standpunkt von 1955 umgekehrt. „In Anbetracht der unausbleiblichen Verbindung zwischen Subventionierung und Kontrollgewalt“, erklärte der Kongreß, „sprechen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen staatliche Finanzhilfe für das allgemeine Erziehungswesen und den Bau von Schulen aus.“

Auslandshilfe: „Wir sind gegen jede militärische Unterstützung kommunistischer Staaten."

Kulturaustausch: „Wir erkennen die Gefahren eines unbegrenzten sogenannten Kulturaustausches mit kommunistischen Regierungen, die in Wahrheit darauf hinarbeiten, alle Kultur abzuwerten und die Freiheit ihrem ureigensten Wesen nach auszurotten."

Abkommen über Truppen-Stationierung: „Wir ... empfehlen unserer Regierung, die diversen Abkommen über Stationierung von Truppen einer Prüfung zu unterziehen, um sicherzustellen, daß die amerikanische Flagge und alles, was sie verkörpert, jeden Angehörigen unserer Streitkräfte schützt, ebenso wie diese unser Volk und seine Verfassung verteidigen."

Gesetz über das Recht auf Arbeit: „Wir möchten dringend empfehlen, das Taft-Hartley-Gesetz[20] dahingehend zu ergänzen, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft als zwingende Voraussetzung bei Vergabe eines Arbeitsplatzes verboten wird."

In allen vier Punkten vertraten die *YRs* einen der Regierung Eisenhower diametral entgegengesetzten Standpunkt. Die Wirkung war sensationell; die Programmerklärung, für gewöhnlich eine fade Routineangelegenheit, prangte diesmal auf den ersten Seiten der *New York Times:* „Jungrepublikaner in vier von fünf Punkten gegen Eisenhower." Die verschiedenen Sprecher hatten sich zwar heiße Kämpfe geliefert, doch das konservative Element war mit gutem Stimmenvorsprung daraus hervorgegangen. Die *YRs* waren jetzt wirklich auf dem Wege zum Konservatismus.

Zwei Jahre später, auf dem 11. der alle zwei Jahre stattfindenden Kongresse in Denver, gingen sie auf diesem Wege weiter. Auf dieser Tagung bestätigte sich der Entschluß der *YRs,* selbständig zu denken.

Die Jungen Republikaner lieferten eine Demonstration durch nichts zu erschütternden Selbstvertrauens:

1. stellten sie sich ausdrücklich in Opposition zur staatlichen Erziehungsbeihilfe und setzten sich über alle Proteste hinweg, daß dies „ein Schlag ins Gesicht" der Regierung Eisenhower sei;

2. stellten sie einen lautstarken Tadelsantrag gegen die Senatoren Margaret Chase Smith aus Maine und William Langer aus North Dakota – beides Republikaner – weil sie gegen den Konservativen Lewis Strauss als Handelsminister gestimmt hatten;

3. veranstalteten sie ein lautes Pfeifkonzert, als ein Abgeordneter

Chief Justice Earl Warren einen „großen Amerikaner" nannte und erklärte, daß die Urteilssprüche des Höchsten Bundesgerichtes „zu Recht kritisiert werden könnten und Änderungen seitens der Legislative bedürften".

Unter den Grundsatzerklärungen und Resolutionen fand sich folgende zum Thema „Gipfel"-Konferenzen:

„Es wird ausdrücklich erklärt und zu Protokoll genommen, daß dieser Kongreß so lange gegen eine Teilnahme Amerikas an einer „Gipfel"-Konferenz mit den Führern der Sowjetunion ist, als nicht greifbare Beweise dafür vorhanden sind, daß das kommunistische Regime bereit ist, seine diplomatischen Abkommen wie jede zivilisierte Nation einzuhalten."

Ein „modernistischer" Abgeordneter erhob sich voller Entsetzen. „Die Fassung bedeutet ja", protestierte er, „daß es *niemals* zu einer Gipfel-Konferenz mit der Sowjetunion kommen würde!" Die Fürsprecher der Resolution gaben leisem Tadel Ausdruck, wie man zu sagen pflegt. Der Antrag wurde mit großem Stimmaufwand durchgeboxt.

Weiter fanden sich unter den Grundsatzerklärungen und Resolutionen die folgenden:

Sozialversicherung: „Wir glauben, daß jeder Bürger in erster Linie aus privaten Mitteln für Einkommensverluste Vorsorge treffen und die Alters- und Witwen-Pension nur eine zusätzliche Hilfsquelle für diejenigen sein sollte, die sich nicht selbst helfen können."

Staatliche Kraftwerke: „Wir sind der Überzeugung, daß staatliche Vorhaben für die Stromversorgung nicht erweitert, sondern auf ihrem augenblicklichen Stand gehalten werden sollten. Wir glauben, daß staatliche Stromversorgungsvorhaben so weit wie irgend möglich reprivatisiert werden sollten."

Arbeitsrecht: „Wir bestätigen unsere Unterstützung für Absatz 14 (b) des Taft-Hartley-Gesetzes ... und empfehlen dringend, die Gewerkschaften unter Anti-Kartell-Gesetze fallen zu lassen ... alle sogenannten erpresserischen Streikposten von seiten irgendwelcher Organisationen für ungesetzlich zu erklären ... und die bestehenden Vorschriften gegen sekundäre Boykottmaßnahmen noch zu verschärfen."

Weitere in Denver angenommene Resolutionen forderten unter anderem „die Abschaffung staatlicher Subventionen für Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft"; einen Haushaltsüberschuß zu dem Zweck, die Staatsschuld abzubauen; eine Reform der Einkommensteuerskala; strikte Durchführung der Gesetze bezüglich politischer Betätigung der Gewerk-

schaften, und Bestätigung einer Gesetzesvorlage für die Wiedereinführung der vom Obersten Bundesgericht 1956 abgeschafften Gesetze gegen staatsfeindliche Umtriebe.

In seinem Schlußwort zu diesem Kongreß sagte der Vorsitzende Cushing: „In Amerika besteht heute ein steter Trend zum Konservatismus, und wir glauben, daß die Jungen Republikaner mithelfen, den rechten Weg zu zeigen. Das Programm, das wir in diesem Sommer in Denver annahmen, war das konservativste in der Geschichte des Verbandes. Es zeigt, daß die *YRs* ihren Standpunkt aus grundsätzlichen und nicht aus Nützlichkeits-Erwägungen vertreten."

Ferner nahmen die *YRs* bei anderen Gelegenheiten besondere Resolutionen an, so zum Beispiel auf der Tagung ihres Exekutivausschusses im Mai 1960 in Reno, als sie in einer unmißverständlichen Erklärung die von Kommunisten angezettelten Tumulte zum Protest gegen den Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe verurteilten und dafür eintraten, die U-2-Flüge über der Sowjetunion fortzusetzen.

Was ihre Programme und Grundsatzerklärungen anbetrifft, blieben die *YRs* auf ihrem Nationalkongreß in Minnesota 1961 ihrer Rechtsrichtung treu. Die Delegierten sprachen sich erneut gegen die bundesstaatliche Erziehungsbeihilfe aus, empfahlen dringend die Wiederaufnahme des amerikanischen Atomversuchsprogramms, drangen auf ein totales Handelsembargo gegen das kommunistische Weltreich und forderten, Amerika solle jede finanzielle Unterstützung der Vereinten Nationen einstellen – und eventuell austreten –, wenn Rotchina als Mitglied aufgenommen würde. Alle drei Kandidaten für das Amt des nationalen Vorsitzenden bezeichneten sich als „Konservative", und die sich daraus ergebende Spaltung ermöglichte es dem am wenigsten konservativen der drei, die Wahl zu gewinnen. Auf der studentischen Ebene waren die Ergebnisse klarer, da dort der Student James Harff von der Northwestern Universität zum Vorsitzenden gewählt wurde. „Auf diesem Kongreß", sagte Harff offenbar in Anspielung auf Senator Barry Goldwaters Buch, „hat entschieden das Gewissen des Konservativen gesprochen."

Auch in Studentenkreisen haben die Jungrepublikaner in ähnlicher Weise bahnbrechend für das Wiederaufleben des aktiven Konservatismus gewirkt. Das *College Service Committee* (Universitätsausschuß) des Verbandes wird sehr von der Politik seines größten und aktivsten Mitgliedes beeinflußt – der *Midwest Federation of College Young Republican Clubs*

(Bund der Klubs Junger Republikaner an den Universitäten des Mittelwestens). Folglich werden in dieser Gruppe mit Vorliebe Auseinandersetzungen zwischen konservativen und liberalen Elementen ausgetragen. Im Jahre 1960 in Des Moines, Iowa, als die noch nie dagewesene Zahl von fünfhundert Teilnehmern erreicht wurde, hatte die liberale Gruppe triumphiert; 1961 aber, als sich in St. Paul, Minnesota, gar über tausend Abgeordnete zusammenfanden, bekamen die Konservativen das Ruder wieder in die Hand. Der Sieg der Konservativen war um so eindrucksvoller, als er fast unüberwindlich erscheinenden Hindernissen zum Trotz errungen wurde.

Die Tagung fand in der Heimat des abtretenden liberalen Vorsitzenden statt. Die Hauptunterstützung der Liberalen sollte aus Minnesota, Michigan und den Dakotas kommen – aus Gebieten also, die geographisch nicht weit von St. Paul entfernt liegen. Das konservative Element stützte sich auf Indiana, Illinois, Iowa und Kansas.

Der Kongreß wurde somit letztlich zum Rechenexempel: wie sollte man genügend konservative Delegationen heranbringen, um ein Gegengewicht gegen die Liberalen zu bilden, die den großen Vorteil hatten, den organisatorischen Ablauf des Kongresses bestimmen zu können, der außerdem in ihrer eigenen, vertrauten Umgebung stattfand? Wie groß dieses Problem war, läßt sich an der Tatsache ermessen, daß mehr als 240 Abgeordnete allein aus Minnesota offiziell als wahlfähig bestätigt waren.

Die Konservativen machten sich daran, genügend Geld aufzutreiben, um ihre Delegationen per Autobus nach St. Paul bringen zu können. Je zwei Busse kamen aus Indiana und Illinois, von denen jeder mehr als hundert Abgeordnete faßte. Ein Bus kam aus Kansas. Ganze Autokarawanen mit Abgeordneten aus Iowa, Missouri und Nebraska rollten an.

Als der Kongreß am Freitag, dem 14. April, begann, standen nicht weniger als tausend Delegierte zur Verfügung – um die Kontrolle nur eines einzigen Ausschnittes einer studentischen politischen Organisation anzustreben.

Der Kandidat der Konservativen war James H. Abstine aus Indiana, ein Republikaner aus dem Goldwater-Lager, dem im März des gleichen Jahres auf der *YAF*-Kundgebung eine Auszeichnung der *Young Americans for Freedom* verliehen worden war. Sein Gegner war Pete McPherson aus Michigan, der sich auf ideologischem Gebiet hervorgetan hatte: er war für die Aufhebung des Connally-Reservates[21] eingetreten.

Nachdem die Abstine-Anhänger mit ihrem geographisch bedingten Nachteil fertig geworden waren, folgten sie einem ideologisch genau umrissenen Schlachtplan. Abstine hatte seine Attacke im Dezember 1960 begonnen, nach einer Versammlung des Exekutivausschusses, auf der die konservativen Bestrebungen durch das an der Macht befindliche Regime unterdrückt worden waren. „Auf der kürzlichen Sitzung des Vorstandes Mittelwesten kamen Dinge ans Tageslicht, die für die Jungen Republikaner an den Colleges und Universitäten des Mittelwestens und des ganzen Landes von größter Bedeutung sind", sagte er. „Alle Beobachter dieser Sitzung sind sich darüber einig, daß extrem linksorientierte liberale Elemente im Mittelwesten und womöglich auch in verschiedenen anderen Gebieten darauf hinarbeiten, sich 1961 im Bund der Klubs Junger Republikaner der Universitäten des Mittelwestens an die Spitze zu spielen, und wenn sie das erreicht haben, den Studentenausschuß der *YRNF* in die Finger zu bekommen."

Ziel der „extremsten Mitglieder dieser Clique" sei es, so behauptete er, Nelson Rockefeller „1964 zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei nominiert zu sehen und Vizepräsident Nixon, Senator Goldwater oder eine andere Persönlichkeit seiner Partei auszuschließen".

Abstine zitierte eine Anzahl protokollarisch festgehaltener Stimmergebnisse zu ideologischen Fragen: einen Vorschlag, die von der *YAF* ausgearbeitete „Erklärung von Sharon" zu unterstützen; die Berufung Philip Jessups vom linksgerichteten „Institut für Pazifistische Beziehungen" in den Weltgerichtshof; und das Connally-Reservat. In diesen Fragen, erklärte er, habe der herrschende Block, zu dem auch sein zukünftiger Gegner McPherson gehörte, liberal gestimmt – gegen die Erklärung von Sharon, für Jessup und gegen das Connally-Reservat.

Die Anhänger Abstines bildeten eine starke, konservative Kernzelle in St. Paul. Zu ihnen stießen Konservative aus dem gesamten Mittelwesten, denen die Bedeutung dieses Kongresses ebensoklar war wie der Republikanischen Partei selbst. Der Kampf war im Grunde eine Kraftprobe zwischen Nelson Rockefellers und Barry Goldwaters Gefolgsleuten. Im Verlaufe des Kongresses begannen Abstines Parteigänger ein Bombardement mit Druckschriften, Flugblättern und dergleichen, um darauf hinzuweisen, wie unbeirrt er die konservative Linie verfolgte; sie zitierten seinen Standpunkt in bezug auf Rotchina, den Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe und staatliche Erziehungsbeihilfen. Die Liberalen gingen in

Deckung und versuchten, unentschlossenen Delegierten zu versichern, daß sie doch auch „konservativ“ seien.

Eine Zählung früh am Sonntagmorgen ergab, daß die Waagschale sich zugunsten der Konservativen neigte – wie sehr, war allerdings noch nicht abzusehen. Die Abstine-Gruppe sah sich noch einem weiteren Hindernis gegenüber. Der Zulassungsausschuß, für den die liberale Opposition verantwortlich zeichnete, machte sich eifrig daran, möglichst viele Delegationen zu disqualifizieren, von denen bekannt war, daß sie zu Abstine tendierten. Die Endabstimmung verzögerte sich wegen dieser Bemühungen um Stunden. Als der Zulassungsausschuß endlich so weit war, daß er seine Prüfungsergebnisse bekanntgab, stellte sich heraus, daß mehr als fünfundsechzig konservative Delegierte disqualifiziert worden waren.

Hart auf hart ging es dann, als beschlossen werden sollte, ob den als nicht stimmfähig erklärten Delegierten Sitzplätze angewiesen werden sollten. Durch namentliche Abstimmung brachte die Abstine-Gruppe, die ihre gesamte Kampagne für die Sache des Konservatismus aufs Spiel setzte, den Antrag mit einer Mehrheit von über siebzig Stimmen durch. Die Liberalen erkannten, daß sie geschlagen waren, und zogen sich gänzlich zurück. Abstine wurde durch Zuruf gewählt.

Der *Daily Cardinal* in Wisconsin, der die konservative Sache durchaus nicht immer mit freundlichen Augen betrachtet, brachte einen Artikel über diesen Kongreß, der so deutlich war, daß es sich lohnt, ihn hier im vollen Wortlaut wiederzugeben. In einem Leitartikel „Der Schlüssel zur *GOP* – Konservatismus im Kommen“ schrieb der *Cardinal:*

„Wenn unser neuester Kommentator R. E. Fauber gefesselt, geknebelt und wutschnaubend zur Tagung der Nationalen Jungen Republikaner des Mittelwestens in St. Paul geschleppt worden wäre, hätte er dort noch eine magische Zauberformel für seine in unserer Samstagsausgabe erschienene Liste lernen können. Das Losungswort und der Schlüssel zum Erfolg bei den Jungen Republikanern des Mittelwestens hieß ‚konservativ‘. Erstaunlich, wie stark und ausschließlich sie sich an dieses Wort hielten.

Jeder beifallshungrige Redner brauchte nur einen Satz zu brüllen wie: ‚Wir sind hier alles Konservative!‘, dann war ihm ein so donnernder Applaus gewiß, daß die Wände wackelten. Und wenn einer Senator Goldwaters Namen nannte, löste er damit ein noch lauteres Geschrei aus.

Von den beiden Kandidaten, die sich um das Amt des Bezirksvorsitzenden bemühten, war einer – der das Rennen schließlich machte – er-

klärter Konservativer; der andere war ursprünglich als Liberaler beziehungsweise als Rockefeller-Republikaner etikettiert, doch bis es zur Abstimmung kam, hatte er sich immer weiter nach rechts geschoben, so daß er Senator Goldwater schließlich praktisch auf dem Schoß saß.

Gouverneur Andersen aus Minnesota wurde mit Buh-Rufen und Pfiffen bedacht, als er seine Programmpunkte unter dem Blickwinkel liberalen Republikanertums erörterte. Es kam sogar so weit, daß, als ein Redner es wagte, Rockefellers Namen zu erwähnen, die einzige Antwort in einem laut hallenden Rülpser aus den Reihen der Zuhörer bestand, gefolgt von einem hie und da aufflackernden, verlegenen Kichern.

Wisconsin spielte bei diesem Aufschwung der Konservativen eine bedeutende Rolle, hauptsächlich durch das Organ *Insight and Outlook*. Die meisten Abgeordneten hatten von der Zeitschrift gehört, und viele von ihnen lasen sie sogar regelmäßig. Als Nachdrucke gewisser Artikel und Sonderexemplare verteilt wurden, waren sie bald vergriffen. Der Hauptschriftleiter von *Insight* (gleichzeitig Leitartikler von *Cardinal*), Richard S. Wheeler, war fast ebenso bekannt wie viele der Delegationsführer.

Dies alles weist in ein und dieselbe Richtung: Diese Delegierten aus Wisconsin, Minnesota, North und South Dakota, Kansas, Nebraska, Oklahoma, Missouri, Iowa, Illinois, Indiana, Michigan und Ohio standen fest zu den konservativen Grundsätzen, wie sie von Senator Goldwater gepredigt werden. Da es diese Menschen sind, die in den Wahlkampagnen 1962 und 1964 die ‚breite Masse' bilden werden, müssen wir bei den Republikanern des Mittelwestens in den kommenden Jahren mit einem starken Ruck nach rechts rechnen.

Damit erschöpft sich dieser Einfluß jedoch nicht. Wir hörten eine Gruppe republikanischer Senatoren aus Minnesota, die sich anerkennend über die Popularität und Stärke der konservativen Bewegung aussprachen, die an jenem Tage ihren Ausdruck in den Jungen Republikanern des Mittelwestens gefunden hatten. Andere führende Persönlichkeiten zeigten sich ähnlich beeindruckt von der dieser Bewegung innewohnenden Kraft.

Wenn diese Begeisterung für den Konservatismus weiterwächst, und es besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie dies nicht tun wird, können wir damit rechnen, daß die gesamte Republikanische Partei des Mittelwestens davon erfaßt wird. Sofern die liberalen Republikaner sich nicht flugs etwas einfallen lassen, wird der Konservatismus im Mittelwesten *der* große Schlager sein."

Diese Episode bewies tatsächlich, daß der Konservatismus „der große Schlager“ war. Sie bewies ferner, daß die jungen Konservativen, wenn auch noch im Studentenalter, nicht einfach Schwärmer sind, die mit Schlagworten um sich werfen; sie verstehen die Realitäten praktischer Politik und sind bereit, hart zu arbeiten, um ihre Ansichten in die Wirklichkeit umzusetzen. Ferner wurde hier deutlich, wie wertvoll weitreichende persönliche Kontakte sind, die durch die Reisen derjenigen geschaffen wurden, die den Konservatismus verkündeten; die von einer Universität zur anderen fuhren, die dortigen Führer der Konservativen kennenlernten und mithalfen, sie zu einer festzusammengeschlossenen Bewegung zu machen.

Weitere Beweise für die Tätigkeit der Jungen Republikaner im Sinne der Konservativen finden sich, wenn man die Fortschritte der einzelnen Staaten betrachtet. Der Vorsitzende der *YRs* in Massachusetts, Michael Robbins, ist ein erklärter Konservativer. „Die Hoffnung der Republikanischen Partei und der Nation“, sagte er, „besteht im getreuen Festhalten an den Grundsätzen beschränkter Staatsgewalt und nationaler Souveränität. Die Losungen des Liberalismus sind durch die Wirklichkeit widerlegt worden, der sie nicht standzuhalten vermochten. Die jungen Menschen an den Universitäten und anderswo machen sich in zunehmendem Maße die Maßstäbe des Konservatismus zu eigen.“

Ähnliche Äußerungen könnte man von zahllosen anderen *YR*-Vorsitzenden im ganzen Lande anführen – ganz besonders im Mittelwesten und Süden. Der zunehmende Einfluß der Republikanischen Partei in Dixie ist übrigens vielleicht zum großen Teil auf die Verbindung dieser beiden Elemente zurückzuführen – die konservativen Prinzipien und das zunehmende politische Interesse junger Menschen. Der Vorsitzende der Jungen Republikaner von North Carolina bemerkte während der Kampagne 1960, daß „die jüngere Generation der konservativen Sache aufgeschlossener gegenübersteht als diejenige, die während der Blütezeit des *New Deal* heranwuchs“.

In North Carolina haben sie der älteren Generation auch eine deutliche Lektion erteilt, was das ewige „ich auch“ angeht. In ihrer offiziellen Grundsatzerklärung für 1961 heißt es:

„Eines zeigt die Geschichte deutlich: wenn die grundsätzlichen Überzeugungen einer politischen Partei vage und nebelhaft werden, entgleiten ihr die Sympathie und die Treue des Volkes und werden sich bald ganz

verflüchtigt haben. Wir sehen keine Zukunft für die Republikanische Partei, wenn sie sich dem leichten Opportunismus verschreibt, der behauptet, jedem alles recht machen zu können."

Ähnliche Kommentare haben die *YRs* in Texas abgegeben – einem Staat, der wie North Carolina in den letzten Jahren eine rasch wachsende Sympathie für die Republikaner zu verzeichnen gehabt hat. *The Contact*, der Informationsbrief der *YRs* in Texas, sagt: „Wenn wir in Texas Erfolg haben wollen, müssen wir die konservativen unter den Demokraten zu uns herüberzuziehen versuchen und uns an die jüngere Generation wenden. Diese junge Generation, die grundsätzlich gegen eine zunehmende Zentralisierung der Regierungsgewalt, gegen hohe Steuern und ein Haushaltsdefizit ist, wächst gerade jetzt in die führenden Stellungen hinein."

Die Jungrepublikaner in Texas gaben der Treue zu ihren Prinzipien durch eine Grundsatzerklärung Ausdruck, in der sie den Regierungsorganen ihres Staates dringend nahelegten, die bundesstaatlichen Hilfsanleihen abzulehnen: „Wir wissen sehr wohl, wie unangenehm das ist, da wir trotzdem unseren Beitrag zu diesen bundesstaatlichen Programmen an Washington werden leisten müssen. Wir möchten aber der Bevölkerung von Texas vor Augen halten, daß es sich nicht um ein finanzielles Problem handelt, sondern um den Fortbestand der eigenstaatlichen Macht und der De-facto-Unabhängigkeit des Staates Texas."

Die Geschichte der *YRs* in Texas ist auch noch in anderer Beziehung aufschlußreich: Läßt sie doch erkennen, daß die konservativen Bestrebungen der *YRs* sich nicht einfach auf Schein-Siege auf pseudo-politischem Parkett richteten. Die Konservativen sind sich im großen und ganzen bewußt geworden, daß ihr Ziel nicht darin besteht, nur die Organisation der Jungen Republikaner, sondern die Ausrichtung der amerikanischen Staatsführung in ihrer Gesamtheit zu beeinflussen. Folglich haben sie alles daran gesetzt, wo immer möglich, konservativen Kandidaten ins Amt zu helfen.

John Berke, ein energischer junger Mann von sechsundzwanzig Jahren, hat dem politischen Leben in Texas seinen Stempel aufgedrückt. Als er gegen Ende 1960 Vorsitzender der Jungen Republikaner in Texas wurde, schaffte er es innerhalb einiger Monate, nicht weniger als fünfunddreißig *YR*-Klubs teils selbst zu gründen, teils ihre Gründung zu inspirieren – wodurch er die Zahl der aktiven Gruppen von sechs auf einundvierzig erhöhte. Freimütiger Konservativer, der er war, überrundete Berke ein

zögerndes Kontingent Liberaler und zog mit der Delegation seines Staates auf den nationalen *YR*-Kongreß 1961, um den Konservativen mit zum Siege zu verhelfen. Im Zuge dieser Bemühungen brachte er die *YR*-Organisation zu einem gewaltigen Feldzug für Senator John Tower auf die Beine, jenen Goldwater-Republikaner, der im Jahre 1961 politische Geschichte machte. Außerdem hat er seine energischen Mitarbeiter angesetzt, um dem einsamen republikanischen Texas-Mann im Kongreß, dem Konservativen Bruce Alger, den Rücken zu stärken.

Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, daß sich die *YRs* selbst zu vollgültigen Parteipolitikern entwickelten. Und wie die Beispiele Bridges, Taft, Allott und Mahoney zeigen, sind Junge Republikaner schon häufig zu Männern von Rang und Einfluß in Parteigremien geworden. Der 87. Kongreß zählte nicht weniger als zweiunddreißig Republikanische Kongreßmänner unter vierzig Jahren – neunzehn davon Neulinge im Repräsentantenhause, und fast ausnahmslos Konservative. Ein hervorragendes Beispiel ist John Ashbrook aus Ohio, der frühere Vorsitzende der *YRNF*, der mit zweiunddreißig Jahren der jüngste Republikaner im Kongreß wurde. Ashbrook stützte sich in seinem Wahlfeldzug auf ein kompromißlos konservatives Programm und wurde mit großer Mehrheit für sein Amt gewählt. Er verwendete sehr viele Abstimmungsprotokolle, die durch den Kongreß beratende Organisationen zusammengestellt waren – und die alles, vom konservativen bis zum ultra-liberalen Standpunkt spiegelten –, um zu beweisen, daß sein Gegenkandidat ständig für höhere Staatsausgaben, höhere Steuern und Inflation eingetreten war.

Typisch für Ashbrook war der Standpunkt, den er in einem Brief an William Schnitzler, den Schatzmeister der *AFL-CIO*[22] bezüglich der Forand-Vorlage für die ärztliche Betreuung alter Menschen einnahm. Schnitzler hatte angedroht, alle Kandidaten zu kreuzigen, die sich nicht für diese Vorlage aussprächen. Ashbrook erklärte darauf: „Ich persönlich bin gegen die Art von Krankenversicherung, wie Forand sie vorschlägt, und gegen den Versuch, sie mit dem Sozialversicherungssystem zu verknüpfen ... sie ist obligatorisch, eine Art sozialisierter Medizin; das entspricht nicht den Bedürfnissen ...“ Ferner sagte er: „Ihre und die Bemühungen vieler anderer führender Persönlichkeiten, einen Keil zwischen den Arbeiter und die übrigen Bürger dieses Landes zu treiben, sind beunruhigend ... Der Arbeiter hat ein entscheidendes Interesse daran, den Dollar stabil zu halten, und bekämpft die Inflation. Er möchte, daß die

in seine Altersversorgung eingezahlten Gelder auch etwas wert sind, wenn er in den Ruhestand tritt ... Ferner hat der Arbeiter ein entscheidendes Interesse daran, das zu erhalten, was vom freien Unternehmertum noch übriggeblieben ist, und er lehnt den Sozialismus kategorisch ab. Er weiß, daß die Kosten Ihres gigantischen Wohlfahrtsprogramms im Endeffekt sehr wohl beides vernichten können, die Stabilität des Dollars ebenso wie das freie Unternehmertum."

Diese unbeugsame Haltung veranlaßte eine Zeitung in Ashbrooks Bezirk zu der hoffnungsvollen, wenngleich melancholischen Betrachtung, daß er „ein Mann von konservativen Grundsätzen ist in einer Zeit, da der Konservatismus nach neuen, dringend benötigten Führern sucht – und sie manchmal auch findet. Es ist außerdem eine Zeit, in der konservativ sein im Grunde genommen eine Defensivposition ist, der Widerstand gegen den mächtigen und – wie wir befürchten – verheerenden Vormarsch des Wohlfahrtsstaates und des Sozialismus."

Ashbrooks Sieg läßt aber darauf schließen, daß der Konservatismus vielleicht doch nicht ganz so sehr auf die Defensive angewiesen ist, wie es der Leitartikler fürchtete – daß die Rebellion der Jugend gegen ihre liberalen Lehrmeister sich in den Sälen des Kongresses bereits bemerkbar macht. Diese optimistische Schlußfolgerung wird von einem weiteren, neu in den Kongreß eingezogenen Abgeordneten unterstützt: von John Rousselot aus Kalifornien, einem früheren Weggenossen Ashbrooks bei den Jungen Republikanern und nach Ashbrook der jüngste Republikaner im Kongreß. Rousselot behauptet, er habe seine jetzige, konservative Einstellung seinen liberalen Professoren an der Universität zu verdanken. „Wegen der von ihnen betriebenen Propaganda begann ich, über die Fragen der Regierungsgewalt nachzudenken ... Sie waren vorwiegend Anhänger des Sozialismus. Nach jahrelanger Tätigkeit im Geschäftsleben und in der Regierung sehe ich, wie unrecht sie hatten. Je älter ich werde, desto klarer wird mir, daß der Sozialismus, statt die Leiden der Menschheit zu lindern, wie man uns glauben machen will, unsere Nation nur dem Ruin entgegenführt. Eine in ihren Befugnissen beschränkte Regierung ist eine freiere Regierung, und gekoppelt mit dem freien Unternehmertum ist das für uns die einzige Möglichkeit, wirklich voranzukommen."

Die Wähler in Rousselots Bezirk (der einst durch Richard Nixon vertreten wurde) gehen offenbar mit dieser Ansicht konform – da sie Rousselot mit einer Stimmenmehrheit von mehr als vierundzwanzig-

tausend ins Amt wählten. Und seine republikanischen Kollegen, gleich ihm Kongreß-Neulinge, scheinen ebenfalls zuzustimmen, da sie ihn zum Vorsitzenden des „87. Klubs" wählten, des Kaukus[23] der republikanischen Kongreßmänner in erster Legislaturperiode.

Ein dritter junger republikanischer Kongreßmann neuer Prägung ist Donald Bruce aus Indiana, der im Alter von 39 Jahren von Indianapolis in den Kongreß gewählt wurde. Als Vertreter einer Industriestadt mit einer halben Million Einwohner gehört Bruce zu denjenigen im Kongreß, die stets am klarsten im konservativen Sinne gestimmt haben, und er verwendet stolz das Wort „konservativ" in seinen Wahlschriften. Auf die Gefahr hin, seine Wahlchancen zu verspielen, trat er den Beweis an, daß sein Gegenkandidat ein Liberaler sei.

„Meiner Ansicht nach müssen wir hier unsere Grundsätze erklären", sagte Don Bruce. „Irgend jemand muß irgendwo einmal für seine Überzeugung eintreten, oder das Land wird bald bankrott gehen, und die Feuer unserer Freiheiten werden nur noch müde flackern." Werden seine konservativen Erklärungen ihm bei den Wählern schaden? „Ich glaube nicht", antwortete Bruce. „Meiner Meinung nach sympathisiert man in unserem Bezirk, wie überall im Lande, wieder mit den konservativen Gedanken. Die bei mir eingegangenen Wählerbriefe sprachen sich mit einer Mehrheit von ungefähr zehn zu eins gegen die Abschaffung des Kongreßordnungs-Ausschusses aus. Besonderen Auftrieb gaben mir die Reaktionen aus den Reihen der jungen Menschen; wenn ich in ihren Klubs sprach oder mich auf meinen Reisen nach Hause und hier im Büro mit ihnen unterhielt, war ich stark davon beeindruckt, wie sehr sie erfassen, um was es geht. Sie verstehen, daß die Freiheit auf dem Spiele steht, und sie identifizieren sich in zunehmendem Maße mit der konservativen Sache."

Der Kampf gegen die NSA

„Wesentlichstes Merkmal des Spießbürgers, ob alt oder jung, ist seine Vorliebe für abgedroschene Redensarten. Gehört er zur älteren Generation, sind das: solide, reell, nüchtern, vernünftig und Mit-dem-Geld-auskommenkönnen. Gehört er zu den Jungen: vital, dynamisch, tüchtig, aufgeschlossen, positiv, die Massen und der Mann auf der Straße."

Peter Viereck

Keine Betrachtung des politischen Wirkens an unseren Universitäten kann vollständig sein ohne einige Worte über eine Gruppe, die sich *United States National Student Association* nennt (Nationaler Amerikanischer Studentenbund). Die *NSA*, wie man sie meistens bezeichnet, wird oftmals als die „Stimme" der Studenten Amerikas angesehen. Daher sind ihre politische Ausrichtung und die Glaubwürdigkeit ihres Auftrages für diese Diskussion von erheblicher Bedeutung.

Im Jahre 1947 an der Universität Wisconsin gegründet, ist die *NSA* ein Konglomerat studentischer Organisationen. Sie behauptet, daß ihr zwischen drei- und vierhundert Universitäten angeschlossen seien und daß sie 1,3 Millionen „Mitglieder" unter den Studenten habe. Sie befaßt sich – ihren Statuten und verschiedenen Äußerungen ihrer amtlichen Vertreter zufolge – vorwiegend mit den internen Problemen der akademischen Welt. Nach ihren Statuten soll sich die *NSA* aus politischen Diskussionen heraushalten. Im Abschnitt A, Artikel 10, dieses Dokumentes heißt es:

„Keine der *USNSA* angeschlossene Körperschaft darf sich an der Tätigkeit religiöser Sekten oder an Parteipolitik beteiligen; sie dürfen sich nur auf Gebieten betätigen, die in unmittelbarer Beziehung zu den Studenten in ihrer Eigenschaft als Studierende stehen." Im Abschnitt B desselben Artikels heißt es: „Die nationalen und regionalen Organe der *USNSA* dürfen sich keinesfalls in nennenswertem Umfange mit Propaganda befassen oder sonstwie versuchen, die Gesetzgebung zu beeinflussen."

Trotzdem verwendet die *NSA* einen Großteil ihrer Zeit auf eine dergestalt verbotene Tätigkeit. Die Gruppe hat es in zunehmendem Maße geschafft, sich Schritt für Schritt in politische Auseinandersetzungen hineinzuschleichen – von der Diskussion über die Kernversuche bis zum „Kolonialismus in Mozambique" – und ein Kauderwelsch von Grundsatzerklärungen im Namen der „amerikanischen Studenten" abzugeben. Die *NSA*-Führer betrachten die Universitätsjahre offenbar mehr als eine Lehrzeit für angehende Politiker und Organisatoren denn als eine Zeit der Geistesschulung (eine Tatsache, die besonders deutlich in den literarischen Bemühungen der *NSA* zutage tritt).

Dieser Kurs wird nach Ansicht der *NSA* durch das „Beziehungsgeflecht" bestimmt – womit gemeint ist, daß alle Dinge zueinander in Beziehung stehen und so auch die Studenten eine Beziehung zur amerikanischen und zur Weltpolitik haben. Da der Unterricht nicht immer dazu beiträgt, aus den Menschen „intelligente Bürger" zu machen, wie ein *NSA*-Präsident es ausdrückte, „erscheint es um so dringlicher, daß sich die studentische Selbstverwaltung in erster Linie darum bemüht, eine Atmosphäre zu schaffen, die es den Studenten ermöglicht, Aufgeschlossenheit und Verständnis für politische Zusammenhänge im eigenen Lande und in der Welt zu entwickeln".

Wenn damit lediglich gemeint wäre, daß man sich bemühen wollte, diese „Aufgeschlossenheit" ganz allgemein zu wecken, wäre die *NSA* gar nicht so scharf zu kritisieren. Als Lenkungsorgan für politische Gedanken hat die Organisation es jedoch hinreichend klargemacht, daß aufgeschlossen sein und liberal sein für sie ein und dasselbe ist. Diese Tatsache und der Umstand, daß die *NSA* behauptet, für *alle* amerikanischen Studenten zu sprechen, muß gegen die Symptome des wiederauflebenden Konservatismus an den Universitäten in Ansatz gebracht werden. Ist die *NSA* wirklich liberal? Und wenn ja, inwieweit verkörpert sie dann die Einstellung der amerikanischen Studentenschaft?

Die Antwort lautet, daß die *NSA* ihrer geschichtlichen Entwicklung nach tatsächlich sehr liberal war – daß sie recht weit auf dem linken Flügel der, sagen wir, Mehrheit der Demokratischen Partei in Amerika stand. Eben das ist den älteren unter den Liberalen ein rechter Trost gewesen. Diese Herren argumentieren nämlich seit eh und je unverdrossen, daß der Kollektivismus „unvermeidlich" sei, da jede Generation ein Stück weiter nach links rücke als die vorhergehende. Daher muß „die Jugend" im Weltbild der Liberalen immer links von den Alten stehen. Der Radikalismus der *NSA* paßte in diese Kategorisierung wunderbar hinein. Die älteren Semester unter den Liberalen können getrost auf die diversen öffentlichen Erklärungen der *NSA* verweisen und sagen, daß diese die Ansichten der kommenden Generation ausdrücken.

Die der *NSA* auf diese Weise zuteil gewordene Rolle ist nicht einfach. In einem Zeitalter, in dem der Liberalismus zu einer starren Lehre geworden ist und sich der überwiegende Teil der Professorenschaft, die Massenmedien und die Regierung auf dem linken Flügel zusammenballen, erfordert es schon einige Mühe, *noch* radikaler zu sein. Die *NSA* hat das redlich versucht. Sie hat sich beispielsweise wiederholt für die staatlichen Erziehungsbeihilfen, gegen die Entlassung kommunistischer Lehrer und gegen den geforderten Treueid von Studenten des *ROTC* der Marine ausgesprochen. Auf ihrem „Nationalkongreß" 1960 forderte sie die Einschränkung der Befugnisse des Ausschusses gegen unamerikanische Umtriebe, verlangte die Abschaffung des Treueides und der eidesstattlichen Erklärung im Rahmen des *National Defense Education Act,* drang auf „eine allgemeine Aussetzung der Kernversuche" und verdammte die „bedauerliche Verfolgung von Studenten an den spanischen Universitäten", während sie sich gleichzeitig merkwürdig positiv zur „Universitätsreform" des kommunistischen Regimes unter Fidel Castro äußerte.

Weiter kam die *NSA* mit einer aufsehenerregenden Erklärung heraus, in der die von kommunistischer Seite inspirierten Krawalle japanischer Studenten gegen Präsident Eisenhower im Juni 1960 gutgeheißen wurden. In der Erklärung hieß es:

„Tatsachen. Im Mai und Juni 1960 fanden in Japan studentische Protestdemonstrationen gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitspakt statt sowie gegen die vom Kabinett Kishi angewandten Methoden, die Ratifizierung dieses Vertragswerkes durchzusetzen.

Erklärung. 1. Da die *USNSA* das Recht aller Studenten auf gewaltlosen

Widerstand gegen Aktionen anerkennt, die sie für ungerecht oder undemokratisch halten, spricht sich die *USNSA* für die Geltendmachung dieses Rechtes durch japanische Studenten aus. 2. die *USNSA* bedauert die unglücklichen Zwischenfälle infolge brutaler polizeilicher Maßnahmen und Gewaltanwendung von studentischer Seite ..."

An keiner Stelle dieser Erklärung erwähnte die *NSA* die Tatsache, daß die Tumulte von kommunistischer Seite angezettelt und voller Gift und Galle gegen Amerika waren; daß der Präsident der Vereinigten Staaten um ihretwillen seinen geplanten Staatsbesuch absagen mußte; daß sie als demütigende Niederlage Amerikas und als überwältigender Propagandasieg für den Kreml gewertet wurden. Für die jungen Machthaber der *NSA* ging es ausschließlich um die „Rechte" japanischer Studenten.

Wer danach noch im Zweifel sein sollte, daß die *NSA* erhebliche „Luv-Schlagseite" hat, kann sich dadurch weitere Aufklärung verschaffen, daß er betrachtet, wie sich die Organisation zur Frage der „bundesstaatlichen Hilfe" stellte. Die Bemühungen des Bundes um staatliche Einschaltung in das Erziehungswesen sind beinahe heroisch zu nennen. Ray Farabee, *NSA*-Präsident im Studienjahr 1957/58, trat an den Arbeiter- und Wohlfahrtsausschuß des Senats heran, um staatliche Unterstützung für Studenten zu erbitten. Die *National Student News*, das offizielle Blatt der *NSA* (inzwischen eingegangen), trat mit nicht erlahmendem Eifer auf diesem Thema herum.

Während ich dies schreibe, habe ich vor mir fünf Ausgaben der *News*, die nicht weniger als dreiunddreißig verschiedene Artikel zum Thema Finanzen enthalten – fünf davon in einer Sonderbeilage, die den Titel trägt „Steigende Kosten bedrücken Studenten". Dreizehn dieser Artikel sprechen sich auf die eine oder andere Weise für die Gewährung staatlicher Beihilfen an Studenten aus. Das sind durchschnittlich fünf Artikel über Finanzfragen pro Ausgabe – mehr als sechs pro Ausgabe, wenn man die Beilage mitrechnet; mit anderen Worten, mehr als zwei Artikel in jeder Ausgabe treten für staatliche Beihilfen ein.

Das scheint darauf hinzudeuten, daß von einem „Wiederaufleben des Konservatismus" an Amerikas Universitäten keine Rede sein kann, sondern daß die Studenten weiter links stehen denn je. Es läßt sich jedoch beweisen, daß die *NSA* in Wirklichkeit nicht für die Studenten Amerikas in ihrer Gesamtheit spricht und auch nur die Ansichten eines sehr geringen Prozentsatzes ihrer eigenen angeblichen Mitglieder vertritt; die *NSA* hat,

mit einem Wort, die Senioren unter den Liberalen eine Zukunft vorhersehen lassen, die nur in den Köpfen der *NSA*-Spitze besteht. Außerdem hat die *NSA* nicht nur das Vorhandensein einer konservativen Tendenz an den Universitäten verschleiert, ihr Anspruch, maßgebendes und autoritatives Sprachrohr zu sein, und ihre Methoden, diesen Anspruch zwangsweise durchzusetzen, haben die Konservativen erbost und aufbegehren lassen. Es ist nicht zuviel gesagt, daß die *NSA* dadurch, daß ihre Kanonen sozusagen nach hinten losgingen, viel dazu beitrug, das Feuer der konservativen Rebellion zu schüren.

Es muß vermerkt werden, daß die *NSA* manchmal damit argumentiert, sie sei doch gar nicht linksgerichtet. Das ist mir von wütenden Anhängern dieser Gruppe oft genug gesagt worden. Wenn aber ein andauernder Feldzug für staatliche Unterstützung, ein Kreuzzug gegen Treueide und *HUAC* und eine Sympathie-Erklärung für kommunistisch aufgehetzte Ausländer, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten verunglimpfen, im politischen Leben Amerikas nicht als „links" zu bezeichnen sind, dann haben Worte tatsächlich ihre Bedeutung verloren.

Die zweite und wesentlich ernster zu nehmende Verteidigungstaktik der *NSA* besteht darin, zuzugeben, daß ihre öffentlich formulierten Standpunkte zu gewissen Fragen im Grunde „liberal" oder „linksgerichtet" seien, gleichzeitig jedoch zu behaupten, daß dies der wahre Ausdruck der unter den Studenten herrschenden Meinung sei. Ein *NSA*-Fürsprecher schreibt: „Wer je mit der *NSA* in Verbindung gekommen ist, kann nicht leugnen, daß sie liberal orientiert ist, und einige Menschen würden Evans fraglos zustimmen ... Nur wenige werden jedoch die Mehrheit der Studentenschaft als konservativ bezeichnen."

Die *NSA* selbst sagt: „Da die *USNSA* getreulich die Meinungen der Studenten in den uns angeschlossenen Universitäten wiedergibt, ist sie das repräsentative Organ der amerikanischen Studenten, der pluralistischen Heterogenität unseres gehobenen Bildungssystems zum Trotz."

Diese Behauptung ruft die konservativen Gegner der Gruppe auf den Plan. Howard Phillips, der Vorsitzende des Studentenrates der Universität Harvard, sagt: „Es gibt wahrscheinlich nicht einmal eine Million Studenten, die überhaupt je von der *NSA* gehört haben, und es sind höchstwahrscheinlich nicht mehr als einige tausend, die wirklich zu sagen vermögen, worin die Ziele dieser Organisation bestehen. Gelegentlich", so fährt Phillips fort, „räumen die maßgebenden Leute der *NSA* auch ein,

daß ihre Organisation der Studentenschaft nicht so nahesteht, wie sie es vorgibt, doch werden derartige Eingeständnisse im allgemeinen von der beruhigenden Versicherung begleitet, daß die aktiv in der *NSA* tätigen Studenten die Ansichten der gesamten amerikanischen Studentenschaft wiedergäben und die ‚wirkliche Avantgarde' der studentischen Bewegung der Vereinigten Staaten seien."

Die organisatorische Grundeinheit der *NSA* ist der „Bezirk", der entweder aus einem großen Bundesstaat oder zwei mittleren oder mehreren kleinen besteht. Im Organisationsplan der *NSA* ist das Land in zwanzig solche Bezirke aufgeteilt. Jeder hat seine eigenen Regeln und seine eigene Arbeitsweise im Rahmen der nationalen *NSA*-Verfassung. Jeder wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden; alle Vorsitzenden gehören dem Exekutivausschuß an; in Bezirken, die mehr als vierzigtausend Studenten vertreten, gehört auch der stellvertretende Vorsitzende diesem Ausschuß an. Es gibt fünf nationale Funktionäre – einen Präsidenten und vier Vizepräsidenten –, die ebenfalls (als nicht stimmberechtigte Mitglieder) dem Exekutivausschuß angehören. Diese Gruppe von fünfunddreißig Leuten bildet die „Führungselite" der *NSA* und bestimmt die allgemeine Marschrichtung.

Theoretisch wird die Politik der *NSA* durch Abgeordnetenversammlungen festgelegt. Kritiker aus der Studentenschaft behaupten jedoch, daß die liberale Tendenz dieser jährlichen Zusammenkünfte von vornherein so vorgezeichnet ist, daß die Ergebnisse mehr oder weniger festliegen. Schon das ideologische Klima, in dem die Diskussionen und Betrachtungen abgehalten werden, begünstigt ein liberales Ergebnis. „In der *NSA* ist man der Auffassung", sagt Phillips, „daß der Student in Amerika unter der gleichen Verfolgung zu leiden hat wie die Studierenden in anderen Ländern und daß er deshalb als zu einer ‚internationalen Studentenbewegung' gehörend betrachtet werden muß. Folglich wird den *NSA*-Mitgliedern nahegelegt, Probleme nicht aus dem Blickwinkel der amerikanischen Interessen, sondern im Lichte ihrer Beziehung zur ‚Sache' zu betrachten. Daher spiegelt jede Resolution, die von den ahnungslosen Delegierten angenommen wird, irgendwie diese Theorie."

Wie sehr die *NSA* den Anspruch erhebt, das wahre Sprachrohr der amerikanischen Studentenschaft zu sein, geht ferner daraus hervor, daß sie durchweg so tut, als ob alle ihre „Mitglieder" (womit die zusammengefaßten studentischen Körperschaften aller angeschlossenen Studienanstal-

ten gemeint sind) beziehungsweise alle amerikanischen Studenten ihr Programm guthießen. Viele Studienanstalten haben sich der *NSA* ohne vorheriges Referendum angeschlossen; viele andere sind mit oder ohne Referendum aus zumeist rein technischen Gründen beigetreten, die mit Ideologie nicht das geringste zu tun haben. Unter den 1,3 Millionen wissen also viele Studenten von dem Vorhandensein der *NSA* überhaupt nichts; und daneben gibt es viele, die sich gegen die radikale Einstellung der *NSA* zu den jeweils anstehenden Fragen wehren. Wo jedoch die gesamte Studentenvereinigung einer angeschlossenen Universität als „Mitglied" der *NSA* vereinnahmt worden ist, werden diese junge Leute durch die von der *NSA* herausgegebenen Erklärungen mit „vertreten", ob es ihnen gefällt oder nicht.

Verschlimmert werden die Dinge noch dadurch – sagen die unter den Studenten schnell zunehmenden kritischen Stimmen –, daß die Methoden der *NSA* bei der Durchführung ihrer Jahreskongresse wenig Möglichkeiten offenlassen, eine wirkliche Vertretung zu schaffen. Oftmals werden „Delegierte" eines *NSA*-Kongresses keineswegs durch ihre Kommilitonen gewählt, und viele Studenten haben überhaupt keine Ahnung, daß ihre Universitäten Vertreter zu diesen jährlichen Konklaven entsenden. In anderen Fällen werden die Delegierten aus Gründen gewählt, die gar nichts mit ihren politischen Überzeugungen zu tun haben – und sie sollen dann über einige der schwierigsten und heiß umstrittenen Probleme der Nation urteilen. Auf den Kongressen werden diese Angelegenheiten in Wort und Schrift mit starker Linkstendenz behandelt. Genauso linientreue Angehörige des „Forschungsstabes" treten auf, um die Tagung mit Fachgutachten zu würzen. Ausschüsse, die Resolutionen und Mandate hervorbringen sollen, werden von Liberalen scharf am Zügel gehalten. Die Früchte ihrer Bemühungen, einige Dutzend Anträge zu allen erdenklichen Themen, werden dann über die Delegierten ausgeschüttet mit der Aufforderung, sie anzunehmen, ohne daß sie tatsächlich Gelegenheit gehabt hätten, das Für und Wider der einzelnen Punkte abzuwägen. Wenn alles vorbei ist, werden die Ergebnisse schön gedruckt und als die Meinung der amerikanischen Jugend in alle Welt verschickt. Weder werden Berichte über Minoritätsbeschlüsse noch werden Protokolle veröffentlicht, die auch nur andeuten könnten, daß man vielleicht zu irgendeinem Punkt eine gegenteilige Meinung gehört und erörtert habe.

Typisch hierfür war die Klage von Bill Dalgetty, einem Studenten,

der als Präsident der studentischen Vereinigung an der Universität des Staates Iowa dem *NSA*-Kongreß 1960 beiwohnte. Es war nicht zu übersehen, beklagt sich Dalgetty, „daß alle Diskussionen und Beschlüsse absichtlich in eine ganz bestimmte Richtung gelenkt wurden. Arbeitsunterlagen und Druckschriften, nach denen die Delegierten ihre Gedanken und Meinungen bildeten, waren einseitig. Die Leute vom Forschungsstab in vielen Unterausschüssen und Ausschüssen beleuchteten ebenfalls nur eine Seite der Sache. Beweis dafür ist das Beispiel des Unterausschusses, der sich mit den Studentenkrawallen in Japan befaßte. Nur japanische Studenten, die an den Unruhen teilgenommen hatten, kamen zu Wort. Oft äußerte sich der Vorsitzende zu einem Thema, ohne vorher den Vorsitz abgegeben zu haben." Vor den Unterausschuß-Sitzungen, sagt Dalgetty, unterhielten sich die nationalen Funktionäre mit bestimmten Delegierten und fragten sie, ob sie wüßten, „was sie tun, wie sie sich entscheiden würden, welche Resolutionen sie einbringen und welche sie ablehnen würden". Während der Sitzungen „sprangen vielfach Leute in den hinteren Reihen auf und schrieben in wenigen Minuten eine sach- und fachgerechte Resolution nieder. Kein Zweifel, daß sie vorher durchdacht und schriftlich formuliert worden war ..."

Ein *NSA*-Bewertungsausschuß, in dem sieben Studienanstalten aus dem Bezirk Illinois–Wisconsin vertreten waren, faßt den Fall *NSA* folgendermaßen zusammen:

1. Alle Meinungsäußerungen der *NSA* scheinen *die* einstimmige Meinung der amerikanischen Studentenschaft zu sein, obwohl es oft sehr abweichende Ansichten gibt und die Abstimmungsergebnisse knapp sind. Beschlußfassungen der Minderheit werden nicht veröffentlicht, und das Abstimmungsverhältnis ist in den Protokollen über die Annahme der Resolutionen nicht enthalten.

2. Obwohl die *NSA* behauptet, alle Studenten der Vereinigten Staaten zu vertreten (in der Präambel heißt es ... „Wir, *die* Studenten der Vereinigten Staaten von Amerika), beläuft sich die Gesamtmitgliederzahl nur auf ein Drittel der amerikanischen Studentenschaft.

3. Die Delegierten zu den Kongressen werden für gewöhnlich nicht gewählt, und selbst wo dies der Fall ist, geschieht es selten in politischen Versammlungen.

4. Die nationalen und regionalen Kongresse werden häufig nicht nach demokratischen Grundsätzen abgehalten (das heißt: einseitig orientierte Ausschuß-Vorsitzende, einseitige Arbeitsunterlagen und einseitige Debatten).

5. Die Kongresse stimmen nur über einen kleinen Teil der *NSA*-Resolutionen ab. Über fast zwei Drittel ihrer Kodifikation stimmte der aus 35 Mitgliedern bestehende nationale Exekutivausschuß *(NEC)* ab, und nicht die Vertreter ihrer angeblich 1,3 Millionen Mitglieder.

6. Die der *NSA* angehörenden Hochschulen treten der Organisation in den meisten Fällen über ihre studentischen Verwaltungsorgane bei und nicht durch ein Referendum der Studenten.

7. Nur wenige Studenten wissen um ihre Mitgliedschaft in der *NSA*, noch ist ihnen bekannt, was die *NSA* tatsächlich darstellt und welche Erklärungen sie im Namen der Studenten abgibt.

8. Die *NSA* verwirkt ihre Glaubwürdigkeit als von der Studentenschaft beauftragtes Organ, indem sie zu viele und zu unterschiedliche Fragen aufgreift, von denen Studenten nichts wissen und die sie völlig kaltlassen. (Erklärungen auf dem Gebiet der politischen Kodifikation erstrecken sich beispielsweise von „Der Student und die totale Gemeinschaft" bis zum „Kolonialismus in Angola und Mozambique".)

9. Der Kontakt und die Verteilung von einschlägigen Druckschriften unter den angeschlossenen Hochschulen sind sowohl von seiten der nationalen als der Bezirksversammlungen nur spärlich. (Dazu gehören auch Nachkontakte nach Resolutionen, Aktionen und Mandaten des *NEC* und der verschiedenen regionalen Exekutivausschüsse.)

10. *NEC*-Mitglieder verkörpern nicht unbedingt die an den Hochschulen des Landes oder ihres Bezirkes herrschenden Ansichten. Oftmals unterhalten sie keinen Kontakt mit den angeschlossenen Universitäten und beraten sich nicht mit ihnen, ehe sie ihre Stimmen für sie abgeben. (So fand im Bezirk Illinois-Wisconsin beispielsweise zwischen dem Sommerkongreß und der *NEC*-Tagung im Winter keine Zusammenkunft statt.) Mit

fast keiner Hochschule hatte sich der Vorsitzende wegen der auf der Winter-Tagung zu beratenden Fragen in Verbindung gesetzt.)

11. Selbst wenn *NEC* Resolutionen angenommen hat, wissen die Mitglieder-Universitäten oftmals nicht, welche Ansicht darin vertreten wurde. (Resolutionen, die beispielsweise Anfang September 1960 angenommen wurden, trafen Ende Dezember 1960 – oder überhaupt nicht – bei den Mitgliedern ein. Sitzungsprotokolle erhalten Mitglieder-Universitäten selbst dann nicht, wenn sie darum einkommen. Keine der Organisation angehörende Universität hat die Möglichkeit, sich darüber zu informieren, wie ihr Bezirksvorsitzender stimmte, da keine Abstimmungsprotokolle geführt werden.)

Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, daß Punkt Nr. 11 den Tatsachen entspricht, daß nämlich „selbst wenn *NEC* Resolutionen angenommen hat, die Mitglieder-Universitäten oftmals nicht wissen, welche Ansicht darin vertreten wurde". Es ist sogar so, daß selbst *Delegierte* bei nationalen *NSA*-Kongressen manchmal nicht wissen, was in ihrem Namen verfügt wurde. Im Herbst 1960 wurde ich von Studenten einer Universität im Mittelwesten aufgefordert, meine Ansichten über die *NSA* darzulegen. Die Hochschule gehörte der *NSA* an, doch der Studentenrat beriet darüber, ob es ratsam sei, diese Verbindung weiterbestehen zu lassen. In der vorhergehenden Woche hatte ich einen Artikel geschrieben, der sich auch mit den öffentlichen Erklärungen der *NSA* zum Thema der japanischen Krawalle befaßte. Ich wurde einer jungen Dame gegenübergestellt, die mir mit zornfunkelnden Augen eine Kopie meines Artikels unter die Nase hielt – der Absatz über die japanische Resolution war rot angestrichen. „Ich war selbst auf diesem Kongreß", erklärte sie, „und es ist keine derartige Erklärung angenommen worden!" Als ich ihr sagte, diese Resolution sei das Werk des Nationalen Exekutivausschusses, wollte sie es nicht glauben. Glücklicherweise war ein *NSA*-Vertreter zur Hand. Zum Thema befragt, gab er der *NSA*-Delegierten gegenüber zu, daß dank dem Beschluß des Nationalen Exekutivausschusses sie und mehr als eine Million anderer Studenten sich öffentlich hinter die japanischen Krawallbrüder gestellt hatten.

Diejenigen, die tatsächlich über diese Resolutionen abstimmen, sind offenbar ebenso ahnungslos. „Selbst *NEC*-Mitglieder", berichtete Kay

Wonderlic von der Northwestern Universität, „waren sich darüber im unklaren, was sie in bezug auf Japan eigentlich beschlossen hatten. Von drei Leuten, mit denen ich in den seit dem Kongreß vergangenen vier Monaten sprach, stellte einer in Abrede, daß ein solcher Beschluß gefaßt wurde, ein weiterer sagte, er wisse es nicht, und der dritte meinte, man habe zwar eine derartige Resolution angenommen, an Einzelheiten könne er sich aber nicht erinnern. Doch mochte die *NEC* sich ihrer Beschlüsse auch nicht sicher und mochten die Mitglieder nicht organisiert sein – Abdrucke dieser Resolutionen wurden in die ganze Welt verschickt."

Diese Methode, strittige Resolutionen durch die *NEC* zu lotsen – Resolutionen, von denen Delegierte und sogar *NEC*-Mitglieder nichts wissen – ist vielleicht der klarste Beweis dafür, daß alles, was die *NSA* von sich gibt, kaum mehr ist als die Meinungsäußerung weniger hauptamtlicher Führer. Miß Wonderlic sagt dazu:

„Die Grundprinzipien der *USNSA* sind in einer ‚Kodifikation unserer Politik' zusammengefaßt, die als offizielle Erklärung der Vereinspolitik dient. Jedes Jahr nach dem Kongreß wird sie vom Nationalen Exekutiv-Ausschuß auf den neuesten Stand gebracht. Sie unterliegt der Billigung durch den nächsten Kongreß. Auf Kongressen angenommene Resolutionen verbleiben als Teil der politischen Grundkonzeption so lange in der Kodifikation, bis sie durch eine Zweidrittelmehrheit amendiert oder außer Kraft gesetzt werden.

In den Statuten heißt es: ‚Resolutionen des *NEC* sind nur durch Abstimmung auf dem nächsten Kongreß in die Kodifikation aufzunehmen.' Resolutionen einer nach dem Kongreß stattfindenden Sitzung werden in Wirklichkeit jedoch sofort nach ihrer Annahme zu einem Teil der Kodifikation. In der Kodifikation für 1960/61 sind sechsundachtzig solcher Resolutionen enthalten. Der *NSA*-Vorsitzende für 1960/61, Dick Rettig, erklärte das damit, daß diese Resolutionen durch Ausschüsse des Kongresses an das Nationale Exekutiv-Komitee überwiesen wurden und demzufolge nicht als *NEC*-Resolutionen anzusehen seien. Die Tatsache aber, daß *NEC* den Sinn der Resolutionen ändern und vollständig abwandeln und auch darüber abstimmen kann, ob sie im Endeffekt angenommen oder verworfen werden, erwähnte er mit keinem Wort."

Eine Reihe von Studenten hat an ihren Universitäten zum Kampf gegen die *NSA* aufgerufen. An der Universität Indiana hat Tom Huston, der Vorsitzende der konservativen Liga und Mitglied des Studentenrates,

eine Kampagne gestartet, die Hochschule aus ihrer Bindung an die *NSA* zu lösen. Als Sprecher für den Studentenbund der Universität Indiana beschuldigte Huston die *NSA*, daß sie ihre Mitgliederstatistik zu unberechtigter „Prestigewerbung" für die Politik der Liberalen benutze. Hustons Bemühungen bewirkten, daß der Studentenrat der Universität sich kritisch mit der *NSA* beschäftigte – mit Ergebnissen, die manchem Studenten, der bisher wenig über die Organisation gewußt hatte, die Augen öffneten. Die Universität Indiana verlangte daraufhin gewisse Reformen innerhalb der NSA – andernfalls werde sie ihren Austritt erwägen.

An der Universität Stanford beteiligten sich die Studenten Thomas Reilly und Richard Noble an einem erfolgreichen Feldzug gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen zur *NSA*. In Harvard ist Howard Phillips wirkungsvoll gegen die Organisation zu Felde gezogen. In Colorado hat der junge Führer der Konservativen, Stan Dempsey, viel dazu beigetragen, die organisatorischen Unzulänglichkeiten der *NSA* bloßzulegen. Am Dunbarton College wurde der Kampf durch Carol Bauman geführt; an der Northwestern Universität veröffentlichte Kay Wonderlic, stellvertretende Vorsitzende des Studentenrates, eine eindrucksvolle Kritik an den „undemokratischen" Methoden der Gruppe. An der Universität Butler kämpfte der Vorsitzende der Jungen Republikaner, Jim Blythe, ständig gegen die Bemühungen der *NSA*, diese Hochschule in ihr organisatorisches Gefüge einzubeziehen. Sue Brown und Ann Miller von der Hochschule Mundelein haben die *NSA* lebhaft kritisiert, ebenso wie Kathy Steward vom Rosary College. Die Hochschule Loyola in Chikago löste sich bereits vor sechs Jahren aus dem Verband, ebenso die Universität Detroit. Die Northwestern Universität ist noch „probeweise" Mitglied geblieben.

Zu den Lehranstalten, die in den letzten Monaten aus der Organisation austraten, gehören USC, Clemson, Virginia, Brigham Young, Mary Baldwin College, Brooklyn College, Hope College und West Virginia Wesleyan. An der Universität Illinois wurde ein Referendum durchgeführt, das eine Stimmenmehrheit für den Austritt aus der *NSA* ergab. Der Versuch auszutreten scheiterte jedoch an dem Beschluß des dortigen Studentenrates, daß ein derartiges Referendum nur Gültigkeit besitze, wenn sich mindestens fünfzig Prozent aller Studenten an der Abstimmung beteiligten. An der Hochschule DePauw setzte man sich dafür ein, daß in der *NSA* auch die Minderheiten zu Wort kommen sollen. Außerdem hat sich

der Internationale Studentinnenverband sehr nachdrücklich dafür ausgesprochen, die organisatorischen Methoden der *NSA* einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Typisch für den Kampf eines konservativen Studenten innerhalb der *NSA* ist das, was Stan Dempsey erzählt, Absolvent der Universität Colorado: „Im Frühjahr 1959 wurde ich in die dreizehn Mann starke Kommission des Studentenbundes der Universität Colorado gewählt. Auf mein Ersuchen ernannte mich der Vorsitzende des Studentenbundes zum Beauftragten für *NSA*-Angelegenheiten. Unsere erste Aktion unternahmen wir im Herbst 1959 auf dem Treffen des *NSA*-Bezirkes Rocky Mountain. Wir regten seinerzeit Diskussionsgruppen an, sich mit den Problemen der *NSA* zu beschäftigen, und brachten schließlich eine Resolution zustande, in der die *NSA* dringend aufgefordert wurde, sich mit den Problemen der Studenten dieses Bezirkes zu befassen: Abschaffung der Beförderungsteuer für Studenten, Unterstützung bei Fragen im Rahmen der Universität."

Dempseys Bemühungen hatten wenig Erfolg. „Als ich mich zuerst an die *NSA* wandte", schließt er bitter, „hoffte ich, daß eine aktive Tätigkeit auf Bezirksebene vielleicht einen Wandel in der Gesamtstrukur der *NSA* bewirken werde. Ich habe aber einsehen müssen, daß die *NSA*-Chefs dafür viel zu fest im Sattel sitzen."

Carol Bauman vom Dunbarton College berichtete, ihre Schule habe zwar eine aktive Rolle innerhalb der *NSA* gespielt, sie habe aber kaum je bemerkt, daß die unter den Studenten herrschenden Ansichten auch bis zur Spitze der Organisation durchgedrungen wären. „Vergangenes Jahr", schreibt Mrs. Bauman, „wurden nur drei Sitzungen abgehalten, von denen die erste eine ‚Planungs'-Sitzung war, Offenbar bedurfte es einer ganzen Sitzung, um die beiden anderen zu planen." Und über diese beiden folgenden Zusammenkünfte: „Auf der zweiten Sitzung sprach Harry Lunn, aktiver liberal-demokratischer Studentenführer und früherer *NSA*-Vorsitzender. Die dritte Versammlung bot erneut Gelegenheit, für die Liberalen zu werben, als nämlich der Jungdemokratenführer Dick Murphy zu Wort kam. Dafür, daß sie die Ehre hatten, diese beiden Liberalen reden zu hören, zahlten die Studenten von Dunbarton ihre Beiträge an den Bezirks- und den nationalen Verband der *NSA* und außerdem noch ungefähr vierhundert Dollar Auslagen für die zum Studentenkongreß entsandten Delegierten."

Kaum jemand ist jedoch so deutlich und kompromißlos gegen die *NSA* zu Felde gezogen wie Kay Wonderlic. Als stellvertretende Vorsitzende des Studentenrates und als „Maikönigin“ ihrer Universität im Jahre 1960 besitzt Miß Wonderlic beträchtlichen Einfluß. Sie hat ihn dazu benutzt, die *NSA* auf der ganzen Linie in die Flucht zu schlagen.

Ihr besonderes Augenmerk galt den strukturellen Mängeln der *NSA*, und sie hat unter erheblichem Zeitaufwand aufgezeigt, daß die Gruppe in Wirklichkeit kaum mehr „repräsentiert“ als die Wünsche einiger weniger Führer. „Die auf dem Kongreß behandelten Themen“, schreibt sie, „behandeln nicht etwa die Tagesfragen an den Mitglieder-Universitäten, sondern Themen, für die sich die Studenten nach Ansicht der *NSA*-Funktionäre interessieren sollten. Mit anderen Worten: Einige wenige amtliche Vertreter der Organisation versuchen, Interessengebiete für Studenten zu schaffen, mit deren wahren Interessen sie im großen und ganzen gar nicht vertraut sind.“

Die *NSA* hat zwar gelegentlich versucht, diese und ähnliche Vorwürfe zurückzuweisen, im Grunde aber haben die Führer der Organisation zugegeben, daß sie zu Recht bestehen. Robert Kiley, ehemaliger *NSA*-Vorsitzender, schrieb 1958: „Wenn wir an der These festhalten wollen, daß ein akademisches Studium dazu dient, ein intelligenteres Bürgertum heranzubilden, müssen wir es übernehmen, die Studenten so zu führen, daß sie sozialen Fragen mit mehr Aufgeschlossenheit begegnen.“ Die *NSA* hat erkannt, daß sie in einer logischen Falle sitzt: Sie behauptet, für „mehr als eine Million Studenten“ zu sprechen – lediglich der Anschein, die Meinung so vieler Menschen auszudrücken, verleiht Erklärungen überhaupt Gewicht. Nach Miß Wonderlics Feststellungen und Kileys Eingeständnis besteht das Ziel der *NSA* jedoch darin, die Meinungen der Studenten zu „lenken“ oder zu wandeln. Beides zugleich kann die Organisation nicht – sie kann nicht *zu* dieser eindrucksvollen Million Mitglieder und zugleich *für* sie sprechen.

Diese schweren Vorwürfe konservativer Studenten haben der *NSA* recht kritische Kommentare von seiten einiger Hochschulverwaltungen und der Presse eingetragen. Der Dekan der Northwestern Universität, James C. McLeod, hat erklärt, er stehe „mit Herz und Hand hinter Kay Wonderlics Bemühungen, die Mißstände innerhalb der Organisation zu beseitigen“. Er fügte hinzu: „Meiner Ansicht nach ist es wichtig, daß es auf den Gebieten, mit denen die *NSA* sich befaßt, nach Möglichkeit ein

Forum für die studentische Meinungsäußerung gibt. Meines Erachtens ist die *NSA* jedoch ihrer Aufgabe, Meinungsspiegel des amerikanischen Studenten von heute zu sein, in keiner Weise gerecht geworden." McLeod erwähnte noch einen anderen Punkt: „Es war sehr schwierig, zuverlässige Auskünfte darüber zu bekommen, wie groß die Zahl der Mitglieder-Hochschulen überhaupt ist. Sie war aber sicher niemals so groß, wie diese Leute behaupten."

Dekan Harry L. McCloskey von der Hochschule Loyola sagte: „Loyola-Studenten, die in den fünfziger Jahren an nationalen Kongressen teilnahmen, berichteten wiederholt von parlamentarischen Machenschaften zugunsten der nach links tendierenden Gruppen."

Miß Wonderlic ist Vorsitzende einer Vereinigung aus sowohl konservativen wie liberalen Kritikern an der inneren Struktur der *NSA*. Sie nennt sich *Students Committed to Accurate National Representation* (Studentenvereinigung für eine wahrhaft nationale Vertretung). (Anschrift: 640, Emerson Street, Evanston, Illinois) Ihr Ziel ist, nachzuweisen, daß die *NSA* in ihrer heutigen Form nicht die amerikanische Studentenschaft vertritt, und Veränderungen im Aufbau der *NSA* herbeizuführen, die sie zu einer wahrhaft repräsentativen Organisation machen. *SCANR*, wie diese Vereinigung sich abgekürzt nennt, tritt unter anderem für folgende Änderungen ein:

1. Daß die Handbücher mit den politischen Erklärungen der *NSA* in Zukunft Minoritätsberichte enthalten (sofern eine zwanzigprozentige Stimmenzahl erreicht wird); außerdem Abstimmungszahlen.

2. Daß alle öffentlichen Erklärungen der *NSA*, in Resolutionen ebenso wie in den Äußerungen maßgeblicher Vertreter, genau angeben, wer hinter derartigen Erklärungen steht. Zur Zeit beginnen selbst Resolutionen des 35köpfigen Nationalen Exekutiv-Komitees mit den Worten: „Nach Meinung der amerikanischen Studentenschaft ..."

3. Daß die Präambel der *NSA*-Statuten abgeändert wird von „Wir, die Studenten der Vereinigten Staaten von Amerika ..." in „Wir als Studenten ..."

4. Daß die Befugnisse des Nationalen Exekutiv-Komitees auf exekutive Funktionen beschränkt werden. Heute erläßt es Verfügungen im Namen des gesamten Verbandes.

5. Daß Ausschuß-Vorsitzende nicht mehr aktiv in Debatten eingreifen dürfen, ohne vorher den Vorsitz abgegeben zu haben.

6. Daß jeder zur Diskussion stehende Punkt von allen Seiten beleuchtet werden kann dadurch, daß Schriften und Arbeitsunterlagen die erforderlichen und sachlich notwendigen Informationen enthalten und daß die Ausschuß-Mitglieder sich entsprechend zusammensetzen.

Als Beispiel dafür, wie sehr die *NSA* die Tagungen von vornherein im Sinne einer liberalen Tendenz aufzog, führt *SCANR* eine 1961 einberufene Versammlung an, die den Zweck hatte, das Friedenskorps zu „untersuchen". Den Teilnehmern wurde mitgeteilt, daß diese Zusammenkunft „nicht so sehr eine Manifestation studentischer Unterstützung für diese Organisation, sondern eine ernsthafte Prüfung aller wichtigen Aspekte der vom Friedenskorps vorgebrachten Vorschläge" sein sollte. Die Tatsachen bewiesen das genaue Gegenteil, sagt Miß Wonderlic:

„Die Teilnehmer fanden reichlich Druckschriften und ‚Arbeitsunterlagen' vor, die sich darin überboten, die Vorzüge des Friedenskorps in wohlgesetzten Worten zu preisen. Alle Redner von Gewicht, darunter der Direktor des Friedenskorps, Sargent Shriver, und ... für den Plan werbende Kongreßabgeordnete waren dem Korps auf die eine oder andere Weise verbunden und konnten daher die Organisation nur in günstigem Lichte erscheinen lassen. Ausschuß-Vorsitzende lenkten die Debatten fast ausnahmslos so, daß Leute zu Worte kamen, die sich mit der Shriver-Kennedy-Version des Friedenskorps identifizierten. Außerdem verhinderte die Eile, mit der darauf gedrungen wurde, hinsichtlich des Friedenskorps zu ‚handeln', jedes wirkliche Abwägen der zur Debatte stehenden Fragen. Den Teilnehmern wurde ‚das Gefühl gegeben, daß die Stimmabgabe zu den Resolutionen wichtiger sei als sorgfältige Erwägung und Diskussion. Studenten, die gekommen waren, um zu lernen und sich ein Urteil zu bilden, fanden sich unversehens in die Lage versetzt, bindende Entscheidungen treffen zu müssen: Resolutionen um jeden Preis anzunehmen – teils zu Fragen, die vorher überhaupt nicht zur Debatte gestanden hatten."

Es kam jedoch auf dieser Kundgebung um das Friedenskorps zu einem bedeutungsvollen Scharmützel zwischen den liberalen Studenten und den vordrängenden jungen Konservativen – in den ureigensten Gefilden der

Liberalen. Die *Young Americans for Freedom*, die sich die Beobachtung der *NSA* zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht haben, entsandten eine Gruppe Abgeordnete zu der an der American University in Washington stattfindenden Tagung. Wenngleich die Friedenskorps-Enthusiasten zahlenmäßig um ein Vielfaches überlegen waren, gelang es den *YAF*-Abgeordneten doch, ihren Einfluß spürbar werden zu lassen, indem sie sich vor versammeltem Hause für Maßnahmen einsetzten, das Korps von einer karitativen Organisation in eine wirksame Waffe gegen den Kommunismus zu wandeln. Die Presse gab diesen Äußerungen beträchtlichen Raum und machte die Öffentlichkeit auf viele der augenfälligen Schwächen dieses Kennedy-Planes aufmerksam. „Die jungen Konservativen", sagte *YAF*-Vorsitzender Robert Schuchman, „krönten ihre Bemühungen dadurch, daß es ihnen gelang, die Konferenzmitglieder zu bewegen, mindestens die Hälfte der abschließenden Resolutionen zu modifizieren oder abzuändern."

Innerhalb der *NSA* selbst haben die jungen Konservativen noch einen weiten Weg vor sich. Sie haben jedoch große Fortschritte erzielt in ihrem Bemühen, aufzuzeigen, daß der Verband nicht für die gesamte amerikanische Studentenschaft spricht; und die überheblichen Methoden der *NSA* haben dazu beigetragen, die Studenten an vielen Universitäten zu verärgern, was dem Schwung nach rechts unter der Jugend sehr förderlich gewesen ist.

Die Intellektuellen

„... nur wenige Menschen lassen sich auf dem Gebiet wirtschaftlicher und politischer Weltanschauung nach dem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Lebensjahr noch für neue Theorien gewinnen, so daß kaum anzunehmen ist, daß die Ideen, mit denen Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren an die Ereignisse der Gegenwart herangehen, sehr jungen Datums sind. Doch ob früh oder spät, die Ideen sind es, nicht der gegebene Nutzen, die über Gut und Böse zu bestimmen vermögen."

J. M. Keynes

Die konservative Bewegung hat nicht nur Enthusiasten und Nachwuchspolitiker, die an Straßenecken für ihre Überzeugung demonstrieren, hervorgebracht, sondern auch viele Gelehrte und Journalisten. Die jungen Konservativen zeichnen sich im großen und ganzen durch ihre Bereitschaft aus, sich mit Ideen auseinanderzusetzen, und ihnen stehen die Macht des Wortes und die dialektische Beherrschung der Sprache zu Gebote, diesen Ideen Ausdruck zu verleihen.

Mit einem so hohen Prozentsatz an Intellektuellen verspricht die Bewegung nicht nur dauerhaft zu sein, sondern auch in Zukunft organisch weiter zu wachsen. Werden doch die Menschen, deren Denken jetzt geformt wird und die jetzt zu einer Weltanschauung gelangen, wie die Einheit aus Bürger und Staat aussehen sollte, ihren Einfluß auf andere übertragen und ihn so in die Breite wirken lassen. Die Bewegung wird

nicht nur von jugendlichem Eifer getragen, sondern ebenso von der stetigen Kraft der Ideen.

Diese intellektuelle Renaissance schöpft aus vielerlei Quellen: Allen gemeinsam ist das Element, das von der gegenwärtigen Orthodoxie fortstrebt, einige suchen darüber hinaus nach Alternativen. Es gibt viele Methoden, diese Bewegung auf ihre verschiedenen Triebfedern hin zu untersuchen, je nach Blickwinkel. Sie weist Abweichungen auf in der philosophischen Definition, in der Bewertung des Problemkomplexes, in der Verteilung der Gewichte, was die Dringlichkeit einzelner Punkte angeht. Einige Gruppen spiegeln deutlich den Einfluß einer besonderen intellektuellen Führerpersönlichkeit; ganz entschieden wird hier und da ein sich gegen das herrschende System auflehnender Professor das Denken der konservativen Studenten an seiner Hochschule maßgeblich beeinflussen. Aus gewissen Hochschulen gehen – ohne Ansehen der Fakultät – Konservative besonderer Prägung mit einem ganz eigenen Stil und Ton hervor. Aus unerklärlichen Gründen regt sich plötzlich an irgendeiner Schule der Konservatismus, wenn dort genügend intelligente junge Menschen zusammenkommen, die den alten, doch ewig gültigen Wahrheiten des Konservatismus aufgeschlossen begegnen. Und schließlich gibt es noch Katalysatoren – Schulen, Bildungsprogramme, Seminare –, die geschaffen wurden, um Konservative zusammenzubringen, gewisse Grundbegriffe der konservativen Weltanschauung zu vermitteln und den Gedankenaustausch zu fördern. Diese Einflüsse – Menschen, Schulen, Bildungsbereiche – haben dem Denken der Studenten ihren Stempel aufgedrückt.

Mein Kommentar zu alledem steht natürlich im Zeichen dessen, was ich selbst aus nächster Nähe miterlebt habe, und er sollte auch aus dieser Sicht verstanden werden. Nach meinen Beobachtungen gab es zwei weitgesteckte, konservative Betätigungsfelder – beide mit ihrer sehr eigenen, regional bedingten Gewichtsverteilung und ihrem ganz besonderen Stil. Einmal war entlang der gesamten Ostküste unseres Kontinents ein gewaltiger Aufbruch der intellektuellen Jugend zu verzeichnen, von Harvard im Norden bis Virginia und den Carolinas im Süden. Hier wuchs eine völlig neue Schule junger Autoren heran. Sie kamen zwar aus verschiedenen Teilen des Landes, doch ihre Entwicklung und ihre Hauptarbeit vollzogen sich im Osten der Staaten, vornehmlich in Washington und New York.

Das zweite große Gebiet, das zum Nährboden geistigen Lebens wurde,

war der Mittelwesten – oder genauer gesagt, die nach Oklahoma und Texas hineinreichenden Zentralebenen. Dort stand die politische Tätigkeit im Vordergrund. Grob gesagt: die jungen Konservativen im Osten sind Schriftsteller – die im Mittelwesten Politiker.

Diese Kategorisierung ist natürlich nicht starr. Beide Gruppen wissen durchaus, daß sie einer gemeinsamen Sache dienen und daß die Zeiten beides erfordern, das wohlformulierte Wort ebenso wie die Tat, die klarumrissenen Prinzipien ebenso wie den physischen Einsatz an Ort und Stelle, um diese Prinzipien in die Praxis umzusetzen. Für die Gruppe im Osten wurde Politik sozusagen klein geschrieben. Die jungen Autoren dort haben aber nicht nur zahlreiche Artikel und Schriften veröffentlicht, in denen sie die Mängel des Liberalismus von allen Seiten beleuchten, sie sind auch in der Treueid-Bewegung, im Bund „Jugend für Goldwater“, in der Vereinigung der *Young Americans for Freedom* und in den Reihen der Jungen Republikaner tätig gewesen.

Ähnlich haben sich die Jungpolitiker des Mittelwestens neben Kongressen und Wahlen auf bundesstaatlicher und nationaler Ebene die Zeit genommen, sich am geschriebenen Wort zu versuchen, und sie haben dabei Beachtliches geleistet. Neben bemerkenswerten literarischen Ergebnissen in Wisconsin und Chikago erwies sich eine Anzahl der geschicktesten jungen Politiker als echte schriftstellerische Begabungen.

Schwierig zu sagen, wie viele Keimzellen intellektuellen Lebens es tatsächlich gegeben hat, denen der neuerstandene Konservativmus sein Dasein verdankt. In der volkswirtschaftlichen Sphäre lassen sich einige Hauptquellgebiete identifizieren. Eines unter ihnen ist deshalb besonders erwähnenswert, weil es nicht nur das College umfaßt, sondern weiter hineinreicht in die Reihen der Studenten höherer Semester: Es ist die Wissenschaftliche Hochschule Bronx. Eine Gruppe intelligenter junger Leute an dieser New Yorker Schule für wahrhaft Begabte begann sich Anfang der fünfziger Jahre für die Lehren Ludwig von Mises zu interessieren. Ihr Studium der freien Wirtschaft führte sie auf andere Gebiete konservativen Denkens. Viele von ihnen stehen heute als aktive Konservative im vordersten Glied.

Mises und andere konservative Volkswirtschaftler an der NYU-Schule für *„Business Administration“* (entspr. ungefähr unserem Begriff „Handelsakademie“, d. Übers.) haben auf viele der jungen Konservativen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Ein zweites Zentrum, in dem auf wirt-

schaftlichem Gebiet nach konservativen Grundsätzen gelehrt wird, ist die Universität Chikago. Auch die volkswirtschaftliche Fakultät des Grove City College in Pennsylvanien hat auf viele Studenten spürbare Wirkung ausgeübt.

Ferner trug eine Institution, die unter dem Namen *„Freedom School“* bekannt ist, wesentlich dazu bei, die Ansichten junger Menschen zu formen. Geleitet wird diese Schule vom Zeitungsverleger Robert LeFevre aus Colorado Spring, Colorado. Da man dort die Grundsätze freier Volkswirtschaft in einer Weise lehrt, die sich durchaus mit Mises' Prinzipien messen kann, hat die „Freedom School“ an der Laufbahn einer Reihe junger Konservativer maßgeblichen Anteil. Die „Freedom School“ faßt ihre Konzeption in dem Begriff „libertinistische Weltanschauung des Individualismus“ zusammen. Diese Weltanschauung, wird erklärt, geht davon aus, „daß der Mensch von Natur frei ist. Dies war die Konzeption der Gründer unserer amerikanischen Republik. Sie erklärt und billigt das freie Unternehmertum und Privatbesitz. Sie analysiert den Kollektivismus und entkleidet ihn seiner diversen Masken.“

Ein wesentlicher Grund dafür, daß diese jungen Leute sich in Washington konzentrieren, ist noch eine „Schule“ – die journalistische Lehrwerkstatt von *Human Events,* aus der rund ein Dutzend konservativer Autoren hervorgegangen ist.

Zum Teil weist diese ganze Entwicklung klare regionale Unterschiede auf. Im Süden haben die jungen Konservativen sich in erster Linie mit dem vielschichtigen Komplex politischer und philosophischer Fragen im Zusammenhang mit der Rassentrennung und den Machtbefugnissen der einzelnen Bundesstaaten auseinandergesetzt. Die im Mittelwesten haben sich dank dem dort verankerten Konservatismus der Republikanischen Partei sehr bereitwillig den Reihen der Republikaner angeschlossen. Die Gruppe an der Ostküste ist in mancher Beziehung vom Stil der Ivy-League-Schulen in New York und Washington geprägt worden.

Schließlich haben nationale Persönlichkeiten der konservativen Geistesrichtung einen deutlich spürbaren Einfluß ausgeübt: Schulen und konservativ ausgerichtete Gruppen haben sich um Schriftsteller wie Ayn Rand, Mises, F. A. Hayek und Russell Kirk geschart und um Politiker wie Senator Taft, Senator Goldwater oder Kongreßmann Bruce Alger.

Alle diese Einflüsse wurden zur „neuen Welle“ konservativer Autoren – junger und älterer Jahrgänge – die durchaus in der Lage sind, gegen den

Liberalismus anzutreten und ihm einen wirklich fundierten ideologischen Kampf zu liefern.

Einer der fähigsten und wortgewandtesten unter ihnen ist Garry Wills, der gerade in Yale in Philosophie promovierte (mit einer Arbeit über Heraklit und Äschylos). Neben seinem Studium schrieb Wills regelmäßig für die *National Review.* Seine Veröffentlichungen zeichnen sich durch gründliche und umfassende Kenntnisse auf den Gebieten der Literatur, der Philosophie und der überlieferten Religionen des Westens aus. Mit sechsundzwanzig Jahren hat er außer seiner Dissertation bereits ein Buch herausgebracht *(Chesterton: Man and Mask),* schreibt regelmäßig für den *News Leader* in Richmond und hat einen Studienauftrag am Institut für Hellenische Studien.

Wills Vorgänger an der Zeitung in Richmond war Richard Whalen, ebenfalls sechsundzwanzig Jahre alt, heute Leitartikler für das *Wall Street Journal* und mit häufigen Beiträgen im *National Review* vertreten. Whalen ist ein typisches Beispiel für die „Frühreifen" vom rechten Flügel, insofern als er sich am Tage vor seinem zweiundzwanzigsten Geburtstag die Stellung des Assistenten eines Ressortchefs beim *News Leader* sicherte. Zwischen Richmond und Wall Street schrieb er eine Zeitlang für *Time.*

Ein weiterer hervorragender junger Autor, der schon ein glänzendes Buch veröffentlicht hat, ist Roger Lea MacBride. MacBride ist zweiunddreißig und Absolvent der Universität Princeton. Er verfaßte Beiträge für *National Review* und *American Statesman.*

Ein dritter junger Wissenschaftler, Dr. Z. Michael Szaz von der Universität St. John, ist der Autor von „Germany's Eastern Frontiers" (Deutschlands Ostgrenzen), einer Studie über die Kontroverse um die Oder-Neiße-Gebiete, die zugleich eine unabweisbare Anklage gegen die westliche Politik in und nach dem zweiten Weltkrieg ist. Dr. Szaz, einunddreißig Jahre alt, ist außerdem Chefredakteur einer vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift namens *Free World Forum.* Außer Wills und Whalen fand eine ganze Reihe konservativer Schriftsteller ihren Weg ins Zeitungswesen.

Wie in der amerikanischen Literatur üblich, hat besonders der Süden junge konservative Autoren hervorgebracht. Ein überragendes Produkt des Südens, der siebenundzwanzigjährige Robert Y. Drake, gehörte dem Lehrkörper der Northwestern-Universität an und schrieb häufig Beiträge für *National Review* und für *Modern Age.* In Louisiana haben zwei ju-

gendliche Sprecher für den Konservatismus bedeutende redaktionelle Funktionen übernommen.

Auch auf weiblicher Seite fehlt es der konservativen Bewegung nicht an federgewandten Persönlichkeiten. Joan Didion (26), ist Assistentin eines Ressortchefs von *Vogue* und schreibt regelmäßig für *National Review.* „Für Vogue arbeite ich, weil ich ein Preisausschreiben gewann, das die Zeitschrift für höhere Semester veranstaltete – den Preis von Paris. Die bekannteste unter den Gewinnerinnen war fünf Jahre vor mir Jacqueline Bouvier." (Jacqueline Bouvier ist heute die Gattin des amerikanischen Präsidenten Kennedy. Anm. d. Übers.) Miß Didion hat es zur Meisterschaft darin gebracht, ein ganzes Sortiment Bücher in einer einzigen, spritzigen, unterhaltsamen Rezension zu verarbeiten, und sie liefert heute ständig Beiträge für die Literaturspalte von *National Review.*

Edith Kermit Roosevelt, die einunddreißigjährige Enkelin Theodore Roosevelts, hat sich unabhängig von ihrem Großvater einen Namen gemacht. Sie arbeitet in der Redaktion des *Star-Ledger* in Newark und schreibt gleichzeitig als Kolumnistin für verschiedene nationale Blätter. Ihr wöchentlicher Nachrichtenkommentar, in seiner konservativen Betrachtungsweise nicht zu überbieten, erscheint in dreißig Zeitungen.

Philippa Schuyler (28) machte erst eine glänzende Karriere als Konzertpianistin und Komponistin und wurde anschließend hauptberuflich zur begabten Journalistin. Als Tochter des berühmten farbigen Journalisten George Schuyler bereiste sie weite Teile Afrikas und war dort auch als Korrespondentin.

Carol Baumann (24) ist eine begabte Journalistin. Sie veröffentlichte Artikel in *The Individualist* und im *National Review,* arbeitet als Redakteurin für *Campus Republican* und im redaktionellen Stab der *News,* des Blattes der Jungen Republikaner. Heute ist sie Verlagsleiterin von *The New Guard,* dem Blatt der *Young Americans for Freedom.*

Chefredakteur von *The New Guard* ist Lee Edwards, neunundzwanzig Jahre alt, Sohn des bekannten Korrespondenten der Chikagoer *Tribune,* Willard Edwards. Der junge Edwards arbeitete außerdem bereits als Redakteur für die *News* der Jungen Republikaner und veröffentlichte Artikel in *National Review* und *Human Events.* Er ist Absolvent der Universität Duke und zur Zeit Presseadjutant des Senators John M. Butler aus Maryland.

Kenneth E. Thompson (26), Harvard-Absolvent und Gründer des

dortigen konservativen Klubs, machte eine steile Karriere bei *Army Times,* wo er binnen weniger Monate Redaktionsassistent wurde. Er wechselte vor kurzem zu *Human Events* über, dem Washingtoner Informationsbrief.

Alle erwähnten konservativen Blätter haben das Ihre für die jungen Journalisten getan, doch *Human Events* hält darin – durch seine einzigartige journalistische Schulung – die Spitze. Außer Thompson arbeiten jetzt mehrere junge Journalisten im Stabe von *Human Events.* Zur Garde der Assistenten des Chefredakteurs gehören: Allen Ryskind (25), Sohn von Morrie Ryskind, dem Schauspieldichter und Pressekolumnisten (neben seiner Arbeit für *Human Events* schrieb der junge Ryskind mehrere Beiträge für *National Review,* die den gleichen Humor aufweisen, der seinen Vater berühmt machte, sowie für *The New Guard);* George Fowler (26), früher bei den *New York Daily News,* Absolvent der Universität Columbia und ehemaliger Preisboxer, der zudem auch für *The New Guard* schreibt; John Benedict (33) ist eine Hauptstütze im Stabe von *Human Events.*

Viele von denen, die einst aus der Schule von *Human Events* hervorgingen, sind heute in anderen Positionen im konservativen Zeitungswesen zu finden. David Franke (23) wurde Redaktionsassistent bei *National Review,* Antoni Gollan (gleichfalls 23) Redakteur im gleichen Blatt. Gollan, der noch studiert, schreibt zur Zeit eine redaktionelle Spalte für *Hurricane* in Miami. John Weicher, Redakteur einer neuen konservativen Zeitschrift an der Universität Chikago, arbeitete nach seinem Schlußexamen in Michigan ein Jahr lang für das Washingtoner Blatt. William C. Brady II (27), zur Zeit Vizepräsident einer Gruppe, die sich mit der Bekämpfung des Kommunismus auf den karibischen Inseln befaßt, war maßgebend an dem konservativen Gegenangriff in Harvard beteiligt. Er verließ seine Stellung bei *Human Events,* um Assistent für Legislaturfragen bei Kongreßmann James Davis aus Georgia zu werden; und Robert Goldsborough (31), heute Analytiker im Dienste des Ausschusses gegen unamerikanische Umtriebe, arbeitete ebenfalls eine Zeitlang in der Redaktion dieses Blattes.

Noch jemand verdiente sich seine ersten Sporen bei *Human Events:* Douglas Caddy, der dreiundzwanzigjährige Direktor der Nationalen Dachorganisation der *Young Americans for Freedom.* Als Student der Diplomatenschule an der Universität Georgetown gab er den *Foreign Service Courier* heraus.

Caddys Kollege, der *YAF*-Vorsitzende Robert Schuchman, erwies sich als begabter Autor. Schuchman, Absolvent der Wissenschaftlichen Hochschule Bronx, schrieb einen umwerfend witzigen Artikel über die „New Frontier[24]“, der in *National Review, Insight and Outlook* und verschiedenen anderen Blättern abgedruckt wurde.

Weitere Produkte der Schule in Bronx sind William Schulz, George Riesman und Ralph Raico. Schulz, der unter den jungen konservativen Journalisten mit die schnellste Karriere gemacht hat, arbeitete ein Jahr lang bei *Human Events* und dann zwei Jahre mit Fulton Lewis jr. Heute – Schulz ist zweiundzwanzig Jahre – sind seine Artikel bereits in *National Review, Human Events* und *The New Guard* erschienen, und er hat außerdem für die Zeitungen diverser Bundeshauptstädte geschrieben.

Riesman gehörte dem Lehrkörper des New Yorker City College an. Abgesehen von seinen pädagogischen Aufgaben, die er mit sechsundzwanzig Jahren übernahm, verfaßte er für *Human Events* eine vernichtende Studie über das, was nach Meinung von J. Kenneth Galbraith „Überfluß“ ist. Raico (24) machte 1959 seinen *„Bachelor of Arts“* (Abschlußexamen nach vierjährigem Studium) am New Yorker City College. Er ist jetzt an der Universität Chikago immatrikuliert, gehört zum Komitee für Soziale Betrachtung und arbeitet als Chefredakteur von *New Individualist Review*. Beiträge von ihm wurden in *The Freeman* veröffentlicht. Wie ersichtlich, haben viele dieser jungen Konservativen für *National Review* geschrieben. Eine ganze Reihe von ihnen studiert auch noch. Von ihrer Sorte gibt es viele, und die Zahl der jungen, konservativ eingestellten Journalisten dürfte in den nächsten Jahren noch beträchtlich zunehmen.

Miß Annette Courtemanche vom Molloy College schrieb Beiträge für den *Croisier*, ihre Schulzeitung. In Princeton schrieb James B. Burnham, Sohn des langjährigen, verantwortlichen Redakteurs von *National Review*, seit zwei Jahren regelmäßig eine Spalte für den *Princetonian*. Am Monmouth College in Illinois schreibt die Führerin der Konservativen, Roberta Egan, eine Spalte für *Oracle*, das Blatt in Monmouth. Am Shelton College in New Jersey arbeiteten die jungen Konservativen Carl T. McIntire und Deborah Steele als Redakteure am *Skylander*, dem Kommilitonenblatt für die ersten Semester. An der Universität Yale ist Mike Uhlmann, der die Kalliopeische Gesellschaft leitet, zweiter Direktor der *News* und schreibt regelmäßig eine Leitartikelspalte. Und auch die ersten Semester kommen zu Wort: Peter Wheeler Reiss, Student der rechtswis-

senschaftlichen Fakultät an der Universität Marquette, ist der Verfasser einer Broschüre „Warum wir den dritten Weltkrieg verlieren“, die häufig nachgedruckt und in den *Congressional Record* aufgenommen wurde; William Ackerman aus Iowa schrieb eine sehr kritische Betrachtung über ein volkswirtschaftliches Lehrbuch, welche die Aufmerksamkeit des *Wall Street Journal* erregte und eine nationale Debatte auslöste.

Ein Zentrum literarischer Tätigkeit war die Universität Wisconsin – seit langem Keimzelle „progressivistischer“ Ideen. Wisconsin war der Ort, an dem die erste konservative Zeitschrift für die ersten Semester erschien – *Insight and Outlook* –, Geisteskind von Alan McCone, einem jungen Schriftsteller und Organisator. Die Zeitschrift wirkte auf die Liberalen in Wisconsin wie ein Donnerschlag. Eine Studentenzeitung für die ersten Semester bemerkte: „Es ist kaum zu glauben – doch Spaß beiseite: Aus dem Lande La Follettes kommt diese Zeitschrift; und wir hatten immer angenommen, die Universität sei einfach nicht der Ort für Reaktionäre.“

Wie es auch um die „Reaktionäre“ bestellt sein mochte, die Universität Wisconsin erwies sich jedenfalls als der durchaus richtige Ort für *Insight and Outlook,* die jetzt im vierten Jahr erscheint. Star in der Redaktion dieser Zeitschrift ist seit zwei Jahren ein unerhört begabter junger Mann namens Richard S. Wheeler. Wheeler, heute sechsundzwanzig Jahre alt, schrieb eine Zeitlang kommerzielle Texte in Los Angeles, ehe er in seinen Heimatstaat zurückkehrte und sich an der Universität Wisconsin immatrikulierte. Als ständiger Kolumnist für den *Daily Cardinal* wurde er zum Enfant terrible der Universität. Am Ende seines ersten Studienjahres war er Chef vom Dienst für *Insight and Outlook* und zog von diesem Posten aus fortgesetzt gegen die Liberalen in näherer und weiterer Umgebung vom Leder. Nach dem, was Dick Wheeler bisher gezeigt hat, werden wir in den kommenden Jahren fraglos noch viel von ihm hören.

Insight and Outlook selbst ist eine lebhafte, zwanzig Seiten starke Monatszeitschrift mit vielen Anzeigen lokaler Geschäftsleute. Redakteur für 1960/61 war Gale Pfund, ein Gelehrtentyp von einundzwanzig Jahren, der aus Bob LeFevres „Freedom School“ in Colorado hervorgegangen ist.

Insight and Outlook war das erste Blatt in der wachsenden Reihe konservativer Veröffentlichungen an den amerikanischen Universitäten. An der Universität Chikago hat eine Gruppe *ISI*-Studenten angefangen, ein Magazin zu veröffentlichen, das ob seiner Vielseitigkeit und philosophischen Tiefe genauso bemerkenswert ist wie *Insight and Outlook* ob seines

Elans und seiner Unverfrorenheit. Die Zeitschrift in Chikago heißt *New Individualist Review*, erscheint zweimal im Monat, berichtet über alles Wissenswerte im konservativen Lager und beleuchtet alle Aspekte der Dinge, von den sofort ins Auge fallenden bis zu den weniger sichtbaren.

Diese Artikel lassen sich in keiner Weise mit dem vergleichen, was sonst in Universitätszeitungen zu erscheinen pflegt. Die *New Individualist Review*, gegründet aus einer klaren Erkenntnis der modernen Krise, muß für die Liberalen in Chikago wohl ein ebensolcher Schock gewesen sein wie *Insight and Outlook* für die gleichen Kreise in Wisconsin.

An der Universität von Pennsylvanien hat ein drittes *ISI*-Mitglied, die Eleutherische Gesellschaft, ihre eigene Publikation herausgebracht: *Analysis* – die ihren Namen zu Ehren jener Zeitschrift trägt, die in den vierziger Jahren von Frank Chodorov herausgegeben wurde. *Analysis*, geleitet von Richard Lee Huff und William Henry Regnery (beide Studenten im zweiten Jahr), begann im April 1961 mit einer konzentrierten Artikelfolge von Studenten der ersten Semester, Angehörigen des Lehrkörpers und Gastautoren. In der Erklärung über Zweck und Ziel von *Analysis* heißt es:

Wir werden uns bemühen, das Denken der Studenten und der Professorenschaft an der Universität von Pennsylvanien in konservative Bahnen zu lenken.

Wir werden gegen das weitere Eingreifen des Staates in das Leben des einzelnen opponieren und versuchen, den lenkenden Einfluß des Staates in den meisten Fällen ausschalten zu helfen.

Wir werden uns den Kräften des Kommunismus auf internationaler Ebene und in unserem eigenen Lande widersetzen, da wir der Überzeugung sind, daß der Kommunismus heute die größte einzeln erkennbare Bedrohung für unsere Freiheiten darstellt.

Wir werden uns für den Kampf gegen die kommunistische Ideologie und nicht für die Koexistenz mit ihr einsetzen.

Wir werden die Verfassung der Vereinigten Staaten verteidigen und jeden Versuch zu verhindern trachten, an ihr zu deuteln – sei es von seiten der Legislative, der Gerichte oder der Exekutive ...

Schließlich werden wir für die Idee eintreten, daß das Individuum der Eckpfeiler jeder Gesellschaftsordnung ist; daß jedes Individuum auf seine Weise einzig ist; und daß Willkür unrechtmäßig die Vorstellung vom freien Willen des Menschen antastet und, wenn sie lange und auf genügend breiter Basis herrschen darf, dazu angetan ist, unsere Zivilisation zu vernichten.

Die Reaktion der Universitätswelt von Pennsylvanien auf diese kompromißlosen Äußerungen kann man sich vorstellen.

In Jackson, Mississippi, haben Studenten eine Monatszeitschrift, *The Campus Conservative,* herausgebracht, die das konservative Element unter den Studenten im Süden zu fördern sucht.

Am Grove City College geben konservative Studenten *The Entrepreneur* heraus, einen Informationsbrief, der sich für das freie Unternehmertum einsetzt und durch Großabsatz bei den lokalen Geschäftsleuten finanziert wird.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt besitzt die konservative Bewegung nicht weniger als elf Publikationsorgane, die von jungen Menschen geschrieben und herausgegeben werden: *The Gentlemen of the Right, Insight and Outlook, New Individualist Review, Analysis,* zwei Versionen des *Campus Conservative, Proponent, The Entrepreneur, Liberator, The Individualist* und *The New Guard.* Da diese lokalen Organe im ganzen Lande Verbreitung finden, entzünden sie auch bei Studenten anderer Universitäten den Funken der Begeisterung. Man kann heute schon mit Bestimmtheit sagen, daß die kommenden Jahre noch mehr konservative Zeitschriften an amerikanischen Universitäten bringen werden.

Welches sind nun die Themen, mit denen sich diese intellektuellen jungen Autoren und Redakteure hauptsächlich befassen? Einige wurden schon in vorhergehenden Kapiteln gestreift: durch zitierte Äußerungen verschiedener studentischer Führer, die Erklärung von Sharon, durch Manifeste der „Jugend für Goldwater“ und durch das *ISI*-Programm, wie Vic Milione es darlegte. Ganz allgemein gesagt, verkörpern die jungen Konservativen das Gegenstück zur liberalen Konformität. Wo das augenblickliche System zum laissez faire und zum Etatismus neigt, sind die jungen Konservativen Moralisten und Anhänger der Lehre von der Willensfreiheit des einzelnen. Ebenso wie der Liberalismus Zwang und eine elastische Moral vereint, bemühen sich diese Konservativen darum, die

Freiheit des Individuums mit strenger Disziplin zu vereinen. Auf säkularer Ebene befassen sie sich gleichermaßen mit dem globalen Vormarsch des Kommunismus, speziell seiner fünften Kolonne in den Vereinigten Staaten, und dem Umsichgreifen des Wohlfahrtsstaates. In außenpolitischen Fragen sowohl wie in Fragen der inneren Sicherheit sind sie glühende Anti-Kommunisten, und sie propagieren die eingeschränkte Staatsgewalt in Dingen der Volkswirtschaft.

Es wird manchmal gesagt, diese Überzeugungen seien zusammengestoppelt und in sich inkonsequent – mehr ein zufälliges Sammelsurium von Gefühlen und Meinungen als eine klarumrissene Philosophie. Es wird sogar behauptet, daß die Bezeichnung „konservativ" durch den starken Akzent auf persönlicher Freiheit und eingeschränkter Staatsgewalt für diese jungen Menschen gar nicht zutreffe. Diese jungen Konservativen, meinen ihre Kritiker, sind in Wirklichkeit klassische Liberale und sollten sich auch so nennen.

Die Doktrinen des klassischen Liberalismus sind, grob gesagt, materialistisch und im Grunde amoralisch. Sie bejahen die staatlich gelenkte Wirtschaft und erkennen die Freiheit nur insofern als daseinsberechtigt an, als sie materiellen Vorteil schafft. In ihrer reinen Form neigen sie zum Relativismus und lehnen jede mögliche Autorität ab, die über den Rahmen des Individuums hinausgeht. Ist das wirklich die Weltanschauung der modernen konservativen Bewegung?

Um mir eine Antwort auf diese Frage zu verschaffen, schrieb ich an einige führende Persönlichkeiten unter den jungen Konservativen und bat sie, mir in wenigen Sätzen ihre persönliche Weltanschauung zu umreißen. Von dem Ergebnis war ich angenehm überrascht – nicht nur wegen der Substanz der bei mir eingehenden Briefe, sondern weil sie unabhängiges Denken bewiesen. Am besten lasse ich diese jungen Menschen selbst zu Worte kommen. Hier einige Beispiele:

Es tut nicht gut, der pragmatischen Methode folgend die politische Linie nach dem auszurichten, was zu einem gewissen Zeitpunkt tunlich erscheint; die Menschen müssen erkennen, daß es eine Weltordnung aller Dinge gibt, ein moralisches Gesetz, das sich nicht verspotten läßt.

Anne Husted, DePauw

Ich glaube an die Erbsünde und daran, daß der Mensch das Gute wie das Schlechte in sich trägt; daß er sich nicht allein auf seinen Verstand

verlassen kann, sondern sich auch auf die Weisheit seiner Vorväter, das heißt auf die Tradition, stützen muß. Ich glaube an die gemischte Regierungsgewalt, wie die amerikanische Bundesverfassung sie vorsieht – den Konservatismus à la Burke mit seinen Vorkämpfern John Adams und Madison.

Volkswirtschaft ist in meinen Augen eine Wissenschaft oder ein Mittel zum Zweck, keine Religion und keine Weltanschauung. Ich bin für das freie Unternehmertum, wenn auch ohne den doktrinären Eifer des Freigeistes.

C. Robert Ritchie, Redaktionsassistent, *The New Guard*

Das Wichtigste für den Menschen ist meiner Meinung nach seine Endbestimmung, die alleinseligmachende Vereinigung mit Gott. Jede Philosophie muß daher, will sie dauerhaft und aufrichtig sein, von dem ausgehen, was der Mensch und was seine Bestimmung ist. Auf politischem Gebiet ist deshalb der Konservatismus mit seiner Betonung der freien Willensäußerung des Individuums unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Rechte und der Freiheit seiner Mitmenschen der für mich einzig gangbare Weg, um gleichzeitig meinen weltanschaulichen und theologischen Grundsätzen treu zu bleiben.

Carol Ann Nevin, Universität Maryland

Ich halte mich für einen Konservativen, für den das Naturgesetz und die Lehren der Geschichte in politischen, sozialen, philosophischen und religiösen Fragen richtungweisend sind. Meiner Meinung nach lehren uns Geschichte und Naturgesetz, daß die Familie der Eckpfeiler jeder Gesellschaftsordnung zu sein hat und daß der Schutz des Individuums und der Familienrechte die vornehmste Aufgabe des Staates ist. Wende ich diese Philosophie auf die Zeit an, in der wir leben, wehre ich mich zwangsläufig dagegen, daß der Staat in Bereiche eindringt, die dem Individuum vorbehalten sein sollten – ihm allein oder im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen Menschen; und ich behaupte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich statt dessen ihrer legitimen Aufgabe zuwenden sollte – dem Schutze der gerechten Interessen unseres Landes und seiner Bürger und der Verteidigung gegen die Feinde innerhalb und außerhalb unserer Grenzen.

David Franke, *Young Americans for Freedom*

... die menschliche Natur ... verlangt politische Autorität. Diese Autorität hat jedoch durch göttliche Überlegenheit vorgezeichnete Grenzen. Der Staat ist nicht absolut – er ist nicht Anfang und Ende aller Dinge. Außerdem muß die Entwicklung der politischen Macht der menschlichen Natur angepaßt sein; sie ist nicht das geeignete Mittel, überspannte Programme durchzuführen, die irgend jemand für „ideal" hält ... Es ist die Tragödie unserer Zeit, daß die politischen und sozialen Institutionen heute im Zeichen des Positivismus, Relativismus und Historizismus stehen.

William R. Mapother, Universität Virginia

Der stabile Wertbegriff – „das Gute" – ist wichtiger als Freiheit, ist er doch das einzige (das einzige von Dauer), das die Freiheit möglich macht. Ist „das Gute" erst einmal umrissen (und fester Bestandteil von Gewohnheitsrecht und sozialer Überlieferung geworden), wie das in der Tradition der westlichen Welt in höchstem Maße der Fall ist, wird die Freiheit zum ersten Anliegen des Menschen, einmal um ihrer selbst willen und daneben – mit allem Nachdruck – wegen ihrer gewaltigen, richtungweisenden Ergebnisse (auf allen Gebieten: Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft). Die zur Zeit herrschende Erosion der überlieferten Wertbegriffe der westlichen Welt verdient also mehr als nur die augenblickliche Beachtung der Konservativen, da jeder Sieg über die Methoden des kollektivistischen Staates hohl und die Resultate unbeständig sein werden, sofern die Wesenheit des Westens nicht erkannt und gefestigt wird.

Jameson G. Campaigne jr., Williams College

Vor allem anderen glaube ich an eine höhere Ordnung der Dinge, die meiner Meinung nach im Endeffekt für alles menschliche Handeln ausschlaggebend sein sollte. Als unvollkommenes Wesen haben wir die moralische Verpflichtung, diese höhere Ordnung als für uns bestimmend anzuerkennen und nicht zu versuchen, sie durch eine selbstgeschaffene Ordnung zu ersetzen, die, als von Menschen erdacht, zwangsläufig unvollkommen und schlecht sein muß. Im Verfolg dieser Philosophie glaube ich weiterhin an die Fähigkeit des Individuums, die höhere Ordnung zu interpretieren, im großen und ganzen nach ihr zu handeln und auf diese Weise seine eigenen Probleme zu lösen; und daß kein Individuum von der Natur ausersehen und imstande ist, über andere zu herrschen.

John W. Kolbe, Northwestern Universität

Die einzige Basis, die Unantastbarkeit der Persönlichkeit und den unübertrefflichen Wert der Freiheit zu achten, ist der Glaube an eine natürliche, sittliche Ordnung. Das Streben des Menschen nach Sittlichkeit und der Erfüllung seiner Verpflichtung gegenüber der naturgegebenen Ordnung läßt sich nur in einer Atmosphäre politischer und wirtschaftlicher Freiheit verwirklichen. Im moralischen Bereich ist Freiheit nur ein Mittel, das es dem Menschen gestattet, sein Ziel zu verfolgen, das Sittlichkeit heißt; im politischen Bereich heißt das Endziel Freiheit.

Douglas C. Williams jr., Earlham College

Meine Vorstellung vom Konservatismus entspringt dem Glauben an ein absolutes, moralisches Gesetz, das nicht mit wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden nachgeprüft werden kann. Dieses Gesetz ist eine naturgegebene, göttliche Ordnung, die der Mensch ganz einfach anzuerkennen hat. Die politische Ordnung sollte sich auf dieses Gesetz gründen. Soweit wir festgestellt haben, weist diese Ordnung dem Staat einzig die Aufgabe zu, das soziale und politische Gefüge zu erhalten, das heißt die Landesverteidigung, die innere Ordnung und ein homogenes Rechtssystem, in dessen Rahmen der einzelne sein Leben nach eigenem Wunsch und Entschluß gestalten kann – in der Freiheit, welche die Voraussetzung bildet für jede Moral. Das Kriterium, nach dem Konservative eine Regierung beurteilen, ist folglich, wieviel Freiheit sie gewährt. Das bedeutet soviel wie: Wenig oder gar keine staatliche Lenkung auf allen Gebieten außerhalb der Verteidigung, Justiz und inneren Ordnung.

Paul V. Niemeyer, Kenyon College

Die ethische Grundhaltung dieser Erklärungen steht, wie mir scheinen will, in deutlichem Gegensatz zu den Vorstellungen vom „klassischen Liberalismus", wie er oben erläutert wurde. Die überwältigende Mehrzahl der Studenten und Jugendführer, die auf meinen Brief antworteten, gründete ihre Wertschätzung der Freiheit darauf, daß sie ein transzendentes Moralgefüge anerkennt. Außerdem hat zwar keiner der Angesprochenen seine Argumente so fundiert dargelegt, daß nicht Fachphilosophen brüchige Stellen zu finden vermöchten, aber die Betrachtungen verraten meiner Ansicht nach ein hohes intellektuelles Niveau. Diese Studenten haben sich Burkes Leitbild genähert, indem sie „diese entgegengesetzten Elemente, Freiheit und Zwang, zu einem organischen Ganzen zusammenfügten".

Sehr gut zusammengefaßt wird die Situation in einer abschließenden Bemerkung von Michael Uhlmann, Universität Yale. Sein eigener Konservatismus, schreibt Uhlmann, folgt in seiner Konzeption der Burkeschen Lehre und gründet sich auf „die absoluten Moralbegriffe und das Naturgesetz, von denen wiederum Begriffe wie Würde und Wert des Menschen abgeleitet sind“. Und er fügt hinzu: „Es ist Unfug, überhaupt von Moral zu sprechen, solange der Mensch nicht Herr seiner eigenen Entschlüsse ist, folglich wird die Wahrung der Freiheit des Individuums zum höchsten *politischen* Ziel.“

Ich will keineswegs behaupten, daß es unter den Studenten, die an der augenblicklichen Umbruchbewegung teilhaben, nicht auch „klassische Liberale“ gibt. Es gibt sie, und sie stammen zum großen Teil aus jener Gruppe junger Leute, die sich Anfang der fünfziger Jahre an der Wissenschaftlichen Hochschule Bronx zusammenfanden. Diese Studenten wurden sehr stark beeinflußt von Ludwig von Mises, dessen Seminare an der New Yorker Universität sie mit einer für ihr jugendliches Alter erstaunlichen Regelmäßigkeit besuchten. Mit dem Erscheinen des Buches *Atlas Shrugged* verschrieb sich eine Reihe von ihnen Ayn Rands „Objektivismus“, einer rationalistischen Weltanschauung, die den Eigennutz zum Grundprinzip des Lebens erhebt und ausgesprochen anti-religiös ist. Die von Ayn Rand vertretene Ethik enthielt Moralbegriffe, die sich nach Auffassung dieser Freigeister mit Mises' Volkswirtschaftslehre deckten und ihnen so eine prächtig abgerundete Weltanschauung vermittelten, in der das laissez faire triumphierte. Nach den bei mir eingegangenen Briefen zu urteilen, bildet diese Gruppe jedoch nur einen Bruchteil des neuen konservativen Elementes. Die meisten Studenten kritisieren den Liberalismus nicht in erster Linie aus wirtschaftlicher, sondern vielmehr aus religiöser und philosophischer Sicht.

Zugegeben – diese Studenten und ihre Verbündeten im konservativen Lager stehen sich, philosophisch gesehen, mit gezückten Schwertern gegenüber; im Augenblick aber haben beide Gruppen gewisse gemeinsame Interessen, die alles andere verblassen lassen, und aus diesem Grunde haben sie sich zu einer einheitlichen Bewegung verschmolzen. Sind die unmittelbaren Ursachen dieser Allianz – die vielfältigen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem kollektivistischen Liberalismus – erst einmal ausgeräumt, können die klassischen Liberalen und die Traditionalisten mit ihrem alten Streitgespräch fortfahren. Soweit ist es jedoch noch lange nicht,

und bis dahin werden beide Geistesrichtungen Seite an Seite kämpfen, um den gemeinsamen Feind zu besiegen.

Wenn ich also die Ansichten zusammenfasse, die von den meisten Studenten, mit denen ich sprach und korrespondierte, ausgedrückt wurden, möchte ich sie auf folgenden Nenner bringen:

1. Der junge Konservative ist der Auffassung, daß der wesentliche Mangel des Liberalismus darin besteht, die höchste Wahrheit der westlichen Welt zu leugnen: daß wir in einer von Gott beherrschten Welt leben und daß einzig die gottgegebenen Gesetze des Glaubens und sittlichen Verhaltens für alle Aspekte des Menschenlebens gültig sein sollten. Der Liberale ist seinem Wesen nach ein Relativist, der in keinem Bereich an das Absolute glaubt. Erste Aufgabe des Konservativen ist es, sich zur Allmacht Gottes und zur moralischen Weltordnung als dem obersten Gebot zu bekennen: geltend zu machen, daß unser Leben von unwandelbaren Wahrheiten regiert wird.

2. Der junge Konservative glaubt, daß eine Regel der Moralordnung, die vom kollektivistischen Liberalismus ignoriert wird, darin besteht, daß kein Mensch befugt ist, einen anderen willkürlich zu etwas zu zwingen. Da es das oberste Ziel des Menschen sein muß, sein Wollen nach dem Willen Gottes auszurichten, hat kein Mensch das Recht, dem Willen seines Nächsten Gewalt anzutun oder ihn zu unterdrücken. Dergestalt ist Freiheit das dringende Anliegen des Konservativen – als politische Komponente der moralischen Willensfreiheit. Er glaubt, daß jeder Einbruch in den Bereich der Freiheit ein Einbruch in den Persönlichkeitsbereich des Menschen ist, ein unbefugtes Eindringen in den heiligen Vertrag zwischen Mensch und Schöpfer.

3. Aus dieser Einstellung zum Begriff Freiheit hat der Konservative das Problem der Marktwirtschaft angepackt. Seiner Meinung nach wird die Freiheit des Menschen dadurch untergraben, daß der Staat sich in das Wirtschaftsleben einmischt. Er findet, daß man diesen Prozeß mit Phantomvorstellungen von „Wirtschaft" zu sanktionieren sucht. Auf wissenschaftlicher Ebene erhält er das kämpferische Rüstzeug gegen diese falschen Theorien bei Mises, Hayek, Roepke und Friedman.

4. In seiner Sorge, den Menschen die Möglichkeit der freien Entscheidung zu erhalten, stützt sich der Konservative auf die Verfassung. Die einzige, wirkliche Garantie für die Freiheit liegt seiner Meinung nach in der Streuung und Begrenzung der Machtbefugnisse, wie die Verfassung der Vereinigten Staaten sie vorsieht. Seiner Meinung nach liegt es in erster Linie an der Dreiteilung der Bundesregierung und an den Reservatrechten der Bundesstaaten, daß diese Streuung der Macht in den Vereinigten Staaten erreicht wurde. Daher tritt er für eine begrenzte Exekutive und die gerichtliche Revisionsmöglichkeit ein, während er gleichzeitig glaubt, daß zur Erhaltung des staatlichen Gleichgewichtes eine gewisse Beschränkung der richterlichen Befugnisse erforderlich ist.

5. Schließlich läßt ihn sein auf die Erhaltung der Freiheit ausgerichtetes Denken die Bedrohung durch den internationalen Kommunismus als die größte Gefahr für die Vereinigten Staaten erkennen. Er sieht, daß die liberalen Methoden, den Kommunismus abzuwehren, versagt haben, und zwar wiederholt versagt haben. Er ist der Ansicht, daß sich mit diesem Gegner nicht „ko-existieren" läßt, sondern daß er vernichtet werden muß, wenn wir überleben wollen.

Bei näherem Hinsehen scheint das Hauptziel der jungen Konservativen demnach darin zu bestehen, daß sie eine transzendente Moralordnung sowie den dem Menschen zustehenden Platz in dieser Ordnung bestätigt sehen wollen. In der Praxis fordert diese Ordnung die Achtung vor der Freiheit des Menschen und die Unantastbarkeit der Persönlichkeit des einzelnen. Das sind die Kernpunkte. Die übrigen – ein Wirtschaftsprogramm, Verfassungstreue, entschiedener Anti-Kommunismus – sind im Grunde nichts weiter als technische Einzelheiten. Der junge Konservative kann nacheinander oder gleichzeitig vieles sein – und ist es meistens auch –: Moralist, Freigeist, Verfechter der freien Marktwirtschaft, Staatsrechtler und Anhänger des „autonomen Kongresses", Republikaner und Antikommunist. Das alles bedeutet kein Konglomerat willkürlich und unorganisch zusammengewürfelter Gefühle; es sind die ineinandergreifenden Teile einer menschlichen Grundhaltung, die in der augenblicklichen Krise ihren Ausdruck findet.

Noch ein Punkt bleibt zu erwähnen. Während dieser ganzen Abhandlung habe ich immer wieder von der Aktivität und der politischen Tatkraft

der jungen Konservativen gesprochen. Gerade dieser Umstand wird häufig von jenen angeführt, die in Zweifel ziehen möchten, daß es sich um wahrhaft „Konservative" handelt. Straßendemonstrationen, Mammutkundgebungen, Kontaktpflege zu den verschiedensten Gremien, lokale Kleinarbeit – all das, so behauptet man, sei untypisch für Konservative.

Solche jungen Leute wollen alles anders machen – sie wollen die „sozialen Errungenschaften" abbauen; und neben ihren individualistischen Ideen wollen sie radikale Maßnahmen anwenden. Wären sie wahrhaft „konservativ", sagen ihre Verleumder, würden sie sich mit dem Status quo zufriedengeben und stillschweigend die „Errungenschaften" des New Deal und seiner demokratischen und republikanischen Nachfolger genießen.

Aus dieser Sicht gesehen, sollte ein Konservativer nachgiebig und zurückhaltend sein und zur selbstkritischen Betrachtung neigen. Auf politischem Gebiet ist er für eine „Führungselite", und die Gesellschaft möchte er in Hierarchien aufgeteilt sehen, die möglichst wenig individuelle Bewegungsfreiheit lassen. Und vor allem ist der Konservative gegen jeden Wandel. Keines dieser Charakteristika will so recht zum Bild der jungen Konservativen von heute passen.

Ehe ich mich im einzelnen zu dieser Kritik äußere, muß ich zugeben, daß sie in ihren Grundzügen, was die Erfahrungstatsachen angeht, recht hat: Der junge Konservative von heute *ist* 1. bestrebt, einen Wandel herbeizuführen, 2. entschlossen, sich für die Sache der Freiheit einzusetzen, und 3. manchmal geneigt, zu „radikalen" Maßnahmen zu greifen. Aber sagt das alles, daß er kein Konservativer ist?

Die Antwort hängt natürlich davon ab, was man unter diesem Wort versteht. Wenn „konservativ" gleichbedeutend ist mit gewissen unwandelbaren Schwächen in bezug auf Stil der Kleidung, Ansichten über persönliches Auftreten und politisches Temperament, dann sind die jungen Rebellen von heute wirklich nicht „konservativ", unterscheiden sie sich doch hierin oft grundlegend von ihren konservativen Vorgängern.

Drückt das Wort „konservativ" jedoch – wie es das nach meiner Ansicht sollte – eine Vorstellung von Menschentum, Gesellschaft und moralischen Gesetzen aus, steht es für eine philosophische Glaubensrichtung und nicht für äußere Merkmale, dann sind die jungen Rebellen größtenteils wahre Konservative und würdig, die großen Ideen einer konservativen Vergangenheit fortzusetzen.

Der Konservatismus, wie ich ihn verstehe, ist nicht *primär* eine Sache

der Haltung und des Temperamentes – wenngleich sich nicht leugnen läßt, daß es hinsichtlich Ton und Stil Dinge gibt, die – wenn alles andere übereinstimmt – mehr im Einklang mit konservativen Grundsätzen stehen als andere. Konservativ sein bezieht sich aber an erster und höchster Stelle auf die Grundsätze, es ist eine Sache der Einstellung zum Menschen und zu seiner Welt. Und da besteht keine Übereinstimmung.

Zwei Dinge sind seit eh und je bezeichnend gewesen für die philosophische Haltung des Konservativen: einmal der Glaube an unsere Welt als ein geordnetes Ganzes, das nach göttlichem Willen und Ermessen geschaffen wurde, zum anderen die Überzeugung, daß der Mensch, der seinen Platz in dieser göttlichen Weltordnung zu finden sucht, gehemmt wird durch seine eigene Unvollkommenheit und seinen schwachen Willen. Auf diese Voraussetzungen gründet sich die Ansicht des Konservativen von der Gesellschaft, vom Platz des einzelnen in ihrem Rahmen und von den dem menschlichen Wesen gemäßen Institutionen. Eben weil er von diesen Voraussetzungen ausgeht, hat er stets eine Regierungsform verfochten, deren Stabilität vom Willensausdruck der menschlichen Gemeinschaft getragen wird, und hat der ungehemmten Machtausübung stets mißtraut. Umstände können sich ändern, Grundsätze nicht. Um den zu den Konservativen passenden politischen Stil bestimmen zu können, lautet die Kernfrage: Sind die Umstände und die Prinzipien wesensgleich? So unterschiedlich die Antwort ausfällt, so unterschiedlich ist die Beurteilungsbasis für die Methoden, mit denen die Umstände angeglichen und die Grundsätze intakt gehalten werden.

Allgemein können wir annehmen, daß der Konservative das Bestehende verteidigen wird, solange die sittlichen Werte, zu denen er sich bekennt, Gültigkeit besitzen. Da diese Werte im großen und ganzen die Grundlage der westlichen Kultur bilden, ist der Konservative zwangsläufig der Ruhige – der die bestehende Ordnung erhält und pflegt. Treten gewisse Wandlungen ein, paßt er sich ihnen intuitiv an: Solange das Grundelement der überlieferten Werte intakt bleibt, ist er durchaus gewillt, zeitbedingte Wandlungen mitzumachen. Jede Tradition muß einen gewissen Spielraum gewähren; diese Tatsache, gekoppelt mit dem Umstand, daß der Konservative im allgemeinen seine Institutionen kontinuierlich zu erhalten wünscht, läßt ihn Veränderungen bis zu einem gewissen Grade verarbeiten; es liegt ihm nicht, diese Veränderungen, sind sie einmal etabliert, mit „radikalen“ Methoden rückgängig zu machen. Gut und schön. Es kommt

aber der Augenblick, da es nicht mehr Veränderungen bis zu einem gewissen Grade sind, sondern da sie die *Substanz* berühren: Wenn nämlich das überlieferte Gut nicht nur ergänzt und modifiziert, sondern angegriffen wird; wenn die Veränderungen nicht mehr im Rahmen einer verfügten Angleichung bleiben, die den Grundprinzipien ein Weiterbestehen unter veränderten Umständen erlaubt, sondern wenn sie revolutionären Charakter besitzen und darauf ausgerichtet sind, diese Prinzipien zu verleugnen. Tritt dieser Fall ein, ist die für den Konservativen sonst charakteristische Haltung nicht mehr am Platze. Läßt er es geschehen, daß die Grundpfeiler seiner Weltanschauung tatsächlich gestürzt werden, so macht er sich damit zum stillen Teilhaber des Zerstörungswerkes.

Genauso ist die Situation heute in Amerika – das heißt, eigentlich in der gesamten westlichen Welt – und genau dieser Situation sehen sich heute der junge Mann und die junge Frau gegenüber, wenn sie die Grundlehren unserer Geschichte erfaßt haben und zu dem Schluß kommen, daß sie Konservative sind. Frank S. Meyer schrieb in *Modern Age*, daß in unserem Zeitalter „eine revolutionäre Kraft die Einheit und das Gleichgewicht unserer Kultur gesprengt“ habe. In einer solchen Zeit, schreibt er, „. . . kann sich Konservatismus nicht auf das unkritische Hinnehmen und das willige Anpassen beschränken, die normalerweise die Grundzüge des Konservatismus ausmachen. In der Welt der Ideen, Symbole und Leitbilder ist alles kopfüber gegangen; der Lebensstrom der Kultur ist abgeschnitten und zerronnen.“

Was wir brauchen, schließt Meyer, ist ein *bewußter* Konservatismus, ein Konservatismus, der „auswählt und urteilt“. Die veränderten Umstände sind es also, die den jungen Konservativen dazu zwingen, die „natürliche Pietät“ abzulegen, die der konservativen Wesensart im Grunde entspricht. Er muß – im guten Sinne – ein Ideologe sein, mit klarumrissenen Vorstellungen von der Wechselbeziehung zwischen Grundsätzen und Institutionen und Menschen, sowie ihrem Zusammenwirken, aus dem die Kultur und die Gesellschaftsordnung werden.

Wer das einsieht, wird auch den angeblichen „Radikalismus“ der jungen Konservativen von heute verstehen. Angesichts einer zur Dauereinrichtung gewordenen Revolution muß der Konservative versuchen, den Status quo zu *ändern*, er hat keine andere Möglichkeit, seine überlieferten Werte wieder an ihren Platz zu rücken. Und bei seinem Versuch, eine Änderung herbeizuführen, kann er gar nicht umhin, sich gewisser Methoden zu bedienen, die den erstrebten Wandel bewirken helfen.

Die Zukunft der Konservativen

„Allein, ohne Hilfe, schreitet das Gute –
wenn überhaupt – nur langsam fort ..."
Samuel Johnson

Die Hochschule ist heute nicht mehr der fröhliche Tummelplatz der Linken. Sie wurde statt dessen zu dem, was sie ihrem Wesen nach sein soll: zur Arena ideeller Kämpfe. Dieser Fortschritt ist jedoch erst ein Anfang – ein Brückenkopf sozusagen. Die konservative Bewegung ist zwar ins politische Kraftfeld der Hochschulen vorgestoßen, doch es wird noch lange Zeit vergehen, ehe sie der Opposition ebenbürtig zur Seite steht. Das vorherrschende Element an den amerikanischen Hochschulen ist nach meiner eigenen Beobachtung wie nach umfangreichen, statistischen Erhebungen noch immer der Liberalismus.

Mag sein, daß die Liberalen aus ihrer eigenen Ideologie des laissez faire heraus den neuen Aufbruch des Konservatismus dulden oder sogar begrüßen – und sei es nur, weil er das Leben interessanter macht. Diese Toleranz hat indessen ihre Grenzen, die sehr bald erreicht sind, wenn sichtbar wird, daß die Herausforderung des Konservatismus mehr ist als eine Pro-forma-Erklärung von Alternativen. Schließlich steht den liberalen Konformitätspolitikern ein weitreichender Machtapparat zur Verfügung, und wir dürfen mit Fug und Recht erwarten, daß sie verstehen werden, diesen Apparat einzusetzen. Einige Beispiele wurden bereits gestreift; einige weitere finden später im Epilog Erwähnung. Ob andere, ähnliche Episoden folgen werden, hängt zum großen Teil von der Be-

schaffenheit des liberalen Gewissens ab und davon, wie sehr es den Konservativen gelingt, derartige Dinge in deutliche Beziehung zu setzen zum Absinken der dem Liberalismus eigenen, erklärten Werte.

Diese Betrachtungen sollen erläutern, daß Kommen und Vergehen von Ideologien an sich nicht unvermeidlich ist. Der „Pendelschwung", der meist im Zusammenhang mit der konservativen Wiedergeburt zitiert wird, ist nur teilweise die Ursache; von allein schwingt das Pendel nicht; jemand muß es anstoßen. Vielleicht kann es gar nicht anders sein, als daß junge, selbständig denkende Menschen nach Alternativen suchen, um einer muffig gewordenen, starren Lehre zu entfliehen. Kein Naturgesetz aber schreibt vor, daß der Impuls, der den Widerstand auslöst, auch erfolgreich sein muß. Wenn Gegendruck angewandt wird, kann ein solcher Impuls, wird er nicht gestärkt, schwach werden und verlöschen.

Daß die konservative Bewegung unter der amerikanischen Jugend das wurde, was sie heute ist, verdankt sie den Bemühungen der Männer und Frauen, die an ihre Grundsätze glauben und immer neue Anhänger für ihre Überzeugungen gewonnen haben. Weil sie den Studenten durch das konservative Gedankengut überhaupt die Wahl zwischen zwei Wegen ermöglichten, traf der Widerstandswille auf die theoretische Substanz des Konservatismus, verschmolz sie mit den sittlichen Richtlinien, die den jungen Leuten aus dem Elternhaus mitgegeben wurden, und fand seine Ausdrucksform. Besorgte Betrachtung wurde zu hörbarer Mißbilligung und gab anderen die Möglichkeit zu offenem Widerstand. Durch diese Bewegung der Gemüter werden verstreute Impulse im Schmelztiegel der Rebellion zu einem Ganzen zusammengeschweißt.

Soll die konservative Bewegung weiterwachsen, darf sie sich nicht darauf verlassen, daß der Erfolg ihr einfach in den Schoß fällt; alle, die in ihr gewirkt und sie gefördert haben, müssen die Arbeit fortsetzen, die sie bis hierher gebracht hat. Die „Geschichte" wird sie ihnen nicht abnehmen.

Doch selbst wenn wir dies Streben voraussetzen, wird die konservative Bewegung gewisse andere Prüfungen zu bestehen haben, wenn sie erfolgreich sein will. Vorwiegend beziehen sie sich auf Form und Intensität ihrer Tätigkeit, auf die Art und Weise, in der sie versucht, der Wirklichkeit gerecht zu werden und ihre harte Substanz den Umrissen ihrer Grundsätze anzugleichen. Dazu gehören Ton und Stil der Bewegung, die Nahziele, die sie anstrebt und der Grad, in dem sie ihre Überzeugungen im Interesse der Realpolitik zügeln sollte. Alle diese Fragen sind bereits

von dem einen oder anderen der jungen Konservativen selbst angeschnitten worden. Legen diese jungen Menschen doch neben aller Überschwenglichkeit und allem Enthusiasmus ein reifes und kundiges Interesse für die Zukunft der Bewegung an den Tag; ihnen ist die Art selbstkritischer Betrachtung eigen, die – zum Unterschied von der durch Zweifel an der Gültigkeit der eigenen Grundsätze ausgelösten Lähmung – sehr wohl ihr gemeinsames Unterfangen zu läutern und zu stärken vermag. Sie sind empfindlich für Schwächen und Irrtümer, selbst im eigenen Lager, und sie bemühen sich, dafür zu sorgen, daß das konservative Element weder leichtsinnig vergeudet noch durch Fanatismus isoliert wird.

In erster Linie jedoch sehen die jungen Konservativen darauf, daß zu ihrem Kreis nur Menschen gehören, die mit der Weltanschauung des Konservatismus vertraut sind, daß es nicht nur – um mit Bob Lucock vom Grove City College zu sprechen – „verantwortungslose Kinder sind, die von Kundgebung zu Kundgebung ziehen“ (was für die meisten seiner Ansicht nach auch nicht zutrifft). Frank Blatchford aus Cornell drückte es so aus: „Die ganze Bewegung ist wertlos wie eine taube Nuß, wenn ihre tragenden Persönlichkeiten nicht selbständig zu denken verstehen.“ Und Bill Dennis aus Earlham sagt: „Ich habe Angst, daß die konservative Bewegung schnell wachsen könnte ... sie wird Menschen anziehen, die sich nicht mit ihrer ganzen Persönlichkeit der konservativen Weltanschauung verschrieben haben. Einen jungen Konservativen, der auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sehr viel versierter war als ich, hörte ich einmal sagen: ‚Ich bin in allem konservativ, nur nicht in bezug auf soziale Moralauffassung und Philosophie.‘ Keiner von uns kann seinen Idealen leben, doch wenn wir sie einfach übersehen, bleiben uns Schalheit und Sachlichkeit, seit jeher die Verbündeten aller Unterdrückung und Intoleranz in der Welt. Das ist meiner Meinung nach eine klar erkennbare und unmittelbare Gefahr.“

Andere, ähnlich nachdenkliche Betrachtungen, die darauf gemünzt sind, den Konservatismus getreu seiner Überlieferung zu erhalten, kommen von jungen Männern wie Paul Niemeyer aus Kenyon, Lee Edwards von der *YAF*, Dick Whalen von *The Wall Street Journal.* Anders gelagerte Besorgnisse drücken Leute aus wie Donald Micken, der erste Vorsitzende des Konservativen Klubs im Staate Montana, und Brice Oakley, 1960/61 Vorsitzender der Jungen Republikaner an der Hochschule Iowa.

Allen gemeinsam ist das Thema: die Zukunft der konservativen Bewe-

gung. Wird sie verflachen und verwässern in dem Bemühen, zu einer Massenerscheinung zu werden? Oder wird sie so perfektioniert in der Planung werden, daß sie keine greifbaren Resultate erzielt?

Genau wie bei den „Senioren" gibt es auch unter den jungen Konservativen zwei Geistesrichtungen – die „Puristen" und die „Realisten". Die Puristen vertreten die Ansicht, daß Konservative nie versuchen sollten, ihre Prinzipien den herrschenden Verhältnissen anzupassen; sie bestehen nachdrücklich darauf, daß der Konservatismus stets und jederzeit kompromißlos seine Lehre vertreten muß. Lehnt die Gesellschaft sie ab, sagen sie, um so schlimmer für die Gesellschaft.

Die Realisten argumentieren, daß es Unsinn sei, sich an Prinzipien zu klammern, daß wir mit dem Winde segeln müssen. Wir müssen begreifen, erklären sie, daß wir einem Zustand und keiner Theorie gegenüberstehen, und die Ideologie müsse sich deshalb den Erfordernissen einer schlimmen Situation beugen.

Die Puristen erwarten im allgemeinen die völlige Katastrophe, ehe die Dinge besser werden, und sie hoffen, daß sich Reste der Getreuen aus den Trümmern erheben und unsere Ordnung neu erstehen lassen werden. Die Realisten neigen dazu, hinhaltend zu kämpfen; den Aufprall des liberalen Vorstoßes zu mildern, einen tagtäglichen Kampf auszufechten und zu hoffen, daß das Ergebnis verschwommen genug sein wird, um zumindest einige unserer Freiheiten zu bewahren.

Welchen Weg sollen die jungen Konservativen nun einschlagen? Bei der Beantwortung dieser Frage stehen sie vor einer schwierigen Entscheidung: Marschieren sie mit den Puristen, kann uns tatsächlich die Katastrophe drohen – aus deren Trümmern es vielleicht keine Auferstehung mehr gibt; und entscheiden sie sich für den Realismus, müssen sie womöglich feststellen, daß sie den Kampf sowieso verloren haben, weil ihre Ideale auf der Strecke blieben.

Ich bin der Meinung, daß der junge Konservative einer doppelten Aufgabe gegenübersteht: Er muß an der Ideologie und den Endzielen der Puristen festhalten, daneben muß er den tagtäglichen politischen Kampf kämpfen, um die realistischen Ziele zu verwirklichen. Besitzt er die Qualitäten des Geistes und Willens, die den erfolgreichen Revolutionär ausmachen, wird es ihm gelingen, beides zu vereinen. Ich möchte sogar sagen: Richtig aufeinander abgestimmt, fördern und stärken sich Purismus und Realismus gegenseitig. Die Inbrunst des „wahren Gläubigen" gibt einer

Bewegung Stärke und ihren Mitgliedern die Kraft zur wirkungsvollen politischen Tätigkeit. Und die unmittelbaren politischen Aufgaben – die Kämpfe für den Treueid, um den Geist der Republikanischen Partei, gegen die staatlichen Beihilfen und die Verringerung der nationalen Souveränität – erhalten jene Inseln der Freiheit, auf denen die Regenerationsprozesse ihr Werk tun können.

Dank ihrer klaren ideologischen Konzeption besitzt die konservative Bewegung heute gewisse Aktiva, die sie vor zehn Jahren noch nicht ihr eigen nannte – in erster Linie eine Gruppe junger Sprecher, die ihre Botschaft ins Land tragen können, die das nötige Stehvermögen besitzen, das der volle Einsatz fordert, und die in den kommenden Jahren weitere Geister formen können. Diese Aufgaben sind nichts für jene, deren Verständnis der Dinge durcheinandergeraten ist oder die ihre Sache aufs Spiel setzten. Jene, die geneigt sind, Überzeugungen zweideutigen Siegen zu opfern, sollten sich vor Augen halten, daß Glaubensbekenntnisse und Systeme so viel Leben in sich tragen wie ihre Anhänger Glaubenstiefe besitzen und für ihr Gelingen arbeiten. Was *ISI*, *YAF* und das konservative Element der Jungen Republikaner erreichten, wurde deshalb erreicht, weil der Sache verschworene und fähige Menschen für sie arbeiteten.

Das tägliche Duell „konservativ gegen liberal" sollte ausgefochten werden, und zwar mit aller Kraft. Es sollte aber meiner Meinung nach als *sub specie aeternitatis*, als hinhaltendes Gefecht, verstanden werden. Es wird nicht über Nacht Erfolge zeitigen und kann nicht Endzweck in sich sein. Wer unmittelbare Resultate erwartet, wird aller Voraussicht nach jene bittere Enttäuschung zu spüren bekommen, die Kräfte kostet und der Moral Abbruch tut. Sicher sind gewisse erfreuliche Entwicklungen in näherer Zukunft möglich – und sie sollten nicht zu gering gewertet werden. Dank der lebhaften Tätigkeit der jungen Konservativen ist das gesamte Spektrum politischen Lebens an den amerikanischen Universitäten ein wenig nach rechts gerückt worden. Vom Standpunkt der Konservativen gesehen, ist das befriedigend; das Schwergewicht des konservativen Strebens kann und darf aber nicht dort liegen. Die heutige Generation ist einer vorwiegend liberalen Erziehung ausgesetzt gewesen; sie muß daher in ihrer Masse eine überwiegend liberale Generation sein.

Wichtig ist die kommende Generation, die von der heutigen erzogen werden wird. Wenn das konservative Element in seiner jetzigen Form an Umfang gewinnt, ohne dabei seine Grundsätze zu verlieren, wird es

weiter die „charakterliche Elite“ anziehen. Menschen des Schlages, wie ich sie im vorhergehenden Kapitel beschrieb. Diese Elite wird in fünfundzwanzig Jahren ihrerseits den intellektuellen Zeitschriften, dem pädagogischen Bereich und den Massenmedien ihr Gepräge geben. Und diese Einflüsse werden die nachwachsende Generation formen. Wird das konservative Bemühen konsequent bis zu diesem Endziel geführt, so ist es ihm gelungen, das Land konservativ zu machen.

Diese Erkenntnis herrscht meiner Meinung nach auch allgemein bei den jungen Konservativen. Der konservative Kampf, bemerkt Dick Wheeler aus Wisconsin, besteht nicht im „Predigen“, sondern darin, „Beispiele zu geben, denen die anderen folgen können“. Die Bewegung, sagt Tom Huston, hat die Masse der Studenten noch nicht erreicht, sondern besteht „aus einem harten Kern von Führern, die gute Wissenschaftler und gewandte Redner sind ...“ Aus beiden Gründen hüten sich die jungen Rebellen, so sehr sie praktische Ergebnisse herbeisehnen, bewußt davor, ihre Karten zu früh auszuspielen und ihre Ideale einem Pyrrhussieg an den Wahlurnen zu opfern. „Die Konservativen sollten nicht versuchen, die Präsidentschaftswahlen 1964 zu gewinnen“, sagt Greg Copeland von der Universität DePauw, „wenn sie dafür den Liberalen weitreichende Konzessionen machen müssen.“ Ziel ist ja letzten Endes nicht, mit Hilfe des politischen Apparates die Gesellschaft zu kontrollieren, sondern sie durch eine Neuorientierung der sittlichen Wertmaßstäbe zu ändern. Mike Uhlmann von der Universität Yale bemerkt, daß Goldwater zwar womöglich gewählt werden könnte, fragt aber gleichzeitig: „Wie sollen wir dreißig Jahre bürokratischer Mentalität auslöschen?“

Diese jungen Leute sind der Meinung, daß man zwar keine Gelegenheit verpassen sollte, auf jedem nur erdenklichen Gebiet unmittelbare Siege zu erringen, jedoch nicht auf Kosten der Grundsätze. Das Fernziel muß der endgültige und dauernde Sieg sein, und der läßt sich nur durch die Macht der Überzeugung erringen. „Es wird einige Jahre dauern, die Fundamente zu legen, ehe wir darangehen können, das von uns allen gewünschte Programm aufzubauen, das die Zeiten überdauern wird“, schreibt Dave Coldren vom Antioch College. Bis diese Fundamente gelegt sind, werden die jungen Konservativen sich durchkämpfen, so gut sie können, den Blick fest auf die Zukunft gerichtet.

Sie haben einen langen Weg gewählt, und sie brauchen die verschiedenartigsten Fähigkeiten, das Fernziel im Auge zu behalten und die manch-

mal harten Kämpfe um Augenblicksprobleme auszufechten. Dieses Unterfangen erfordert beträchtlichen Kraftaufwand, und sein Erfolg hängt von den geistigen und moralischen Qualitäten derer ab, die sich ihm verschrieben haben.

Im letzten Grunde ist die Zukunft der konservativen Bewegung also eine Frage des Charakters: Es braucht Menschen von tiefer Überzeugung um diesen geduldigen Kampf zu führen – eben die Menschen, denen es gegeben ist, die nachfolgende Generation anzusprechen und zu überzeugen. Im gleichen Verhältnis wie der Konservatismus solche Führerpersönlichkeiten hervorbringt und sie sich im Kampf bewähren, wird die Bewegung ihre Ziele erreichen. Bis jetzt ist sie erstaunlich erfolgreich gewesen. Wenn sie so fortfährt, wird sie noch erfolgreicher sein.

III. TEIL

AKADEMISCHE FREIHEIT

Wer regiert an der Hochschule?

„Bis vor kurzem war es die Hauptaufgabe der Wortkünstler, der Priester und Schriftgelehrten, das Brauchtum zu stabilisieren und sich für die soziale Ordnung einzusetzen, indem sie die Tradition pflegten und sie auf eine für den Mann auf der Straße verständliche Weise interpretierten. Während der letzten dreihundert Jahre ... hat sich eine neue Klasse von Gelehrten gebildet – als Nachfolger der Priester und Schriftgelehrten –, deren Funktion nicht mehr darin besteht, das Wissen zu erhalten, sondern es zu erweitern, Brauchtum und soziale Ordnung nicht mehr zu stabilisieren, sondern zu untergraben."

Carl Becker

Um das Wiederaufleben des Konservatismus an den Universitäten und die Verhältnisse richtig erfassen zu können, die es begünstigten, müssen wir uns mit dem Begriff „akademische Freiheit" auseinandersetzen, ist er doch der Deckmantel, unter dem die liberale Doktrin den amerikanischen Studenten nun schon seit Jahren eingeimpft wird; und an dem mit diesem Wort immer wieder getriebenen Mißbrauch hat sich der Groll der Konservativen entzündet. „Akademische Freiheit" bedeutet, grob gesagt und theoretisch ausgedrückt, das Recht zur freien Meinungsbildung, indem zu jedem Problem alle Seiten gehört werden. Es sollte die Aufgabe der Konservativen sein, festzustellen, ob die Möglichkeit der freien Meinungsbildung an unseren Universitäten tatsächlich existiert und ob wir sie dort wünschen.

Auf den ersten Seiten dieses Buches wurde gesagt, daß die heute in den Vereinigten Staaten herrschende „Konformität“ der Liberalismus und daß er besonders an den Hochschulen des Landes vertreten sei. Ehe ich diese Behauptung mit Theorie untermaure, möchte ich einiges dazu sagen:

Die Untersuchungsergebnisse vermutlich unparteiischer Beobachter lassen erkennen, daß unsere Konformität bei genauerem Hinsehen zwei Hauptmerkmale aufweist. Einmal, daß im Bereich der Wertmaßstäbe die „außen-geleitete“ Ethik *bindungslos* ist; das heißt, sie gibt keine festen Richtpunkte im Bereich der Loyalität. Außen-geleitete Menschen interessieren sich nicht für Gut und Böse, sie interessieren sich nur für ihr Vorwärtskommen. Das andere Merkmal besteht darin, daß die außen-geleitete Ethik *etatistisch* ist. Menschen ohne inneren Wertekodex müssen ihre Lenkung außerhalb des Rahmens der eigenen Persönlichkeit suchen. Sie bemühen sich, ihre Zeitgenossen nachzuahmen, und stürzen sich mit Wonne in die Wogen des Kollektivs.

Herrscht diese Konformität, wie ich es andeutete, an den Universitäten Amerikas? Wie „bindungslos“ beispielsweise ist die Professorenschaft, und wie bindungslos hat sie die ihnen anvertrauten Studenten gemacht? „Laissez faire“ oder Toleranz kann verschiedene Ursachen haben: Mitgefühl, Langeweile, Unwissenheit und Verworrenheit. Nach Riesman ist diese Haltung meist mit dem Verlust innerer Überzeugung verknüpft; außen-geleitete Menschen sind tolerant, weil sie über nichts eine feste Meinung haben. Diese Gleichgültigkeit in ethischen Dingen wurde bei den Amerikanern durch eine Reihe von Einflüssen gefördert und verschiedentlich in die Rubrik Nominalismus, Positivismus und Pragmatismus eingeordnet. Die Gattungsbezeichnung für eine solche Geisteshaltung ist „relativistisch“. Ihr Hauptmerkmal besteht in der Ablehnung aller Anliegen, denen eine moralische Bindung anhaftet.

Die Konservativen neigen dazu – mit gewisser Berechtigung, wenn nicht sogar durchaus zu Recht –, diese Verhaltensformen mit der Überschrift „Atheismus“ oder „Agnostizismus“ zu versehen. Glaubenssysteme, die gewisse unwandelbare Moralgesetze bejahen, werden im allgemeinen als „Religionen“ bezeichnet – obwohl es natürlich einige, meist von Philosophen erdachte, Moralsysteme gibt, die nicht ausgesprochen religiöser Natur sind (das heißt, die zwar gewisse landläufige Begriffe akzeptieren, sie jedoch nicht mit der Weihe des Übernatürlichen versehen). Eine gleichmäßig anti-religiöse Tendenz ist demnach ein ziemlich verläßliches An-

zeichen für „Bindungslosigkeit", und es muß hier vermerkt werden, daß mehrere Studien aus den Reihen der „Sozialwissenschaftler" ein erhebliches Maß an Irreligiosität erkennen lassen. Nach Seymour Lipset „lassen Untersuchungen des religiösen Verhaltens der Amerikaner erkennen, daß die Professoren und Wissenschaftler sehr viel irreligiöser waren als die Bevölkerung im allgemeinen". Bei einem Zweig der Intellektuellen – den Schriftstellern – stellte James Leuba in einer Studie fest, daß sich nicht weniger als zweiundsechzig Prozent Atheisten oder Agnostiker nannten.

Ein weiterer Hinweis auf die Bindungslosigkeit der Professorenschaft findet sich in der schon früher erwähnten Zeitschrift *The Academic Mind.* Diese Untersuchung erstreckte sich auf 2451 „Sozialwissenschaftler" an 165 amerikanischen Hochschulen und hatte den Zweck festzustellen, wie „bindungslos" oder „konservativ" die Dozenten für Geschichte, Volkswirtschaft, Soziologie, Staatswissenschaft, Sozialpsychologie, Anthropologie und Geographie waren. Zwei große Kategorien, die in den Rahmen der vorliegenden Untersuchung gehören – Philosophie und Literatur – befanden sich nicht darunter. Es wurden jedoch soviel Themen angesprochen, daß man den Eindruck gewinnt, die von Lazarsfeld und Thielens verfaßte Studie vermittele ein recht lebensnahes Bild von der tatsächlichen Einstellung der akademischen Gesellschaft Amerikas.

Nach der Untersuchung, die sich auf ungefähr fünfundvierzig Fragenkomplexe erstreckte, kamen die Verfasser zunächst einmal zu dem Schluß, daß „in den meisten sozialwissenschaftlichen Fakultäten die konservativen Lehrer in der Minderzahl waren. Man kann wohl mit Sicherheit sagen, daß die Minderheit der Professorenschaft sich zahlenmäßig irgendwo auf der Linie zwischen den vierzehn Prozent bewegt, die unsere Tabelle als entschieden konservativ ausweist, und den achtundzwanzig Prozent, die sie als zumindest in mancher Beziehung konservativ bezeichnet. Die übrigen, die überwältigende Mehrzahl, sind ‚bindungslose' Liberale. Ungeachtet ... der persönlichen Neigungen muß es als ‚Naturtatsache' hingenommen werden, daß das Meinungsklima unter den Sozialwissenschaftlern im Amerika des zwanzigsten Jahrhunderts im Zeichen der Bindungslosigkeit steht." Es muß betont werden, daß die Verfasser auf der Grundlage politischer, nicht ethischer Fragen zu dieser Schlußfolgerung kommen. Zweifellos hätten die Angesprochenen sehr viel mehr gezögert, mit von „Bindungslosigkeit" geprägten Antworten herauszurücken, wäre die Befragung auf elementare Urteile über Gut und Böse

ausgerichtet gewesen. Der hohe Prozentsatz von Antworten, die Bindungslosigkeit in politischen Belangen ausdrücken, führt die Verfasser zu tieferen Betrachtungen. „Die Professoren", schreiben sie, „sind tolerant gegenüber den Meinungen anderer; sie haben teilweise ein echtes Bedürfnis, die augenblickliche Situation unserer Gesellschaft zu erforschen, und das Bestreben, ihren Studenten die gleiche Geisteshaltung zu vermitteln." In einem Kommentar, der jedem, der schon einmal einen Relativisten konventioneller Prägung in einer Vorlesung erlebt hat, wohlbekannt vorkommen muß, fügen sie hinzu:

„Durch die Natur seines Arbeitsgebietes bedingt, kommt für den Sozialwissenschaftler noch etwas hinzu, das dazu angetan ist, eine im Grunde bereits vorhandene bindungslose Einstellung zu verstärken. Es war eine große Entdeckung der Anthropologen, daß es Gesellschaftssysteme gibt, die sich von dem unsrigen grundlegend unterscheiden und dennoch lebensfähig sind. Die Historiker leisteten ihren großen Beitrag durch die Idee, daß das Denken und die Verhaltensformen innerhalb der Gesellschaft zu anderen Zeiten anders waren als bei uns und erst nachkonstruiert werden müssen, um sie aus heutiger Sicht zu verstehen. Die in diesen und vielen ähnlichen Unternehmungen des Sozialwissenschaftlers liegende intellektuelle Aufgabe hängt von seiner Fähigkeit ab, sich ein Gefüge menschlicher Beziehungen vorzustellen, das sich von dem heutigen grundlegend unterscheidet."

Aus der Sicht dieser Autoren ist es also im Grunde eine kulturelle und daher ethisch bedingte Bindungslosigkeit, die dem politischen Relativismus an den Hochschulen zugrunde liegt. Wieder einmal müssen wir jedoch feststellen, daß die Liberalen es nicht fertigbringen, die logische Verbindung zu knüpfen – daß nämlich der Hengst, ist er erst zum Wallach geworden, keine Fohlen mehr zeugt. Man denke an den Fall Charles Van Doren, den Quiz-Star Ende der fünfziger Jahre, der als Schwindler und Betrüger entlarvt wurde. Zwei Soziologen vom Queens College führten eine Umfrage über den Fall Van Doren durch und kamen dabei zu recht erschreckenden Ergebnissen. Von 225 Studenten, die man über diesen Skandal befragte, hielt die Mehrheit Van Doren nicht für moralisch tadelnswert, sondern für einen „tragischen Helden". Nicht weniger als 86 Prozent hatten Sympathien für ihn, und 26 Prozent fanden sein beispielloses Betrugsmanöver durchaus nicht schlimm. Die Soziologen waren einigermaßen fassungslos.

Das war auch Professor Hans Morgenthau von der Universität Chikago. Angesichts der Tatsache, daß 650 Studenten der Columbia-Universität, an der Van Doren Englisch gelehrt hatte, eine Petition unterzeichnet hatten, in der um seine Wiedereinstellung gebeten wurde, erklärte Morgenthau, daß er sprachlos sei über die „moralische Oberflächlichkeit“ der Jungen. Professor Morgenthau und die Soziologen vom Queens College sprachen die Vermutung aus, daß die abwertende „Erfolgs“-Ethik der Geschäftswelt wohl irgendwie in die heiligen Hallen der Alma Mater eingedrungen sein müsse. Die akademische Gesellschaft kann sich jedoch nicht so leicht von dieser Van-Doren-Episode freisprechen; gibt es doch hinreichende Beweise dafür, daß das Verhalten dieses Professors und die Reaktion der Studenten charakteristisch sind für die akademische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Die amoralische Reaktion der Studenten auf Immoralität ist doch letzten Endes nichts anderes als der wortgetreue Ausdruck der von den Älteren propagierten Theorien. Die Studenten haben lediglich den Smerdyakow zum Iwan ihres Professors gespielt. (Gestalten aus „Die Brüder Karamasow“ von Dostojewskij. Anm.d.Übers.)

In seinem Buch *Changing Values in College* kommt Philipp Jacob zu dem Schluß, daß die Hochschulerziehung heute dahin tendiert, die Studenten mit sanfter Gewalt in die „Bindungslosigkeit“ zu drängen und die Bande moralischer Schranken zu lockern. Wenngleich er mit Bedauern konstatiert, daß die Hochschulerziehung nicht *mehr* tue, um die Studenten zu „liberalisieren“, meint Jacob doch, daß das Ergebnis der akademischen Bildung wohl darauf hinauslaufe, ihnen gleichgeschaltete Anschauungen zu vermitteln, und er spricht nachdrücklich von „der freien Entfaltungsmöglichkeit für Ideen, basierend auf der Hochachtung vor dem menschlichen Geist und der Erkenntnis, daß es eine Vielzahl abweichender Meinungen und Überzeugungen gibt“, und vom Abrücken von „moralischen Tabus“ und der „Skepsis gegenüber dem Übernatürlichen als bestimmender Kraft für die zwischenmenschlichen Beziehungen“. Der Student neige zu einer „liberalen Haltung“, die es ablehnt, „starre Moralbegriffe oder eingewurzelte Vorurteile zu bestimmenden Faktoren für seine menschlichen Beziehungen werden zu lassen ...“

Typisch ist in diesem Zusammenhang ein Buch mit dem Titel *The Unsilent Generation,* herausgegeben von Dr. Otto Butz von der Universität Princeton. Die „Generation“, von der hier die Rede ist, wird vertreten durch elf Studenten der Abschlußklasse Princeton 1957, die auf Butz'

Ersuchen Abhandlungen schrieben, in denen sie ihre Ansichten zu Begriffen wie Glück, Erfolg, Sicherheit, Gott, Erziehung darlegten. Aufschlußreich, was sie zum Thema Gott sagen. Verfasser Nummer 1 schrieb: „Ich kann es mir ja wohl leisten, einem gleichgültigen Gott gleichgültig gegenüberzustehen. ... Mich kümmert die Welt, in der ich lebe, nicht die nach meinem Tode." Nummer 2 sagte: „An Gott denke ich eigentlich selten, und beten tue ich nur, wenn mich etwas ganz besonders bekümmert. Selbst wenn ich bete, geschieht dies nicht aus dem Gefühl, um Hilfe oder Rat zu bitten. Ich finde einfach, daß es mir guttut und mich selbstsicher macht." Nummer 3 gab zu, daß die Religion in seiner persönlichen Weltanschauung „so gut wie überhaupt keine Rolle" spiele. Nummer 4 erklärte, Religion sei ihm gleichgültig, ausgenommen der Katholizismus, den er „verabscheue". Nummer 6 glaubte, Gott müsse wohl „ein prima Kerl" sein, während Nummer 7 zu dem Schluß kam, daß die objektive Existenz Gottes durch die industrielle Revolution gegenstandslos geworden sei. Einige der Studenten hatten sich ihren religiösen Glauben bewahrt, obwohl, wie Nummer 5 es ausdrückte, „Princeton einen verheerenden Einfluß gehabt" habe. Und Nummer 8 bemerkte: „In Princeton wird dem willigen Neuling beigebracht, daß Selbstsucht und Unredlichkeit wertvolle Eigenschaften sind, und er besitzt bald eine erhebliche Fertigkeit darin, seine Überzeugungen und sittlichen Bindungen so zu wandeln, daß sie sich der gegebenen sozialen Situation anpassen."

Am Vassar College ist der Druck in Richtung auf eine liberale Bindungslosigkeit womöglich noch stärker. „Der Erfolg dieser Erziehung sieht so aus", schrieb Mary McCarthy in der Zeitschrift *Holiday*, „daß die Studentin in Vassar bei Beginn ihres zweiten Studienjahres mitleidig und erstaunt zurückblickt auf das, was sie bei ihrem Eintritt in diese Schule war. Spricht man mit ihr über ihre College-Zeit, wird deutlich, daß ihre Eindrücke sich in „vorher" und „nachher" aufgliedern: „Als ich nach Vassar kam, dachte ich wie meine Eltern ... meine politischen Anschauungen waren konservativ ..." Mit wenigen Ausnahmen geht der Trend vom Konservativen zum Liberalen, vom Orthodoxen zum Heterodoxen. Die „wenigen Ausnahmen" haben es nicht immer leicht. Nancy Fellers, Studentin der ersten Semester in Vassar, sollte im Dezember 1951 eine Abhandlung über ihre Überzeugungen schreiben. Gleichzeitig wurde ihr gesagt, daß man ihr im folgenden Frühjahr noch einmal dasselbe Thema stellen werde – womit angedeutet wurde, daß sich ihre Über-

zeugungen in der Zwischenzeit erheblich wandeln könnten. Miß Fellers erwiderte: „Ich glaube an Gott, die Würde des Menschen und die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Juni nächsten Jahres werde ich an Gott, die Würde des Menschen und die Vereinigten Staaten von Amerika glauben." Außerdem schrieb Miß Fellers einen offenen Brief an ihre Schulzeitung, in dem sie sich für Bill Buckleys Buch *God and Man at Yale* aussprach. „Sie haben keine Hemmungen, Ihre gefährlichen Ideen auch noch drucken zu lassen", sagte ihr Professor. „Wenn nicht etwas geschieht, sehe ich schwarz für Ihr Weiterkommen in Vassar." Nancy Fellers ignorierte die Drohung und fiel durch das Seminar. Folglich wurde sie nicht mit ihrer Klasse zur Abschlußprüfung zugelassen. Laut Kommentar des *Vassar Chronicle* bestand ihre Schwierigkeit darin, daß sie „die Augen vor jeder möglichen Veränderung verschloß".

Zusammenfassend sagt Jacob in einer Verhaltensstudie: „Eine intensive Untersuchung der geistigen und persönlichen Entwicklung der Studentinnen in Vassar zeigte ungefähr 150 Züge als für die älteren Semester – nicht für die Neulinge – typisch. Zusammengenommen bildeten sie eine ‚Entwicklungsskala Vassar', die statistisch bestätigt wurde." Zu den Charakterzügen, die die „Entwicklung" der Studentinnen in Vassar ausmachten – besonders interessant angesichts des Syndroms Van Doren –, gehören: „Die älteren Semester neigen eher dazu als die Neulinge, in Einstellung und Haltung die konventionellen moralischen Tabus hinsichtlich Alkoholgenuß, Aufrichtigkeit, Schicklichkeit auf sexuellem Gebiet und sogar Diebstahl über Bord zu werfen. Ihrer Ansicht nach würden die Menschen glücklicher sein, wenn voreheliche Erfahrungen bei Männern und Frauen als selbstverständlich vorausgesetzt würden, und sie halten die Abtreibung bei unehelichen Schwangerschaften vielfach für die vernünftigste Lösung. Sie sind dafür, sich ohne Bezahlung ins Kino zu schmuggeln, wenn man sie nur nicht dabei erwischt."

Und die Ungehörigkeiten anderer betreffend: „Die älteren Semester neigen sehr viel weniger zur Kritik an Menschen, die sich betrinken, die keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen, die voreheliche Erfahrungen sammeln, die Gesetze mißachten oder die Dinge nicht ernst genug nehmen. Was das Verhalten ihrer Mitmenschen und deren Beurteilung angeht, haben sie kaum feste Vorstellungen von Gut und Böse."

Jacob macht die Einschränkung, daß diese Ansichten nicht „durchweg von allen Studentinnen der höheren Semester in Vasssar geteilt werden

und auch nicht unbedingt für die höheren Semester aller Hochschulen zutreffen". Aber, so sagt er, „sie zeigen den Magneten, der die Wertmaßstäbe der Mädchen in Vassar anzieht".

Wenn die Untersuchungsergebnisse an einem hochgeschätzten amerikanischen College erweisen, daß die Studentinnen sich von dem „Magneten angezogen" fühlen, der Gesetzesübertretungen, Unaufrichtigkeit, Diebstahl, Abtreibung und unbezahlte Kinobesuche gutheißt, dann sollte sich niemand – besonders kein Sozialwissenschaftler – über die Reaktion der Studenten im Falle Charles Van Doren wundern.

Wie steht es nun mit der *etatistischen* Seite der Konformität? Ich habe angeführt, welche Ergebnisse die Untersuchung von Lehrbüchern erbrachte, und habe einzelne Studenten zitiert, doch ich räume ein, daß dies keine systematisch zusammengefügten Unterlagen sind. Die Studie Lazarsfeld-Thielens hat diesen Bereich in den Ansichten der Professorenschaft nicht untersucht, und es gibt keine ähnlich umfassende Arbeit über diesen Komplex. Auf Umwegen finden sich aber vielleicht gewisse Richtpunkte.

David Riesman sagt, der „innen-geleitete" Mensch möchte Gesetze, nicht Menschen regieren sehen; der „außen-geleitete Amerikaner oder ‚Informationssammler' ersehne die Regierung von Menschen, nicht von Gesetzen". Mit einem Wort, der klassische Amerikaner ist ein Konstitutionalist; der moderne Konformist glaubt an die unumschränkte Regierungsgewalt. Der außen-geleitete Mensch wäre demnach für Programme, die eine Einmischung des Staates in wirtschaftliche Funktionen verkörpern; er zieht zentralisierte Macht und staatliche Wohlfahrtsprogramme der eingeschränkten Staatsgewalt und dem Höchstmaß individueller Selbstverantwortlichkeit vor. Er würde die Programme linksstehender politischer Parteien unterschreiben, von den Marxisten am einen Ende des Spektrums bis zu den Anhängern des New Deal und der New Frontier am anderen Ende. Durchleuchten wir so die politische Einstellung des Lehrkörpers, können wir, wenn auch nur asymptotisch, einen Sammelbegriff davon erhalten, wie sie über die staatliche Einmischung denken.

Hierzu verfügen wir über ein abgerundetes, geschichtliches Bild der bei den Akademikern herrschenden Linkstendenz – die weit über die Tendenz des Landes im allgemeinen hinausgeht, obwohl es sich Hals über Kopf der vermehrten staatlichen Einmischung verschrieben hat. So wurde 1937 nach Roosevelts überwältigendem Sieg festgestellt, daß 56 Prozent der Arbeiter Sympathien für den New Deal hegten. Die entsprechende

Zahl unter den Professoren für Sozialwissenschaften betrug 84 Prozent. Lazarsfeld und Thielens fanden in ihrer Studie heraus, daß sich 1129 ihrer Angesprochenen selbst als Demokraten bezeichneten und nur 384 als Republikaner. Im Jahre 1948 hatten 1229 für Truman gestimmt, 81 für Wallace und 548 für Dewey. 1952 war die Stimmenverteilung 1414 für Stevenson und 737 für Eisenhower.

Einen weiteren Einblick in die kollektivistische Haltung des Lehrkörpers und die daraus folgende Reaktion der Studenten vermittelt die schon im Kapitel I erwähnte Studie über Harvard-Studenten der ersten Semester. Die Untersuchung ergab, daß die Studenten im Laufe ihrer Studienjahre dazu neigten, eine immer stärker interventionistische Haltung einzunehmen, und daß dieser Prozeß eine Folge der Beeinflussung durch die Professorenschaft und das in der Fakultät Verwendung findende Lehrmaterial war. Der *Crimson* schrieb: „Größtenteils kamen die Studenten nicht mit diesen Überzeugungen in Cambridge an; sie machten sie sich in Harvard zu eigen. Mehr als die Hälfte von ihnen gibt zu, daß ihre politischen Ansichten seit ihrer Immatrikulation stark beeinflußt wurden, und sieben Zehntel von ihnen haben sich entweder ‚vom Konservativen zum mehr Liberalen‘ oder vom ‚Liberalen zum ausgeprägteren Liberalen‘ gewandelt. Vorlesungen und Pflichtlektüre wurden als die bedeutendsten Einflüsse für diese gelenkte Meinungsbildung der Studenten genannt."

„Während nur ein Zwölftel der ersten Harvard-Semester sein politisches Temperament als ‚radikal‘ bezeichnet", berichtete der *Crimson*, „ist mehr als der siebente Teil für die ‚volle Sozialisierung aller Industriezweige‘; mehr als ein Fünftel unterstützt die Sozialisierung des Arztberufes ... zwei Drittel unterstützen solche ‚wohlfahrtsstaatlichen Projekte‘ wie die soziale Sicherstellung und die Weiterentwicklung der Kraftversorgung auf bundesstaatlicher Ebene ... vier Fünftel billigen die staatliche Hilfe für höhere Schulen; zwei Drittel sind für die nationale Krankenversicherung, staatliche Hilfe für private Colleges und Universitäten, staatliche Lohn- und Preiskontrollen, um einer Geldentwertung vorzubeugen; und die Hälfte sprach sich für staatliche finanzielle Unterstützung kultureller Bestrebungen in Amerika aus."

Daß diese Einstellung zum Staat gleichbedeutend ist mit einer Abnahme der Initiative des einzelnen, wird ferner bestätigt durch David Riesman, der zu dem Schluß kommt, daß Studenten seiner Beobachtung

nach „soziale Sicherheit, keine großen Erfolge" erstreben. „Sie wollen Anerkennung, keinen Ruhm. Sie sind nicht darauf aus, Talente zu entwickeln, die sie in Schwierigkeiten bringen könnten; wogegen sich der innen-geleitete Jugendliche bis zur äußersten Grenze seiner Begabungen und darüber hinaus bewegte. Wenige unter ihnen leiden wie die Jugend früherer Zeiten, ‚weil sie zwanzig sind und noch nichts geleistet haben'." Von einer Gruppe junger Leute sagt er: „Sie nehmen alles, was der Staat ihnen gibt – einschließlich des Monatswechsels – fast völlig passiv hin."

In einer seiner Klassen führte Riesman ein Experiment durch, um zu prüfen, wie weit die Eigenverantwortlichkeit dieser Schüler gehe. Im Zusammenhang mit einer Studie über drei indianische Stämme – von denen zwei aggressiv und individualistisch sind (die Dobu und die Kwakiutl) und einer friedliebend und kollektivistisch (die Pueblos) – fragte er seine Studenten, welche von den drei Kulturen ihrer Meinung nach die größte Ähnlichkeit mit der zeitgenössischen amerikanischen Kultur aufweise. Die Mehrheit entschied sich für einen der beiden aggressiven Stämme. „Aber wenn man die Verhaltensweisen dieser Studenten genauer betrachtet", sagt Riesman, „findet sich sehr wenig, was mit den Sitten der Dobu oder Kwakiutl vergleichbar wäre."

Riesman fügt hinzu: „Die wohlhabenden Studenten geben sich die erdenklichste Mühe, nicht aufzufallen und zu protzen – die Dinge haben sich gewaltig verändert seit den zwanziger Jahren, als sie noch mit Waschbärpelzen einherstolzierten. Die zünftige Uniform zeichnet sich heute durch betonte Schäbigkeit aus. Mit ganz wenigen Ausnahmen möchte heute tatsächlich kein Student mehr für hochnäsig gehalten werden ...

Aber nicht nur das augenscheinliche Verschwinden des geltungssüchtigen Verbrauches zeigt, daß die Studenten keine mit den Kwakiutl-Indianern vergleichbaren Verhaltensformen mehr besitzen. Auch die Zurschaustellung angeborener oder erworbener Fähigkeiten wird unterdrückt. Einer der besten Schwimmer der Universität erzählte mir: ‚Ich bin auf die anderen, gegen die ich antrete, meistens wütend. Irgendwas stimmt da bei mir nicht. Ich wollte, ich wäre wie X, der mit den anderen wirklich zusammenhält und dem der Sieg gar nicht so wichtig ist.'"

Lionell Trilling erinnert sich im Zusammenhang mit Riesmans Experiment eines ähnlichen Erlebnisses: „Meine eigenen Erfahrungen als Lehrer bestätigen insbesondere diese Episode. Seit einiger Zeit war mir in zunehmendem Maße aufgefallen, daß meine Studenten sich nicht sonder-

lich für Stendhals *The Red and Black* begeisterten, und daß ihre Reaktion bei weitem nicht so war, wie ich mich aus meiner eigenen Studentenzeit erinnerte. Dann erklärte eines Tages eine ganze Klasse – durchweg überdurchschnittlich begabte junge Leute – daß sie Julien Sorel langweilig fänden und nichts für ihn übrig hätten. Sie fanden Julien Sorel langweilig! Verkörpere er denn nicht, so fragte ich sie, ihr eigenes Verlangen nach höchster Leistung, ihr natürliches, jugendliches Streben? Mit ihrer Antwort ließen sie mich schön abblitzen und machten mir bewußt, welch breiter Abgrund zwischen den Generationen klafft: Sie verstünden Juliens auf die eigene Person bezogenes Streben nicht, sagten sie; ihnen liege an vernünftiger, sozial nützlicher Arbeit im Rahmen der Gemeinschaft. Ich kam mir vor wie ein alternder Machiavelli im versammelten Sekretariat der Vereinten Nationen.“

Und William H. Whyte, der die heutige Studentenschaft als eine „Generation von Bürokraten“ bezeichnet, zitiert einen Gewährsmann, der sich besonders mit der Geisteshaltung der Theologie-Studenten befaßt: „Es ist eine Art umgekehrter Autoritarismus. Die Theologiestudenten möchten, im Gegensatz zu ihren Kommilitonen vor zwanzig Jahren, daß man ihnen ‚die Dinge sagt‘. Ich habe viel Mühe und Zeit daran gewendet, mich bei Freunden zu erkundigen, die als Dozenten in anderen Fakultäten tätig sind, ob sie diese neue Tendenz ebenfalls bemerkt haben. Sie bestätigten mir ausnahmslos, daß sie die heutige Studentengeneration weniger kritisch und wißbegierig fänden, bereitwilliger, Gesagtes als gegeben hinzunehmen, und im allgemeinen sehr darauf bedacht, alles ‚klipp und klar gesagt zu bekommen‘.“

Insgesamt sind der typische Professor und der typische Student also Konformisten, außen-geleitete Menschen, eifrig bestrebt, im Geiste des Etatismus zu leben. Die Revolution ist gewesen; der Liberalismus regiert; liberal sein heißt sich anpassen. „Einige der Verhaltensformen, die in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts einen Mann zum unabhängigen Denker und sogar zum Nonkonformisten gestempelt hätten“, schließt Philip Jacob, „sind heute durch und durch konventionell. Was den Familien vieler Studenten zweifellos als völlig unkonventionelles Denken und Verhalten erscheint, sind die Sophisterei, die Flexibilität und das Streben nach sozialer Sicherheit, die es diesen Studenten ermöglichen werden, gut mit den Menschen zurechtzukommen, die nach der Studienzeit ihre Nachbarn und Geschäftspartner sein werden.“

Noch ein Wort über eine paradoxe Erscheinung: die für die Liberalen typische Ansicht über die kommunistische Partei in Amerika. Die liberale Lehre ist „etatistisch", sie vertritt die Auffassung, daß das Individuum sich der Gruppe unterordnen soll. Wo immer es um die Frage des Kommunismus geht, verteidigt dieselbe Lehre jedoch eifrig die „Persönlichkeitsrechte". Dieselben Leute, die kein Wort dagegen zu sagen haben, wenn ein Farmer um seinen Besitz geprellt wird, wenn ein Geschäftsmann nicht mehr frei ist, über seine eigenen Belange zu entscheiden, wenn ein Arbeiter gezwungen wird, den Gewerkschaften seinen Tribut zu entrichten, wenn ein Oberhaupt der Amish-Sekte im Konflikt mit den Sozialgesetzen zerbrochen wird – dieselben Leute, die dem allen zustimmen, sind die ersten, die großes Protestgeschrei erheben, wenn ein Kongreßausschuß in die kommunistisch angehauchte Tätigkeit eines Linus Paulig oder eines Cyrus Eaton hineinleuchtet. Umgekehrt spricht sich der Konservative, der für die Eigenverantwortlichkeit des Individuums eintritt, meist *für* derartige Untersuchungen aus. Er wird dadurch in diesem Falle zum Gegner der „Persönlichkeitsrechte". Gibt das einen Sinn? Oder sind beide Seiten in einen gegenseitigen Widerspruch verwickelt – in dem jede die eigene Stellung aufgibt und mit den Argumenten des Gegners kämpft? Die Antwort ist meiner Meinung nach die, daß beide Seiten durchaus folgerichtig handeln – daß die Verwirrung von einer rhetorischen, nicht von einer substantiellen Umsetzung herrührt.

Der Liberalismus kann im Rahmen seiner bindungslos-etatistischen Ideologie verschiedenes finden, das seine charakteristische Haltung gegenüber der Frage des Kommunismus hinreichend sanktioniert. Dazu gehört die alte emotionelle Erklärung für den Bolschewismus und die Sowjetunion. Wie Marcus Cunliffe bemerkte: „Der erste Weltkrieg und dazu die russische Revolution ... bewiesen der Avantgarde in Amerika schließlich, daß sie es besser wußte als ihre Umwelt. Es ist durchaus nicht abwegig, zu behaupten, daß das Jahr 1917, das Jahr der Revolution und der Meuterei, auch für Amerika eine kulturelle Revolution brachte – eine Bewegung nämlich, die sich das Vokabular eines Marx zusammen mit dem Freuds zu eigen machte." Liberale jedoch, die sich einst für die chiliastische Vision der Marxisten begeisterten, lassen nicht mehr so leicht davon ab.

Dieser Zauberbann hat verschiedene Phasen durchgemacht: Die liberalen „Intellektuellen" verteidigten Stalins Vorspiegelung von Gerechtigkeit 1936; sie waren die ersten, Anfang der vierziger Jahre die Tugenden

unseres edlen „russischen Verbündeten“ zu rühmen; sie stellten uns Mao Tse-tung und Fidel Castro als „Agrarreformer“ hin; sie erschienen wiederholt im Briefkopf kommunistischer Organisationen; und selbst heute noch, da die lange Liste sowjetischer Grausamkeiten und Wortbrüche sattsam bekannt ist, nähren sie Vorstellungen von einem „Verstehen“ mit dem kommunistischen Feind.

Mit einem Wort: Weil der Liberalismus gewisse dirigistische Bestrebungen mit den Bolschewisten gemein hatte und weil die Sowjetunion das „große Experiment“ war, in dem sie praktiziert wurden, kann er sich nur qualvoll zögernd zu der Überzeugung durchringen, daß der Kommunismus *ganz* so schwarz ist, wie er gezeichnet wird. Dieses Gefühl muß sich unweigerlich in seinem Abscheu vor Kongreßausschüssen äußern, die hierzulande auf Kommunisten und ihre Verbündeten Jagd machen wollen – wenngleich es sich keineswegs angesprochen fühlt, wenn beispielsweise der Kefauver-Unterausschuß darangeht, wohlhabende Geschäftsleute als „rot“ zu brandmarken.

Die Einstellung der Konservativen ist genau umgekehrt. Sie argumentieren, daß „radikale“ Regierungssysteme nicht von Dauer sein können, und sind daher seit langem schon gegen den Kommunismus und die UdSSR zu Felde gezogen. Diese Auffassung hilft ihnen, ihre Einstellung einem außergewöhnlichen Gesetz unserer eigenen Regierung anzupassen, das den Kommunismus im Gefüge unserer Gesellschaft ausrotten soll. (Wobei der Grad der Anpassung den verschiedenen Stärkegraden einer chronisch feindlichen Einstellung gegen die Regierung an sich entspricht.)

Derart feine Unterschiede in der Ausrichtung vermögen natürlich die Kontroverse um die Frage des Kommunismus in Amerika nicht gänzlich zu erklären. Auf liberaler Seite spricht man heute so viel und so oft von den „Persönlichkeitsrechten“ und den „Bürgerrechten“, daß, sollten dabei überhaupt noch etatistische Impulse mitwirken, diese offenbar abgeglitten und unterschwellig geworden sind. In den Reihen der Konservativen spricht man mit ähnlichem Nachdruck von dem Punkt, an dem „die Rechte aufhören“ oder gefährlich werden und „die Verantwortung beginnt“. Ein fast völlig rhetorischer Frontwechsel. Und keine Seite hat sich die Mühe gemacht, ihn in seinem ganzen Ausmaß zu untersuchen – oder einzugestehen, daß dadurch jetzt das Gegenteil von dem gutgeheißen wird, was sie sonst vertrat.

Das Durcheinander rührt daher, daß die Gegner, Liberale ebenso wie

Konservative, das Problem des Kommunismus mit den gleichen Wortbegriffen erörtern, wie sie über die mißliche Lage eines Farmers sprechen, der die ihm genehmigte Anbaufläche für Getreide überschritten hat. Und diese Bewertung geht an der Tatsache vorbei, daß die Schwierigkeiten des Farmers mit der Regierung ausschließlich interner Natur sind – die des Kommunisten jedoch nicht. Der Kommunist und jeder, der ihm Vorschub leistet, steht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einer fremden Macht, und das bedeutet eine Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft. Der Kommunist wehrt sich nicht nur einfach gegen die *Macht* des Staates, sondern gegen den *Gehalt* des Begriffes Patriotismus. So sehen wir also beide Seiten wieder auf ihrem Platz.

Richtig gedeutet, ist patriotischer Eifer durchaus nicht unvereinbar mit freiheitlichen oder „innen-geleiteten" Vorstellungen von beschränkter Staatsgewalt. Der Konservative glaubt, daß dem Staat gewisse, genau umrissene Aufgaben zufallen – und nicht mehr. Er erwartet, daß der Staat diese seine Aufgaben gut erfüllt und sich allem anderen fernhält. Eine dem Staate fraglos obliegende Aufgabe – ja seine höchste Verantwortung – ist die Verteidigung gegen äußere Feinde. Die Verfolgung der Kommunisten fällt in diesen Bereich.

Wenn ich noch ein wenig bei Riesmans Analyse verweilen darf: Meiner Ansicht nach zeigt die Geschichte unserer Nation, daß die von ihm als „innen-geleitet" bezeichneten Menschen sich zu einer aufwärts wachsenden Ordnung säkularer Loyalitäten bekennen; sie stellen das Individuum und die Familie höher als äußere Einflüsse, die Rechte der einzelnen Bundesstaaten höher als die gesamtstaatliche Gewalt, und die Rechte der Vereinigten Staaten höher als die äußeren Feinde und übernationalen Institutionen. Jedes dieser Gefühle ist Ausdruck eines konservativen Impulses. Die patriotische Bindung ist folglich Bestätigung der Individualität auf zwei Ebenen, höchster Gipfel und Bindeglied zugleich in einem aus Neigung und Sorge gestuften System. Ich gebe zu, daß sie darüber hinausgehen kann und in der Tat hinausgegangen ist – wenn patriotischer Eifer Menschen in Kriegszeiten beispielsweise dazu führte, sich einiger ihrer Grundrechte zu begeben. Doch die Art des Einsatzes patriotischer Gefühle, sind sie einmal geweckt, ändert nicht ihren Ursprung.

In der außen-geleiteten oder liberalen Vorstellung ist die Reihenfolge umgekehrt. Da der Liberale wenig oder überhaupt nichts vom Individuum hält, stellt er die Ansprüche der Gemeinschaft über die des einzelnen, die

Ansprüche des Staates über die der einzelnen Bundesstaaten und die der „Weltmeinung“ oder der übernationalen Institutionen über die der Vereinigten Staaten. Der liberale Anti-Nationalismus gehört in den Rahmen einer in sich geschlossenen Moralauffassung, des Anti-Individualismus.

So rücken die einander scheinbar widersprechenden Ansichten über die Untersuchungen gegen die Kommunisten in die rechte Perspektive: Kommunisten sind, unter dem konservativen Aspekt gesehen, Agenten einer feindlichen Fremdmacht, die die Vereinigten Staaten zu vernichten trachten. Da er dies fühlt, wenn auch nicht immer ausspricht, möchte der Konservative, daß der Staat, sein Verteidigungsapparat gegen Feinde von außen, eingreift – und dazu gehören auch Schritte gegen die Machenschaften des Feindes in unserer Mitte.

Was die Liberalen betrifft, so läßt ihn das kommunistische Problem meiner Meinung nach im Grunde nicht zu dem Schluß kommen, daß unsere Regierung zu groß oder zu anmaßend werde; schließlich arbeitet er ja Tag und Nacht für eine eben solche Regierung. Bei ihm reagiert ein ganz bestimmter Nerv: die Bindungslosigkeit; sein Widerstreben, ein fremdes Glaubensbekenntnis in Acht und Bann zu tun – irgendein fremdes Glaubensbekenntnis; zu erklären, daß in einer bestimmten Frage die eine Ansicht richtig und die andere falsch sei; und seine Feindseligkeit gegenüber Symbol und Substanz patriotischen Strebens.

Vergleichen wir daraufhin Stouffers Buch *Communism, Conformity and Civil Liberties* mit Riesmans Untersuchungsergebnissen, so stellen wir fest, daß der Antikommunismus genau in jenen Bereichen am stärksten ausgeprägt ist, in denen noch die „Innen-Lenkung“ vorherrscht (in erster Linie in ländlichen Gegenden), während die tolerante Haltung gegenüber dem Kommunismus vorwiegend dort vertreten ist, wo die „Außen-Lenkung“ triumphiert (in den Städten, in bürokratischen Kreisen). Ausgeprägter Antikommunismus ist der Ausdruck innen-geleiteter Menschen, die an Tradition und überlieferten sittlichen Werten festhalten; Toleranz gegenüber dem Kommunismus ist das Merkmal der Außen-Geleiteten, der Wert-Ungesteuerten.

Daß die liberalen Ansichten über den Komplex des Kommunismus in den Rahmen des Begriffes „Bindungslosigkeit“ gehören, ist die Ansicht und das sachlich untermauerte Urteil der von Lazarsfeld und Thielens verfaßten Studie. Eine Frage zielt beispielsweise darauf ab, festzustellen, wie die Befragten reagieren, wenn angenommen wird, daß die Universität

ein Redeverbot für Owen Lattimore erlassen habe, der zweimal unter Eid als Mitglied der kommunistischen Organisation identifiziert und vom Senatsunterausschuß für innere Sicherheit als „bewußtes, aktives Werkzeug der sowjetischen Verschwörung" bezeichnet wurde. (Die Tatsachen werden in der Studie nicht erwähnt, dürften den meisten gutunterrichteten Menschen jedoch bekannt sein.) Nicht weniger als achtzig Prozent der Befragten sprachen sich für die Redefreiheit Lattimores aus, und 970 von ihnen würden „heftig protestieren", sollte die Hochschulverwaltung eine solche Rede zu verhindern trachten.

1001 Befragter glauben, daß die amerikanischen Kommunisten „eine gewisse Gefahr" für die Vereinigten Staaten bilden (im Gegensatz zur „sehr großen" oder „großen" Gefahr), während 859 glauben, daß die Kommunisten hierzulande „kaum eine Gefahr" darstellen. 733 – fast ein Drittel – glauben, daß ein „Dozent für Soziologie, der ein erklärter Kommunist ist, sich nicht sehr von anderen Lehrern mit unorthodoxen Ansichten unterscheidet".

Diese Ergebnisse decken sich mit denen des Stouffer-Berichtes, der feststellte, daß die „Toleranz" gegenüber dem Kommunismus sich bei dem einzelnen in fast direktem Verhältnis zu seiner Stellung im Bildungsprozeß verschiebt. Lazarsfeld und Thielens sagen hierzu ferner: „Dreiundvierzig Prozent der von Stouffer Befragten in Amerika hielten den Kommunismus für eine große oder sehr große Gefahr; bei uns lag der Prozentsatz bei vierzehn. Die Sozialwissenschaftler machten aber feinere Unterschiede. Sechs Prozent der Durchschnittsbevölkerung würden einen Kommunisten, der in einer Rüstungsfabrik arbeitet, nicht hinauswerfen, und sechsundzwanzig Prozent würden ihm gestatten, als Angestellter in einem Geschäft weiterzuarbeiten. Das ist eine Differenz von zwanzig Prozent. Bei den Professoren liegt die gleiche Differenz bei fünfundsechzig; zweiundachtzig Prozent würden einen Kommunisten, der in einem Geschäft angestellt ist, nicht entlassen, während nur siebzehn Prozent ihn nicht aus einer Rüstungsfabrik entlassen würden." (Nur!)

Das geringere Mißtrauen der Professorenschaft gegenüber dem Kommunismus ist nach Ansicht der Verfasser „großenteils auf eine andere Einstellung zu unorthodoxem Gedankengut" zurückzuführen. Bedenkt man jedoch, daß die Professorenschaft im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung fast dreimal so geneigt ist, einen Kommunisten *in einem Rüstungswerk* weiter zu beschäftigen, mag das vielleicht auch etwas mit dem

chronischen Unvermögen liberalen Denkens zu tun haben, der Realität des Kommunismus die Stirn zu bieten. Die „Intoleranz" der Ungebildeten ist zwar bedauerlich, aber verständlich; was aber zeichnet verantwortlich für die beharrliche Ignoranz mutmaßlich gebildeter Menschen, die nach vierzig Jahren schlechtester Erfahrungen durchaus nichts dagegen haben, daß in amerikanischen Rüstungsfabriken Kommunisten arbeiten?

Irgend jemand erklärte, die Formulierung des Stouffer-Berichtes lasse nur schwer erkennen, wann der Widerstand gegen den Kommunismus aus dem tatsächlichen Erfassen der wahren Elemente des Kommunismus und wann er aus einem beschränkten Vorurteil gegen alles und jedes herrühre, das „radikal" sei. Ebenso schwierig ist in dem Falle die Definition, wann die „Toleranz" gegenüber dem Kommunismus auf dem leidenschaftlichen Wunsche beruht, den Ketzern Tür und Tor zu öffnen, und wann sie anhaltende Blindheit gegenüber den uns drohenden Gefahren ist. Nach Stouffer und *The Academic Mind* neigt die amerikanische Professorenschaft aus eingewurzelter, ideologischer Kurzsichtigkeit heraus mehr dazu, den Kommunismus aus Unwissenheit, denn aus Aufgeklärtheit zu tolerieren. (Dies wird besonders deutlich, wenn wir im nächsten Abschnitt dieses Kapitels die Toleranz der Liberalen gegenüber der „Häresie" untersuchen, die keinen radikalen Charakter trägt.)

Soviel zur Einstellung der amerikanischen Professorenschaft zur Frage des Kommunismus in Amerika. Wie sieht nun der Niederschlag in den Köpfen der Studenten aus, die von ihr unterrichtet wurden?

In Vassar, konstatierte man, ist es typisch für die älteren Semester (mehr als für die Neulinge), „zu fragen, ‚ob der Kommunismus heute das Verdammenswerteste in der Welt überhaupt' sei oder ob die amerikanische Art zu leben unverändert erhalten werden sollte, und zu sagen, daß sie eher ihr Land als den besten Freund verraten würden". Eine Studie über die Universität Columbia zeigt, daß „die Studenten sich mit überwältigender Mehrheit gegen die Überprüfung der Colleges durch den Kongreß aussprachen, prinzipiell ebenso wie in bezug auf die augenblickliche Handhabung". An den Universitäten Columbia und California wurde festgestellt, daß „die Mehrzahl der Studenten grundsätzlich nichts gegen Kommunisten unter der Professorenschaft einzuwenden hatte ..."

Die Reaktionen der Studenten zeigen erneut, daß Toleranz gegenüber dem Kommunismus Hand in Hand geht mit einer Geringschätzung der Souveränität unseres Landes. Die Erhebungen an den Hochschulen Antioch,

Colgate und Michigan State ergaben, daß die Studenten nachdrücklich zu einer „selbstkritischen Begutachtung der nationalen amerikanischen Kultur veranlaßt wurden, basierend auf einer Anerkennung der in der Welt bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten und einer Ablehnung jedes übertriebenen Patriotismus". Jacob sagt, daß „ungefähr drei Viertel der Studenten überall im Lande zum Zeitpunkt ihrer Schlußexamen als ‚Internationalisten' anzusprechen sind. Sie erklären sich damit einverstanden, daß eine Weltorganisation bindende Entscheidungen für Nationalregierungen trifft, ihre eigene nicht ausgenommen". Auf eine ähnliche Meinung stieß man in Harvard, wo sich ein Drittel der Studentenschaft für die einseitige Einstellung der amerikanischen Kernversuche aussprach und diesen Verzicht der Vereinigten Staaten einem Weltkrieg vorzog. Die Mehrzahl der Studenten an der Universität Cambridge ist für die Anerkennung des kommunistischen China.

So also sieht die Konformität an den amerikanischen Universitäten aus. Sie ist „bindungslos", anti-religiös und relativistisch im ethischen Bereich, etatistisch im politischen Bereich, anti-anti-kommunistisch in der unser Zeitalter beherrschenden sui-generis-Krise. Mit einem Wort, sie ist liberal.

Eigene Meinung unerwünscht

Was ist „akademische Freiheit", und wer sind ihre Gegner? Gegenüber dem wissensdurstigen Schüler gibt Robert MacIver diese Definition: „Ein Recht, das vom anerkannten Erzieher für sich in Anspruch genommen wird, in seiner Eigenschaft als Lehrer und Forscher seine Ergebnisse zu interpretieren und seine Schlußfolgerungen zu verkünden, ohne irgendwelcher Einmischung, Bedrängnis oder Bestrafung ausgesetzt zu sein, weil diese Schlußfolgerungen einer eingesetzten Behörde innerhalb oder außerhalb der Lehranstalt unannehmbar erscheinen."

Die „akademische Freiheit" ist, inter alia, immer dann bedroht, wenn Vorurteile auf „Häresie" treffen: „Wo Vorurteile im Spiele sind", sagt MacIver, „glauben die Menschen nicht nur, daß sie die Wahrheit bereits besitzen, sondern sie fürchten auch das ‚Ketzertum' derjenigen, die zu abweichenden Schlüssen kommen – fürchten, daß die Ketzer die anderen irreleiten oder korrumpieren könnten. Sie wollen ihre eigene, unerprobte ‚Wahrheit' nicht nur nicht der öffentlichen Begutachtung stellen, sondern sie lehnen es auch ab, sie in jenen Enklaven untersuchen zu lassen, in denen die Forschung eigenste Aufgabe des Menschen ist."

Das sind meiner Ansicht nach recht genaue Definitionen der akademischen Freiheit und der Motive jener, die sie zu vernichten trachten – von einem Manne, der glaubt, daß die „akademische Freiheit" im großen und ganzen dann in akuter Gefahr schwebt, wenn Menschen sich über an unseren Universitäten herrschende Linkstendenzen aufregen.

„Akademische Freiheit" ist also immer dann in Gefahr, wenn eine festverankerte Macht versucht, die unabhängige Meinungsäußerung Intel-

lektueller an den Universitäten zu unterdrücken. Wir haben aber konstatiert, daß die am festesten verankerte Macht in unserer Gesellschaft Liberalismus heißt, der an den Universitäten noch stärker ist als anderswo. Wenn es uns also wirklich um die „akademische Freiheit" geht, erhebt sich die Frage: Wie verhält sich diese festverankerte Macht gegenüber Andersdenkenden?

Wie wir sahen, haben die Liberalen von der Doktrin her nichts dagegen, daß „Radikale" und sogar kommunistenfreundliche Elemente im Lehrkörper bleiben. – Beweis ist der Fall Owen Lattimore; daß man Gastdozenten empfängt, die kommunistischer Bindungen verdächtig oder sogar verbriefte Kommunisten sind; ein weiterer Beweis ist der freundliche Empfang, der John Gates an der Columbia Universität zuteil wurde (als man ihn aufforderte, dort ein Referat zu halten, war er noch Redakteur des *Worker)* – oder Alger Hiss an der Universität Princeton; daß man die Ausbrüche radikal andersdenkender Studenten duldet – Beweis ist der Empfang, der dem von Castro finanzierten Komitee „Fair Play für Kuba" an verschiedenen Universitäten gewährt wurde. Die „akademische Freiheit" verbietet auch jede Unhöflichkeit gegenüber Kommunisten oder Mitläufern oder jenen, die versehentlich in kommunistisch gesteuerte politische Unternehmungen gerieten. So bestanden die Liberalen in dem Wirbel um den verstorbenen Senator McCarthy auch darauf, daß wir unsere Gegner im Interesse der Höflichkeit anständig behandeln müßten, wie sehr unsere Ansichten auch auseinandergingen.

Professoren und Studenten, die sich zu dieser liberalen Konformität bekennen, verfechten diese Ansichten mit leidenschaftlicher Inbrunst. Unter der Prämisse „akademische Freiheit" und „Äußerung abweichender Meinungen": gut und schön. Stehen die Andersdenkenden aber im *konservativen* Lager, reagiert die liberale Doktrin erheblich anders. „Der liberale Zusammenhalt innerhalb der akademischen Gesellschaft", bemerkt Seymour Lipset, „hat die Konservativen wesentlich mehr bedrängt als Einmischung und Kritik von außen die linksorientierten Elemente." Ludwig Lewisohn von Brandeis sagt: „Der einzige Wissenschaftler, der heute an amerikanischen Universitäten noch in die Defensive gedrängt wird, ist der konservative Lehrer oder Student, der religiöse Lehrer oder Student."

So kommt es, daß da, wo Liberale am Ruder sind – und praktisch sind sie das überall – die Konservativen, um mit Morton Cronin zu

sprechen, „ihren Konservatismus für sich behalten haben und sich damit begnügten, gelegentlich zu erklären, daß sie sich nicht schämten, ‚schwarz' zu sein."

Es gibt genügend Fälle, die das belegen. Man nehme nur die Erfahrungen des Pfarrers Hugh Halton, ehemals Kaplan für die katholischen Studenten der Universität Princeton. Im Frühjahr 1956 bewies diese Universität ihre Treue zur „akademischen Freiheit" dadurch, daß sie ihre Pforten dem eingefleischten Kommunisten Alger Hiss öffnete, der vor Studenten von Nassau über die verschiedenen Nuancen der amerikanischen Außenpolitik sprach. Pfarrer Halton hatte protestiert. In ähnlicher Weise hatte er sich dagegen ausgesprochen, den vom Sicherheitsstandpunkt aus ungemein risikoreichen Physiker J. Robert Oppenheimer zum „William-James"-Dozenten[25] in Harvard zu ernennen und John Gates, den damaligen Redakteur der kommunistischen Zeitschrift *Worker*, an der Columbia-Universität sprechen zu lassen. Als ob das noch nicht genügt hätte, die Geduld auch des schwerfälligsten Liberalen zu erschöpfen, befand sich Halton im Dauerkrieg mit mehreren Angehörigen der Professorenschaft in Princeton, die ihre Studenten auf die unterschiedlichste Weise zum Atheismus und Anti-Katholizismus hinzuführen trachteten. Aus allen diesen Gründen entzog die Universität Princeton Pfarrer Halton seine Bestallung als Kaplan der Universität und löste jede Verbindung zu ihm. Einzelheiten wurden nicht angegeben, nur summarisch festgestellt, daß der Geistliche sich „unverantwortlicher Angriffe auf die geistige Integrität verschiedener Fakultätsangehöriger" schuldig gemacht habe.

Pfarrer Halton hatte sich jedoch in seiner Anklage gegen den Atheismus und den Anti-Katholizismus dieser Professoren größtenteils darauf beschränkt, aus den Arbeiten der Betreffenden zu zitieren. Der Präsident der Hochschule, Goheen, sagte in seiner Erklärung nicht, in welchen Teilen Pfarrer Haltons Liste Unrichtigkeiten aufweise. Der Fall Pfarrer Halton war seinem äußeren Anschein nach nicht nur überzeugend, sondern geradezu verheerend.

Pfarrer Halton kann kaum mehr vorgeworfen werden, als daß er ein lästiger konservativer Brummer war – der vielleicht zu Kontroversen und schlimmstenfalls zu intellektuellen Auseinandersetzungen Anlaß gab. Ist das aber nicht letzten Endes im Rahmen der „akademischen Freiheit" nur wünschenswert? Pfarrer Halton war für den Ausbruch von Zwist und Zwietracht gewiß nicht verantwortlicher als seine Gegner, die mit

ihren Doktrinen die katholischen Studenten der Gemeinschaft Princeton unbedingt reizen mußten. (Siehe die Erklärungen der Princeton-Absolventen über ihre Einstellung zur Religion.) Pfarrer Haltons größtes Verbrechen bestand zweifellos darin, Kontroversen dadurch provoziert zu haben, daß er sich gegen mißfällige Doktrinen stemmte – ähnlich wie die Kohler Company nach Walter Reuthers Meinung an Gewalttätigkeiten der UAW Schuld trug, weil sie Reuthers Forderungen ablehnte, oder wie die Vereinigten Staaten in Chruschtschows Augen für die „Spannungen in der Welt" verantwortlich sind, weil sie es ablehnen, den Erdball Moskau zu überantworten. Mit einem Wort, Pfarrer Haltons Vergehen bestand darin, daß er aufrecht für seine religiöse Überzeugung eintrat und damit die bestehende Konformität verletzte.

Ähnliche Vorkommnisse haben sich an vielen amerikanischen Universitäten zugetragen, wo sich konservative Sprecher isoliert, in Acht und Bann getan und schließlich aus dem Lehrkörper entfert fanden. E. Merrill Root schildert mehrere dieser Fälle in seinem Buch, *Collectivism on the Campus,* und belegt mit umfangreichem Material, wie die Liberalen bestrebt sind, von ihren eigenen abweichende Meinungsäußerungen Konservativer zu unterdrücken. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Fall am Massachusetts Institute of Technology: ein Konflikt zwischen zwei Professoren – der eine ein versierter Anti-Kommunist, der andere ausgewiesenes Mitglied der Kommunistischen Partei. Es waren Dr. Alexander St. Ivanyi, ein beliebter Dozent für Staatskunde, und Professor Dirk J. Struik, ein ebenso beliebter Mathematiker. Professor Struik war durch den Abwehrmann des *FBI,* Herbert Philbrick, als Lehrer an der kommunistischen Samuel-Adams-Schule in Boston und als Mitglied eines kommunistischen Parteikaders ausgewiesen worden. Dies wurde später noch von anderen Seiten bestätigt. Im Jahre 1951 wurde Struik unter Bezug auf das Anti-Anarchisten-Gesetz des Staates Massachusetts angeklagt, und es entbrannte eine wilde Kontroverse um diesen Fall. Als verschiedene Liberale sich für Struik einsetzten, gab Dr. St. Ivanyi dazu einen Kommentar. Seiner Beobachtung nach, erklärte er, sei es Struik, obwohl er Mathematik lehrte, gelungen, einige seiner Studenten zu pro-sowjetischen Ansichten zu bekehren. Er sagte: „Es ist eine alltägliche Erscheinung, daß die Bewunderer eines Menschen seine Vollkommenheit auf einem gewissen Gebiet unbedenklich auch auf sämtliche andere Gebiete übertragen."

Das waren also die beiden Parteien in diesem Streit: Professor Struik, der erwiesene Kommunist; Professor St. Ivanyi, der anti-kommunistische Lehrer, der sich gegen ihn aussprach. Und wie verfuhr das Institut in Massachusetts mit den beiden?

Dr. Struik gegenüber zeigte sich die Hochschule voll milder Nachsicht. Zuerst führte man eine eigene Untersuchung durch und stellte fest, daß Struik keinerlei Vorwurf zu machen sei. Als er dann angeklagt wurde, suspendierte man ihn zwar von seiner Lehrtätigkeit, doch seine Bezüge liefen weiter. Als der Oberste Gerichtshof im Jahre 1956 die verschiedenen Gesetze über staatsgefährdende Umtriebe aufhob, wurde Dr. Struik wieder voll in sein Amt eingesetzt. „Wir sind kein Gericht, das Angeklagte verhört und Urteile fällt", erklärte die Institutsleitung. „Wenn die staatlichen Behörden kein ausreichendes Anklagematerial finden können, ist es kaum an uns, das zu tun."

Mit Dr. St. Ivanyi verfuhr man nicht so sanft. Im Nachspiel zu diesem Streitfall wurde ihm mitgeteilt, daß man seine Dienste am Massachusetts Institute of Technology nicht mehr benötigte. Als Grund wurden Personaleinschränkungen angegeben, in deren Rahmen man Dr. St. Ivanyi entbehrlich fand. Und das trotz der Tatsache, daß der Leiter seiner Abteilung sagte: „Seine Vorlesungen waren so überfüllt, daß Studenten teilweise an andere Dozenten überwiesen werden mußten."

Pfarrer Halton und Dr. St. Ivanyi waren nicht die einzigen Anti-Kommunisten, die plötzlich ihre Stellung verloren. Ebenso erging es William T. Couch, der mit Dr. Robert Maynard Hutchins zusammenstieß. Von Hutchins besitzen wir bezüglich der akademischen Freiheit einige vortreffliche Äußerungen. Vor einem Untersuchungsausschuß in Illinois äußerte er im Jahre 1949: „Gefahr droht unseren Institutionen nicht von der verschwindend geringen Minderheit, die nicht an sie glaubt. Sie kommt von jenen, die irrtümlich meinen, den freien Geist unterdrücken zu müssen, auf dem jene Institutionen sich gründen. Die Politik geistiger Unterdrückung kann nicht wirken und hat noch nie gewirkt."

Wenn es ihm in sein Konzept paßte, scheute sich Hutchins jedoch durchaus nicht, es mit dieser Politik zu versuchen. Und Dr. Couch kann bezeugen, daß sie bis zu einem gewissen Punkte „wirkte" – verlor er doch seinen Posten als Leiter der *University of Chicago Press*. Dr. Couch, das muß festgehalten werden, hatte gewisse Fehler begangen – hauptsächlich den Fehler, die amerikanischen Universitäten wegen ihrer Trägheit in

der Stellungnahme zu den Fragen der kommunistischen Gefahr zu kritisieren. Derartige Ansichten konnten Hutchins natürlich nicht erfreuen, der erklärt hatte, daß die anti-kommunistischen Untersuchungen, nicht der Kommunismus selbst „die größte Gefahr für die Vereinigten Staaten seit Hitler“ seien.

Nachdem er seinen anti-kommunistischen Überzeugungen Luft gemacht und einige Bücher mit ähnlicher Tendenz veröffentlicht hatte, wurde Dr. Couch mitgeteilt, daß er in Chikago nicht mehr erwünscht sei. Man ließ ihm knapp sechs Stunden Zeit, sein Büro zu räumen – eine so abrupte Entlassung, daß ein Unterausschuß der Fakultät, der den Vorfall untersuchte, ihn „eine grobe Verletzung der jedem Mitglied der akademischen Gemeinschaft normalerweise zugestandenen Rechte“ nannte. „Die Umstände deuteten klar darauf hin“, fügte der Unterausschuß hinzu, „daß man sich bei diesem Vorgehen auf die gesetzliche Handhabe ‚mangelhafte Pflichtausübung und ungebührliches Verhalten‘ stütze. Uns haben die Unterlagen und Zeugenaussagen zu diesem Fall vorgelegen, und wir wissen, daß von ungebührlichem Verhalten überhaupt nicht die Rede sein kann ... Weder wurde Mr. Couch vor der Entlassung gehört, noch gab man ihm die Möglichkeit, sich gegen den Vorwurf mangelhafter Pflichtausübung zu verteidigen ...“

Interessant ist, daß – soweit sich dies mit aller gebotenen Sorgfalt feststellen läßt – in keinem dieser Fälle, Halton, St. Ivanyi und Couch, die üblichen Fürsprecher der „Bürgerrechte“ auch nur mit einem einzigen Wort protestierten. Dies sind nur drei aus einer Unzahl gleichgelagerter, bekannter Fälle. Es ließe sich noch viel sagen, über Felix Wittmer, Anthony Bouscaren, Charles Callan Tansill, Kenneth Colegrove, Frank Richardson, A. H. Hobbs und andere mehr.

Konservativ denkende Studenten sind von Zeit zu Zeit ähnlichen Druckmethoden ausgesetzt gewesen – wie der Fall Nancy Fellers in Vassar deutlich bewies. Patricia Bozell, Absolventin von Vassar, erinnerte sich an die Erfahrungen einer anderen Studentin, Micheline Peon, die in einer Arbeit Kritik an der Präsidentschaftskandidatur von Henry Wallace übte. Die Lehrerin, dieselbe, die Nancy Fellers hatte durchfallen lassen, war so böse, daß sie die Arbeit – wie Mrs. Bozell erzählt – bei der Rückgabe Miß Peon buchstäblich an den Kopf warf. Miß Peon, die an der Sorbonne studiert hatte, fragte, ob das Urteil sich auf ihre Arbeit oder ihre Ideen beziehe. Die Lehrerin antwortete: „Auf Ihre Ideen.“ Miß

Peon hatte außerdem einen Zeitungsartikel geschrieben, in dem sie kritische Betrachtungen über Wallaces Kandidatur und ihre Fürsprecher anstellte. Wie Mrs. Bozell berichtet, beschuldigte die Lehrerin Miß Peon, „unter die Skandalschreiber gegangen" zu sein. Sie fügte aufgebracht hinzu, Miß Peon sei „unten durch" und kehre besser nach Frankreich zurück.

An der Universität Harvard, die sich selbst als die Hochburg „akademischer Freiheit" bezeichnet, haben konservative Studenten mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Im Jahre 1957 stellte die Universität Harvard unter Beweis, wie ernst es ihr mit der freien Meinungsbildung war, als sie Dr. J. Robert Oppenheimer als „William-James-Dozenten" berief. Aus dem Verfahren, in dem Oppenheimer die Unbedenklichkeitsbestätigung als Mitglied der Atomenergiekommission entzogen worden war, ging hervor, daß er seit 1942 die Kommunistische Partei mit Geldzuwendungen unterstützt, mit bekannten Kommunisten verkehrt und einen Beamten der staatlichen Sicherheitsbehörde belogen hatte (Dinge, die er im Kreuzverhör selbst zugab). Diese Vergangenheit machte es in den Augen konservativer Studenten fraglich, ob Oppenheimer der geeignete Mann sei, in Philosophie und Sittenlehre zu unterrichten. Sie beschlossen, eine öffentliche Diskussion zu veranstalten. Thema: „Soll Oppenheimer ‚James-Dozent' für Philosophie an der Universität Harvard werden?" Um den Fall Oppenheimer zu beleuchten, sicherten sie sich als Redner Dr. Medford Evans, acht Jahre lang Beamter der Atomenergie-Kommission; dazu Professor Willmoore Kendall, früher Professor für Staatskunde an der Universität Yale. Verteidiger Oppenheimers waren der Rechtsanwalt Howard S. Whiteside, juristischer Berater der Vereinigung für die amerikanischen Bürgerrechte, und Dr. Chase Kimball, ehemals Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Boston, der diesem Gremium ebenfalls nahestand. Der Hörsaal war mit Studenten und Ortsansässigen voll besetzt; es gab eine stürmische Debatte, die allen Beteiligten größtes Vergnügen bereitete. Am bemerkenswertesten daran war jedoch nicht so sehr der tatsächliche Ablauf des Abends als die Einstellung der Hochschulverwaltung zu dieser Veranstaltung.

Es muß nachdrücklich betont werden, daß es den an diesem Unternehmen beteiligten Studenten lediglich darum ging, ein Forum zu schaffen, vor dem *beide Seiten* eines sehr strittigen Problems erörtert werden konnten – eine Diskussion also, wie die liberalen Akademiker sie ihrer eigenen Lehre zufolge unbedingt an unseren Universitäten zu sehen wün-

schen. Die Oppenheimer-Debatte gab ihnen hinreichend Gelegenheit, zu beweisen, wie ernst es ihnen mit diesem Grundsatz war. Doch was passierte in Wirklichkeit ?

Erst einmal sahen sich die Studenten zahllosen Hindernissen gegenüber, die Unterstützung der Universität für die praktische Durchführung der Veranstaltung zu erhalten – so daß sie sie schließlich in einem privaten Gebäude auf dem Universitätsgelände abhielten. Darüber hinaus mußten die Führer der konservativen Gruppe feststellen, daß sie von offizieller Seite in Harvard mit schweren Vorwürfen bedacht wurden. William C. Brady II, einer der Verantwortlichen für die Veranstaltung, schreibt dazu:

„Als erstes wurden einige der Mitarbeiter und früheren Mitarbeiter getrennt in das Büro des Dekans bestellt. Dort befragte man sie eingehend. Sie sollten einer über den anderen aussagen, zu teils sehr persönlichen Fragen. Sie wurden genauestens über die Finanzquellen des Klubs befragt und darüber, wer oder welcher Klub diese Veranstaltung finanziere (Antwort: Die Gelder stammten von einzelnen Absolventen, die unserer Sache wohlwollend gegenüberstanden; dazu kamen persönliche Beiträge einzelner Studenten und die Klubkasse ...). Sie wurden erneut und noch eingehender über die zu erwartenden Teilnehmer befragt.

Der Sprecher, ein früheres Vorstandsmitglied des Klubs, der gemeinsam mit einigen anderen Studenten im nationalen Fernsehprogramm von John Daly aufgetreten war und sich dort (wenn auch in sehr gemäßigter Form) kritisch zur Ernennung Oppenheimers geäußert hatte, wurde am längsten verhört. Ihm machte das nichts aus; und ich weiß, wie das ist, denn ich war unter den Studenten derjenige, den sie am längsten in der Zange hatten. Es war zu erwarten gewesen, daß man für konservative Betätigung zur Rechenschaft gezogen werden würde."

Brady ließ sich durch die Fragen des Dekans nicht erschüttern. „Der für studentische Belange zuständige Dekan erklärte mir, es sei ‚höchst gefährlich', in diesem Fernsehprogramm mitzuwirken", fügte er hinzu. „Er sagte sogar, ich ‚spiele mit dem Feuer'. Er ließ durchblicken, daß ein derartiges Verhalten Grund genug sei, von der Hochschule gewiesen zu werden ... ‚wegen für einen Harvard-Studenten unschicklichen Verhaltens'. Man sagte mir, ein anderer Dekan sei bereits vorstellig geworden und habe nachdrücklich verlangt, daß ‚etwas gegen die Unruhestifter unternommen werde' und daß er vorgeschlagen habe, die Angelegenheit am Nachmittag vor die wöchentliche Sitzung des Fakultätsausschusses zu bringen."

Die Diskussion wurde schließlich abgehalten, doch nicht ohne weitere Rückschläge. Wenige Tage vor der Veranstaltung legte einer der beiden Berater des Klubs, Mitglied der Fakultät, sein Amt nieder. Am Abend der Diskussion trat auch der zweite zurück mit der Begründung, die Veranstaltung sei „eine Unhöflichkeit“ gegenüber Dr. Oppenheimer. Da die Vorschriften für studentische Organisationen in Harvard offizielle Berater fordern, wenn diese Organisationen ihren Statuten nach anerkannt werden wollen, war das Fortbestehen des Klubs gefährdet. Man half sich zuletzt damit, daß man zwei Absolventen der Hochschule bat, dieses Amt zu übernehmen – was nach den Universitätsregeln erlaubt war. Später, als die Konservativen eine neue Studentenzeitschrift herausgeben wollten, den *Harvard Fortnightly*, begegneten sie demselben Problem.

Wieder einmal haben wir also den Fall, daß die akademische Gemeinschaft zwar eifrig bemüht ist, die Hochschule Gastdozenten aller Geistesrichtungen zu öffnen, darunter Kommunisten wie Alger Hiss und John Gates, daß sie jedoch zögert, anti-kommunistischen Rednern das gleiche Entgegenkommen zu zeigen.

Eines der seltsamsten Beispiele für diese Zweigleisigkeit ereignete sich vor nicht langer Zeit an der Universität Detroit, einer Jesuitenschule. Zwei junge Konservative, George McDonnell und Mary Ann Krasusky, haben dort eine rührige konservative Gruppe gebildet. Neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender der *Young Americans for Freedom* für den Staat Michigan amtierte McDonnell eine Zeitlang als Präsident der Jungen Republikaner. Im Herbst 1960 bemühte er sich darum, William F. Buckley jr. als Redner im Klub Junger Republikaner an der Universität Detroit zu gewinnen. Man hatte das passende Thema gewählt: „Aberglauben im Begriff Akademische Freiheit“. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Begründung stellt eine solche Umkehr jeglicher Logik dar, daß wir tatsächlich den Eindruck gewinnen, in einem Zeitalter mit neuer Sprache und zweigleisigem Denken zu leben. Die Universität Wayne, eine liberale Hochburg in Detroit, hat vor kurzem das Redeverbot für Kommunisten aufgehoben. Wenn Buckley nach Detroit käme und ein scharfes Referat über „akademische Freiheit“ hielte, würde das als „feindselige Handlung“ gegenüber Wayne ausgelegt werden, behaupteten die zuständigen Stellen. Mit anderen Worten: Um den Kommunisten in Wayne akademische Freiheit zu schaffen, muß die akademische Freiheit der Anti-Kommunisten an der Universität Detroit verschwinden!

Ein sehr ähnlicher Vorfall ereignete sich im Sommer 1957 in New Haven. Die Yale Divinity School, Treffpunkt des Zentralausschusses des Weltkirchenrates, hatte ihre Pforten mehreren angeblichen „Geistlichen" geöffnet, Vertretern kommunistischer Unterdrückungsherrschaft in Osteuropa. (Zu den Mitgliedern des Zentralausschusses von jenseits des Eisernen Vorhanges gehörten Professor Josef Hromadka aus der Tschechoslowakei und Bischof Lajos Veto, Mitglied des Parlamentes in Ungarn.)

Anti-kommunistische Geistliche, die dem amerikanischen Konzil Christlicher Kirchen angehören, hatten die Absicht, mit einer Versammlung in New Haven gegen diesen Handel mit Kommunisten unter der Maske der „Religion" zu protestieren. Ein Sprecher dieser Gruppe erklärte: „Wir möchten den Menschen hinter dem Eisernen Vorhang zu verstehen geben, daß es in den Vereinigten Staaten Christen gibt, die diese Zusammenarbeit und die sogenannte friedliche Koexistenz, wie Hromadka und der Weltkirchenrat sie predigen, ablehnen."

Für jeden, der um die kommunistische Gefahr weiß und sie richtig einschätzt, war das eine nicht nur vernünftige Erklärung, sondern sie manifestierte in überzeugender Weise eine moralische Ausrichtung. Die Leitung der Universität Yale aber, anstatt den anti-kommunistischen Geistlichen das gleiche Entgegenkommen zu gewähren wie den Vertretern der sowjetischen Unterdrückung, verweigerte ihnen jede praktische Unterstützung. Grund: Die geplante Protestversammlung sei geeignet, „Auseinandersetzungen auszulösen". Darüber hinaus bezeichnete ein Vertreter der Hochschulverwaltung Yale die anti-kommunistischen Geistlichen als „Gangster"-Organisation – eine krampfhafte Verdrehung der Tatsachen, die den versklavten Völkern Ungarns, Polens und Ostdeutschlands gewiß viel Freude gemacht hat.

Die anti-kommunistischen Geistlichen, denen es mit vieler Mühe gelang, einen anderen Tagungsort zu finden, sagten zu dem Vorfall: „Yale ist eine private Institution. Sie kann durch kein Gesetz gezwungen werden, einen ihrer Hörsäle dem Weltkirchenrat oder dem amerikanischen Konzil zur Verfügung zu stellen. Da die Universität Yale jedoch von akademischer Freiheit spricht . . ., sollte sie auch praktizieren, was sie predigt. Sie sollte der Welt zeigen, daß sie daran glaubt, daß die Freiheit, von der sie redet, sogar auf dem Universitätsgelände von Yale existieren kann. Die Wahrheit ist aber, daß dieser vielgerühmte Liberalismus gar nicht so liberal ist. Er diskriminiert und unterdrückt eine konservative Gruppe,

die sehr ausgeprägte Ansichten darüber hat, ob man Kommunisten in der christlichen Gemeinschaft dulden sollte.“

Das führt uns schließlich zum Thema „Anstand“ gegenüber dem Gegner – zur ablehnenden Haltung des Liberalen gegenüber dem „McCarthyismus“, der für ihn gleichbedeutend ist mit Unhöflichkeit im Bereich politischer Auseinandersetzung. Ich habe in den vergangenen Monaten mehrfach Gelegenheit gehabt, im Zusammenhang mit dem Film „Operation Abolition“ verschiedene Universitäten zu besuchen. Meiner Beobachtung nach wurde er von liberalen Zuschauern ausgesprochen unhöflich aufgenommen – durch Zwischenrufe, Gebrüll, lautes Gelächter während der Vorstellung taten sie alles in ihren Kräften Stehende, ihn ins Lächerliche zu ziehen und dadurch seine Wirkung herabzusetzen. Ich, der ich für diesen Film sprach, habe durchweg gefunden, daß seine Gegner mit einem Mangel an Vernunft geschlagen waren, der durch nichts zu überbrücken ist – eine Haltung, die dazu neigt, den Gegner niederzuschreien, anstatt sich logisch mit ihm auseinanderzusetzen.

Bei anderen Gelegenheiten bin ich auf Grobheit gestoßen, neben der Dr. Johnson sich wie ein Höfling des elisabethanischen Zeitalters ausgenommen hätte. Einmal, nach einer Rede am Antioch College, passierte es mir, daß der Redakteur einer Studentenzeitung mich als „Faschisten“ bezeichnete – eine Behauptung, die ihm zwar eine Rüge des Hochschul-Unterausschusses für bürgerliche Freiheiten eintrug, wogegen der Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit und die Leitung von Antioch jedoch offenbar der Meinung waren, daß eine Entschuldigung oder Zurücknahme der Bemerkung nicht notwendig sei.

Zusammenfassend kann man sagen, daß alles höfliche Entgegenkommen, auf dem die Konformität der Liberalen für die Kommunisten besteht – das Recht, in der Fakultät zu verbleiben, das Recht für Gastredner, die Einrichtungen der Universität zu benutzen, das Recht der Aktivisten unter den Studenten, ihrer Begeisterung freien Ausdruck zu verleihen, und das Recht, sich ungehindert Gehör zu verschaffen –, den konservativen Andersdenkenden ausdrücklich verweigert wird.

Es ist wirklich so, wie Professor MacIver sagte: „Wo Vorurteile im Spiele sind, glauben die Menschen nicht nur, daß sie die Wahrheit bereits besitzen, sondern sie fürchten auch das ‚Ketzertum‘ derjenigen, die zu abweichenden Schlüssen kommen – fürchten, daß die Ketzer die anderen irreleiten oder korrumpieren könnten.“ Amen, Amen und nochmals Amen.

Freiheit für die Konservativen

Das eben Gesagte soll zeigen, daß an den amerikanischen Universitäten der Liberalismus die Oberhand besitzt und daß er erwiesenermaßen häufig versucht hat, abweichende Meinungsäußerungen von konservativer Seite zu unterdrücken; daß er in Wahrheit seine eigene, hochtönende Konzeption von „akademischer Freiheit" verletzt.

Die meisten Debatten um dieses Thema ziehen es vor, an diesen Tatsachen vorbeizugehen, und verlieren sich damit in den Gefilden des Unwirklichen. Das Protestgeschrei gegen die „Gedankenkontrolle" von Leuten wie Chancellor Hutchins, die selbst eine derartige Kontrolle ausüben, entspricht der Wirklichkeit so wenig, daß überhaupt keine Basis für eine vernünftige Diskussion vorhanden ist.

Es hat jedoch einige Abweichungen von „akademischer Freiheit" gegeben, die sich auf die tatsächlich vorhandenen Verhältnisse gründen. Daraus entwickelte sich eine Art von Dreiecksdebatte zwischen William F. Buckley jr., Sidney Hook und Russell Kirk. Betrachtet man den Hauptpunkt dieser Diskussion, so erhält man meiner Ansicht nach einen recht guten Begriff von den Problemen der „akademischen Freiheit" und einen treffenden Wegweiser für diese Abhandlung.

Bill Buckley löste die Auseinandersetzung durch sein Buch *God and Man at Yale* aus, das den Untertitel „Aberglauben im Begriff Akademische Freiheit" trug. Er behauptete, ebenso wie ich auch, daß das, was unter der Bezeichnung „akademische Freiheit" läuft, in Wirklichkeit ein massiver Druckprozeß ist, die Studenten zum Atheismus hinzudrängen (was ich mit Bindungslosigkeit bezeichnete) und zum Kollektivismus (was ich

Etatismus nannte). Auf der Suche nach einer Alternative zu diesem Vorgang kam Buckley zu dem Schluß, daß die Studierenden und die Eltern, die das Geld für die Hochschulen aufbringen, auch ein Wort mitzureden haben sollten. Von der Voraussetzung ausgehend, daß der Käufer für sein Geld das bekommen sollte, was er möchte, kam Buckley zu dem Schluß, daß die Studierenden sich gegen den Liberalisierungsprozeß in Yale auflehnen sollten. Wenn die Eltern möchten, daß ihre Söhne nach den Grundsätzen freien Unternehmertums und christlicher Weltanschauung unterrichtet werden, argumentierte er, dann sollte das auch so und nicht anders geschehen. Die Beziehung sei die gleiche wie bei einem Vertrag zwischen Käufer und Verkäufer.

Sidney Hook griff Buckleys These in seinem Buch *Heresy Yes – Conspiracy No* an. Die Studierenden und ihre Eltern, argumentierte er, seien trotz ihrer vertraglichen Rechte in dieser Angelegenheit nicht kompetent, zu entscheiden, was im pädagogischen Bereich gut und was schlecht ist. Der forschende Geist, so behauptete er, lasse sich nur durch „das zwingende Element des Beweises" in Schranken halten. Seiner Meinung nach ist Buckleys Einstellung „so, als wollte er sagen: Weil jeder Mensch das Recht hat zu essen, was ihm beliebt, kennt er den Wert der Nahrungsmittel so gut wie jeder andere, und es ist deshalb undemokratisch, Fachleute auf diesem Gebiet anzuerkennen".

Russell Kirk, der sich der Diskussion durch sein Buch *Academic Freedom* anschloß, umriß Buckleys Position in ganz ähnlicher Weise: „Wenn Mr. Buckley also fordert, daß die Verwaltungsräte der Hochschulen und die Studentenverbände von allen Gelehrten und Lehrern eine gewisse Gleichschaltung in bestimmten Fragen verlangen sollen, muß er ja wohl der Meinung sein, daß Personen außerhalb des akademischen Rahmens mehr von dem verstehen, was die Hochschule tun und lassen sollte, als Personen in diesem Rahmen; eine solche Einstellung finde ich unhaltbar."

Eine solche Einstellung wäre tatsächlich unhaltbar; meiner Ansicht nach deckt sie sich aber nicht mit der, die Buckley vertritt. *God and Man at Yale* will mit dem Bild vom Käufer und Verkäufer doch sicher ebenso wenig behaupten, daß die Studenten Fachleute auf dem Wissensgebiet der Pädagogik sind, wie ein freier Marktwirtschaftler behaupten würde, Autobesitzer seien Fachleute auf dem Gebiet des Automobilbaues. Art und Stil des Automobils werden aber von den Wünschen des Verbrauchers diktiert, der damit auch darüber entscheidet, ob die Automobilfabriken florieren

oder nicht. Es geht nicht darum, ob der Verbraucher etwas vom Herstellungsprozeß versteht; es geht darum, ob er das Recht hat, das *Endprodukt zu begutachten* und zu entscheiden, ob es den Preis wert ist, den er dafür bezahlen soll. Das ist es, worauf Buckley drängt: daß die Studierenden, die für ihr Studium bezahlen, ein gewisses Recht haben sollten, die Dienstleistungen zu begutachten, für die gezahlt wird – zu beurteilen, wie die Geister aussehen, die an der Universität Yale geformt werden. Sind sie entsetzt über die Geister, die der dortige Bildungsprozeß hervorbringt, haben sie zweifellos das Recht, diesem System ihre Unterstützung zu versagen. Und diese Drohung, genügend deutlich und fühlbar gemacht, dürfte zweifellos einen gewissen Einfluß darauf haben, ob dieser Prozeß eine Änderung erfährt oder nicht.

An einer Stelle benutzt Buckley eine Formulierung, die beim flüchtigen Lesen den Eindruck erwecken könnte, daß die Studenten aktiven Anteil an der Aufstellung des Lehrplanes haben sollten: „... in ihrer letzten Konsequenz muß akademische Freiheit bedeuten, daß Männer und Frauen das Recht haben, die erzieherische Tätigkeit und die Ziele der Schulen zu überwachen, deren Verwaltungsräten sie angehören und die sie unterstützen.“ In dem Wort „überwachen“ scheint das zu liegen, was Buckley nach Ansicht von Kirk und Hook anstrebt. Im Zusammenhang wird es jedoch ganz klar, daß Buckley in Wirklichkeit die erzieherischen Richtlinien auf die gleiche Weise „überwacht“ sehen möchte wie *Verbraucher* jede Ware „überwachen“ – indem sie die Produktionstätigkeit durch eine flexible Nachfrage einmal so und einmal so lenken, weil sie nämlich hier Dollars ausgeben und sie dort zurückhalten.

Am Schlusse seines Buches schreibt er: „Ich möchte darauf hinaus, daß Studenten sowie Freunde und Gönner keine Institution unterstützen können, die ihrer Meinung nach – wenn sie in ihren Überzeugungen aufrichtig und der demokratischen Tradition treu sein wollen – dem Allgemeinwohl abträglich ist... Ehe wir etwas für die zukünftigen Führer unseres Landes tun, haben wir doch wohl eine gewisse Verpflichtung, uns Gedanken zu machen, wohin sie uns führen werden.

Ich will es noch einfacher und deutlicher ausdrücken. Wenn die Mehrheit der Studenten in Yale an geistige Werte und an den Individualismus glaubt, kann sie diese Hochschule nicht finanziell unterstützen, solange sie in ihrer Gesamtheit oder teilweise fortfährt, entgegengesetzte Wertbegriffe zu fördern. Ich möchte sogar noch weiter gehen. Wenn die

Mehrheit des Verwaltungsrates von Yale dafür stimmen würde, das dort herrschende Bildungssystem in der von mir oben angedeuteten Art und Weise umzuorientieren, glaube ich kaum, daß die Minderheit der Studierenden, nach deren Überzeugung Atheismus und Sozialismus der Religion und dem Kapitalismus überlegene Werte sind, mit gutem Gewissen fortfahren könnte, die Hochschule Yale zu unterstützen."

Und an anderer Stelle: „... sollte die Hochschulverwaltung von Yale ihr Erziehungsprogramm revidieren und sich bewußt bemühen, ihren Studenten jene Werte zu vermitteln, zu denen sich die für die Erziehungsrichtlinien maßgeblichen Leute (die ‚Alten Herren') bekennen, dürfte es ihr nie an Mitteln fehlen ... Die ‚Alten Herren' könnten es sich nicht erlauben, einer Institution nicht bis an die Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten beizustehen, die bewiesen hat, was sie zu leisten imstande ist, und die sich der Erhaltung unserer Kultur verschrieben hat."

Hieraus geht sehr deutlich hervor, daß man von der Körperschaft „Yale" und ihrer Verwaltung die Umsteuerung des Lehrplanes erwarten würde, ebenso wie General Motors und ihre führenden Leute einen Autotyp umkonstruieren würden. Die Studierenden nehmen hierbei den Platz des Verbrauchers ein, der als letzter urteilt und seine Stimme in Form von Dollars für dieses oder jenes Endprodukt abgibt – Kollektivismus oder freies Unternehmertum, Packard oder Volkswagen – und damit die Entscheidungen dieser Fach-„Lieferanten" steuert.

Von der Theorie her ist es schwierig, sich Buckleys Argumentation zu verschließen. Warum sollte das Bildungswesen – ein Bereich, der soviel wichtiger ist als tausend andere in einer freien Gesellschaftsordnung – einer kleinen Gruppe von „Fachleuten" vorbehalten sein, den Wertbegriffen und angestrebten Zielen jener entrückt, die dafür zahlen? Uns wird immerfort gesagt, daß der offene Marktplatz die beste Arena sei, um die Gültigkeit von Ideen festzustellen. Warum sollen dann die Studenten, die tatsächlichen Verbraucher, nicht teilhaben an diesem Markt?

Es kann auch kaum in Zweifel gezogen werden, daß die Situation, mit der wir uns hier befaßt haben, die Schüler durchaus etwas angeht. Die oben beschriebenen Zustände stehen nicht nur im Gegensatz zu den klassischen Wertbegriffen amerikanischer Tradition; sie haben die Gesellschaft dieses Landes erwiesenermaßen geschwächt.

Während des Koreakrieges gingen mehr gefangene Amerikaner denn je in der Geschichte „zum Feinde über". Auf der Suche nach den Gründen

für dieses Verhalten fanden verschiedene Fachleute die gleiche Unterhöhlung der Wertmaßstäbe, die für die Reaktion auf die Van-Doren-Angelegenheit bezeichnend war. Edward Hunter, der Erfinder des Begriffes Gehirnwäsche, der sich eingehend mit diesem Problem befaßte, sagte hierzu: „Die Anfälligkeit, die sich die Roten an ihren Opfern in erster Linie zunutze machen konnten, wird hier in Amerika häufig fälschlich als ‚liberale Erziehung' glorifiziert; es sind Ultra-Radikale, die ‚den Gesichtspunkt des anderen sehen', die sich nur dafür interessieren ‚was springt für mich dabei heraus', und Menschen, die noch mehr angeblich ‚moderne Züge' haben, die alles nicht unbedingt Neue ‚grob' nennen."

Hunters Beobachtungen werden von Major William E. Meyer bestätigt, dem Heeres-Psychiater, der Soldaten untersucht, die eine „Gehirnwäsche" hinter sich hatten. Meyer sagte: „Das Verhalten vieler Amerikaner in koreanischen Gefangenenlagern scheint ernste Zweifel am Charakter der Amerikaner und an der in Amerika genossenen Erziehung zu wecken." Das typische Produkt einer Gehirnwäsche, fügte er hinzu, „ist ein Individuum, das sein Sicherheits- und oft auch Überlegenheitsgefühl auf unbeständige, materialistische Werte gründet; ein Mann, der ohne Unterstützung materieller Art unsicher wird, sich leicht lenken und kontrollieren läßt, der weder wahre Treuebindungen noch Überzeugungen kennt."

Es fragt sich demnach: Welcher Weg wäre hier der *beste,* um einen Wandel herbeizuführen? Buckley argumentiert, da die Colleges Werkzeuge der Gemeinschaft seien, sollten sie dazu dienen, die Wertmaßstäbe dieser Gemeinschaft weiterzugeben – das westliche Erbe christlicher Tugend und persönlicher Freiheit. Kurz gesagt, der Prozeß sollte umgekehrt werden: von der Unterweisung in der liberalen Lehre zur (entsprechend qualifizierten) Unterweisung in der konservativen Lehre. Im College, wie Buckley es sich vorstellt, würden die Professoren eine Anzahl verschiedener Standpunkte beleuchten, jedoch nur einen *befürworten* – nämlich den konservativen. Diese Befürwortung müßte behutsam geschehen und würde beispielsweise darin bestehen, an den Fehlschlüssen Auguste Comtes die Vorzüge Burkes zu demonstrieren. Zwar haben die Studenten das *Recht,* einen derart aufgebauten Unterricht zu verlangen – wäre es aber weise, ihn mit Gewalt so gestaltet sehen zu wollen? Um zu einer Antwort zu kommen, müssen wir uns klarmachen, welches denn eigentlich der Zweck der Hochschule ist.

Erste Forderung des Bildungswesens in der westlichen Welt ist – mit

erheblichen Abwandlungen in den letzten Jahren –, daß die Hochschule den Zweck haben soll, die geistigen Fähigkeiten zu schulen, ein gewisses Fachwissen zu vermitteln und dem so Gebildeten einen bestimmten Habitus des Geistes mitzugeben. In Fächern, die von der Materie her festen Regeln folgen – Mathematik, Naturwissenschaften, Sprachen –, ergeben sich diese Dinge zwangsläufig von selbst. Nur mit einer recht strengen Geistesdisziplin vermag der Student die Materie überhaupt aufzunehmen.

Der Bereich, in dem dieser besondere Aspekt der akademischen Bildung sich verwischt hat – und gleichzeitig auch der Bereich, in dem der Streit um die „akademische Freiheit" am heftigsten entbrannte –, ist jener Teil des Lehrplanes, der die „freien Künste" umfaßt. In Fächern wie Literatur, Geschichte, Sozialwissenschaften, Philosophie oder Politik wird der Stoff nicht von einer festen, logischen Struktur getragen. Sie eignen sich zu abschweifenden Betrachtungen, in denen es gar nicht ausbleiben kann, daß es zu Fragen kommt, in denen sittliche Wertbegriffe berührt werden. Eben wegen ihres nicht genau umrissenen Charakters hat man im Ausland eine Konzeption der „freien Künste", die ihnen ausschließlich zwei Funktionen zugesteht: Tatsächliches Wissen zu vermitteln und auf dieses Wissen sich beziehende Werturteile abzugeben. So werden Vorlesungen in englischer Literatur, wenn sie sich mit Milton oder Tennyson beschäftigen, irgendwann auf Versmaße und die technischen Seiten der Sprachgestaltung kommen. Sie können aber keineswegs umhin, im Anschluß daran Betrachtungen aufzustellen, was die technische Durchführung, den ästhetischen Anspruch und den wesentlichen Inhalt angeht.

Das ist genau der Punkt, an dem die Ansichten des Lehrers ihren größten Einfluß auf die Meinungsbildung der Studenten ausüben. Werturteile, die ganz beiläufig in der Besprechung eines Gedichtes abgegeben werden – sagen wir, eines von Wordsworths patriotischen Liedern –, lassen sich leicht genug anbringen und werden im großen und ganzen ebenso als Fachwissen hingenommen wie die technische Begutachtung des Stoffes. Der Autoritätsnimbus des Lehrers erstreckt sich auch auf Dinge, von denen er vielleicht nicht mehr versteht als die Studenten, die er unterrichtet; doch weil er die technischen Aspekte seines Stoffes beherrscht, mißt man seinen Werturteilen ihnen nicht zukommende Bedeutung bei.

Deutlicher wird das auf den Gebieten der Geschichte, Soziologie, Staatswissenschaften oder Philosophie, wo die Werturteile fester Bestandteil des Unterrichtes sind. Wenn er die Reden Gladstones und Disraelis

behandelt, die Bräuche in Muncie, Indiana, die Entwicklung der Französischen Revolution oder Benthams Sittenlehre, bieten sich dem Professor ungezählte Gelegenheiten, die ihn auf das Gebiet politischer Weltanschauung nicht nur führen können, sondern führen müssen.

Wenn die Professoren bei jeder sich bietenden Gelegenheit einmütig die liberale Seite der Sache betonen, kann der lernwillige Student gar nicht umhin, in diese Richtung beeinflußt zu werden. Das ist also die Bresche, durch die eine liberal eingestellte Professorenschaft ihr Heer relativistisch-kollektivistischer Ideen hat eindringen lassen, und durch die gleiche Bresche möchte Buckley seinen konservativen Gegenangriff ansetzen.

Beide Arten der Unterweisung gehen von der Voraussetzung aus, daß die freien Künste, da sie kein strenges inneres Gefüge besitzen, ausschließlich die Funktion haben, Wissen und sich auf dieses Wissen beziehende Stellungnahmen zu vermitteln. Trotz aller schönen Reden ist das die Einstellung der heute für das amerikanische Erziehungswesen verantwortlichen Liberalen. (So erleben wir es, wie Professor Raymond English bemerkt, daß James Conant es in den Fächern der freien Künste als Zweck des Studienplanes bezeichnet, „Demokratie“ zu lehren und die Kunst der „Anpassung“ an unsere Umwelt.) Und das ist, mutatis mutandis, Bill Buckleys Einstellung: „Die für die Erziehungsrichtlinien maßgeblichen Leute bezahlen für die Übermittlung von Wissen (Fakten) und Werten (Meinungen).“

Diese Art von Kontroverse wirft meiner Ansicht nach die Frage auf, ob diese Fächer – die freien Künste – überhaupt eine Funktion ausüben können oder sollen, die über die einfache Übermittlung von Tatsachen und Stellungnahme hinausgeht. Gibt es doch noch eine Geistesrichtung – der von liberaler Seite nur mangelhaft Ausdruck verliehen wird –, die den Standpunkt vertritt, daß die freien Künste, abgesehen von der Übermittlung des gesicherten Wissens, den Verstand *schulen* können. Das will heißen, daß die freien Künste ihrem eigenen Wesen nach eine intellektuelle Disziplin sind, die den Studenten nicht nur lehrt, *was*, sondern auch *wie* er denken muß.

Durch die akademische Bildung erwirbt sich der Student einen Geisteshabitus, der es ihm ermöglicht, durch Verstehen zur Wahrheit zu gelangen. Der geschulte Verstand versteht es, ideelle Unterschiede zu machen – über die simplen Formeln hinaus den großen Zusammenhang zu erfassen. Er begreift Unterschiede, Gradabstufungen, Homologien und Gegensätze,

und er verläßt diese höhere Schule des Geistes nicht mit dem Gefühl, daß die Dinge zu schwierig sind, um verstanden zu werden, sondern mit einer klaren Vorstellung davon, was richtig und wertbeständig und was falsch und wertlos ist. Das geschulte Empfindungsvermögen muß stets bereit sein, den doppelten Imperativ klaren Denkens einzusetzen; muß Vielfalt und Gesetzmäßigkeit gleichermaßen erkennen – Gesetzmäßigkeit, die sich aus dem der Vielfalt innewohnenden Rhythmus ergibt, Vielfalt, die in den theoretischen Formen der Gesetzmäßigkeit beheimatet ist.

Endpunkt aller Logik, schrieb Whitehead, ist „die Freude am Gegensätzlichen im Bereich des Methodischen". Es ist diese Verschmelzung von Disziplin und Aufgeschlossenheit – die Schärfe des Verstandes und das Offensein des Geistes für Nuance und Abstufung –, die zur Wahrheit führt und die der Wahrheit die subjektive Kraft der Überzeugung verleiht. Diesem Punkt aber kann sich der Student nicht einmal nähern, geschweige denn ihn erreichen, wenn seine „Bildung" nur darin besteht, eine Reihe von Fakten und Meinungen auswendig zu lernen. Subjektiv sind beide bedeutungslos, wenn sie nicht von einer wachsenden Überzeugung herrühren und gegen jene Gedankengänge in Ansatz gebracht werden, aus denen sie stammen. „Ein Gedanke, der getrennt wird von dem geistigen Weg, der zu ihm hinführte", sagte Ortega, „ein Gedanke, der allein und ohne Verbindung dasteht wie eine Insel, ist eine Abstraktion im schlimmsten Sinne des Wortes und wird dadurch unverständlich."

Folglich sollen und können die freien Künste zu einem „philosophischen Habitus des Geistes" fühen, wie Kardinal Newman es ausdrückte. Und dieser Habitus wird dadurch erreicht, daß der Geist sich mit unterschiedlichen Lehren und Ideen auseinandersetzen muß und an ihnen teilhat. Die ideale Universität wäre nach Newmans Ansicht „ein Sammelpunkt gelehrter Köpfe, die eifrig ihre eigenen Wissenschaften verfechten und untereinander Rivalen sind ... und die im vertrauten Gedankenaustausch und zu Nutz und Frommen des geistigen Friedens gemeinsam die Ansprüche und Beziehungen ihrer verschiedenen Forschungsmaterien einander anpassen." Ein solches Zusammenspiel der Gedanken, schloß er, „schafft die reine und klare Atmosphäre des Geistes, die auch der Student zu spüren bekommt ..."

Soviel für die freie Meinungsbildung anstelle des doktrinären Lehrens, für den geistigen Austausch und Wettstreit anstelle starrer Regeln. Eine solche Dialektik aber läßt sich nicht erreichen, so „objektiv" auch die

Lehrer sein mögen, wenn die Verwalter der Hochschule alle derselben Ansicht sind. Die Spielregeln der Forschung fordern, daß viele Ansichten vertreten sein müssen und daß ihnen allen freier Ausdruck gewährt wird.

Mir ist durchaus klar, daß derartige Kernsprüche von liberalen Fürsprechern der „akademischen Freiheit“ Buckleys Kritik den Boden entziehen sollen. In Wirklichkeit rechtfertigen sie jedoch den Hauptpunkt seines Angriffes. Denn was Buckley aufzeigt, ebenso wie die anderen Aussagen, die wir hier herangezogen haben, ist, daß wir an den amerikanischen Universitäten heute eben *keine* freie Meinungsbildung haben. Wir haben statt dessen einen Apparat, der die Studenten so formt, daß sie die liberalen Wertmaßstäbe akzeptieren. Es gibt keine wahre Auseinandersetzung zwischen verschiedenen geistigen Richtungen; es gibt nur eine Fuge, in der begleitende Gedankengänge, als schwächster Abklatsch wahrer Auseinandersetzung, den Kontrapunkt bilden.

Das liberale Denken, wie es an den amerikanischen Hochschulen herrscht, weist weder die klare Linie disziplinierter Betrachtung noch die Offenheit ehrlichen Forschens auf. Es ist völlig inkonsequent und von niederträchtiger Intoleranz gegen jede abweichende Meinung. Damit fördert es aber nicht die höchsten Werte unserer Kultur, sondern zerstört sie.

In der Ägide des Liberalismus sind folglich beide Ziele des Hochschulstudiums verlorengegangen: Die Erkenntnisse der westlichen Welt werden den Studenten nicht vermittelt, sondern eher lächerlich gemacht. An ihrer Statt werden ihnen Wertbegriffe aufgezwungen, die unserer Tradition fremd sind. Und die geistige Stärke, die das Auswählenkönnen unter mehreren Möglichkeiten verleiht, geht durch das Nichtvorhandensein der Möglichkeit eigener Meinungsbildung verloren.

Unter diesen Umständen haben die Konservativen zwingende Gründe, taktische wie sachliche, nach der freien Meinungsbildung zu verlangen. Natürlich sind sie als winzige Minderheit an den amerikanischen Hochschulen nicht in der Lage, eine totale Umkehr von der liberalen zur konservativen Lehrmethode zu verlangen. Und wenn die vorliegende Erörterung gültig ist, wäre das auch nicht der richtige Weg.

Sie könnten aber schon beträchtliche Fortschritte erzielen, wenn sie – unausgewogen wie die Dinge heute sind – verlangen würden, wenigstens vorurteilslos gehört zu werden. Die herrschende orthodoxe Richtung behauptet, nichts sei schlimmer als „Indoktrination“. Warum also sollten die Konservativen nicht so argumentieren, wie Peter Viereck es vorschlug:

Ihr sagt, ihr seid für die freie Meinungsbildung. Warum gestattet ihr sie dann nicht? Warum nicht einigen Leuten Raum geben, die für die konservative Alternative sprechen? So ausgedrückt, wird die Herausforderung zu einer ideologischen Klemme für die Linke und bietet keinen Vorwand für verlogene Erörterungen über die angebliche Benachteiligung der Rechten. Wie Raymond Aron bemerkt: „Sie können keine Kritik abtun, die sich auf die von ihnen selbst propagierten Doktrinen gründet."

Darüber hinaus sollte die freie Meinungsbildung als Ziel an sich wünschenswert sein, denn nur die freie Meinungsbildung kann dafür sorgen, daß nicht nur die Wertmaßstäbe des Westens zu Gehör kommen und beleuchtet werden, sondern daß die „Gebildeten" die begriffsmäßige Schulung erhalten, die erforderlich ist, um sie zu erfassen und zu verteidigen. Mit wahrer „akademischer Freiheit", in der alle Alternativen gehört und geprüft werden, kann es uns vielleicht gelingen, der amerikanischen Universität ihre wahre Rolle in der Bildung des Intellektes und der gehobenen Disziplin des Geistes wiederzugeben. Und so können wir jene Ordnung der Gedanken und der begründeten Überzeugung sichern, die das Erbe der westlichen Welt und vielleicht ihre Rettung ist.

Anmerkungen

1 Die Namen von Colleges und Universitäten werden in der vom Verfasser verwendeten Kurzform wiedergegeben (z. B. Vassar = Vassar-College), soweit keine Verwechslung mit Städten oder Staaten möglich ist.
Das amerikanische Schul- und Hochschulwesen unterscheidet sich stark vom deutschen. Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr, danach freiwillige Weiterbildung an Colleges und Universitäten. Das College gibt eine auf vier Jahre beschränkte Grundausbildung vor dem Universitätsstudium. Der Abschluß liegt zwischen unserem Abitur und dem Vorexamen, berechtigt aber häufig zur Berufsausübung, z. B. als Lehrer oder Architekt. Es gibt selbständige Colleges und solche, die eng an Universitäten angeschlossen sind.
Die Bezeichnung Campus wurde beibehalten, da es einen entsprechenden Begriff im Deutschen nicht gibt. Der amerikanische Campus ist ein ausgedehntes, geschlossenes Gemeinwesen. Er umfaßt College, Universität (oder Technische Hochschule), Wohnhäuser für Lehrer und Studenten, Bibliotheken, Sportanlagen u. a., aber auch Wäschereien, Läden, Einrichtungen für das gesellschaftliche Leben, eigene Zeitungen usw. In diesem Lebenskreis bleibt der Student vier Jahre oder länger in enger Gemeinschaft mit seinen Professoren und den Alumnen, das sind ältere Studenten, Assistenten und frühere Studenten (Alte Herren), die neben ihrem Beruf ehrenamtlich in der Verwaltung des Campus tätig sind oder finanzielle Unterstützungen geben. In engem Kontakt mit dem Campus stehen die unseren Korporationen vergleichbaren Akademischen Gesellschaften, die eine starke Bindung für die ehemaligen Studenten darstellen und deren Mitgliedschaft eine große Ehre sein kann. (Beispiel: die Phi-Beta-Kappa-Gesellschaft für Geisteswissenschaften von 1776, deren Mitglied der Autor ist.)
Aus diesem Aufbau des Bildungswesens wird verständlich, daß der Campus die Persönlichkeitsbildung des Studenten weit mehr bestimmt als die europäische Universität oder Hochschule.

2 Joseph R. McCarthy, 1908–1957. Katholik irischer Abstammung. Ursprünglich Demokrat, dann zu den Republikanern übergewechselt. Erarbeitete und erkämpfte sich aus ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen heraus Studium, Rechtsanwaltspraxis und Senatorensitz seines Heimatstaates Wisconsin. Im Krieg Seesoldat (Marine Corps, Elitetruppe). Wurde allgemein bekannt durch seinen Kampf gegen die kommunistische Infiltration hoher Regierungsstellen. Eine ausgezeichnete Charakteristik findet sich bei Lunau, „Revolte in USA“ (Bechtle Verlag, Eßlingen 1954).

3 Abkürzungen

AEC	Atomic Energy Commission
AFL	American Federation of Labour
CIO	Congress of Industrial Organizations
FEE	Foundation for Economic Educations
GOP	Grand Old Party

HUAC	House Un-American Activities Committee. Im Jahre 1933 auf Anregung des Abgeordneten Samuel Dickstein eingerichteter Untersuchungsausschuß des Kongresses, der gemäß Roosevelts Devise („Der Feind steht rechts") sich der Untersuchung faschistischer Umtriebe widmete. Etwa ab 1938 begann er aber, sich mit allen subversiven Einflüssen zu befassen und deckte nach dem Krieg die kommunistische Spionageorganisation in Regierungsstellen auf (Fall Alger Hiss u. a.).
ISI	The Intercollegiate Society of Individualists
ISS	Intercollegiate Society of Socialists
NDEA	National Defense Education Act
NEC	National Executive Committee of NSA
NSA	United States National Student Association
ROTC	Reserve Officers Training Corps
SCANR	Students Committed to Accurate National Representation
SCCA	The Student Committee for Congressional Autonomy
SFA	Student for America
UAW	United Automobil Workers
USNSA	siehe NSA
YAF	Young Americans for Freedom
YR	Young Republicans
YRNF	Young Republicans National Federation

4 Charles Callan Tansill, Back Door to War, Regnery Comp., Chicago 1952; deutsch: Die Hintertür zum Kriege, Droste Verlag, Düsseldorf, 4. Auflage 1958

5 Wortspiel:
The blind is leading the blind – the bland is leading the bland
Der Blinde führt den Blinden – der Linde führt den Linden

6 David Riesman, The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character, New Haven, Yale University Press 1950; deutsch: Die einsame Masse, Luchterhand-Verlag, Darmstadt 1956; Taschenbuchausgabe Rohwohlt, Hamburg 1958
Da diese Übersetzung von Renate Rauch in das fachwissenschaftliche Schrifttum eingegangen ist, aber auch einen weit über die Fachwelt hinausgehenden Leserkreis gefunden hat, wurden die von Evans verwendeten Zitate und Begriffe aus ihr übernommen.

7 William Hollingsworth Whyte jr., The Organisation Man; deutsch: Herr und Opfer der Organisation, Econ-Verlag, Düsseldorf 1958

8 beat generation; wörtlich: die geschlagene (müde) Generation. Die „beats" oder „beatniks" entsprechen etwa unseren Halbstarken und unserer „Ohne-mich"-Jugend, dürfen aber damit nicht gleichgesetzt werden. Schelsky schreibt dazu: „Die Urteile so vieler hervorragender und ohne Zweifel wissenschaftlich objektiv eingestellter ausländischer Gelehrter über die deutsche Jugend schrecken in ihren vielfachen Schiefheiten und Unzulänglichkeiten ab, umgekehrt ein Ähnliches zu versuchen. Das Mitgelebthaben scheint neben der Fähigkeit zu objektivierender

Distanz doch eine der Hauptvoraussetzungen zur angemessenen Aufschließung eines noch so exakt erhobenen Materials über gegenwärtige soziale Tatbestände zu sein.“ (Helmut Schelsky, Die skeptische Generation, Diederichs Verlag, Düsseldorf 1957.)

9 Paul Anthony Samuelson, Economics, An Introductory Analysis; deutsch: Volkswirtschaftslehre. Eine einführende Analyse, Bund-Verlag, Köln 1952.

10 New Deal – der Ausdruck wurde von F. D. Roosevelt geprägt (im Wahlkampf um die Präsidentschaft 1932) und ist eine allgemeine Umschreibung der Gesetze, die die Roosevelt-Regierung 1933 zur Bekämpfung der schweren Wirtschaftsdepression (12 Millionen Arbeitslose) einbrachte. Es wurden Unterstützungsmaßnahmen für die notleidenden Farmer eingeführt und ähnliches. Neue Finanzierungsbestimmungen und staatliche Aufbau-Organisationen (z. B. die Tennessy Valley Authority), in späteren Jahren gewaltig erhöhte Rütsungsausgaben, genossen die besondere Unterstützung der Agrarier, der Liberalen und der Gewerkschaften, während die Opposition der Republikaner wegen der enorm gestiegenen Staatsausgaben und Steuern wuchs, ebenso aber wegen der damit verbundenen Zentralisation der Macht in der Exekutive. Im Gegensatz zu dem in Deutschland ungefähr zur selben Zeit eingeführten „Vier-Jahresplan“, gelang es dem New Deal nicht, die gestellte Aufgabe zu lösen.
Henry William Chamberlin schreibt in seinem Buch „America's Second Crusade“ (Regnery, Chicago 1950), daß Roosevelt sich 1939 ernsten innerpolitischen Schwierigkeiten gegenübergesehen habe, darunter nicht zuletzt dem Problem, mit 10 Millionen Arbeitslosen fertigzuwerden. „Der kommende Krieg in Europa verwirklichte all das, was dem New Deal nicht gelungen war.“ (Zitiert nach F.. J. P. Veale, Der Barbarei entgegen, 2. Auflage, Priester-Verlag, Wiesbaden 1962, jetzt Damm Verlag, München.)

11 GOP-Grand Old Party – große alte Partei: volkstümlicher Name für die republikanische Partei.

12 Bei Einkommensvergleichen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland muß der US-Dollar seiner Kaufkraft nach mit etwa 2,– DM angesetzt werden.

13 Österreichische Schule (Grenznutzenschule). Eine Preis- und Wertlehre der Nationalökonomie, die von folgenden Voraussetzungen ausgeht: Der Wert eines Gutes wird durch die Nutzenschätzung des Verbrauchers bestimmt; die Höhe des Nutzens hängt von der Menge der zur Verfügung stehenden Güter ab; je größer die verfügbare Menge ist, desto niedriger wird der Wert eingeschätzt; so bestimmt der Nutzen, den die letzte Gütereinheit stiftet (Grenznutzen), den Wert aller früheren Gütereinheiten.

14 to stand pat – am Alten hängen, jedem Wechsel abhold sein; hier soviel wie konservativ sein.

15 Der Eid hat folgenden Wortlaut: „Ich, ..., schwöre feierlich (oder versichere), daß ich treu und aufrichtig zu den Vereinigten Staaten von Amerika stehen, die Verfassung unterstützen und verteidigen und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika gegen alle ihre Feinde, innen und außen, verteidigen werde."
Die eidesstattliche Erklärung lautet: „Ich, ..., schwöre feierlich (oder versichere), daß ich an keine Organisation glaube, und weder einer solchen Organisation angehöre noch sie unterstütze, deren Glauben oder Zielsetzung den Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten durch Gewalt oder Zwang oder durch ungesetzliche oder verfassungswidrige Methoden zum Inhalt hat."

16 Reserve Officers Training Corps. Studenten, die ihren Militärdienst noch nicht abgeleistet haben, können, sofern ihre Universität sich diesem Programm angeschlossen hat, während ihrer Studienzeit mehrere Übungen ableisten. Sie haben dann beim Verlassen der Universität bereits Reserveoffiziers-Rang in einer der drei Waffengattungen.

17 Das Weiße Haus, Sitz der amerikanischen Regierung.

18 Der Staat New York

19 United Automobil Workers – die Automobilarbeiter-Gewerkschaft

20 Taft-Hartley-Gesetz. Nach den Gegnern der Präsidenten Roosvelt und Truman, den Senatoren Taft und Hartley benanntes Gesetz, das eine 60-Tage-Vorankündigung von Streiks verlangt. Die Frist kann noch verlängert werden, wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist.

21 Connally-Reservat. Am 5. November 1943 beschlossen. Gibt den USA die Möglichkeit, einer internationalen Vereinigung friedliebender Nationen beizutreten, wenn dabei die eigene Souveränität nicht aufgegeben wird.

22 Zusammenschluß der beiden großen Gewerkschaftsverbände.

23 Versammlung von Wählern oder Abgeordneten zur Vorbereitung von Abstimmungen, zur Wahl von Kandidaten u. a.

24 New Frontier. Von Präsident John F. Kennedy geprägter Begriff. Er machte sich im Wahlkampf die kritische Grundstimmung des Landes zunutze, tadelte die Trägheit der amerikanischen Politik und versprach, der Nation neue Ziele – eine neue Grenze – zu setzen.

25 William James, amerikanischer Psychologe und Philosoph, 1842–1910. Nach ihm wurde eine besondere Dozentur benannt, auf die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für einen Vortragszyklus berufen werden.

Personenverzeichnis

Evans - Rebellion der Jugend

DAMM